



Handbuch für die fragile Demokratie

Editorial
— S. 4

Stefanie Lohaus
Liebe ist ein Kampfbegriff
— S. 10

Ist Liebe ein Kampfbegriff?
Sookee im Gespräch
— S. 12

Priya Basil
Aus uns: die Welt
— S. 20

Ulrike Guérot
Zurück in die Zukunft
— S. 31

Marc Grandmontagne
Die Automatisierung der Demokratie
— S. 34

Ministerin für Mitgefühl
Antrittsrede und Fragebogen
— S. 40

Silke van Dyk
Identitäts- oder Klassenpolitik?
— S. 46

Norbert Lammert
Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung?
— S. 53

Internationale Perspektiven zur Zukunft demokratischer Grundordnungen
Podiumsdiskussion mit:
Prof. Dr. Ece Göztepe Çelebi, Prof. Dr. Pablo Holmes, Prof. Dr. Fernando Vallespín Oña
Moderation:
Prof. Dr. Martin Sabrow
— S. 56

Tina Hartmann
Pathos einer gerechten Sprache
— S. 68

Stephan Trüby
Rechte Räume
— S. 76

Anna Mendelssohn
Free Speech
— S. 84

Schaffen wir das? Miteinander reden?
Podiumsdiskussion mit:
Björn Bicker, Amelie Deuflhard, Boris Palmer
Moderation:
Christian Römer
— S. 88

Tagungsnotizen der dg starter
— S. 105

Die AGs der dg
— S. 106

Die Dramaturgische Gesellschaft
— S. 108

dg Vorstand
— S. 109

Impressum

ISSN-Nr.1867-9153
Dramaturgische Gesellschaft (dg)
Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
+49 (0)3077908934
post@dramaturgische-gesellschaft.de
www.dramaturgische-gesellschaft.de
www.konferenz-2019.dramaturgische-gesellschaft.de

Vorstand:
Kathrin Bieligk, Uwe Gössel, Kerstin Grübmeier, Dorothea Hartmann, Karin Kirchhoff, Beata Anna Schmutz, Harald Wolff (Vorsitzender)
Geschäftsführung: Jana Thiele
Geschäftsstelle: Undine Klose
Redaktion: Vorstand, Jana Thiele
Fotos (sofern nicht anders angegeben): Ali Ghandtschi
Coverfoto und Bühnenbild: Philine Rinnert
Korrektorat: zWeitblick/Susanne Dowe
Druck: Druckerei Conrad
Gestaltung: Daniela Burger

Handbuch für die fragile Demokratie

Editorial

Was

wäre denn das: eine Republik der Liebe? Wir schlagen vor, den öffentlichen Raum mit etwas anderem zu besetzen als mit Hass. Liebe wäre, in diesem Sinne verstanden, ein politischer Kampfbegriff. Allerdings einer, der einerseits gerade im Kulturbereich vielfach missbraucht und andererseits gesellschaftlich problematisch codiert ist, wie Stefanie Lohaus in ihrem Impuls ausführlich analysiert. Um eine „Republik der Liebe“ zu schaffen, schreibt sie, bräuchten wir einen ganz anderen Begriff von Liebe als den romantisch-patriarchal instrumentalisierten – einen, der auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, auf Freundschaft und Anerkennung aufbaut und Empathie als Voraussetzung für ein umfassenderes solidarischeres Liebeskonzept begreift.

„Es fühlt sich trotzdem nicht richtig an, alles mit Liebe zu überschreiben“, hatte Sookee, wie jede gute Eröffnungsdarstellerin unseren Konferenztitel dekonstruierend, auf das faschisierende Potenzial solcher Setzungen hingewiesen: „Wenn man so etwas absolut Durchlässiges und Flächiges und auch Entgrenztes wie Liebe obendrauf schreibt, hätte ich Angst. Ich bin mit der Liebe nur dann einverstanden, wenn wir sicherstellen, dass wir alles, was darunter subsumiert wird, auch immer benennen.“ Auch Gin Müller wies zu Recht darauf hin, dass Liebe nicht nur ein Gegenbegriff zu Hass ist, sondern z.B. in Österreich bereits zunehmend von Rechts ins Feld geführt werde und in Zukunft noch stärker besetzt werden könne: „Sie werden behaupten: Uns geht es um die Liebe. Um die Liebe natürlich zum Volk und zur Nation und unter den Menschen.“

Benennen, was genau mit Liebe gemeint ist: Priya Basil definierte in ihrer Keynote Liebe zunächst als einen Seinszustand des persönlichen Wachstums und re-etablierte den Begriff gesellschaftlich mit Bourdieu: „Liebe beginnt, wenn etwas Unmögliches überwunden wird.“ Sie betonte, wie effektiv paradoxe Interventionen als politisches Werkzeug sind und hielt deshalb ein Plädoyer dafür, das Kontrainuitive zu tun – wie z.B. Liebe als Basis eines politischen Diskurses zu nehmen. Und es ist eine Stärke,

dass sowohl Basil wie Sookee immer auch von ihren Ängsten und Unsicherheiten sprachen – sich also verletzlich machten. Wenn Lohaus forderte, dass es bei politisch verstandener Liebe auch um die Integration von negativen Gefühlen gehen müsse, könnte man sinngemäß sagen: Empathie ist ein Muskel, den man trainieren kann.

Vor allem aber machte Basil einen konkreten politischen Vorschlag: Sie regte an, das Potenzial zu nutzen, das im Akt des gemeinsamen Feierns steckt, und forderte deshalb einen europäischen Feiertag, ein verlängertes Reisewochenende, den *Moving Monday*, um ein gemeinsames Bewusstsein, eine gemeinsame europäische Erzählung zu schaffen. Ulrike Guérot erweiterte diesen Vorschlag um die Idee, endlich ein europäisches Vereinsrecht zu schaffen – denn auch das gibt es bisher tatsächlich nicht.

Sookee legte ihren Finger auch auf eine andere Wunde, in der die AfD-Kulturpolitiker*innen neuerdings so gerne wühlen: Das Staatsaffirmative. Immerhin behaupten wir nicht nur mit dem Tagungsthema und Aktivitäten wie den „40.000“ die zivilgesellschaftliche Relevanz von Theater, wir hatten auch, und das ist ein Novum in der über 60jährigen Geschichte der dg, mit Norbert Lammert erstmals einen Keynote-Redner auf der Konferenz, der zu den ehemals höchsten Staatsrepräsentant*innen zählt.

Lammert zielte in seiner vom DLF übertragenen Rede auf die Verantwortung jede*r/s Einzelnen ab: Man müsse bereit sein, damit zu leben, dass etwas gegen den eigenen Willen stattfindet. Nur dann sei gesellschaftliche Ordnung herstellbar: „Über die Stabilität einer liberalen Grundordnung entscheidet nicht der Verfassungstext, sondern die Entschlossenheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die Stabilität einer demokratischen Verfassung noch wichtiger zu finden als die jeweiligen eigenen politischen Präferenzen.“ In diesem Punkt gab es über Kontinente hinweg eine bemerkenswerte Einigkeit auf dem anschließenden Podium mit Verfassungsexpert*innen aus Brasilien, der Türkei und Spanien, die in eindrucksvollen Berichten aus ihren Ländern deutlich machten, dass Demokratien nicht an Verfassungen scheitern. Norbert Lammert hatte klug gefragt, ob es überhaupt stabile politische Systeme gebe, und Marc Grandmontagne wies darauf hin, dass Demokratie dem Sinn nach gerade institutionalisierte Unsicherheit sei.

Gerade deshalb muss man jeden Tag um sie kämpfen: Ece Göztepe Çelebi sprach von der „alltäglichen Schlacht um die Werte“. Die ist aber nicht nur eine Frage politischer Mehrheitsentscheidungen: Pablo Holmes hielt aufgrund der Erfahrungen des brasilianischen Wahlkampfes ein für einen Verfassungsspezialisten überraschend deutliches Plädoyer dafür, die Sozialen Medien zu regulieren – Anna Mendelssohn griff diese Frage später in ihrer eindrucksvollen Performance auf, indem sie fragte: „How free should speech be – how should free speech be?“ Staatsaffirmativ? Sicher. Wie groß das Bedürfnis nach Rückversicherung über republikanische Selbstverständlichkeiten im voll besetzten Saal war, war bei diesem gemeinsam mit dem Goethe-Institut und dem

Deutschen Nationaltheater Weimar entwickelten Symposium, das zugleich die „Woche der Demokratie“ am DNT eröffnete, mit Händen zu greifen. Der Applaus am Ende der Rede des sichtlich gerührten Norbert Lammert war auch: eine bewegende Demonstration, eine Manifestation. Dies war, tatsächlich, eine Feier der Demokratie.

Demokratie sei etwas, was man lernen müsse, immer wieder neu, hatte Oskar Negt anlässlich unserer Tagung geschrieben. Fernando Vallespín Oña hob die Bedeutung der Kunst in diesem Zusammenhang hervor: Zeiten der Zivilisationsverwirrung seien Goldene Zeitalter der Kunst. Sie ist auf jeden Fall auch gefordert, denn klar ist: Wir brauchen eine neue Erzählung von Demokratie. Eine, die funktioniert. Martin Sabrow sprach in diesem Zusammenhang während des von ihm moderierten Panels zur Stabilität liberaler Grundordnungen davon, dass wir gerade in die Erzählung der „fragilen Demokratie“ einträten, nachdem das bisher akzeptierte Narrativ vom Holocaust als Zivilisationsnullpunkt ebenso brüchig geworden sei wie Europa- und Freiheits-erzählungen. Dass es gerade beim Begriff „Demokratie“ auf die Adjektive ankomme, betonte Çelebi: Demokratie sei kein Wert an sich, es ginge schließlich nicht um das Legitimationsverfahren, sondern um eine rechtsstaatliche und soziale Verfasstheit. Auf den gleichen Punkt zielte Ulrike Guérot in ihrer Keynote ab: Mehrheit allein ist keine Qualität, solange sie nicht moralisch gebunden sei. Deshalb komme es gerade auf den Gedanken der Republik als organischen Begriff dafür an, staatliches Zusammenleben abzubilden: „In dem Moment, wo die Republik verlorengelassen wird, man verliert nämlich die zivile Komponente, die Teilhabe der Bürger geht verloren und man wird tatsächlich zur Nation im Sinne eines völkischen, ethnisch identitären Diskurses.“

Sabrow zum Trotz setzte sie gerade deshalb auf ihre verstärkte Europaerzählung, mitreißend in Jena und offenbar weit darüber hinaus politisch überzeugend: Denn was u.a. vor einem Jahr auf unserer Tagung in Greifswald mit ihrem Aufruf zum *European Balcony Project* begonnen hat, ist kurz nach unserer Tagung in Jena und Weimar, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, offizielle Parteiposition der Linken geworden und wurde unmittelbar vor Drucklegung dieses Dokuheftes beim jüngsten Grundsatzkonvent der Grünen eine der Hauptforderungen für deren zukünftiges Parteiprogramm: Die europäische Republik.

Entscheidend ist dabei nach Guérot, dass die sozialen Voraussetzungen zur politischen Partizipation gegeben sind. In eine ähnliche Richtung zielte Marc Grandmontagnes erstaunlich radikale Kritik am Bestehenden, mit der er sich für einen „inkluisiven Kapitalismus“ aussprach und die Kategorie der Fairness als zentralen Maßstab für eine funktionierende Gesellschaft etablierte.

Erfahrung ist dabei wirkungsvoller als Debatte, wie Amelie Deuflhard auf dem Abschlusspodium formulierte. Auch deshalb suchen wir immer wieder nach Konferenzformaten, die das Podium-Vor-

trag-Kaffee-Schema durchbrechen. Das Ministerium für Mitgefühl führte eine Übung in angewandter Empathie durch, konzentrierte Vier-Augen-Termine mit den Minister*innen, aus denen die Teilnehmenden nicht nur inhaltlich angeregt, sondern auch in bester Laune herausgingen: „Ich fühle mich großartig!“, strahlte nicht nur eine*r – keine Selbstverständlichkeit nach einem politischen In-Depth-Gespräch, aber vielleicht gerade deshalb ein gutes *role model* für die politische Debatte: „Bring back happiness to public places“ war die von Elzbieta Matynia formulierte Zentralforderung unserer letzten Konferenz. Ganz ähnliche Effekte hatte der Begegnungs- und Auseinandersetzungsraum, den Tänzerin und Konfliktforscherin Dana Caspersen und das MichaelDouglas Kollektiv mit ihrem Action-Dialogue *The Exchange* schufen, das große Zentralformat am Samstagnachmittag, in dem jede*r jenseits von Konferenzhektik und Frontalformaten seine*ihre Haltungen zu Gewalt überprüfen konnte.

Denn auf jede*n Einzelne*n kommt es an, und man muss kämpfen: Best-Practice-Beispiele wurden nicht nur in vielen Beiträgen genannt, wie z. B. durch Gastgeber Jonas Zipf, der eine lehrreiche Einführung in die Möglichkeiten des Versammlungsrechts gab; unter dem Titel „Müssen wir denn alles selber machen?“ wurden 10 Workshops zum Umgang mit Rechts angeboten, die von den konkreten Veranstaltungsdurchführungstipps von MOBIT über Arne Vogelgesangs erschreckende Einblicke in „Kulturkampf“-Manöver bis hin zu den praktischen Interventionen von *Tools for Action* reichten, mit denen die Teilnehmenden – mit menschengroßen roten Leuchtbananen berücksichtigt – gemeinsam den Jenaer Verkehr lahmlegten.

Aber auch dieses Heft leistet ganz konkrete Handreichungen: Es lohnt sich, hoffen wir, die zahlreichen Reden noch einmal nachzulesen, denn es findet sich in allen neben konkreten Handlungsempfehlungen auch eine Fülle von guten Argumenten und überzeugend entwickelten Gedanken, die sich im täglichen Kampf um die Demokratie ziemlich direkt in Debatten und Diskussionen, mit Kolleg*innen oder Zuschauer*innen, am Familientisch oder bei Maischberger verwenden lassen, wenn es drauf ankommt. Gerade in der wichtigen Diskussion um das Ausspielen der Klassen- gegen Identitätsfragen liefert Silke van Dyk wichtige Hinweise darauf, wie durch den Vorwurf von Partikularismus und Separatismus die Differenzkategorien der Unterdrückung und Stigmatisierung den Opfern selbst angelastet werden. – So ist dieses Heft, vielleicht mehr als andere Dokubände der dg, ganz konkret auch: ein Arbeitsbuch (eins zum Mit-Denken, wir sind ja schließlich Dramaturg*innen).

Denn man sollte gewappnet sein, sich mit bestimmten Positionen auseinandersetzen zu können. Wir werden uns unsere Gesprächspartner*innen nicht immer und womöglich immer weniger aussuchen können. Die entscheidenden Fragen sind, wie Björn Bicker auf dem Podium „Schaffen wir das? Miteinander reden?“ formulierte: „Wo sind die Grenzen der Debatte, wie weit gehen wir? Wann sagen wir: Das steht nicht zur Debatte?“ Amelie Deuflhard, die

bekannter- und bekennendermaßen ja große Lust an Streitgesprächen hat, benannte aber auch die Grenzen des sinnvollen Gesprächs: Diskussionen seien nicht möglich mit Menschen, die ein geschlossenes Weltbild haben, weil sie immer in Polemik und Beschimpfungen endeten. Weil Meinungsänderungen viel einfacher durch Erfahrung als durch Debatte zu erreichen seien, sei Aufgabe von Kulturinstitutionen auch die Moderation, also: Menschen miteinander ins Gespräch zu bringen, die sonst nicht miteinander sprechen. Björn Bicker betonte die Notwendigkeit von Streitregeln, die er in der Folge dann auch ebenso beharrlich wie eindrucksvoll einsetzte. Boris Palmer forderte, dass man als Demokrat nicht aus moralischen Gründen Regeln gegenüber einzelnen Gruppen außer Kraft setzen dürfe.

Dabei wird die Frage, wer mit wem in welchem Kontext nicht reden sollte oder dürfte, zunehmend heftiger gestellt; die Qualität der Reaktionen, die unsere Einladung von Boris Palmer vor und nach der Konferenz hervorrief, ist neu. Auffällig ist, wie sehr sich dabei die Fronten verhärteten. Anna Mendelssohn hatte unmittelbar vor dem Podium in ihrer Performance darauf hingewiesen: „If you don't show up to debate, you loose.“ Arne Vogelgesangs mit vielen Fakten unterfütterte Mahnung, dass es den Akteuren im Kielwasser der „Neuen Rechten“ allerdings nicht wirklich um Diskursbeteiligung gehe, sondern die Forderung, „miteinander zu reden“ ein taktisches Manöver im Kulturkampf sei, steht Palmers Warnung gegenüber: Zu viele ausschließen, das räche sich.

Wobei zwar leise, aber wahrnehmbar der durchaus unangenehme Beiklang einer Drohung mitschwang, als er sagte: „Sie werden mich als Mittler vielleicht noch brauchen.“

How should free speech be? Was man lernen konnte: Wie damit umgehen, wenn gezielte Provokationen auftauchen. Der Dreiklang aus Offenlegung der Strategie, persönliche Empathiesetzung und schnelle Rücklenkung auf das eigentliche Thema war vorbildlich – solange man nicht grundsätzlich der Meinung ist, es gäbe kein richtiges Podium im falschen. Sookee hatte bei Konferenzbeginn gesagt: „Alles ist ein Gesprächsanlass. Wenn dir ein 14-jähriger Pubertierender vor die Füße spuckt, ist das ein Gesprächsangebot. Die Frage ist halt, welche Gespräche will man führen und wie viele Gesprächsangebote braucht man dann auch tatsächlich.“ – Interessant waren vor allem die Einigkeiten und gemeinsamen roten Linien auf dem von Christian Römer präzise moderierten Podium: Deuflhard sprach sich dafür aus, das Vorhaben „Kultur für alle“ neu zu denken, und Bicker entwickelte es programmatisch weiter zum Vorhaben „Kultur mit allen“. Einigkeit herrschte vor allem in der Frage des Miteinander-Redens: Deuflhard plädierte für möglichst wenig Gesprächsabbrüche, Bicker sprach sich für die Herstellung einer Öffentlichkeit der Diversität aus, Palmer nannte als Maßstab die Frage, wer rückholbar sei und auf wen wir verzichten könnten. Eine rote Linie sei überschritten, wenn etwa Alexander Gauland Politiker*innen nicht mehr zum Volk zähle.

Konferenzen mit einer solchen Spannbreite und Reichhaltigkeit des Programms lassen sich nur mit starken Partnern entwickeln. Insbesondere mit unseren einladenden Gastgebern, Hasko Weber und Jonas Zipf, hatten wir in den zwei Jahren der Vor-

bereitung der Konferenz einen außergewöhnlich intensiven Austausch, der entscheidend zur Ausgestaltung des Programms und zum Gelingen der Konferenz beigetragen hat. Das Zusammengehen mit externen Partnern wie dem Goethe-Institut und dem Verband Deutscher Bühnen- und Medienverlage ermöglicht kuratierte Beiträge, die die Konferenz wesentlich bereichern. All das schlägt sich deutlich in der Wahrnehmung nieder; noch mehr als andere Konferenzen wurde die „Republik der Liebe“ auch außerhalb dramaturgischer Zirkel rezipiert; und es macht sich auch bei den Mitgliederzahlen bemerkbar: Erstmals hat die dg mehr als 800 Mitglieder, das bedeutet mehr als eine Verdoppelung in den letzten 10 Jahren.

Wir danken unseren Gastgebern, JenaKultur, dem Deutschen Nationaltheater Weimar, dem Volkshaus und Volksbad Jena, dem Theaterhaus Jena und allen Mitarbeiter*innen aller Institutionen, die bei der Realisierung der Konferenz mitgewirkt haben. Wir möchten der Thüringer Staatskanzlei ganz herzlich für die Förderung der diesjährigen Konferenz danken. Die verlässliche substanzielle Förderung durch den Deutschen Bühnenverein ist seit Jahren eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung unserer Jahreskonferenzen. Und zum zweiten Mal in Folge hat uns die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit unterstützt; wir danken dem Regionalbüro Mitteldeutschland für die Förderung.

Publikationen und Webauftritt der dg befinden sich seit der Wahl des jetzigen Vorstandes (der inklusive Vorsitzendem in Jena von den Mitgliedern mit großer Mehrheit im Amt bestätigt wurde) vor zwei Jahren im Wandel; die wichtigen inhaltlichen Setzungen durch und die umfassend positive Resonanz auf den Essay von Oskar Negt, der das Vorab-Heft ersetzt hatte, bestätigen unseren Wunsch, hier noch weiter zu gehen. Nach über 10 Jahren, die die *anschlaege.de* das Erscheinungsbild der dg entscheidend geprägt haben und nicht nur grafisch, sondern auch inhaltlich (und vor allem: spielerisch) ein wichtiger Partner waren, ist es Zeit, den Auftritt neu zu denken und den neuen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen auch grafisch neuen Ausdruck zu geben. Wir danken *anschlaege.de* für die immer wieder überraschenden Gestaltungen, und wir freuen uns, dass wir Daniela Burger, Mitherausgeberin und Art Directorin des *Missy Magazine*, als neue Verbündete gewinnen konnten: Der Konferenz-Webauftritt stammte bereits von ihr, die neue Handschrift haltet ihr in Händen, wir sind gespannt auf die Weiterentwicklungen in den nächsten Jahren.

Die Diskurse der Populisten simplifizierten und emotionalisierten alles, hatte Fernando Vallespín Oña gesagt, und das in einer höchst komplexen Gesellschaft, die nicht mehr politisch kontrolliert werden könne, jedenfalls nicht durch den Nationalstaat. Zugleich stellte Oña eine klare Forderung: „Was wir diskutieren sollten, ist: Wie wollen wir die Zukunft besetzen?“ Wir werden uns diesen europäischen Zukunftsfragen stellen: Auf Einladung des NTGent und der Opera Ballet Vlaanderen wird die dg vom 6.-9. Februar 2020 zum ersten Mal seit einem Vierteljahrhundert und

zum zweiten Mal in ihrer Geschichte überhaupt ihre Jahreskonferenz außerhalb des deutschsprachigen Raums abhalten – in Gent, der Stadt, die sich gerade durch programmatische Weichenstellungen der neuen Leitungsteams ihrer Theaterinstitutionen zu einer Art Zukunftslabor des europäischen Theaters entwickelt. 🤖

Der Vorstand der Dramaturgischen Gesellschaft: Kathrin Bielgk, Kerstin Grübmeier, Dorothea Hartmann, Karin Kirchoff, Uwe Gössel, Beata Anna Schmutz und Harald Wolff (Vorsitzender) mit Jana Thiele (Geschäftsführerin) und Undine Klose (Geschäftsstelle)





Stefanie Lohaus

Liebe ist ein Kampfbegriff

Die Kulturwissenschaftlerin, Journalistin, Autorin und Mitbegründerin des *Missy Magazine*, Stefanie Lohaus, die das Gespräch mit Sookee moderieren sollte, konnte wegen einer Erkrankung leider kurzfristig nicht kommen. Sie hat uns dankenswerter Weise dennoch ihren Impuls zur Verfügung gestellt, dem Vorstandsmitglied Anna Beata Schmutz vor dem Gespräch mit Sookee vortrug. Sie leitete den Impuls mit folgenden Worten ein:

Bevor ich den Text präsentiere, möchte ich mit euch eine persönliche Geschichte teilen, die mit dem Titel dieser Gesprächsrunde verbunden ist: „Liebe ist ein Kampfbegriff“! Diese Formulierung wurde bereits vor mehr als einem halben Jahr von uns, dem Vorstand, gewählt. Vor drei Wochen gewann sie für mich eine zusätzliche emotionale Bedeutung. Ich komme aus Polen, aus Gdansk. Aus jener Stadt, in der vor drei Wochen der liberale Bürgermeister Paweł Adamowicz bei einer öffentlichen Veranstaltung von einem rechtspopulistischen Parolen schreienden Mann erstochen wurde. Adamowicz war 20 Jahre als Politiker tätig, gehörte der liberalen Partei PO an und war nicht mit der Regierungslinie der PIS konform. The Guardian sprach in diesem Zusammenhang von der Rückkehr der Hate Speech. Die prominenteste literarische Stimme Polens, Olga Tokarczuk, betitelt ihren Artikel in DIE ZEIT mit dem Satz: „Die Linken, die Schwulen, die Deutschen, die Juden sind schuld an allem?“ und deutet diese Tat als Anschlag auf die Demokratie. Sie gibt der rechtspopulistischen Atmosphäre, die die Emotionen hochkochen lässt, Schuld daran. Diese Rückkehr von Hate Speech macht für mich das folgende Gespräch zu einem persönlichen Anliegen. Ich hoffe, dass wir mit dieser Konferenz Zeichen dagegen setzen können – für das Hier und Jetzt, in Deutschland und vielleicht auch über die Grenzen hinaus.

Die Liebe hat es bei Feminist*innen verschiedenster Strömungen und Jahrzehnte nicht leicht. Sie gilt als eine Art Schmiermittel, um das Patriarchat am Laufen

zu halten. In den 1970er Jahren argumentierten die Aktivistinnen der Kampagne „Lohn für Hausarbeit“, dass das Ideal der romantischen Liebe seit dem 19. Jahrhundert genutzt wird, um die unbezahlte Arbeit von Frauen zu verbergen: Um Frauen im Haushalt zu halten – an Orten, die eigentlich Arbeitsplätze sind, in der unbezahlte Arbeit verrichtet wird, damit der Mann ganz für die Fabrik, die Armee und den Staat zur Verfügung steht. Die romantische Liebe à la Hollywood verschleierte, dass die Ehe eigentlich ein Arbeitsvertrag war (und vielerorts noch immer ist), der auf der Ungleichheit aufbaut. Der Mann erhält seinen Lohn UND die Frau, die von ihm abhängig sein muss. Die Frau erhält, wenn sie Glück hat, Liebe und Dankbarkeit und ein Taschengeld. Wenn sie Pech hat: Nichts. Aus Liebe sollen Frauen sich kümmern: Um ihre Kinder, ihren Mann, die alte Großtante oder die kranken Eltern. Gestern wie heute. Klar werden Sie denken, wir haben die schlimmsten patriarchalen Gesetze in Deutschland abgeschafft. Nur eine Zahl will ich dem entgegensetzen: 61% verdienen Mütter 10 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes weniger. In Deutschland. Im Jahr 2018.

Aus Liebe sollten Frauen: Aushalten. Nicht nur die ökonomische Benachteiligung, sondern auch Gewalt. Die meisten Gewalttaten in Deutschland gelten der Partnerin und werden von einem Mann verübt: Bei 98% der Vergewaltigungen und 75% der tödlichen Körperverletzungen in Beziehungen waren Frauen die Opfer. Als Woyzeck Marie tötete, tat er das mit den Worten: „Wenn ich dich nicht haben kann, dann auch kein anderer.“ Mittlerweile erkennen wir, dass diese vermeintlichen Liebestaten narzisstische Akte sind, die das gekränkte Ego wiederherstellen sollen. Der Spruch „Er tat es aus Liebe“ ist nur noch selten zu hören. Aber auch männlicher Narzissmus ist kein persönlicher Fehler, er hat eine soziale Funktion im Patriarchat. Die linke Feministin Silvia Federici denkt Gewalt und ökonomische Benachteiligung zusammen: Die patriarchale Gesetzgebung gab dem Mann die Macht, die Arbeit der Frau zu überwachen und sie bei Fehlverhalten zu bestrafen. Staaten begriffen Gewalt gegen Kinder nicht als Gewalt und sehr lange galt das Schlagen der Ehefrau nicht als Gewalt. Ein Mann konnte ins Gefängnis kommen, weil er einen anderen Mann auf der Straße geschlagen hatte. Vor den gesetzlichen Änderungen, die die Frauenbewegung erwirkt hat, wurde ein Mann jedoch nicht dafür bestraft, dass er eine Frau oder ein Kind geschlagen hat. Sie wurden nicht als Opfer von Gewalt betrachtet, weil dem Mann das Recht zugestanden wurde, in seiner Familie für Ordnung zu sorgen.

Das Erstarren der Rechten bedeutet auch ein Wiedererstarren dieses Patriarchats, das wir zwar in seine Schranken verwiesen, aber noch lange nicht abgeschafft haben. Es ist kein Zufall, dass Trump und Putin sich auch der Gesetzgebung zur häuslichen Gewalt widmen: 2017 wurde in Russland „Gewalt gegen Familienmitglieder“ von einer Straftat, auf die zwei Monate Gefängnis stand, zu einer Ordnungswidrigkeit mit einer Geldstrafe von 85 bis 470 Euro Bußgeld umgewandelt. Die Trump-Regierung hat die recht fortschrittliche Gesetzgebung zu häuslicher

Gewalt in den USA zurückgedreht auf den Stand der 1970er Jahre. Im letzten Jahr wurde die Definition häuslicher Gewalt abgeschwächt, nur noch körperliche Gewalt wird als Gewalt anerkannt – seelische, sexuelle, psychische oder auch ökonomische Gewalt zählen nicht mehr. In Deutschland gilt die emotionale Verstrickung von Tätern in sogenannten „Beziehungstaten“ übrigens nach wie vor als strafmildernd.

Was also bedeutet vor diesem Hintergrund eine „Republik der Liebe“?

Um eine „Republik der Liebe“ zu schaffen, brauchen wir eine ganz andere Liebe – eine, die auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, auf Freundschaft und Anerkennung aufbaut. Ein Liebeskonzept, das sich nicht auf eine Beziehung zweier meist heterosexueller Menschen oder auf Blutsverwandte beschränkt, sondern alle Menschen einschließt. Wir verstehen, welche Instrumentalisierung die Liebe erfahren hat und wir legen ihren wahren Kern offen: Liebe ist ja erstmal einfach ein sehr starkes Gefühl der Verbundenheit. Eine Beziehung zwischen Menschen, aber auch zur Natur, oder sogar zu Objekten. Ein tolles Gefühl. Liebe, yeah!

Diese Art von Verbundenheit ist weit weg von der oben skizzierten romantischen Liebe, die ja eher eine Art Abrichtung auf eine patriarchale Lebens- und Staatsform darstellt. Sie kommt von der Erkenntnis, dass das, was mir passiert, auch anderen passiert. Empathie nennt man wiederum die Fähigkeit, diese Art von Verbindung herzustellen. Empathie ist quasi die Voraussetzung für ein umfassenderes solidarisches Liebeskonzept.

In diversen Wissenschaften – etwa den Neurowissenschaften oder auch in der Anthropologie oder der Philosophie – wird seit einigen Jahren Empathie erforscht. Die patriarchal geprägte Vorstellung, dass der Hauptantrieb des Menschen Egoismus sei, erweist sich höchstens als nur teilweise richtig, wie die Erkenntnisse verschiedenster Wissenschaften belegen, mindestens im selben Ausmaß kennen Menschen Kooperation und Altruismus. Eine „Republik der Liebe“ verabschiedet sich von patriarchalen Vorstellungen wie dem Homo oeconomicus und stellt ein ganzheitliches Konzept des Menschen in den Vordergrund.

Zu einem ganzheitlichen Konzept des Menschen gehört auch, dass die anderen Emotionen, diejenigen, die zu Gewalt führen, nicht außer Acht gelassen werden. Sie gehören zu uns Menschen dazu. Auch in einer „Republik der Liebe“ wird es immer Egoismus, Angst, Wut und Ekel geben, genauso wie es Gewalt geben wird. Eine „Republik der Liebe“ ist keine, die negative Emotionen abspaltet, die einen „besseren Menschen“ erschaffen will. Diese Vorstellung von einem besseren Menschen hat in der Vergangenheit zu totalitären Systemen bis hin zu Völkermorden geführt. Nein, eine „Republik der Liebe“ ist eine Republik, in der Menschen ihre Beziehung zu ihren negativen Seiten und Emotionen anders gestalten. Wir haben verstanden, dass Emotionen zwar natürliche Gefühle sind, aber eben moderiert werden können. Die US-amerikanische Philosophin Martha Nussbaum plädiert etwa dafür, an destruktiven Emotionen zu

arbeiten; in ähnlicher Weise, wie wir etwa mit Sport und Ernährung unseren Körper versuchen gesund zu halten. Die Neurowissenschaftlerin Tania Singer hat in einer großen Studie belegt, dass Mentales Training emotionales Erleben und Sozialverhalten entscheidend verändern kann – hin zu mehr Empathie.

Doch auch wenn wir es schaffen, Gewalt zum Wohle aller zu minimieren, sie wird sich immer wieder Bahn brechen. Wie gehen wir also mit ihr um, wenn sie passiert? In einer „Republik der Liebe“ würde sich, wenn Gewalt passiert, unser Umgang mit Tätern und Opfern entscheidend verändern. Opfern von Gewalt würde ein größtmögliches Maß an Mitgefühl und Unterstützung zukommen. Sie würden nicht ausgesondert, sondern integriert. Sie würden bedingungslos finanziell und psychologisch unterstützt. Sie würden sich nicht schämen müssen, Opfer geworden zu sein. Niemals würden sie für das, was ihnen angetan wurde, verantwortlich gemacht werden.

Doch auch unser Umgang mit Täter*innen würde sich ändern. Wir wissen, dass auch Menschen, die andere Menschen zerstört haben, keine Monster, sondern eben Menschen sind. Eine „Republik der Liebe“ mobilisiert auch Ressourcen für die Arbeit mit Täter*innen. Ihre Taten würden nicht verharmlost, doch wir würden ihnen die Chance geben, sich wirklich zu verändern. Sie müssen an sich arbeiten, verstehen, was sie angerichtet haben und Verantwortung übernehmen. Nur so können Täter*innen einen Kreislauf durchbrechen, der immer wieder neue Opfer produziert und so können sie wieder Teil der Gesellschaft sein.

Eine „Republik der Liebe“ ist im Übrigen keine ferne Utopie. Mit vielen kleinen Schritten können wir ihr jeden Tag einen Schritt näherkommen. 🌱



© Paula Winkler

Stefanie Lohaus. Geboren und aufgewachsen in einer hellgrauen Kleinstadt im nördlichen Ruhrgebiet, zog es sie nach dem Abitur ins pittoreske Lüneburg. Dort nahm sie das Studium der Angewandten Kulturwissenschaften an der Universität auf, das sie 2006 erfolgreich beendete. Sie schreibt zusätzlich als freie Autorin, u. a. auf dem ZEIT-Blog 10 nach 8 und hält Vorträge zu gleichberechtigter Partnerschaft, Feminismus, Popkultur und Femotionalismus, moderiert und ist Gast bei Diskussionen. Ihr Buch Papa kann auch stillen über gleichberechtigte Arbeitsteilung nach dem 50/50-Prinzip hat sie gemeinsam mit ihrem Partner Tobias Scholz verfasst. Das Buch ist Anfang 2015 erschienen.

Ist Liebe ein Kampfbegriff?

Sookee im Gespräch mit Beata Anna Schmutz und Harald Wolff

Beata

Anna Schmutz: Sookee, du bist Linguistin und Rapperin. In der Presse wirst du als eine Hip-Hopperin mit Rückgrat und Haltung bezeichnet. Du sagst: Offenheit, Verständnis und eine einladende Atmosphäre sind wichtiger als jeder ideologische Pragmatismus. Du singst: „Nie wieder homo, nie wieder rape. Ich brüll alerta antifascista und spuck auf rechts.“ Dieser Song wurde durch einen großen Angriff von rechten Trollen von Youtube entfernt und mit dem vermeintlichen Verstoß gegen das Verbot von Hassrede begründet. Ist dein Rap ein Gegenentwurf zu *Hate Speech*?

Sookee: Nein. Wenn ich die Intentionen so parat hätte, würde ich mich selbst wegkategorisieren. Manchmal ist eine klare Intention ganz praktisch, weil es Reaktionsgeschwindigkeiten erhöht. Aber ich finde es selbst super schade, reaktiv sein zu müssen. Aus diesem Grund hadere ich auch schon immer mit dem Kunstbegriff. Ich weiß nicht, ob reaktiver Output auf die Gesamtsituation und ihre hässlichen Details als Kunst zu begreifen sind.

Ich beziehe mich deswegen lieber auf den Kulturbegriff. Das ist leider eine total fadenscheinige Version, eine Light-Variante. Das Reaktive von mir ist schon tatsächlich als ein Gegenentwurf, Gegengewicht, Gegendiskurs gedacht. Das macht allerdings müde, wenn es gar keinen Nullpunkt gibt, weil du dich immer an irgendetwas abarbeitest, was vermeintlich vorher da war und die Notwendigkeit mit sich bringt, dass darauf geantwortet wird. Weil Schweigen eben Zustimmung heißt. Ich finde, dass mich das auf eine Weise diskreditiert. Es wird mir oft vorgeworfen, dass ich mich an der Scheiße ausrichte, die gerade dampft. Und damit bin ich letztlich nur eine Fliege. Und die Lebenszeit einer Fliege ist nicht lang. Das ist schade. Ich glaube, eine Kakerlake, die so richtig zäh jeden Atomkrieg übersteht, wäre mir lieber.

Mir war das Liebste an Stefanies Text: die Integration von negativen Gefühlen. Ich habe im Vorfeld viel über den Punkt in eurem Titel „Republik der Liebe. Doing democracy“ nachgedacht. Ich habe

schon befürchtet, dass ich heimlich aufgefordert werde, ihn zu dekonstruieren. Ich musste überlegen, ob auch ihr von mir was Reaktives wollt. Ich bin sehr, sehr skeptisch gegenüber der Liebe, weil die Konditionierung dessen, was das heißt und wie sich das anfühlen soll, also die Romantisierungen und Ökonomisierungen, so tief in uns sitzen. Ich frage mich, ob ich das mit der Liebe überhaupt kann. Abgesehen von der Liebe gegenüber meiner Mutter, meiner Schwester und meiner Tochter. Und ob ich mir überhaupt anmaßen kann, zu diesem Thema etwas beizutragen. Die Überformung und sozialisatorische Wirkung von all diesen unsichtbaren Dingen, die wir als Ideale vorgeturnt bekommen und die uns das Gefühl geben, defizitär zu sein, wenn wir sie nicht richtig in uns spüren oder wenn wir nicht wissen, wie wir sie performen können, was legitim ist, das arbeitet auf jeden Fall sehr stark in mir.

Bei dem Gefühl Ekel zum Beispiel ist es irgendwie einfacher, weil da klar ist, wie er funktioniert. Da können wir uns auf unsere Körperreaktion stärker verlassen. Aber worüber wird mehr philosophiert, über Liebe und Zuneigung oder über Ekel und Abscheu?

Also ich bin da höchst ambivalent, weil das so omni ist. Da kommen direkt Gott und Jesus rein und wollen irgendwas. Freud ist eh schon da, er hat es sich schon gemütlich gemacht und raucht. Also ihr habt euch da echt einen ganz schönen Brocken vorgenommen, und ich bin ganz froh, dass ich morgen wieder weg bin. *(Gelächter)*

Ich glaube übrigens nicht, dass das Rausnehmen meines Songs von Youtube ein Ausdruck der Bedrohung für Rechte durch meine Person war. Ich glaube, das war einfach so ein deutscher Bürokratismusfall. Die Plattform musste reagieren, weil so und so viele Meldungen kamen. Da hat sich halt irgendjemand mit seinen sechs Accounts hingesetzt, sich ein halbes Stündchen Zeit genommen und das zwanzigmal wegen Datenbundesdingarschlochgesetz, oder wie immer das heißt, gemeldet. Das war genau dieses Jahr, wo dieses Datengesetz rauskam. Wie heißt es noch? Keiner weiß, wie es richtig heißt. Da kam das Polizeiaufgabengesetz und dann kam das Psychisch-Kranke-Hilfe-Gesetz. Das ist so ungefähr eine Kategorie sprachlich.

Harald Wolff: Netzwerkdurchsetzungsgesetz.

Sookee: Ist das nicht geil? Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Das ist wie eine Klobürstenbedienungsanleitung. Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Alter, das ist echt eine Zumutung, das ist megadeutsch, das ist richtig schlimm. Genau, ich glaube, das war einfach da der Punkt. Ich glaube nicht, dass sich Nazis ... Ich weiß nicht, ob sich irgendjemand von mir bedroht fühlt. Also ich weiß, dass es Leute gibt, die sich in meiner Gegenwart nicht trauen zu sprechen, weil sie irgendwas falsch machen könnten, und dann komme ich wieder mit meinem PC-Schleiß daher und klatsche sie an die Wand oder erkläre, dass sie schlechte Menschen sind, dabei haben sie es nicht böse gemeint. Das ist, glaube ich, eher ein Problem, dass Leute, die tendenziell mit mir reden wollen, sich

dann doch dagegen entscheiden, weil sie denken, dass ich in meiner moralischen Überlegenheit zum Rundumschlag neige. Das finde ich schade. Das muss ich mir selbst sagen, sonst wäre es ja nicht der Fall. Es können ja nicht alle, die es betrifft, gemeinsam zufällig halluzinieren. Das muss ja irgendeinen Grund haben. Aber ich weiß nicht, ob jetzt Udo Vogt oder Poggenburg dasitzen und sich denken: Ui, ui, ui, da müssen wir aufpassen. *(Gelächter)*

Haltungsfragen sind tatsächlich sehr interessant an der Stelle. Mir wäre es am liebsten, wenn alle ihre persönliche Strategie haben oder alle ihr Feld finden. Es braucht dafür kein Mikrofon in der Hand: Mein Mitbewohner kam mal nach Hause, nachdem er mit dem neuen Freund der Tante seiner Partnerin ganz basale schlimme rassistische Dinge diskutieren musste. Und der Typ kam nach Hause und war völlig zerfallen, weil die Restrealität ihn so hart an einer Stelle geklatscht hat, an der er dachte, er isst da nur einen Kartoffelaufwurf. Ich glaube, dass wir alle diese Momente haben. Und deswegen ist das Kämpferische gar nicht so das Ding. Wenn man das Kämpferische vorne draufschreibt, dann verpflichtet man sich an der Stelle zu etwas, was sehr, sehr groß ist. Ich glaube, dass das Leute abschreckt. Ich glaube, dass das Ganze ohne Kampfbegriff viel brauchbarer ist. Wenn man den Kampfbegriff verwendet, ist das von vornherein so ... *schnarcht*. Da kriegt man Verspannungen. Und auch Magengeschwüre sind ganz beliebt in dem Kontext.

Harald Wolff: Das ist aber tatsächlich genau der Versuch, den wir starten – aus dem Reaktiven rauszukommen. Wenn wir wie das Kaninchen auf die Schlange starren und sagen: Was können wir tun gegen die Rechten? Dann spielen wir ja schon deren Spiel. Wenn wir den öffentlichen Raum besetzen wollen mit etwas, was nicht Hass ist, dann wäre die Liebe ein Gegenversuch. Liebe verstanden als politischer Kampfbegriff. Liebe in dem Sinne, wie Stefanie Lohaus das vorhin definierte: Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Freundschaft und sorgsame öffentliche Empathie. Schon als Kampfbegriff, aber um einen öffentlichen Raum des Miteinanders zu schaffen.

Sookee: Ich finde alle diese Begriffe auch total richtig. Ich hätte sie noch um Geschwisterlichkeit, Unterstützung, Zuneigung, Wertschätzung, Begeisterung und Anerkennung ergänzt. Es fühlt sich trotzdem nicht richtig an, alles mit Liebe zu überschreiben. Vielleicht ist es bei mir durch die Abwesenheit religiöser Gefühle bedingt. Liebe hat einfach einen sehr starken christlichen *flavour*. Da komme ich nicht richtig weiter an der Stelle. Und das ist auch nicht die Angst vor Pathos. Ich habe mal in Leipzig von einer Rapperin gelernt, das Pathos in Ordnung ist. Ich habe mich geschämt, dass ich einen pathetischen Text mit so einem Klavierquatsch im Hintergrund und Licht gemacht habe. Und dann schrie sie: Pathos is real! „Realness“ ist sozusagen das höchste Gut im Hip-Hop, traditionell betrachtet zumindest. Ich war so froh, dass sie mir die Absolution erteilt hat. Es ist also keine Angst vor Pathos, wenn ich Liebe an der Stelle zurückweise. Ich bin mit der Liebe nur dann einverstanden, wenn wir sicherstellen, dass wir alles, was darunter subsumiert wird, auch immer benennen. Ich habe einfach Angst vor der Verkürzung. Die ökonomisierende Seite rings um die Liebe zum Beispiel: „Ich habe dir doch auch...“ und „du hast mir doch auch...“. Das ist so ein Geben und Nehmen, aber in welchem Mengenverhältnis? Ab wann kann man eine eheliche Pflicht einfordern? Da müsste es einen Lautie geben, der öffentlich, konstant die Leute bespielt, damit es kleinteilig benannt wird, was unter Liebe verstanden wird und konstant alle problematischen Aspekte, die wir von Steffi Lohaus vorgetragen bekommen haben, erklärt werden. Letztendlich ist Liebe auch ein goldener Käfig.

Harald Wolff: Wir haben darüber auch lange diskutiert. Der Begriff Liebe ist durchaus eine Provoka-



tion. Im kulturellen Kontext steht man sofort unter Schlagerverdacht, wenn man ihn ausspricht. Er löst auch Widerstände aus. Meine Lieblingsstelle bei Stefanie Lohaus war das In-die-Pfanne-Hauen des romantischen Konzepts von Liebe. Die Romantik hat uns nicht nur ein schwieriges Liebeskonzept hinterlassen, sondern auch den Nationalismus geschenkt. Vielleicht stünden wir insgesamt ohne die historische Epoche der Romantik heute gesellschaftlich besser da. Was ich aber sehr mag, ist dein Song *Emoshit & Hippietum*. Dort definierst du ja genau, was du mit Liebe meinst oder zumindest wofür du sie aufwenden willst: „Liebe für Mut und Risiken, Liebe für den Widersinn, für den Respekt davor, dass wir verschieden sind. Keine Liebe für die, die nur kommen und sich beschweren.“

Sooke: Das war mir dann direkt peinlich. Ich habe erst den Text geschrieben, also für was ich alles Liebe entwickle oder entwickelt sehen will. Und dann war mir das aber so unangenehm. Ich habe es in Halle am Bahnhof geschrieben und erst danach mit *Emoshit & Hippietum* betitelt. Vielleicht ist Rückgrat und Haltung doch zu viel der Vorschusslorbeeren, wenn ich bei solchen Sachen schon einknicke. Leute! *Emoshit & Hippietum*. Ja, das ist fast relativierend: Haha, ein bisschen Ironie muss dabei sein. Sonst ist alles nicht cool genug. Aber das zwickt irgendwann an der Stelle.

Und deswegen Republik und Liebe? Deswegen dieses Staatsaffirmative? Ich habe Angst vorm Staatsaffirmativen an der Stelle. Und ich frage mich, warum die Republik und nicht die Gesellschaft. Warum macht ihr das? (*Gelächter*)

Beata Anna Schmutz: Du bedienst dich in deinen Songs kurzer und sehr prägnanter Wortzusammenhänge, die dann aber wie ein Diskurs wirken. Keine Verkürzungen. Wie gelingt dir das?

Sooke: Alles ist ein Gesprächsanlass. Wenn dir ein 14jähriger Pubertierender vor die Füße spuckt, ist das ein Gesprächsangebot. Die Frage ist halt, welche Gespräche will man führen und wie viele Gesprächsangebote braucht man dann auch tatsächlich. Wie viel Gespräch verspricht man sich, wenn man von Liebe spricht? Deswegen ist es auch so wichtig, den schwierigen, problematischen Gefühlen zu begegnen, sie zu integrieren. Wie weit kann ich den Diskurs zulassen, wenn sich in mir Leute, Gedanken, Strömungen oder Positionen integrieren, die mich entweder vereinnahmen wollen und darüber schwächen oder die mich kapitalisieren wollen und darüber unglaubwürdig machen. Oder wenn ich Leuten begegne, die mich halt schlicht unterwandern wollen. Wir haben das schon erlebt, als die Identitäre Bewegung im vergangenen Jahr versucht hat, plötzlich Feminismus zu machen. Hä? Sie haben diese 120-dB-Kampagne gestartet. 120 dB deswegen, weil das die Lautstärke eines handelsüblichen Taschenalarms ist, den jede Westeuropäerin jetzt mit sich tragen muss, weil an jeder Ecke zehn vergewaltigende Ausländer stehen und es deswegen im Prinzip unmöglich geworden ist, aus dem Haus zu gehen. Und sie haben tatsächlich feministisch argumentiert oder dachten, sie tun es. Das Problem ist, dass das an der Staatsgrenze endet und nur funktioniert, solange es die eigenen Frauen sind. Aber das war schon ein Moment, in dem ich dachte: „Wow, so geht es jetzt aber nicht.“ Und wenn man so etwas absolut Durchlässiges und Flächiges und auch Entgrenztes wie Liebe obendrauf schreibt, hätte ich Angst. Das ist ein bisschen wie mit den

Montags-, mit den Friedensdemos. Wo Xavier am Ende für die Reichsbürger gesungen hat? Vor so etwas hätte ich Angst.

Harald Wolff: Die Frage wäre natürlich, welche Breitenwirksamkeit die Dramaturgische Gesellschaft erreichen kann, wie unmittelbar uns diese Republik der Liebe droht. (*Gelächter*) Den Begriff „Hippieness“ finde ich an dieser Stelle richtig. Ich verstehe nicht, wie es sein kann, dass man einen gelben Kreis auf

mal völlig zu verflachen. Aber so flach ist es einfach vielerorts. Sie dürfen keinen Selbstzweifel laut werden lassen und müssen überzeugend und überzeugt wirken. Ich glaube, dass auf der Geschlechterebene viel versteckt ist. Nicht ohne Grund bezieht sich die Rechte ja auf traditionalistische Geschlechterbilder. Und ich glaube, dass eine veränderte Männlichkeit, eine weiche Männlichkeit, eine durchlässige Männlichkeit, der Softie, die Rettung sein könnte. Es wäre

Ich bin sehr, sehr skeptisch gegenüber der Liebe, weil die Konditionierung dessen, was das heißt und wie sich das anfühlen soll, alle Romantisierungen und alle Ökonomisierungen, so tief in uns sitzen.

einen schwarzen Grund malt und das wird auf einmal sexy. Wenn die Rechten sexier sind als die Linken, haben wir ein Problem.

Wie schaffen wir es, von links wieder attraktiver zu werden? Wieso finden junge Leute die rechten Codes so cool? Wieso tragen sie alle dieselbe Frisur, die mein Großvater in der Wehrmacht getragen hat? Wie können wir ein Zeichensystem entwickeln, das eine linksliberale, offene Gesellschaft wieder attraktiver macht als dieser autoritäre Scheiß, dem alle hinterherrennen? Das war auch der Auftrag an die Grafiker für das Konferenzdesign: eine neue Ikonografie finden, die attraktiver ist als dieser identitäre Kack.

Sooke: Autoritarismus ist auf jeden Fall das Stichwort. Das ist eine sehr allgemeine Erklärung dazu, dass in einer globalisierten, medialisierten Welt die Leute ihre Orientierung verlieren und die starke väterliche Hand suchen. Das ist sozusagen etwas Strukturgebendes. Es gibt ein ganz interessantes Interview von einem ex-kommunistischen Rapper namens MaKss Damage, der irgendwann sein Nazi-Coming-out hatte. Tatsächlich. Also, er ist halt gleichermaßen homophob, antisemitisch und sexistisch geblieben, nur vom Stalinismus zur Freien Kameradschaft gewechselt. Ganz ulkig. Da hat sich die Extremismus-Theorie leider ganz schrecklich bestätigt. Da hat er sich wiedergefunden: Die Orientierung, der Zusammenhalt und alles Rechtwinklige eben. Und dass da eben Orte sind, die von ihm nicht erwarten, dass er sich emotional artikuliert.

Und das ist tatsächlich ein großes Ding. Für mich ist das die Headline für 2019. Wir haben von den 1968erinnen gelernt, dass das Private politisch sei. Ich glaube, dass wir jetzt eben auch klären müssen, ob das Emotionale politisch ist. Das Emotionale ist eben nicht nur ausschließlich Liebe. Ich glaube, dass die Integration von allem das Wichtige wäre. Wie es in Stefanies Text schon heißt: Frauen sind eben nicht dazu erzogen worden, mit der Faust auf den Tisch zu hauen, öffentlich zu furzen oder sonst ihre Meinung zu sagen. Männer sind so sozialisiert, um es jetzt

erstrebenswert, den eigenen Gefühlshaushalt gut zu kennen und eben nicht abzuspalten. Damit steht und fällt viel. Diese ganze Idee vom alten weißen Heteromann! Das hat auch schon so einen inflationären Charakter. Man denkt: Ja, der alte weiße Mann, okay, wir wissen, wer schuld ist.

Das wäre tatsächlich eine Aufgabe, die Emotionalität in sein eigenes Leben zu integrieren. Ich glaube, dass wir uns da eine Menge Ressourcen klauen, die helfen könnten, auch in der politischen Praxis, in der politischen Handlungsfähigkeit ein paar Schritte machen zu können. Denn Empathie ist tatsächlich der Schlüssel. Sich nicht nur um den eigenen Arsch zu drehen und nicht nur zuzusehen, wie man die eigenen Schäfchen ins Trockene bringt, sondern bereit zu sein, Dinge zu teilen. Macht, Ressourcen zu teilen. Alles ist nur eine Verteilungsfrage, globalgesellschaftlich. Im Zuge eines Empathie-Dazulernens kann auch die kapitalismuskritische Perspektive wirklich verinnerlicht werden.

Konkurrenz ist schlecht für uns... Von Konkurrenz kriege ich ein Magengeschwür. Das ist mein persönlicher Triumph über den Kapitalismus: Dass ich Konkurrenz-, Neid- und Eifersuchtsgefühle in mir selbst weitestgehend ausgetrieben habe. Wenn jetzt jemand kommt und sagt: „Oh, guck mal, da ist eine feministische Rapperin, die ist ja auch noch fünf Jahre jünger als du, super erfolgreich, schon sechs Alben gemacht, hat zwei Kinder, die sie gut händelt, und sie kann dies und das besser.“ Dann sage ich: „Voll geil, Hammer, ich bin ein Riesenfan.“ Ich glaube fest daran, dass wir uns in Dingen trainieren können, die auf Liebe zusteuern. Die Frage ist, wenn wir das tatsächlich wollen, welche Schritte braucht es? Ich glaube, dass alles, was spaltend wirkt, wie Konkurrenz, ein patriarchales, kapitalistisches Prinzip ist. In der Markt- und Verwertungslogik sind wir natürlich voll von Konkurrenz. Wenn du nicht lieferst, dann stehen da zwanzig andere, die den Job wollen usw. Das ist für Frauen eine besondere Herausforderung. Frauen müssen lernen, Stärke zu zeigen. Deswegen ist auch die starke Frau plötzlich das Ideal schlecht-



hin. Was ich schwierig finde, weil Ideal und Realität sind ... hui, die können arg auseinandergehen – auch in einem progressiven Sinne.

Beata Anna Schmutz: Ist das aber nicht ein *lead framing* des Settings von Rap? Ganz stark auf Konfrontation zu gehen? Also: „Ich bin besser als du, ich hau' dich in die Pfanne.“ Schaffst du das wirklich in deinem Bereich, so einen Gegenentwurf zu etablieren?

Sookee: Das ist halt genau das. Ich bin vorsichtig in Bezug auf Hip-Hop-Mainstream. Sie halten mich für unterfickt und damit ist eh schon alles durch. Auf dem Argumentationslevel arbeiten einfach viele. Und sie haben sich auch mit sich selbst geeinigt: „Guck

Nicht ohne Grund bezieht sich die Rechte ja auf traditionalistische Geschlechterbilder. Ich glaube, dass eine veränderte Männlichkeit, weich und durchlässig – der Softie – die Rettung sein könnte. Es wäre erstrebenswert, den eigenen Gefühls-haushalt gut zu kennen und nicht abzuspalten.

dich an, Alter.“ „Ja, okay, Entschuldigung, ich bin hässlich, ja, ich gehe schon.“ Es gibt natürlich auch coole Leute. Die Bearbeitung von Sexismus ist noch nicht so weit, aber es gibt eine zunehmende *queer friendliness*, bei der Rapper als Punch Line sagen: Du kommst in den Backstage, ich mache aber gerade mit deinem Backup, mit deinem BackUp-Rapper rum. Also von wegen: Deine Scheißdominanz interessiert mich nicht, ich habe sogar sexuelle Gefühle für denjenigen, der dir unterstellt ist. Sozusagen, ich schlafe mich nicht mehr nach oben, sondern... Also das sind schon so Umkehrungen, die gerade passieren. Da ist viel in Bewegung. Das lässt sich ja nie sagen, wessen Verdienst es am Ende war. Und ich weiß nicht, ob ich manchmal nicht sogar schädlich bin, weil ich es irgendwie zu sehr will. Hihi. Und dann damit Leute nerve. Man liest dann ein Interview mit mir und denkt sich: „Ja, okay, ich habe es verstanden, ist gut jetzt.“

Harald Wolff: Ich komme noch mal auf deine Kritik an unserem Republik-Begriff zurück, da will ich uns nicht so einfach davonkommen lassen. Mich beschäftigt die Frage der Institutionalisierung sehr. Du bist ja gegenüber den Institutionen sehr kritisch eingestellt. Aber du zitierst schon auch mal die Bundeskanzlerin als Hookline und engagierst dich gleichzeitig auch wahnsinnig sozial. Meine Vorstandskollegin Kathrin Bieligk sagt: „Eine Republik ist das, was alle angeht.“ Ich würde ergänzen: Sie setzt sich aus Leuten zusammen, die einzeln vor Ort aktiv werden und sich damit für eine offene Gesellschaft einsetzen. Aber, darauf würde ich insistieren: Es braucht auch die anderen, die das institutionell verkörpern und repräsentieren – die dafür einstehen auf einer ganz anderen Ebene.

Sookee: Ja, also das ist von mir vermutlich wieder nur so eine Umwegstrategie zu sagen: „Hach, ich bin bewegungspolitisch, ich spreche nur für mich.“ Ich habe aber kein Plenum am nächsten Dienstag um 17 Uhr, bei dem ich mich dafür gerademachen muss, was ich jetzt wieder geäußert habe. Das ist mein Vorteil. Wenn ich das Ding nicht Kunst nenne, sondern Kultur, entziehe ich mich einer Verantwortung mir selbst gegenüber. Wenn ich das Ding Gesellschaft und nicht Republik nenne, ist es genauso. Wenn ich sage, dass ich den Parlamentarismus nicht für so richtig sexy halte, da ist bei mir eher das Sexy-ness-Problem und nicht das von Rechts und Links. Das ist noch mal eine andere Kategorie.

Ich gehe sozusagen strategisch in den Dialog mit der Parteipolitik. Die Leute, die sich an der Stelle gerademachen und das wirklich institutionell (das muss ja nicht gleich das Parlament sein) fahren, die dürfen kein kreatives Chaos um sich schaffen. So. Ich mache es mir auf jeden Fall einfach damit zu sagen: Ja, wie, ey, Staat und Institutionen und Hierarchien und Karrierismus, das ist alles nichts für mich. Ich mache so mein Ding. Vielleicht ist das auch eine Form von fehlender Reife. Vielleicht bin ich auch einfach noch nicht an dem Punkt zu wissen, wo meine Handlungsmöglichkeiten konkret liegen. Jetzt kann ich ein bisschen rumflippen, ich kann ebenso ein kleines Büchlein schreiben, dann mache ich eine Kinderplatte und dann mache ich hier bisschen und denke da laut rum und schreibe da einen Song und mache hier einen Workshop. Das ist natürlich noch alles sehr faserig. Ich kann nicht evaluieren, was ich tue. Diese Entwicklung, dass ich wie ihr jetzt herkomme und sage, okay, wir waren vor fünf Jahren schon an dem Punkt, das fehlt mir.

Harald Wolff: Aber das kann ja auch eine große Stärke sein. Meine Behauptung ist, dass Sexy-ness extrem wichtig ist. Gerade, wenn man politisch etwas erreichen will. Unsexy gibt's schon genug. Du engagierst dich im Verein zur interkulturellen Bildung und Gewaltprävention, du machst Rap-Workshops für Jugendliche, du hast in der Schule unterrichtet. Was treibt dich, das zu tun? Geht es dir um eine Form der Selbstermächtigung?

Sookee: Genau. Da bin ich irgendwie das Essen auf Rädern. Ich komme halt rum und lasse was da. (*Gelächter*) Und entweder sagen sie: Ja, geil, voll lecker. Oder sie sagen: Ach, geh mir weg mit den Erbsen.

Beata Anna Schmutz: Aber das ist cool! Einen Ausdruck zu schaffen für etwas, woran man glaubt oder worin man selbst eine Not hat, es auszudrücken und in die Welt zu setzen.

Sookee: Ja, aber mach das Fass nicht mit mir auf. Ich bin seit sechs Monaten trocken. Ich werde das jetzt nicht diskutieren, das ist mir wirklich zu hoch. Ich bin überhaupt kein Mensch mit Hang zur Panik-attacke, aber Wohnungssuche und die Diskussion um Kunst machen mir wirklich ... Das erhöht bei mir sofort den Blutdruck. Mir macht das wirklich Sorge.

Beata Anna Schmutz: Ein Schlusswort?

Sookee: Ich habe nie Schlusswörter, das ist ja das Problem. Das macht mich auch extrem unzufrieden. Als ich den Text von Stefanie zum ersten Mal gelesen habe, dachte ich: Ach, Steffi, wieso schreibst du denn jetzt, dass das alles gar nicht so weit weg ist. „Wir müssen nur jeden Tag ein paar kleine Schritte machen.“ So was macht mich total aggressiv. Natürlich will ich in der Utopie leben. Aber jeden Tag ein paar kleine Schritte? Dann kommt wieder irgend so ein schlauschlauer Adorno daher und sagt mir: Du mit deinen Schritten, du läufst rückwärts und im Handstand und merkst es gar nicht.

Es gibt eine Not, das stimmt tatsächlich. Es gibt wirklich eine große Not, Dinge zu tun. Natürlich ist es immer ein Riesenprivileg im besten Sinne, sich Artikulation zu verschaffen. Ob das jetzt Kunst oder Kultur heißt, diskutiert ihr dann über die nächsten Tage. Und ich entziehe mich mal wieder. Ich hinterlasse nur ein paar dampfende Erbsen. Die Frage von Dranbleiben oder Nicht-Dranbleiben bleibt. Die Not dahinter ist die Kürze des Lebens: Es sind echt nur ein paar Jahrzehnte. Die Angst, die dahintersteht, ist, den letzten Atemzug zu machen und zu denken: „Scheiße, hätte ich mal ...“ Das treibt mich. Ist das überhaupt altruistisch oder hochgradig egozentrisch? Das ist ungeklärt. Das ist übrigens auch die Schwierigkeit mit der Liebe. Denn sie ist ja nur echt, wenn sie wirklich bedingungslos ist. 🙌

Gekürzte Version des Gesprächs am 31.1.2019 im Volkshaus Jena



©Asian Eyul

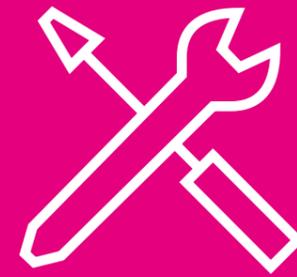
Sookee. Politik und Party? Queerfeminismus durch HipHop? Subkultur im Mainstream? Die Rapperin Sookee macht aus vermeintlichen Widersprüchen glitzernde Schnittmengen und schafft damit Räume, die gesellschaftliche Veränderung voranbringen. Kultur leistet mitunter spezifischere Zeitdiagnosen als ein Parteibuch, weiß Sookee. Mit ihrem fünften Album „Mortem & Makeup“ haut sie einfach mal so ein Dokument gegenwartspolitischer Debatten raus, das nicht nur rumtheoretisiert, sondern den Menschen und seine ärgsten Innenkämpfe mitnimmt. Sookee ist außerdem Mutter, Antifaschistin und voller Hoffnung. Zwangsläufig.



Demokratie

entsteht

beim



,

sie  vergeht aber

auch durch

Unterlassen.



Priya Basil

Aus uns: die Welt

zu übertriebener Wachsamkeit mit verschlossenen Türen, wechselnden Pfortnern und ständigem Misstrauen führte. Sie fand sich im unguuten Gefühl der Sonne gegenüber, die einem die Haut und damit, so glaubte man, den eigenen Wert rasch verdunkeln konnte. Alle die ich kannte wollten hellhäutiger sein, weil weiße Menschen als besser galten, obwohl auch sie wegen ihrer „lockeren“ Art und der Macht, mit der sie einst über uns geherrscht hatten, verachtet wurden. Kein Wunder, dass meine Jugend von Angst bestimmt war. Es war wie ein Tinnitus, ein undeutliches Summen – manchmal laut, manchmal tief, immer da. Erst sehr viel später sollte ich verstehen, dass es ein Symptom war: Ich konnte die Ungerechtigkeit spüren, ihr aber nicht trotzen, geschweige denn versuchen, etwas dagegen zu unternehmen.

Die Freunde meiner Eltern waren zwar alle indisch, gehörten aber verschiedenen Religionen an. Regelmäßig trafen wir Hindus, Muslime oder andere Sikhs bei „Kitty Partys“, wie die Erwachsenen diese Feste nannten, bei denen jede Familie jeweils ein Gericht mitbrachte. Solche Treffen fanden zu allen möglichen Anlässen statt, von Eid über Diwali und Vaisakhi bis Weihnachten.

Essen kann die Menschen trennen und verbinden. Selbst in einer verhältnismäßig homogenen Gruppe zwischen die Unterschiede bisweilen auf wie Wasser auf einem heißen Backblech. Das konnte ich bei meinem Vater miterleben, den es nervte, dass unsere muslimischen Freunde bei uns zu Hause kein Fleisch aßen – weil sie völlig zu Recht annahmen, dass es nicht halal war. „Jetzt reicht's! Wir laden sie nicht mehr ein!“ tobte er, während meine Mutter die übrig gebliebenen Reste eines Hühnchens verstaute, das die Gäste nicht angerührt hatten. „Was glauben die eigentlich, wer sie sind? Ich will sie nicht mehr sehen. Hast du verstanden? Nie wieder!“ So schnell, wie er sich aufregte, beruhigte sich mein Vater auch wieder. Auf dem Weg zum Essen bei muslimischen Freunden schwor er, er würde kein Fleisch anrühren, das sie auftrugen – weil er wusste, dass es halal war. Bei Tisch waren seine Bedenken verflogen, und er ließ sich alles schmecken, was angeboten wurde, sprach Komplimente aus und nahm sich nach. Jahre später, als meine Familie für kurze Zeit nach London zog, kauften meine Eltern selbst manchmal Fleisch von einem Halal-Schlachter in Tooting. Was hätte man auch tun sollen, wenn manche Gerichte – Lamm-Pulao oder -Samosas etwa – einfach besser wurden mit dem weniger fetten Fleisch, das zufällig halal war?

Der Anblick eines aromatischen Lammgerichts ließ meinen Vater seinen Groll vielleicht wieder vergessen, doch gab es tiefere Differenzen, die er nicht ausblenden konnte. Manche Unterschiede, so scheint es, können nicht überbrückt, manche Grenzen nicht überschritten werden, ganz gleich, wie oft man mit anderen zusammen am Tisch sitzt, ganz gleich, wie viele fremdländische Köstlichkeiten verspeist werden. Aus diesem Grund warnten meine Eltern meine Schwester und mich – obwohl einige ihrer besten Freunde Muslime, einige ihrer liebsten angeheirateten Verwandten weiß waren –, uns ja nie in einen Muslim, einen Schwarzen oder einen Weißen

zu verlieben (in der Reihenfolge). Natürlich gab es keinerlei logische Begründung für diese rassistische Regel. Das Beste, was meinen Eltern einfiel, war: Es geht gegen unsere Religion.

Das Herz mag Befehle vielleicht nicht befolgen, doch es vergisst sie nicht. Diese Anweisungen, wer unsere Zuneigung wert war – und wer nicht –, wurden uns Kindern so heftig eingetrommelt, dass sie noch heute selbst dann in mir pulsieren, wenn mein Herz und mein Kopf ihre ganz eigenen Forderungen herausbrüllen. Man versucht, Vorurteile Schlag für Schlag zu überwinden, korrigiert sich, wann immer sie in den Vordergrund pochen. Und doch sind sie manchmal da, bevor man sie aufhalten kann, morsen ihre falsche Weisheit, locken uns in ihre Falle.

Wer sind wir? Keine Gesellschaft kann dieser destabilisierenden Frage aus dem Weg gehen. In Kenia dröhnte sie schrill durch unseren Alltag, vibrierte in unseren Adern und konnte weder mit Versuchen, sie zu ignorieren, noch sie zu beantworten, zum Verstummen gebracht werden. Wie eng dieses „Wir“ gefasst war! Üblicherweise war damit unsere Sikh-Familie gemeint, gelegentlich unsere indische

Besonders verstörend an diesem Hass war – ist – sein Versuch, als Liebe durchzugehen, vor allem als Liebe zu einem Land, zu einer Nation.

Community und manchmal, aber darüber ging es nie hinaus, unsere britische Staatsangehörigkeit mit den damit verbundenen persönlichen Vorteilen und Ansprüchen. Und obwohl diese Identitätsgleichung aus den Variablen Geschichte, Politik und Wirtschaft entstanden war, rechnete sie erstaunlicherweise nicht bewusst mit ihnen. Kein Wunder, dass wir Schwierigkeiten hatten, unseren Platz in der Welt zu finden. Ohne ein tiefergehendes Verständnis der Vergangenheit konnten wir unsere unzähligen Verbindungen zu anderen Menschen über Raum und Zeit hinweg nicht ansatzweise zusammenrechnen, konnten nicht begreifen, dass wir mehr sind als die Summe unserer offenkundigsten Teile. Wir steckten in einer seltsamen Klemme, wir, die britischen Inder in Kenia. Zweifach kolonialisiert, ging es uns materiell gesehen besser, doch innerlich waren wir völlig verwirrt, hätten nicht sagen können, wer wir waren und folglich auch nicht, wohin wir wirklich gehörten und was wir wem schuldig waren.

Rückblickend denke ich, dass wir uns selbst als Opfer sahen und uns daher von jeder Verpflichtung anderen gegenüber freisprachen, auch wenn deren Last sehr viel schwerer wiegen mochte. Unsere Tafeln waren reich gedeckt, unsere Köpfe aber waren verarmt, unsere Fantasie begrenzt. Wir waren stolz auf unsere Gastfreundschaft, verstanden jedoch nicht, wie viel größer, umfassender diese Geste sein kann – und wer wir werden könnten, wenn wir unsere Arme nur weiter öffneten.

„[D]er Beginn der Liebe [ist] die Überwindung einer Unmöglichkeit“, so ein Gedanke von Alain Badiou. Könnte dasselbe auch für Gastfreundschaft gelten? Das Etwas-von-einander-Annehmen, das Empfangen des anderen – wahres Geben und Nehmen beginnt erst, berührt den Rand wahrer Gastfreundschaft erst, wenn es entgegen allen Erwartungen geschieht, beinahe entgegen der eigenen Neigung.

Irgendwann kam jenes Geschwisterchen, von dem meine Eltern ab und zu gesprochen hatten und das ich lange so gefürchtet hatte, tatsächlich zur Welt: ein Bruder. Anders als ich es mir düster ausgemalt hatte, wurde der Zirkel der Liebe nicht kleiner. Im Gegenteil: Unsere Herzen weiteten sich mit neuer Liebe, und in ihm fanden all unsere Bindungen und Gefühle einen neuen Punkt, in dem sie sich trafen und von dem sie ausstrahlten. Und so begriff ich mit zwölf Jahren zum ersten Mal, dass zumindest die Liebe keine erschöpfliche Ressource ist. Liebe ist der ultimative, grenzenlose Rohstoff, der gibt, während er wächst, und wächst, während er gibt. Jahrzehnte später sollte ich die französische Autorin Hélène Cixous lesen und es noch einmal anders betrachten:

„Was man liebt, ist, was man sich nicht gewünscht hat. Etwas Erwünschtes, das eintrifft, befriedigt, erregt aber keinen Enthusiasmus ... Mehr als alles auf der Welt liebt man die Kreatur, die man nie erwartet hätte. Nie zu lieben gedacht hätte.“

Ich frage mich, ob meine Eltern eine ähnliche Erkenntnis hatten, als ich gegen ihre Regel verstieß, wen ich lieben dürfe und wen nicht, und mich in meinen Mann verliebte, der nicht nur weiß, sondern – zu ihrem anfänglichen Entsetzen – zudem deutsch und geschieden und zwölf Jahre älter ist als ich. Ich frage mich, ob sie, nach all den Enttäuschungen, Auseinandersetzungen und der zeitweisen Entfremdung – das Jahr des Widerstands, bevor sie ihn schließlich an ihren Tisch einluden –, den Schauer spürten, das Fremde zu umarmen, die erstaunliche Überraschung, das willkommen zu heißen, was man nie wollte. Ich frage mich, ob auch ganze Gesellschaften eine solche Verschiebung erfahren können. Wie könnte solch ein kollektives Verstehen aussehen, wie könnte es sich anfühlen? Vielleicht wie die Ankunft der ersten Geflüchteten im Sommer 2015, als so viele Deutsche all diese Menschen empfingen, als wären es Sportler, die die Ziellinie des strapaziösesten Rennens der Welt überquerten.

Diese Ereignisse riefen Liebe hervor, entfesselten aber auch das Gegenteil: Hass. Den hat es selbstverständlich immer schon gegeben, plötzlich aber trat er offener und schamloser auf. Besonders verstörend an diesem Hass war – ist – sein Versuch, als Liebe

Als

Kind, wenn meine Eltern beiläufig die Möglichkeit eines weiteren Geschwisterchens erwähnten, drohte ich damit, wegzulaufen, sollte es je dazu kommen. Ich konnte es so noch nicht formulieren, aber ich hatte das Gefühl, in unserem Haus sei kein Platz für eine weitere Person, es sei nicht „genug“ da. Was genau mir fehlen würde, hätte ich nicht sagen können. Wir vier waren in vielerlei Hinsicht privilegiert, meiner Schwester und mir mangelte es an nichts, ganz sicher nicht materiell. Dennoch durchzog ein Gefühl von Unsicherheit meine Kindheit.

Als ich aufwuchs, in den 1970er und 1980er Jahren, war die Ungleichheit in Kenia weit verbreitet. Die Kluft verlief nicht nur zwischen Arm und Reich, sondern auch zwischen Schwarz und Nichtschwarz. 1963 hatte das Land die Unabhängigkeit von den Briten erlangt, schleppte jedoch die Spuren des Kolonialismus weiter mit sich herum, nicht zuletzt das schmutzige Erbe ethnischer Hierarchien. Soziale Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe waren selten. Die wohlhabende indische Community, zu der meine Familie gehörte, blieb meist unter sich. Doch auch eine solche Exklusivität ersparte niemandem die Wirklichkeit außerhalb dieser kleinen heilen Welt: Die fand sich in den Baracken, an denen man rund um die eigene eingezäunte Villa vorbeikam. In den jungen Gesichtern, von denen man sich abwandte, wenn sie an einer Ampel mit ausgestreckten leeren Händen an das Autofenster traten. In der – realen, aber auch eingebildeten, aufgebauscht – Gefahr, überfallen zu werden, die

durchzugehen, vor allem als Liebe zu einem Land, zu einer Nation. Überall auf der Welt wird diese Art von „Liebe“ verwendet, um Feindseligkeit Minderheiten und Migranten gegenüber zu rechtfertigen.

Die feministische Wissenschaftlerin Sara Ahmed weist darauf hin, dass es unter „Hassgruppen“ immer verbreiteter ist, sich als Liebes-Organisation zu gebärden. Sie zitiert das Beispiel weißer Suprematisten und anderer extremistischer Verbindungen in den USA, die auf der „Hate Watch“-Liste des Southern Poverty Law Centre geführt wurden, wofür sie sich mit einer eigenen „Love Watch“-Liste revanchierten und behaupteten, der Hass schlage in Wirklichkeit ihnen entgegen, wegen der Liebe zu ihresgleichen („unserer weißen Rassenfamilie“). Überall werden derartige perverse Verkehren der Logik immer alltäglicher; so behauptet die AfD etwa, nachdem der Verfassungsschutz sie als „Prüffall“ eingestuft hatte, das Opfer eines „bestimmten sozialen Klimas“ in Deutschland zu sein.

Es wirkt bizarr, unfaire Behandlung in der Öffentlichkeit zu monieren, wenn man genau diesen öffentlichen Raum im Namen einer Liebe einnehmen möchte, die auf Misshandlung und Ausgrenzung anderer aus ist – auch mit gewaltsamen Mitteln.

Wie wurde, fragt sich Sara Ahmed, aus der Politik ein Kampf um das Recht, sich als Akteure im Namen der Liebe zu bezeichnen? Was bedeutet es, für Liebe einzustehen, indem man auf der Seite von manchen, aber gegen andere steht?

Es ist schwer, das Wort Liebe uneingeschränkt zu verwenden, besonders in der Öffentlichkeit. Es gibt viele Arten von Liebe, viele Arten zu lieben. Ich verwende „Liebe“ hier im Sinne des Autors und Aktivisten James Baldwin, das heißt, Liebe „nicht

lediglich im persönlichen Sinn, sondern als Daseinsform oder Gnadenstand – nicht im kindlichen amerikanischen Sinn von glücklichmachend, sondern im harten, allgemeingültigen Sinn von Suche und Kühnheit und Wachsen.“

Zu jeder Suche gehören Fragen. Und man kann es kaum besser ausdrücken als Alain Badiou, der schrieb: „Das Wesen der Politik lässt sich in einer Frage zusammenfassen: Wozu sind Individuen fähig, wenn sie einander begegnen?“ Die Geschichte lehrt uns, dass wir zu allem fähig sind – im Guten wie im Schlechten.

Die Welt – unsere unterschiedlichen Vorstellungen von und Erfahrungen in ihr – kann leicht zwischen uns stehen. Doch setzt sich die Welt auch aus unseren Beziehungen zueinander – und miteinander – zusammen. Wenn wir uns einander öffnen, weitet sich die Welt mit uns, und sie wird kleiner, wenn wir uns verschließen.

Amor Mundi – die Liebe zur Welt – wollte Hannah Arendt ihr Buch *Vita Activa oder vom tätigen Leben* ursprünglich nennen. Im Kern geht es ihr darin, wie Arendt selbst zu Beginn darlegt, „um nichts mehr, als dem nachzudenken, was wir eigentlich tun, wenn wir tätig sind.“ Ich frage mich, ob die Bereitwilligkeit, die Häufigkeit, mit der man fragen kann – Was haben wir getan? Was tun wir? –, eine Art darstellt, *Amor Mundi* zu praktizieren. „Warum ist es so schwer, die Welt zu lieben?“, fragte sich Arendt in ihrem *Denktagebuch*. Ihr Schreiben führt immer wieder zu dieser einen Antwort: Weil die Liebe zur Welt die Wahrheit darüber, was ist, was wir sind, unbeirrbar aufdeckt.

Wohltätigkeit beginnt zuhause. Das alte Sprichwort besagt, dass wir uns um die Menschen, die uns am nächsten stehen, kümmern müssen, bevor wir jenen helfen, die uns ferner sind. Das englische Wort für Wohltätigkeit, *charity*, bedeutete ursprünglich einfach die Liebe zu unseren Mitmenschen, später erhielt es den philanthropischen Beiklang materieller oder finanzieller Unterstützung der weniger Wohl-

habenden. Dass Liebe in der Wurzel der Wohltätigkeit steckt, ist stimmig, denn zu lieben bedeutet, hochherzig zu sein, offener dafür, etwas anzunehmen und zu vermachen. Im Kern ist Liebe ein Impuls hin zum bedingungslosen Geben. In der Liebe – zu einem Partner oder einer Partnerin, der Familie, Freunden – erklimmen wir die Höhen der Bedingungslosigkeit am häufigsten, wenn auch flüchtig.

Unsere erste Schulung in Liebe – und damit in Geben und Nehmen – findet im Umfeld der Familie statt. Ab einem gewissen Punkt weitet sich das Gefühl der Verpflichtung aus, der Impuls zu geben, und umfasst nicht mehr nur jene, die wir kennen, sondern auch jene, die wir gern besser kennenlernen möchten. Für manche wird der Kreis der Verantwortung sogar noch größer und bezieht Menschen mit ein, die ihnen immer unbekannt bleiben werden, denen gegenüber sie gleichwohl eine Art natürliches Pflichtgefühl verspüren; es ist ein Abkommen namens Menschlichkeit, ein Ideal universeller Liebe, das jeden einzelnen an alle anderen bindet. Für einige wenige wächst der Kreis sogar noch weiter und umfasst die Erde und alles, was darauf lebt.

Bis ich Ende zwanzig war, hatte ich es nie in Betracht gezogen, dass ich irgendwem außerhalb meines engsten Bekanntenkreises etwas schuldig sei. In Kenia ging jeder, den ich kannte, solchen Überlegungen aus dem Weg, und auch meine unpolitische Ausbildung in Großbritannien rührte nicht daran. Als ich neunzehn war, ging mein Vater bankrott, und meine Familie war gezwungen, Kenia zu verlassen. Es schien, als sei das Schlimmste eingetreten, was uns hätte passieren können.

In der Rückschau war es das Beste: Es rüttelte uns alle, in unterschiedlichem Maß, aus unserer privilegierten Selbstgefälligkeit auf. Doch auch dieser Absturz wurde mehr oder weniger abgefangen, da wir über die Sicherheit der britischen Staatsangehörigkeit verfügten und Zugang zu einem Wohlfahrtsstaat hatten, auf den wir uns verlassen konnten. Meine Schwester und ich hatten Anspruch auf ein kostenloses Studium, meine Mutter und mein Bruder Anrecht auf eine Sozialwohnung. Zudem hatten wir in

Großbritannien Verwandte, die in der Lage waren, uns zu helfen. Selbst in der Not ging es uns besser als den meisten schwarzen Kenianern, die wir zurückließen. Und dennoch: unsere angespannte Lage bestätigte nur meinen Eindruck, dass niemand so viel zählte wie meine engste Familie – und allein ihnen zu helfen war schon herausfordernd genug. Vermutlich hätte ich an dieser Sichtweise noch sehr viel länger festgehalten, hätte ich nicht Peter Singers *Leben retten* gelesen.

In seinem Buch fordert Peter Singer uns heraus, darüber nachzudenken, was ein ethisches Leben in einer Welt erfordert, in der jedes Jahr Millionen von Menschen unnötig sterben oder zu einem Leben in extremer Armut verdammt sind. Jeden Tag, erklärt er, versuchen eine Milliarde Menschen weltweit, mit weniger Geld auszukommen, als wir für Wasser in Flaschen ausgeben, das wir noch nicht einmal brauchen. Singer schlägt ein Spendenversprechen vor – einen allgemeinen Standard von mindestens einem Prozent unseres Einkommens, das wir für gute Zwecke spenden sollten. Dazu gehört auch, sich öffentlich dem Ziel zu verpflichten, künftig mehr zu spenden. Wenige Stunden, nachdem ich das Buch durchgelesen hatte, unterschrieb ich das Spendenversprechen, richtete Daueraufträge für verschiedene Wohltätigkeitsorganisationen ein und beschloss, mehr Zeit und Geld zu investieren, um den Armen der Welt zu helfen.

Peter selbst spendet ein Drittel seines Einkommens an Organisationen, die er als „effektiv“ bezeichnet, das heißt, die strikt nach ihrer Wirksamkeit



bewertet werden. Er gehört einer sozialen und philosophischen Bewegung namens *Effektiver Altruismus* an, die dafür plädiert, Evidenz und Vernunft einzusetzen, um auf eine Weise zu spenden, die anderen am meisten nützt. Viele seiner Mitstreiter sind „Extrem-Altruisten“, die gewissermaßen einen Drang zu geben verspüren: Sie arbeiten hauptsächlich, um einen Großteil ihres Einkommens zu spenden. Im Vergleich dazu erschien mir mein eines Prozent zunächst ziemlich mickrig, doch als ich mich in die Liste eintrug, fühlte sich dieses Bekenntnis wie ein riesiger Schritt an.

In einem Gespräch über Gastfreundschaft mit der französischen Autorin H el ne Cixous räumte der französische Philosoph Jacques Derrida ein, dass „bedingungslose Gastfreundschaft unmöglich“ sei. Allerdings sei, fuhr er fort, „die Erfahrung der Unmöglichkeit“ oft eben „die einzige Möglichkeit von etwas.“

Als ich zum ersten Mal auf die Idee der bedingungslosen Gastfreundschaft stieß, wurde mir beinahe schwindelig. Was meinte Derrida?

„[A]bsolute Gastfreundschaft“, schreibt Derrida, „erfordert, dass ich mein Zuhause (*chez-moi*)  ffne und nicht nur dem Fremden, sondern auch dem unbekanntem, anonymen absolut Anderen (eine) Statt gebe (*donne lieu*), ohne von ihm eine Gegenseitigkeit zu verlangen oder ihn nach seinem Namen zu fragen.“

Ungeheuerlich, sagenhaft, absurd! Doch je mehr ich darüber nachdachte, desto vernünftiger erschien mir diese Prämisse – und das nicht, weil sie mir nach und nach immer realistischer vorgekommen wäre. Im Gegenteil, sie fühlte sich immer entschiedener unrealistisch an. Aber genau diese Unerreichbarkeit macht sie zu einem Ziel par excellence. Sie verwirrt einen nachhaltig und verlangt daher st ndige Wachsamkeit sich selbst gegenüber – den eigenen Neigungen und Vorurteilen, Annahmen und Handlungen. Das bedeutet nicht, in moralischen oder kulturellen Relativismus abzugleiten, sondern vielmehr, eine stets aufnahmebereite Haltung einzunehmen.

„Wenn ich schon *weiß*, wie ich zu entscheiden habe, muss ich keine Verantwortung mehr übernehmen“, sagte Derrida – und nimmt uns damit in

Unsere erste Schulung in Liebe – und damit in Geben und Nehmen – findet im Umfeld der Familie statt.

die Pflicht, uns immer wieder aufs Neue zu  ffnen. Einen Schritt auf den Horizont der bedingungslosen Gastfreundschaft zuzugehen, wann immer wir instinktiv zurückweichen und ablehnen wollen. Diese Sichtweise – oder zumindest der Versuch, sie zu kultivieren – könnte eine Art Kompass sein. Die Nadel weist einem nicht unbedingt eine bestimmte Richtung. Sie dreht sich schwindelerregend und

zeigt unendlich viele Wege auf, die alle vor einem liegen, die alle locken: Nimm mich und lass dich überraschen.

Welche Gelegenheiten bieten sich uns, bedingungslose Gastfreundschaft zu gewähren? Meist geschieht es in F llen unfreiwilliger Abhängigkeit: Säuglingen gegenüber, Schwerkranken, Alten und den zutiefst Gl cklosen. Ansonsten beruhen die meisten Beziehungen – mögen sie persönlicher oder beruflicher Natur sein – auf Bedingungen, privat oder öffentlich gesetzten Regeln von wechselseitigem Geben und Nehmen. Wer diese Regeln verletzt, gilt bestenfalls als rebellisch, häufiger jedoch als pervers oder kriminell, ja sogar als verrückt. Wir misstrauen nicht nur jenen, die zu viel nehmen, sondern auch jenen, die zu viel geben. In den Wörtern, die wir für solche Menschen haben, schwingt Kritik mit: Schnorrer oder Gutmenschen.

„... wo die einzige Möglichkeit von etwas die Erfahrung der Unmöglichkeit ist.“

Derridas Worte bringen eine Wahrheit auf den Punkt, die sich auf alle Unternehmungen anwenden lässt, mit denen man irgendeine Art von Ideal verfolgt. Wir können die überwältigend-berauschende Natur des Unmöglich-Möglichen auf verschiedene Arten erleben: beim Vergeben, beim Schreiben, beim Lieben und – vielleicht vor allem – bei jedem Versuch, die Welt zu verbessern.

Die Europäische Union verkörpert in großem Stil die Idee des Unmöglichen als Bedingung der Möglichkeit von etwas. Ein solches Projekt, das Dutzende sehr unterschiedlicher Nationen dadurch verbinden soll, dass Grenzen geöffnet, Ökonomien angeglichen und gleiche Rechte und Chancen für Hunderte Millionen Bürger gewährt werden, ist rundherum fabelhaft – in dem Sinne, dass es sowohl unwahrscheinlich als auch großartig ist.

Zehn Jahre lang pendelte ich zwischen London und Berlin, ohne jemanden um Erlaubnis bitten oder bestimmte Bedingungen erfüllen zu müssen. In Deutschland bestand niemand darauf, dass ich die Sprache lerne, niemand stellte meine Werte in Frage oder beschuldigte mich, dem Staat zur Last zu fallen. Natürlich war ich aus freien St cken und

unter privilegierten Bedingungen in Bewegung, aufgefangen von vielen Faktoren, nicht zuletzt meiner Sprache – Englisch, der Lingua franca der Welt. Dennoch, Millionen Menschen in der EU erlebten ein ähnliches Willkommen: visafreies Reisen durch achtundzwanzig EU-Staaten, im Schengenraum ohne Vorzeigen eines Reisepasses, die Freiheit, beinahe überall in der Union leben zu können. Ganz ohne

Integrationskurse oder Einb rgerungstests sind viele von uns zu Vorzeige-Europäern geworden, die eine Identität schlicht deshalb ausbilden, weil sie sie leben dürfen.

In einer Zeit, da die Frage danach, wer das Recht hat, sich wo aufzuhalten und unter welchen Bedingungen, so verworren ist, steht die EU – mit ihren Idealen, nicht immer mit ihrem Handeln – für ein umfassendes Konzept von Zugehörigkeit. Der Sternenkreis auf ihrer Flagge kann einem, kneift man die Augen zusammen, wie ein Glorienschein der Gastfreundschaft vorkommen. Einer ausgewählten Gastfreundschaft. Denn das Modell ist fehlerhaft,

Die Europäische Union verkörpert in großem Stil die Idee des Unmöglichen als Bedingung der Möglichkeit von etwas.

befallen von ungastlichen Untiefen – wie der Umgang mit den griechischen Schulden und mit Geflüchteten beweist. Und dennoch bleibt es einzigartig, in welchem Maße die EU unsere Vorstellung vom Unmöglichen – und ihre tatsächlichen Grenzen – erweitert hat.

All dies ist schnell vergessen, wenn der Nationalismus ein schamloses Revival feiert und seine hässliche, verlogene Rhetorik allzu leicht an Fahrt gewinnt – in einem Klima, in dem der öffentliche Diskurs in Sensationslust schwelgt. Das Versprechen des Nationalismus ist ebenfalls ein unmögliches, und der Tribut seiner Verfehlungen viel höher, denn Nationalismus ist das Gegenteil von bedingungsloser Gastfreundschaft, er endet immer als bedingungslose Feindschaft: der „Andere“ als *Persona non grata*, unabhängig von Biografie, Umständen, Völkerrecht oder Anstand.

Hospitality und *hostility* – Gastfreundschaft und Feindschaft – englische Wortgeschwister, die beide von der indo-europäischen Wurzel *ghos-ti* abstammen, die Gastgeber, Gast und Fremder bedeutet – das Trio jener Rollen, die wir alle ein Leben lang durchlaufen. Wie treffend, dass dieser st ndige, unausweichliche Wandel früher in einem einzigen Wort aufgehoben war.

Als Britin, die in England kaum ein gutes Wort über die EU zu hören bekommen hatte, verliebte ich mich erst, als ich in Deutschland eigene Erfahrungen mit ihr machte. Einige Freunde warnten mich vor meinem recht blauäugigen Blick auf die EU: Vergiss nicht, sagten sie, es gibt auch ein anderes Deutschland, ein anderes Europa. Ich ahnte, was sie damit meinten. Ich hatte es kurz in der Frage aufblitzen sehen, die mir am häufigsten und auf höchst harmlose Weise gestellt wurde: „Woher kommst du?“ Worte, die mit ihrer freundlichen Neugier eine ausgesprochen beschränkte Vorstellung davon enthüllten, wer oder was deutsch oder europäisch sein konnte.

Doch zu Beginn meiner Zeit in Berlin blieb ich ganz berauscht von einem neuen Demokratie- und Freiheitsverständnis, das ich im Zuge meines politischen Engagements in dEUschland entwickelt hatte: beim Kampf gegen Massenüberwachung, bei der Organisation von Appellen für die Freilassung Liu Xiaobos in China und Ashraf Fayads in Saudi-Arabien. Erfahrungen dieser Art erweiterten meine Vorstellung davon, was es bedeutet, in der Welt und Teil von ihr zu sein, und wie weit Verbundenheit reichen konnte. Ich begann, Zugehörigkeit als politische Bedingung zu begreifen, die in der Hingabe an ein gemeinsames Projekt wurzelt, an Werte, die zusammen mit anderen

definiert und verteidigt werden. Es bildeten sich neue Ringe der Allianz und des Vertrauens, die über das hinauskreisten, was ich bislang für das äußerste, das erreichbare Maximum gehalten hatte.

„Der politische Bereich“, schrieb Hannah Arendt, „entsteht direkt aus einem Miteinander, dem ‚mitteilenden Teilnehmen an Worten und Taten‘.“ Sie verwendet das griechische Wort *polis*, um die Gruppe von Bürgern zu beschreiben, die auf diese Weise zusammenkommen. Und sie betont, dass „die Polis genaugenommen nicht die Stadt im Sinne ihrer geographischen Lokalisierbarkeit [ist], sie ist vielmehr die Organisationsstruktur ihrer Bevölkerung, wie sie sich aus dem Miteinanderhandeln und -sprechen ergibt; ihr wirklicher Raum liegt zwischen denen, die um dieses Miteinander willen zusammenleben, unabhängig davon, wo sie gerade sind.“

Politik erfordert einen Erscheinungsraum, aber das Erscheinen in einem Raum erschafft auch Politik. Beim Nachdenken darüber, welche Art von Räumen, welche Formen des Erscheinens Liebe befördern mögen, fiel mir immer wieder auf, dass öffentliche Demonstrationen und Feiertage einen gewöhnlichen Rahmen bieten, innerhalb dessen etwas Ungewöhnliches geschehen kann. Zusammenkünfte wie *Pulse of Europe* und *Unteilbar* haben viele von uns im vergangenen Jahr aufgerüttelt. Nie werde ich vergessen, wie ich bei der *Unteilbar*-Demo in Berlin hinter der Bühne auf meinen Auftritt gewartet habe, während Konstantin Wecker sein Set beendete. Ich konnte die Menge sehen:  ber zweihunderttausend Menschen, von der Siegest ule bis zum Brandenburger Tor. Vor allem aber konnte ich die Menge spüren – gewaltige Liebeswellen wogten hin und her, hinauf zu den Rednern und zurück zu den Demonstranten. Diese überwältigende Großzügigkeit, die alle einander – und der Welt – entgegenbrachten, wie sie jedesmal jubelten, wenn jemand sich zugunsten von Migranten, Geflüchteten, Minoritäten aussprach.

Falls die politische Aktion tatsächlich, wie Badiou behauptet, „austestet, was das Kollektiv in Wahrheit

zu erreichen vermag“, bestätigen Ereignisse wie *Unteilbar*, dass unsere Fähigkeit zum Guten sehr viel größer ist, als wir vielleicht glauben. Und aus diesem Grund plädiere ich schon seit einer Weile für einen europäischen Feiertag in allen Ländern unseres Kontinents. Die Idee dazu kam mir nach dem Brexit, als ich überlegte, welche Möglichkeiten britische Bürgerinnen und Bürger haben, ihr Verhältnis zur EU zu erkunden und zu entwickeln. Zwischen einer Erziehung, die von einem sehr selektiven, verzerrten Geschichtsbild geprägt ist, und einem EU-feindlichen öffentlichen Diskurs blieb ihnen nur wenig Raum. Die Ursachen des Brexit sind komplex, und ein zusätzlicher Feiertag hätte

Politik erfordert einen Erscheinungsraum, aber das Erscheinen in einem Raum erschafft auch Politik.

an der Entscheidung all jener, die zum Teil aus Unzufriedenheit über sich verschlechternde soziale und wirtschaftliche Bedingungen abgestimmt haben, nicht unbedingt etwas geändert. Dennoch glaube ich, dass die schiere Existenz eines europäischen Feiertags das gemeinsame Bewusstsein auf eine unerwartete Weise geprägt hätte.

Nationen kennen und nutzen die Macht von Feiertagen – nicht immer zu edlen Zwecken –, die Macht, Narrative zu schaffen und zu verankern, Liebe und Loyalität zu Dingen zu fördern, die dem Staat wichtig sind. Es ist kein Zufall, dass das Vereinigte Königreich seinen Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig Feiertage spendiert, um royale Anlässe zu feiern, Hochzeiten etwa oder ein Jubiläum der Königin. Mit dieser Form von Bestechung wird der Öffentlichkeit der Eindruck vermittelt, dass sie von der Existenz dieser undemokratischen, anachronistischen Institution profitiert, die dank ihrer Steuergelder aufrechterhalten wird. Das alles ist so offensichtlich, und doch funktioniert es: Die Mehrheit der Britinnen und Briten, besonders jene über fünfundfünfzig, unterstützen die Monarchie. Ich bin schockiert, dass die EU als Ganzes dieses simple, effiziente öffentliche Instrument namens „Feiertag“ nie ausprobiert hat.

Aber haben wir nicht bereits eine Art Europa-Tag? Tatsächlich haben wir sogar zwei Europa-Tage: Der 5. Mai markiert die Gründung des Europäischen Rates im Jahr 1949, der 9. Mai die Schumann-Erklärung von 1950 – jenes Abkommen, mit dem die französische und die westdeutsche Kohle- und Stahlindustrie zusammengelegt wurden, woraus sich zwei Jahre später die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl entwickelte, die Grundlage des heutigen europäischen Binnenmarktes. Beide Tage gelten neben der Flagge, der Hymne, dem Motto und dem Euro als „Symbole“ der EU. In der Ukraine und im Kosovo ist der 9. Mai ein offizieller Feiertag. Davon abgesehen

läuft der Europa-Tag derzeit auf Tage der offenen Tür in ein paar Brüsseler Institutionen hinaus und damit verbundene Aktivitäten in einer Handvoll Schulen. Die wenigsten Europäer wissen überhaupt, dass es die Europa-Tage gibt. Wäre es nicht ein fantastisches Signal, wenn immer mehr Länder oder auch einzelne Städte in ganz Europa einen europäischen Feiertag begingen und ihren Bürgerinnen und Bürgern damit die Idee der EU auf eine ganz neue Weise vermittelten – als ein Geschenk von Zeit und Raum, in dem sie sich mit ihrer europäischen Identität anders befassen können?

Ich stelle mir diesen Tag gern als beweglichen Montag vor – der dritte Montag im Mai beispiels-

weise –, sodass wir Europäer die Möglichkeit hätten, an einem verlängerten Wochenende zu verreisen und bei Kulturveranstaltungen und Straßenfesten überall zu feiern.

Urlaub? Feier? Wirklich?, fragen Sie sich vielleicht. Wie können wir uns entspannen und feiern, wenn doch so viel im Argen liegt? Ich weiß, es wirkt widersinnig, doch genauso funktioniert derzeit Politik. Denken Sie nur daran, wie oft wir populistische Politiker oder Parteien ansehen und denken: Wie können sie das nur sagen? Damit kommen die nie durch! Und doch sagen sie ein ums andere Mal das Unsagbare, tun das Unmögliche – und bislang scheinen sie damit durchzukommen und noch mehr Menschen mitzureißen. Also müssen wir Demokraten unsere eigenen widersinnigen Strategien finden, parallel zum notwendigen vernünftigen, legalen, sachlichen Ansatz, Lügen, Hass und Diskriminierung zu widersprechen. Wir müssen mehr wagen, ein größeres Risiko eingehen.

Feiertage befreien uns vom Alltag: Sie sind eine Einladung, anders zu sein und zu handeln. Feste haben die Macht zu verführen und zu verbinden, sie erlauben es uns, einander mit einer anderen Geisteshaltung zu begegnen: wilder, freier zu sein. Wir brauchen andere Mittel, um den wachsenden nationalistischen und intoleranten Strömungen in unseren Gesellschaften zu begegnen. Warum nicht auf die Macht einer Feier setzen? Eine Feier als kulturelle und politische Intervention. Festlichkeit als eine Form von Aufmerksamkeit, von Träumen, von Entdeckung, von Freundschaft. Festlichkeit als ein Akt des Widerstands, der Dankbarkeit, der Gastfreundschaft, der Liebe. Wer weiß, was bei so einem Zusammentreffen entstehen, welches kollektive Bewusstsein sich entwickeln mag? Versuchen sollten wir es zumindest, denn unsere europäische Einheit braucht dringend einen frischen Impuls.

Eine Demokratie sollte im Wesentlichen Abweichung aufnehmen, Vielfalt schützen, Neuheit willkommen heißen. Ein einzelner Nationalstaat kann niemals wahrhaft demokratisch sein, denn eine Nation ist immer mehr oder weniger nationalistisch, das heißt, mehr oder weniger ausgrenzend. Daher ist die EU auch heute unerlässlich, weil sie das Nationale einem größeren öffentlichen Raum unterordnet, in dem immer mehr ganz unterschiedliche Menschen zu Hause sein können. Doch genau diese EU ist derzeit bemüht, sich um jeden Preis von allen abzuschotten, die sich nicht bereits innerhalb ihrer Grenzen befinden. Am erstaunlichsten sind dabei nicht die abscheulichen Methoden – Zahlungen an die Türkei, damit sie Geflüchtete von ihrer Küste aus nicht weiterreisen lässt, Zahlungen an afrikanische Diktatoren, damit sie Menschen daran hindern, den Kontinent zu verlassen –, sondern der Irrglaube, andere dauerhaft fernhalten zu können.

Wir können nicht nur „unseresgleichen“ lieben, andere ausschließen und weiterhin von Liebe sprechen.

Derrida bekannte: „Ich kann nicht sagen, dass ich die Türen öffne, dass ich den anderen einlade: Der andere ist immer schon da. Das ist bedingungslose Gastfreundschaft (die der Politik und dem Rechtswesen, ja selbst der Ethik im engen Sinne fremd ist). Gastfreundschaft des Besuchs (*visitation*), nicht der Einladung (*invitation*). Der andere ist bereits eingetreten, obwohl er nicht eingeladen war ... Damit haben wir uns auseinanderzusetzen.“

Im Sommer 2017 rempelte mich ein älterer weißer Mann in Berlin auf der Straße an und rief: „Was soll das?“ Erst drohte er, die Polizei zu rufen, dann beugte er sich so weit vor, dass sein Gesicht nur Zentimeter von meinem entfernt war, und erklärte: „Ich hasse dich.“

Auf einen Schlag wurde das Land, in dem ich mich am meisten akzeptiert fühlte, auch zu dem Ort, an dem ich am öffentlichsten zurückgewiesen wurde. Es war der Hass, den der Mann verströmte, der mich an dieser Begegnung schockierte. Später schockierte es mich viel mehr, dass ich nicht glaubte, er habe mit mir gesprochen. Ich konnte nicht akzeptieren, dass meine schiere Anwesenheit auf der Straße einen anderen Menschen derart anzuwidern und aufzuregen vermochte. Und so sagte ich mir anfangs, dass – obwohl der Mann doch mich angerempelt, sein Gesicht doch meinem entgegengeschoben hatte – seine Worte sich auf die Person neben mir bezogen hatten, einen anderen Schriftsteller, einen Schwarzen.

Man versucht, Vorurteile Schlag für Schlag zu überwinden, korrigiert sich, wann immer sie sich in den Vordergrund drängen. Und doch sind sie manchmal da, bevor man sie aufhalten kann, morsen ihre falsche Weisheit, locken uns in ihre Falle.

An jenem Tag waren zwei Rassisten auf der Straße. Der Unterschied zwischen ihnen bestand lediglich darin, dass der eine nicht wollte, dass die andere überhaupt existierte. Sie dagegen wollte überhaupt nicht rassistisch sein, entdeckte in sich aber immer wieder Reste von Vorurteilen.

Wie ein Alkoholiker, der mit dem Trinken aufhört, weiter als Alkoholiker gilt – nur eben als ein nüchterner –, bleibt ein Rassist, der versucht, vom Rassismus abzulassen, ein nüchterner Rassist. Wie könnte es auch anders sein, wenn wir von bigotten gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Strukturen durchdrungen sind, wenn wir mit berausenden Geschichten von vermeintlicher Überlegenheit aufwachsen und regelmäßig den billigen Cocktail der Geschichtsverleugnung gereicht bekommen.

Manche Länder Europas versuchten, mit den uneingeladenen Fremden umzugehen, indem sie Gastfreundschaft geradezu kriminalisierten: Wer Migranten half, wurde als Menschenschmuggler angeklagt,



Freiwilligenorganisationen durften Geflüchteten kein Essen mehr ausgeben.

In ihren Vorlesungen über Immanuel Kants *Kritik der Urteilskraft* erkundet Arendt Kants Gedanken zu menschlichen Urteilen, vor allem Geschmacksurteilen, und hier insbesondere die Fähigkeit zu erkennen, was gut oder schicklich ist.

Ein zentraler Gedanke in der *Kritik der Urteilskraft* ist die Idee der „erweiterten Denkungsart“. Sie wird Kant zufolge dadurch erreicht, „dass man sein Urteil an anderer, nicht sowohl wirkliche, als vielmehr bloß mögliche Urteile hält und sich in die Stelle jedes andern versetzt“.

Die Fähigkeit, sich selbst an die Stelle von allen anderen zu setzen, bildet auch die Grundlage von Gastfreundschaft, denn auch sie geht üblicherweise von Empathie aus. Doch Gastfreundschaft kann auch eingefordert werden, dann verpflichtet sie uns dazu, gegen unseren Willen höflich und großzügig zu sein.

In meiner indischen Großfamilie tauchen Verwandte – und irgendwie sind alle miteinander verwandt, der Cousin der Cousine eines Cousins... – grundsätzlich unangemeldet auf. Falls diese Tradition irgendjemandem nicht behagte, hat er oder sie sich nie beschwert – jedenfalls nicht von Angesicht zu Angesicht. Es wäre beschämend gewesen einzugestehen, dass man nicht rund um die Uhr auf Gäste vorbereitet war. Das war ihr gemeinschaftlicher Sinn, tief, aber eng gefasst. Vielleicht weitete er sich hier und da aus, ich weiß nur, dass er sich am Tag des britischen EU-Referendums zusammenzog, als viele meiner Familienmitglieder für den Brexit stimmten, in dem Glauben, dass damit weniger Einwanderer ins Land kämen. Kaum einer konnte sich vorstellen, dass das vermeintlich simple Anhalten dieser Art von Bewegung so vieles andere zum Stillstand bringen würde. Nur wenige sahen voraus, dass Einwanderer – ungebeten, ungewollt – immer kommen und mit ihrer Ankunft ein Recht auf Anerkennung bekräftigen, mit ihrer Anwesenheit eine Forderung nach Anstand, nach Menschlichkeit bestätigen würden.

„Die Welt“, sagte Judith Butler, „wurde mir gegeben, weil auch du da bist, dem sie gegeben wurde. Die Welt wird nie mir allein gegeben, sondern immer in deiner Gesellschaft. Ohne dich gibt die Welt sich nicht her. Ohne einander sind wir weltlos.“

Untereinander – ob wir einander als Gäste, Gastgeber oder Fremde begegnen – erschaffen wir die Welt. Aus dir und mir, aus uns: die Welt. 🌍

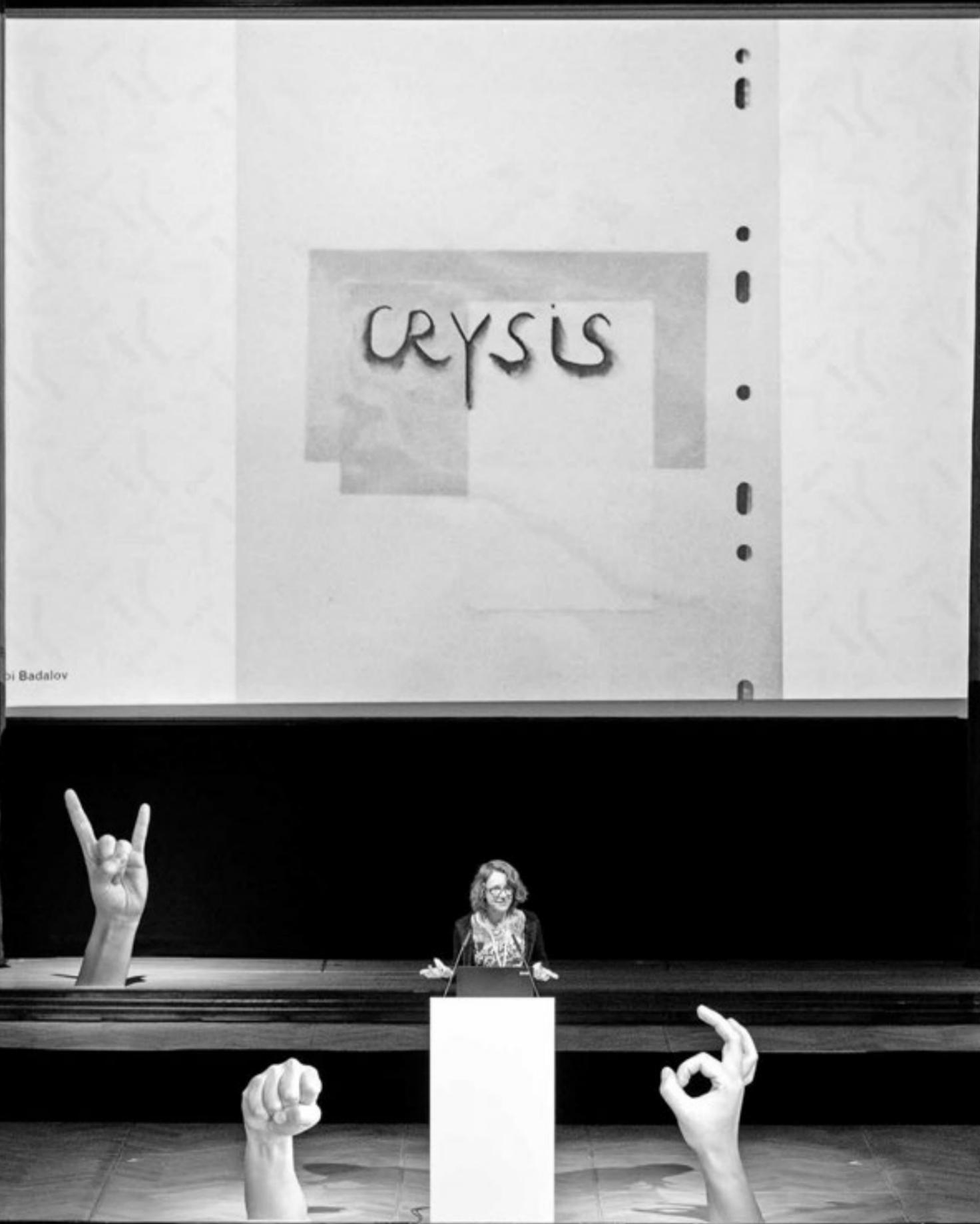
Übersetzung der Keynote vom 1.2.2019 im Volkshaus Jena aus dem Englischen von Beatrice Faßbender. Mit freundlicher Genehmigung des Insel Verlags Berlin 2019, Auszüge erschienen in: Priya Basil, *Gastfreundschaft*



© privat

Priya Basil wurde in London in einer Familie mit indischen Wurzeln geboren, wuchs in Kenia auf und lebt heute in Berlin. Ihre Romane wurden für zahlreiche Preise nominiert. Sie schreibt regelmäßig Essays für *Lettre Internationale* und verschiedene Tageszeitungen. Basil ist Mitbegründerin von *Authors for Peace*. 2017 startete sie eine Kampagne für einen offiziellen Europäischen Feiertag in ganz Europa. Ihr Buch *Gastfreundschaft* erscheint 2019 bei Suhrkamp/Insel.





Ulrike Guérot

Zurück in die Zukunft

Demokratie in der *res publica* Europa

Wir sind also in einer großen europäischen Krise. Das haben die meisten gemerkt. Ich beginne mit Babi Badalov, einem Künstler, der zwei Wörter zusammengezogen hat zu *CRYSIS*. We cry about a crisis. Das drückt aus, dass wir momentan gar nicht fassen können, welche Krise der Demokratie wir erleben. Es gibt Schlagworte wie Populismus, Nationalismus, Brexit oder Spaltung von Gesellschaften usw. Wir wissen aber gar nicht genau, was uns verloren gegangen ist, außer dass wir so ein Gefühl dafür haben, dass die Dinge nicht mehr so sind, wie sie mal waren. Dass wir auch im Diskursraum nicht mehr so reden können, wie wir mal geredet haben, dass wir offensichtlich in Konfrontationslinien gefangen sind.

Und diese Krise ist tatsächlich eine Krise der Republik. Warum? Weil der Volkskörper, der Körper der Staatlichkeit nicht mehr in seiner Gänze repräsentiert werden kann. Mein zweites Buch *Der neue Bürgerkrieg* habe ich deswegen geschrieben, weil Giorgio Agamben aus Stasis, also der gesellschaftlichen Stockung, das Paradigma des Bürgerkriegs gemacht hat. Gemeint ist der Zustand der Gesellschaft, in dem eine Menge von Bürgern einer anderen Menge von Bürgern gegenübersteht – Marine Le Pen und Macron, Remain oder Brexit, Pegida oder Pulse of Europe – von denen wir vermuten können, dass sie unversöhnlich sind. Damit befinden wir uns im theoretischen Paradigma eines Bürgerkrieges. Warum? Weil keine der beiden Mengen für sich beanspruchen kann, dass sie die Gesamtheit des politischen Körpers abbildet. Das Problem des Populismus ist ja, dass diejenigen, die sagen: „Wir sind das Volk“, immer nur das halbe Volk sind und eben nicht das ganze Volk repräsentieren. Und spätestens dann hat man verstanden, dass Spinoza schon gesagt hat: Die Natur kennt kein Volk. Sondern das Volk in seiner Gänze kann immer nur repräsentiert werden. Und da sind wir auch schon beim Kern: Demokratie und Republik.

„Republik der Liebe“ ist Ihr selbstgewähltes Thema – und ich bin sehr froh, dass Sie den Begriff der Republik gewählt haben und nicht „Demokratie der Liebe“. Weil von Platon über Aristoteles über Cicero, Kant, Rousseau „Republik“ eigentlich der organischere Begriff ist, wenn es darum geht, staatliches Zusammenleben abzubilden.

Demokratie ist im Grunde bei Aristoteles schon gerankt unter einer verfehlten Staatsordnung, weil sie dazu verleiten könnte, dass man der Mehrheit der Straße das Recht einräumt. Aber die Mehrheit der Straße kann natürlich Lynchjustiz sein, wenn sie nicht moralisch gebunden ist. Insofern ist die Tatsache, dass wir unsere heutige Demokratie sehr oft an Mehrheitsentscheidungen knüpfen, das eigentliche Kernproblem. Denn die Mehrheit der Straße ist noch lange keine Demokratie, wenn sie nicht moralisch gebunden ist. Wir haben heute einen rechten Diskurs, der sehr auf das Plebiszit setzt, weil man dadurch Mobilisierungen aller Art betreiben und Mehrheiten generieren kann, z. B. Steven Bannon, Bot-Attacken usw. Weil wir ein formales Kriterium, nämlich die Mehrheit, zum Kriterium für die Demokratie gemacht haben, haben wir ein Problem. Deswegen habe ich in den letzten Jahren versucht, einen Diskurs zu entwickeln über die Republik, und die Europäische Republik ausgerufen mithilfe vieler Bühnen [European Balcony Project, Anm. d. Red.].

Freiheit in der Republik und ihre sozialen Bedingungen

In vielerlei Hinsicht diskutieren wir heute in Europa eine soziale Krise und diese lösen wir nicht mit Mehrheitsentscheidungen. Wir lösen sie im Kern damit, dass wir uns tatsächlich republikanisch um die Leute kümmern in ihrer sozialen Verantwortung, das heißt, dass wir die Leute überhaupt dazu bringen, sich am politischen Partizipationsprozess zu beteiligen. Und es ist mir ganz wichtig zu sagen, dass der republikanische Freiheitsbegriff tatsächlich ein anderer Freiheitsbegriff ist als der sogenannte Liberal-Thought-Freiheitsbegriff, der davon ausgeht: Anything goes, jeder kann machen, was er will, schließlich sind wir in einer freiheitlichen Demokratie. Nein, der republikanische Freiheitsbegriff hat in seiner Essenz zur Grundlage, dass die republikanische Freiheit im Sinne von Rousseau ermöglicht sein muss. Die sozialen Voraussetzungen zur politischen Partizipation müssen gegeben sein. Das ist natürlich ein ganz anderer Freiheitsbegriff. Wenn man ihn ernst nimmt, muss man tatsächlich vernünftige Löhne zahlen, muss man vernünftige Kinderbetreuung haben usw., um tatsächlich die Teilhabe am politischen Prozess zu ermöglichen.

Die Republik kommt nach der Revolution. Welches ist das universalistische Erbe der Französischen Revolution? Es ist der erste Satz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich geboren in ihren Rechten“. Und im Moment ist Europa damit konfrontiert, an der eigenen Erklärung gemessen zu werden: Was bedeutet es, die-

sen ersten Satz im globalen Maßstab wahrzumachen? Was passiert, wenn 93% Erdenbürger gegenüber 7% Europäern dessen Geltung jetzt einklagen? Es gefällt uns nicht. Es gibt den Satz: „The refugees come to ask us who we are. And we need to answer them.“ In dem Moment, in dem die Geflüchteten fragen: „Wer bist du denn?“, begreifen wir, dass wir unsere Werte wirklich verteidigen müssen. Das wird im europäischen Diskursraum gerade immer gesagt, dass wir unsere Werte verteidigen. De facto verteidigen wir sie natürlich *nicht*. Denn die große Agenda enthält gerade Fragen zur Sicherheit, und eben nicht das republikanische Motto Liberté, Égalité, Fraternité. Von Sécurité ist da nicht die Rede – aus gutem Grund: Man kann nämlich auch in einem Gefängnis sehr sicher sein. Man ist nur leider nicht frei. Deshalb ist die Fixierung des heutigen europäischen Diskurses auf die Sicherheit eine Verschiebung vom Erbe der Französischen Revolution. Je mehr wir über Sicherheit sprechen, desto mehr Freiheit wird verspielt. Wir tun das Gegenteil dessen, was wir tun sollten, wenn wir diese Akzentverschiebung von Freiheit zu Sicherheit im politischen Raum zulassen. Das führt mich dazu, dass Hannah Arendt in ihrem großartigen Buch *Die Freiheit, frei zu sein* die Frage gestellt hat, die wahrscheinlich das Paradigma des 21. Jahrhunderts ist, die Denkaufgabe, die wir alle lösen müssen: Nämlich ob es überhaupt darstellbar ist, dass es in der Welt einen Zustand gibt, in dem *alle* Menschen frei von Zwang im Sinne von Herrschaft und frei von Not sind oder sein können. Oder ob die Welt immer nur einen Zustand erlaubt, in dem zwar einige frei von Zwang, Herrschaft sein können, andere dafür notwendigerweise nicht frei von Not sein können. Sie begründet das am Beispiel der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776. Die Amerikaner konnten sich das Freiheitsbegehren auch deswegen „leisten“, weil es damals die Sklaverei gab. Das Freiheitsbegehren war im damaligen Denken überhaupt

nicht anwendbar auf die schwarze Bevölkerung, so dass die amerikanische Republik auf dem Rücken der Not der anderen gegründet wurde.

In diesem Spannungsbogen der letzten 200–300 Jahre platziere ich mein Diskursangebot einer Europäischen Republik, in dem ich noch mal vergegenwärtige, dass das, was wir verhandeln, im Prinzip ein emanzipatorischer Akt ist. 1789 wurde die Gleichheit jenseits von Klassen durchgesetzt. Noch nicht für alle, aber vielleicht für Europa. In der Suffragetten-Bewegung 1918 wurde im Grunde die Gleichheit der Frauen vor dem Recht durchgesetzt, die Emanzipation der Frauen. Und in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King wurde die Aufhebung der Sklaverei, also die Gleichheit der Schwarzen vor dem Recht, erkämpft. Heute ist die Frage, ob wir einen Diskursraum schaffen können, in dem wir tatsächlich die allgemeine politische Gleichheit jenseits von Nationen verhandeln können, zumindest als Startpunkt schon einmal in Europa. Dabei geht es mir zentral um den Begriff einer europäischen Staatsbürgerschaft, der Unionsbürgerschaft, der ja keine Erfindung ist, sondern schon im Maastrichter Vertrag 1992 in den Artikeln 1 bis 12 steht. Demzufolge sind alle, die einen Pass eines Mitgliedslandes der Europäischen Union haben, Bürger der Europäischen Union. Wofür ich eine Bresche schlagen möchte, ist, dass wir diesen Unionsbürgerbegriff normativ unterfüttern, also verrechtlichen.

Gleichheit in der europäischen Republik

Es fehlt mir in den momentanen Diskussionen der Rekurs auf die Marianne und die Revolution. Denn der Begriff des Bürgers heißt nicht nur: Ich habe Werte. Sondern der Begriff des Bürgers heißt: Ich habe Rechte. Diese Rechte einzuklagen, war Anliegen der Bewegungen der letzten Jahrhunderte.

Der Maastrichter Vertrag besagt, dass die Europäische Union eine Staaten-Union *und* eine Bürgerunion ist. De facto sind wir aber nur die Staaten-Union. Die Staaten sind repräsentiert im Europäischen Rat, die entscheiden da irgendwas, meistens über Nacht. Sie als Unionsbürger werden nicht gefragt. Sie haben als Unionsbürger nicht einmal das Recht darauf zu erfahren, wie Ihre eigene Regierung im Rat gestimmt hat. Das nennt man nicht Demokratie, geschweige denn Europäische Republik. Es heißt de facto, dass die Unionsbürger im heutigen politischen Prozess Europas nichts zu sagen haben, keine Teilhabe haben und nicht der Souverän sind. Und das ist einfach falsch: Alle Souveränität geht vom Volke aus und kommt so schnell nicht wieder, hat uns ja Kurt Tucholsky gelehrt. Die große politische Aufgabe in der nächsten Dekade ist, uns als europäische Bürgerinnen und Bürger normative Gleichheit einzuholen.

Wir müssen uns bewusst machen, dass alle Demokratien in Europa als Republik verfasst sind. Wenn ich in Schulklassen gehe, dann frage ich sie immer: In welchem Land wohnt ihr denn? Sie antworten: Deutschland. Dann sage ich: Nein, Bundesrepublik Deutschland. Es ist ein großer Unterschied, ob man in der Bundesrepublik Deutschland oder in Deutschland oder in der République française oder in Frankreich wohnt. Die Zusammenziehung der Republik und der jeweiligen Nation ist die Verstaatlichung der Nation. In dem Moment, in dem die Republik verlorengelht, wird man zur Nation – man verliert nämlich die zivile Komponente, die Teilhabe der Bürger geht verloren und man wird tatsächlich zur Nation im Sinne eines völkischen, ethnisch identitären Diskurses. Deshalb ist ganz wichtig, immer und überall zu sagen: Nein, ich bin nicht Deutsche, ich bin Bürgerin der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke, uns ist das entglitten mit dem Sommermärchen 2006. Vor 1989 hat niemand von Deutschland gesprochen, wir waren die Bundesrepublik. Dann kam das Sommermärchen, zack, waren die Fahnen da, waren wir auf einmal Deutschland. Und deswegen ist es so wichtig, von der „Republik der Liebe“ zu sprechen, von der Republik, die ich gezeigt habe, der Republik, die sich kümmert. Und die Republik wieder zu besetzen im politischen Sprachgebrauch und buchstäblich die Fahnen nicht ins Völkische gleiten zu lassen. Wenn wir uns als Unionsbürger in einer zukünftigen europäischen Demokratie, die als Republik verfasst ist, verstehen, müssen drei Dinge gelten, damit wir die zivile Komponente eines europäischen Gemeinwesens einklagen können:

- Wahlrechtsgleichheit: one person, one vote
- Steuergleichheit: no taxation without representation
- Gleicher Zugang zu sozialen Rechten.

Der französische Soziologe Pierre Rosanvallon hat in seinem Buch *Le sacré du citoyen* [Ü: Das Heiligtum der Bürger], genau diese drei Dinge als „Gral“ der bürgerschaftlichen Rechte und Pflichten identifiziert. Eine Demokratie kann nicht bestehen, wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht gleich sind vor dem

Recht in diesen drei Dingen. Wenn wir ernst machen wollen mit einer europäischen Republik, müssen wir diesen allgemeinen politischen Gleichheitsgrundsatz auf alle Unionsbürger anwenden.

Das würde Auswirkungen auf all die Fragen haben, die wir heute realpolitisch verhandeln: eine europäische Arbeitslosenversicherung, einen europäischen Mindestlohn, europäische Kindergeldzahlungen usw. Immer steht dahinter: Sind wir als Bürgerinnen und Bürger rechtlich gleich in Europa, ja oder nein? Noch ist die Antwort: Nein. Im Moment ist die EU eine Art hybride Rechtsgemeinschaft. Deswegen heißt sie auch Rechtsgemeinschaft und nicht Rechtsraum, weil in der EU alles gleich ist vor dem Recht, von der Gurke bis zur Glühbirne, von Lissabon bis Helsinki. Die Einzigen, die in der EU heute noch nicht gleich sind vor dem Recht, sind wir, die politischen Subjekte der Europäischen Union und die politischen Subjekte Europas, der Souverän einer neu gedachten europäischen Demokratie. Und ich finde, das sollten wir einklagen. ☞

Gekürzte Version der Keynote vom 1.2.2019 im Volkshaus Jena; weitere Informationen zum Europäischen Manifest und zum European Balcony Project: europeanbalconyproject.eu



© privat

Ulrike Guérot (*1964) ist Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung an der Donau-Universität Krems und Gründerin des European Democracy Labs in Berlin. Ihr neuestes Buch *Wie hältst du's mit Europa?* erschien 2019 bei Steidl.

Marc Grandmontagne

Die Automatisierung der Demokratie

Über Selbstverständnis und Selbstzerstörung

Bereits

zum dritten Mal darf ich als Vertreter des Deutschen Bühnenvereins diese Konferenz miteröffnen. Sie ist immer ein erster Höhepunkt im Jahr und auch ein Kreis, der mich mutig macht, frei zu sprechen.

In Jena und Weimar, wo wir uns dieses Jahr zusammenfinden, jährt sich 2019 zum 100. Mal die Erarbeitung und Verabschiedung der Weimarer Reichsverfassung. Vor 100 Jahren hat der verfassunggebende Konvent in dieser Region getagt. Heute, da wir uns wieder viel mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschäftigen, empfehle ich auch als Verfassungsjurist einen erneuten Blick in die Weimarer Reichsverfassung. Sie ist ein sehr fortschrittliches Dokument gewesen – eine unterschätzte Verfassung! Doch war sie leider ihrer Zeit weit voraus. Sie konnte die ihr nachfolgende Katastrophe nicht verhindern. Vielleicht ist das grundsätzlich zu viel verlangt von einem Stück Papier. Aber immerhin haben die gezogenen Lehren dazu geführt, dass im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einige Vorrichtungen zum Schutz der Demokratie und der Freiheitsrechte eingebaut wurden, allen voran die Institution des Bundesverfassungsgerichts.

Trotzdem bleibt die Demokratie – und das ist ja unser Thema heute – zu allererst Sache von Politik und Gesellschaft, die die ihr durch die Verfassung eröffneten Möglichkeiten und Spielräume ausfüllen muss. Oskar Negt hat in seinem sehr bereichernden Konferenz-Essay eigentlich alles gesagt, was in diesem Zusammenhang wichtig ist und deshalb versuche ich daran anzuknüpfen und drei für mich zentrale Herausforderungen näher zu beschreiben. Das soll uns schlussendlich auch Mut machen, dass all diese Probleme keinen automatisierten Weltuntergang zur Folge haben, sondern wir entscheiden, was daraus wird.

Digitalisierung als politische Aufgabe, nicht (nur) als technische Herausforderung

Tagtäglich geben wir Millionen unserer personenbezogenen Daten mehr oder weniger freiwillig preis und die Informationslawine, auch Big Data genannt, nimmt immer größere Ausmaße an. Jedes Jahr verdoppelt sich die Menge an Daten, die wir produzieren. Ein Blick in die Zukunft lässt die nächste Stufe erahnen. Neben der Automatisierung der Produktion und der Erfindung selbstfahrender Autos: Folgt nun die Automatisierung der Gesellschaft oder die Programmierung des Menschen? Die weltweite Vernetzung ermöglicht es zudem, die gesammelten Daten und Informationen an beliebige Unbekannte weiterzugeben. Schwer begreifbar, dass noch 1983 eine Zeit war, in der das Bundesverfassungsgericht mit seinem berühmten Volkszählungsurteil das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung schärfte. Das Bewusstsein dafür ist praktisch weg. Wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten? Oder müsste es nicht eher heißen: Wenn Sie etwas tun, das andere nicht wissen sollten, dann sollten Sie es lieber lassen?

Digitalisierung ist ein viel gebrauchtes Wort, nicht nur für Politiker. Denn nichts weniger als das wirtschaftliche Interesse, diese Information auch zu Geld zu machen, steckt ebenfalls dahinter. Jede Google-Suche und jeder Amazon-Einkauf helfen bei der zukünftigen Voraussage, wofür wir uns interessieren. Dabei sollten wir immer daran denken: In unserer heutigen Wirtschaftsordnung, in der oft die Wirtschaft die Politik beeinflusst und nicht umgekehrt, steht der Profit längst über dem Menschen. Mittlerweile geht die Entwicklung der Datensammlung und Verarbeitung noch einen Schritt weiter, nämlich in Richtung der künstlichen Intelligenz zum selbstdenkenden Computer. Für unser friedliches Zusammenleben und im Hinblick auf politische und wirtschaftliche Strukturen und Einflussnahmen ist es höchste Zeit, über die Chancen, aber vor allem auch über die Risiken einer solchen Entwicklung in hinreichend komplexer Art und Weise zu sprechen. Reicht es wirklich, dass unsere Kinder nur lernen, wie ein Handy oder Tablet funktioniert oder dass die Schulen ein solches zur Verfügung stellen? Und reicht es, wenn politische Debatten um den Ausbau von technischer Infrastruktur und Breitband kreisen? Oder wäre es nicht wichtiger, in erster Linie darüber nachzudenken, was wir von uns preisgeben und was nicht? Und welche Auswirkungen das auf unser Zusammenleben und auf uns selbst hätte?

Der Umgang mit unseren Daten ist deshalb so wichtig, weil er unseren Frieden und Zusammenhalt, aber auch unsere wirtschaftliche Zukunft in Deutschland, Europa und weltweit maßgeblich prägen wird. Genauso wie unsere Demokratie. Und gerade deswegen muss die Digitalisierung endlich als politisches Gestaltungsprojekt und nicht als technische Anpassungsleistung an von anderen gesetzte Standards begriffen werden. Ein politisches Versagen in diesem Zusammenhang wäre folgenschwer. Die Änderung unserer Denk-, Sprech-, Rezeptions- und

Kommunikationsgewohnheiten verlässt die bisher bekannte Ordnung erprobter Kategorien. Die Herausforderungen sind nicht dadurch zu lösen, dass sie mit alten Begriffen und Kategorien – bzw. den ihnen bisher inhärenten Bedeutungen – angepackt werden. Demokratie, Mündigkeit, Freiheit, Bildung, Verantwortung und sogar Vernunft, Raum und Zeit sind unter digitalen Bedingungen nicht mehr das Gleiche wie 1980. Daher muss zu allererst geklärt werden, was sie heute, im Jahr 2019 unter den Vorzeichen des Digitalen bedeuten. Nur dann bleiben wir mündig und können adäquat reagieren. „Aufklärung als Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit“ (Kant) kann aber nur über Bildung, also auch über kulturelle Bildung, funktionieren. Mündigkeit des Einzelnen bedeutet in erster Linie, für sich selbst entscheiden zu können und zu dürfen, seine Rechte, aber auch seine Pflichten wahrzunehmen, um als aktiver Teil einer offenen Gesellschaft in Frieden und Freiheit zu leben.

Der Zustand heutiger Wirtschaftsordnung

Viele sehen in der Globalisierung und dem technischen Fortschritt einen Gewinn für ihre persönliche Freiheit. Man kann alle Informationen zu allen Themen finden und kaufen, von einem Ende der Welt zum anderen videotelefonieren, Musik streamen usw. Doch wir alle kennen die Kehrseite der Medaille: Fake News, Videoüberwachung und Spionage bis zur Einflussnahme auf Wahlergebnisse. Das sind nur einige unangenehme Nebenwirkungen, die wir bereits beobachten können. Das hat uns gezeigt, dass selbst die vermeintlich grenzenlose Freiheit an ihre Grenzen stößt, vor allem, wenn es darum geht,

den Fortbestand unserer offenen Gesellschaft zu beschützen. Genau dieser innere Widerspruch der Freiheit hat seinen Ursprung auch in der neoliberalen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, also im Kapital. Wir übersehen oft, welche Rolle der Kapitalismus spielt, insbesondere in der Kultur. Ich verweise hier auf das Buch *Die Erfindung der Kreativität* des Soziologen Andreas Reckwitz. Auch die Soziologin Alexandra Manske hat in ihren Forschungen aufgezeigt, wie schnell die Kreativökonomie zur Prekarisierungsfalle werden kann.

Die Freizügigkeit einer liberalen Demokratie nutzt übrigens auch das Kapital. Es profitiert von der grenzenlosen Gesellschaft. Großkonzerne können sich weltweit aussuchen, wo der Einsatz am geringsten und der Ertrag am höchsten ist. Verantwortung gegenüber den Menschen und der Umwelt wird dabei selten übernommen. Oskar Negt schreibt dazu in seinem Essay: „Alltägliche Gewalt bricht in allen gesellschaftlichen Institutionen auf. In den Privatverhältnissen ebenso wie in der offiziellen Politik. Das ruft inzwischen auch kein Erstaunen mehr hervor, denn die Prinzipien dieses Wirtschaftssystems beruhen darauf, den Anderen auszugrenzen, ihn in seinen Ausdrucksmöglichkeiten möglichst einzuschränken. Die Einbeziehung des Anderen in den eigenen Entscheidungszusammenhang ist dagegen ein wesentliches Mittel der menschlichen Organisation in einer demokratischen Gesellschaft. Wenn also Demokratie im Wesentlichen darin besteht, dass sich die Verhältnisse für Lernprozesse öffnen, dann ist die Kritik am Bestehenden immer damit verknüpft, den Freiheitsraum der Individuen zu erweitern und Bedingungen zu setzen, die Ausgrenzung, Hass und die Verkümmern der Lebensperspektive verringern.“



Ein Aufstieg auf Basis einer demokratisch-solidarischen Gesellschaft, in der jede und jeder die Möglichkeit haben soll, sich fortzubilden und wirtschaftlich weiterzuentwickeln, wird immer schwieriger. Der technische Fortschritt, mehr oder weniger denkende Maschinen, gepaart mit deregulierten Finanzmärkten und grenzenloser Wirtschaft, haben dazu geführt, dass es eben nicht mehr im Ermessen des Einzelnen liegt, ob man erfolgreich und einflussreich ist oder nicht. Das hat vor allem unserer Mittelschicht

Freiheit und Großzügigkeit sterben aus, denn Freiheit ist Zumutung und Ambivalenz. Und damit genau das Gegenteil von Reinheit. Demokratie ist das permanent Unsichere.

Zukunfts- und Abstiegsängste verschafft. Eben diese Mittelschicht hat sich stark verändert. Es gibt dort neue Gewinner, aber auch neue Verlierer. Neben der tatsächlichen Spaltung führen genau diese Abstiegsängste dann auch noch zur sozialen Spaltung und zu dem, was wir heute erleben: eine Krise der Demokratie. Der Zweifel und die Skepsis gegenüber der Politik, unserem eigenen Handlungsspielraum und unserem bestehenden politischen System spiegelt diese allgemeine Verunsicherung. Unmündigkeit, vor allem Freiheitsunmündigkeit von Politik und Bürgern, macht unsere Gesellschaft zum Spielball einiger weniger, die davon profitieren, dass wir gespalten sind. Eine funktionierende Demokratie braucht ein klares Rollenverständnis zwischen Staat und Wirtschaft. Dieses Verhältnis ist aus den Fugen geraten. Der Sozialstaat kann dies in seiner jetzigen Form weder kompensieren noch ersetzen. Eine Neuausrichtung ist notwendig, und das wird nicht über alte Konzepte wie Umverteilung funktionieren.

Singularisierung als Folge

Wie der Soziologe Andreas Reckwitz es benennt, leben wir in einer „Gesellschaft zunehmender Singularisierung und wachsender Partikularisierung“. Damit meint er eine Erosion der allgemeinen Öffentlichkeit und eine Auflösung dessen, was für viele Jahre das soziale Leben strukturiert hat. Denken Sie nur an die sinkende Bedeutung der sogenannten Massenmedien wie Fernsehen oder Tageszeitungen. Jeder kann heute nach eigenen Vorlieben seinen Newsfeed zusammenstellen oder wird durch einen täglich schlauer werdenden Algorithmus nur noch gemäß seinen eigenen Vorlieben mit Informationen gefüttert. Das eigene Weltbild wird stets bestätigt und so zum Maß aller Dinge. Die Auswirkungen sind im politischen Raum sichtbar, wo Ansichten zunehmend polarisieren, ja sogar radikalieren. Neue Reinheitssehnsüchte breiten sich ideologisch aus

und jede Inkonsequenz wird von der jeweils anderen Seite akribisch registriert und als Beweis für die Verlogenheit des Gegners herangeführt. Freiheit und Großzügigkeit sterben aus, denn Freiheit ist Zumutung und Ambivalenz. Und damit genau das Gegenteil von Reinheit. Genauso wie der Kompromiss bzw. die Fähigkeit dazu – eine wichtige Tugend der Demokratie. Ideologie und Kompromiss waren noch nie gute Nachbarn. Wir leben längst wieder in einer Glaubensgesellschaft in dem Sinne, dass der

eigene Glaube nicht mehr durch irgendeine Form der Objektivität zu erschüttern ist. Weil ich es so erlebe, ist es so. Auch die Erfassung dessen, was uns verbindet und nicht, was uns trennt, wird immer schwieriger. Fest steht, unsere Demokratie, die auf der Gesamtverantwortung des Staates und auf der Solidarität der Bevölkerung beruht, ist durch diese Faktoren sehr fragil geworden. So muss auch die Art und Weise, wie wir Wirtschaft und Gesellschaft organisieren, sich dringend ändern. Es liegt an uns, an diesem historischen Scheideweg die Chancen zu nutzen, Risiken zu erkennen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. Die Beschneidung unserer Solidargemeinschaft kann und soll nicht der Preis für vermeintlich wirtschaftliche Freiheit sein. Wir müssen der wirtschaftlichen Freiheit Grenzen setzen und den Sozialstaat, der für gleiches Recht für alle sorgt, beschützen. Nicht nur die Politik, sondern auch unsere Wirtschaft muss demokratischer werden. Wir alle müssen Demokratie (weiter) lernen und Mündigkeit bewahren, Widersprüche aushalten und Gegnerschaft tolerieren. Das heißt nicht, sie automatisch gutzuhießen.

Demokratie ist nicht in Stein gemeißelt, sie ist auch kein Endzustand, den man mit der Geburt erreicht. Und niemand ist Demokrat, weil er in einer Demokratie geboren wird. Sie setzt stattdessen voraus, dass wir stets bereit sind, zu lernen und die eintretenden Veränderungen realistisch zur Kenntnis nehmen, sie zur realistischen Basis unseres Handelns zu machen. Die Freiheit bringt nicht nur Rechte, sondern vor allem auch Pflichten für jeden Einzelnen von uns. Demokratie ist das permanent Unsichere. Es ist das Gegenteil dessen, was alle wollen, nämlich Sicherheit. Es ist aber immer noch besser als die Sicherheit eines autoritären Staates. An dieser Stelle möchte ich nochmals Oskar Negt zitieren: „Die in einer Demokratie stattfindenden Lernprozesse haben selten messbare Direktwege. In Fragen der Bildung und Erziehung ist die kürzeste Verbindung zwischen zwei Positionen nur

selten die Gerade. Bildungsprozesse, die Persönlichkeitscharaktere mitprägen, sind versetzt mit Umwegen, Abwegen, Irrtümern. Das unterscheidet sie deutlich von der bloßen Akkumulation von Verfügungswissen.“

In einem kürzlich mit dem Kulturjournalisten Peter Grabowski geführten Gespräch hat er uns ein paar kluge Gedanken mit auf den Weg gegeben, wo wir als Handelnde im System der Künste anknüpfen könnten. Er schlägt vor, auf drei Ebenen zu agieren. Erstens: Wie kann man über künstlerische Zugänge und kulturelle Orte Demokratie praktisch einüben? Hier wären die Theater und Orchester am Zug. Zweitens: Wie kann man in den politischen Prozess so einwirken, dass die Endzeitidee von Demokratie aufgegeben und statt ausgelagerte Projekte das Demokratie-Einüben als permanente Aufgabe aufgefasst wird, die von der Bildung, Politik und Gesellschaft wahrgenommen wird? Das Bedürfnis, sich in einer Welt der Umbrüche und der Beschleunigung, der immer rascheren Veränderungen, die vielfach mit Entwurzelung der Menschen verknüpft sind, Orientierung zu verschaffen, ist ein existenzielles Grundbedürfnis der Weltaneignung. Der dritte Punkt: Schaffung eines Raumes, in dem über Demokratie diskutiert wird. Das können natürlich auch die Theater sein. Die Welt ist Gestaltung – kein Automatismus, kein Determinismus.

Fazit

Aus der aktuellen Krise und der Debatte um den Liberalismus und unsere Freiheit könnten wir – um Erkenntnis reicher – als Gewinner hervorgehen. Wenn wir es schaffen, unsere Mündigkeit zurückzugewinnen und lernen, die Grenzen unserer Freiheit zu verteidigen und vor allem: kollektive Entscheidungen bei wichtigen Themen zu treffen, dann machen wir aus den Zweifeln und Ängsten, die uns einst gespalten haben, die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft in eine neue Zeit, die längst begonnen hat. 📖

Gekürzte Version der Rede von Marc Grandmontagne zur Begrüßung auf der Jahreskonferenz der Dramaturgischen Gesellschaft, gehalten am 1.2.2019 im Volkshaus Jena



©Cornelis Gollhardt

Marc Grandmontagne hat an den Universitäten von Saarbrücken, Tübingen und Siena (Italien) Jura und Politikwissenschaften studiert. Tätigkeit als parlamentarischer Mitarbeiter in Brüssel, Leiter des Büros der Geschäftsführung der RUHR.2010 - Kulturhauptstadt Europas GmbH (2007-2010), Programmleiter bei der Stiftung Mercator. Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (2013-2016). Seit 2017 ist Marc Grandmontagne Geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins.



Ministerin für Mitgefühl

Antrittsrede

Die Ministerin sagt: Ich möchte kein Wort mehr verlieren. Wieso eigentlich „verlieren“?

Sie ist ein Mensch – und doch gut. Und sie ist kurz davor, ihr Mitgefühl zu verlassen...

Sogar Napoleon sagte: „Ein wirklicher Mann hasst niemanden.“ Meine Ärztin sagt, essen Sie 1 Gedicht. Ich weiß nicht wie man es kocht, sage ich.

Das Wort „Profit“ bedeutete einst: „Gewinn für die Seele.“ Es ist Heuchelei, zu sagen, dass es um die freie Debatte ginge. Hass lässt sich verkaufen. Hass ist Geld. Literaten machen Minus. Es bräuchte Minus 100 Literatinnen, um einen Sarrazin zu ersetzen.

Das Problem mit einem Buch ist, dass man nie weiß, was drin steht. Bis es zu spät ist.

Die Ministerin sagt: Ich brauchte lange, um zu verstehen, warum die Tür geschlossen bleibt. Dass die Lichtschranke nie auf meinen Körper reagiert hat, sondern immer nur auf den Körper des Mannes vor mir.

Dont cry – work.

Ich habe auf Eurem Markt nichts verloren.

Diese Anstrengung muss man sich einmal vorstellen. Da gibt es dieses Ur-Buch, das den Mann an sich erst mal überflüssig macht. Was anderes ist denn bitte die unbefleckte Empfängnis? Und aus diesem Buch musste die Kirche das Patriarchat stricken.

– Darf ich Ihnen mein Buch zu Füßen legen.

– Wenn Sie mir meinen Fußboden nicht schmutzig machen.

– Sie wollen mein Buch nicht lesen? Macht nichts. Mein Buch ist schwer und gut geschnitten. Es eignet sich bestens zum Werfen.

– Aua. Sind Sie verrückt. Die Poesie ist doch eine erbärmliche Form, sich zu entschuldigen.

Die Ministerin sagt: Schreiben und weinen steht auf dem Tagesprogramm. Ich trage einen Flieder im Ärmel.

Ich weine noch immer, wenn Menschen im Mittelmeer ertrinken. In letzter Zeit werde ich selten zu Geburtstagen eingeladen.

Wieviel Gewalt steckt in meinem Mitgefühl? Es ist einfach, auf den Gräbern der Nazis rumzutampeln. Sehr viel schwieriger: ihre Spuren in sich selbst zu suchen.

Es gibt Wissen, das hält ein halbes Jahrhundert vor. Wir haben nichts verlernt. Wir wissen noch, wie man

Steine schmeißt, wir wissen noch, wie man Menschen jagt.

Die Ministerin sagt: Ich möchte fast glauben, wir alle sind Gespenster. Es geht in uns um, was wir von Vater und Mutter geerbt haben.

Und dann öffnet sich sein Mund in deinem Licht.

Ab 42 wusste fast jeder, was im Osten geschah. Es war Berechnung und Angst, die alle weitertrieb. Angst vor der Rache.

Angst ist keine politische Kategorie.

Eis dir zwischen die Zehen, Zarthäutiger. Ich bin die Nachfahrin der Denunzianten. Meine Vorfahren haben die Briefe geschrieben, die ihre Nachbarn in die Lager gebracht haben. Ich bin die Nachfahrin derer, die davon nicht sprechen.

Diese Texte waren doch mal Stimmen in einer oralen Gesellschaft. Warum gingen die verloren, oder warum hört die keiner mehr?

Ich lege den Text mit dem Gesicht nach unten.

Die Ministerin sagt: Ich mache mir Vorwürfe. Du pflegst dann einige solidarische Kraftworte in die Debatte zu werfen. Aber so einfach ist das nicht.

Das Mitgefühl ist eine vom Aussterben bedrohte Art. Das Mitgefühl hat einfach keine Lobby.

Empathie ist das Produkt einer Anstrengung. Anstrengung: diese glanzlose Cousine des Impulses.

Und natürlich hatte ich, weil ich doch zu Übertragungen neige, als sie sich den linken Schneidezahn ausbrach, sogleich das leibliche Gefühl, ich hätte meinen linken oberen Schneidezahn eingebüßt, und ich tastete mit meiner Zunge immerzu dorthin wo er gewesen war, eigentlich wo er noch immer war.

Mein Denken kann sich manchmal nur schwer von meinem Körper emanzipieren.

Die Ministerin sagt: Ich schreibe für die Unsichtbaren, die Vergessenen, die Verlorenen. Aber ich bekomme nichts als Fehlermeldungen. Dieses Glück ist in deinem Land nicht verfügbar.

Ist es so, dass man im Land der Täter kein Gehör für Opfer findet?

Warum wird alles Reden über diese Dinge abgewürgt? Warum mit einer Mischung aus Desinteresse und Angst betrachtet?

Geht bloß weg. Ich will Eure Angst nicht.

Kritik ist kostenloser Unterricht.

What can you do for your country?

Die Ministerin sagt: Nicht: die einen sind reich UND die anderen sind arm. Die einen sind arm, WEIL die anderen reich sind. Wo soll ich

denn jetzt bloß mit den 30 Plasmafernsehern hin? Wir fressen dem Rest des Planeten die Haare vom Kopf. Und dann reden wir von „Wirtschaftsflüchtlingen“.

Ich kann in diesem System keinen melodischen Fluss erkennen. Nur systematische Mieterhöhungen.

Wünschen Sie sich auch manchmal mehr „Sichtbarkeit“, anstatt mehr „Schichtarbeit“? Wollen Sie auch manchmal ein bisschen mehr „Halt“? Oder doch lieber mehr „Gehalt“?

Was ist denn da draußen los? Lauter Millionäre, die sich im Schnee wälzen.

Geld ist ein kaltes Thema. Ich bade sehr viel.

Nicht die Farbe der Haut, die Farbe der Macht entscheidet für oder gegen das Leben.

Ach deshalb gewinnen die immer ... Ich darf ja noch nicht mal nein sagen, wenn mich dieser Scheißer ohrfeigen will ...

Je mächtiger die Macht ist, desto stiller wirkt sie.

Die Ministerin sagt: Jedem Weltbild, jeder Haltung, jeder Veränderung geht Sprache voraus.

Was denkt ihr, was macht ein schwuler Kommunistenaraber in Marzahn? Er kauft sich vielleicht Marzipan, aber sicher kein Lakritz.

Einer sagt: Ich hab nichts gegen Homos. Weil ich nämlich was gegen Muslime habe. Die haben was gegen Homos. Deshalb hab ich ja auch was gegen Muslime.

Lesen Sie da den Koran? Oder ist das Ihre Asylakte? Oder Goethes Faust in arabischer Übersetzung?

Aber Schengen ist doch keine Religion!

Fünzig Jahre ist es her, dass ein Flugzeug die erste Gruppe anatolischer Frauen nach Deutschland geflogen hat. Zum Arbeiten. Fünzig Jahre ist es her, dass Bauern zu Fabrikarbeitern wurden und die Gitter über ihnen wurden zum Rautenmuster auf dem Rock der Geliebten. Fünzig Jahre und seit siebzig gibt es die Republik. Deutschland ist nur zwanzig Jahre älter als ich, aber ich bin immer noch Türkin.

Die Ministerin sagt: Und die Worte meiner Sprachen liegen aufgelöst in mir. *(Wiederholen auf Türkisch, wiederholen auf Farsi, wiederholen auf Englisch)*

Frage: Wie lange hält man es eigentlich in der Wüste aus? Antwort: Ich bin in einer Millionenmetropole aufgewachsen.

Die Ministerin sagt: Einen migrantischen Hintergrund hat so ziemlich jeder Mensch in diesem Land.

Die Augen sind staubverklebt, die Finger klamm, die Landnahme wütet in unseren Herzen, aber so gut

wie heute ging's uns doch selten. Oder vielleicht noch nie? Oder?

Habe 1 lichterlohes Frühstück mir einverleibt, brandneues Frühstück.

Und mein Körper bleibt verschont. Hinter mir brennt meine Familie. Und wie ich im Feuer nicht verbrenne wie mein Körper dem Feuer entkommt wie ich nicht mit allen anderen zusammen und dann brennt mein Haus und meine Familie springt aus den Fenstern und meine Familie brennt in meinem Haus.

Es ist ein Irrtum zu glauben, man wäre nicht betroffen. Nur weil man nicht betroffen ist.

Die Ministerin sagt: Schon immer wurde von der Gefahr von Links geraunt. Fast immer kam die Gefahr von Rechts.

Kennen Sie den Mond Europa? Man sagt, unter seiner dicken Wassereishülle gibt es einen warmen Ozean, 100 km tief.

So altmodisch, Zusammenhänge wirklich verstehen zu wollen. Das dauert einfach zu lange. Während ich versuche zu verstehen, was eigentlich passieren muss, damit ein Mensch nicht mehr mit unserem Mitgefühl rechnen kann ... //

(unterbricht) // Bitte keine Vatertränen. Ich kann keine Vatertränen mehr sehen.

Eine Frau im Himmel. Schwieriger als man denkt. Da gab es diesen

Streit, ob eine Frau mit ihrem Geschlechtsorgan überhaupt in den Himmel kommen dürfe. Da sie Gott damit Konkurrenz mache.

Die Ministerin sagt: Ein Mann, der sich selbst verliert, wehrt sich gegen die Angst, indem er seine Frau das Fürchten lehrt.

Liebe ich wirklich so, wie ich zu lieben glaube?

Und jetzt ... langsam ... steigt meine Körpertemperatur. Der Tastsinn spürt die ersten zärtlichen Reize. Wir schauen uns in die Augen und denken:

Manchmal pocht mein Herz gegen meine Rippen. Und dann sind meine Rippen glücklich.

Your body is poetry.

Verliebt sein heißt, sein Gesicht verlieren und es hinnehmen. Also kein Gesicht verloren zu haben.

Die Ministerin sagt: Ich brauche Vergebung. Vergebung für das, was ich nicht vollständig weiß.



MINISTERIUM FÜR MITGEFÜHL

Das Ministerium für Mitgefühl ist ein Kollektiv von Autor*innen und Künstler*innen, das emphatischen Widerstand leistet: gegen die Verrohung der Sprache und soziale Kälte.
ministerium-fuer-mitgefuehl.net



Fragebogen

1. Wann hast du dich zuletzt für jemanden eingesetzt? Wann hat sich zuletzt jemand für dich eingesetzt?

2. Gibt es eine*n Außenseiter*in in deiner Familie? Falls ja, wie geht die Sippe damit um? Wie gehst du damit um?

3. Was ist der Unterschied zwischen Empathie und Projektion? Woher weißt du, ob du mit einer Person fühlst oder ihr ein Gefühl zuschreibst? Kann Mitgefühl auch anmaßend sein? Kann man den Herzmuskel – wie einen Bizeps – spielen lassen? Erzählst du, wenn dir jemand von ihrem*seinem (Un-)Glück (Miss-)Geschick erzählt, postwendend von deinem?

4. Wann hast du zuletzt eine Sprache erlernt oder erlernen müssen? Wie erinnerst du dich an das Nicht-Kennen und Nicht-Können dieser Sprache? Was verbindest du mit dieser Sprachlosigkeit, diesem Stolpern?

5. Wie intim/politisch/transgressiv verstehst du Freundschaften? Welche Differenzen, auch Ungleichheiten, erlebst du in und durch Freundschaft? Gibt es (politische) Fragen, bei denen Freundschaft endet?

6. Wann gibst du einem obdachlosen Menschen Geld und wann nicht? Was entscheidet darüber? Ist Geld materialisierte Empathie? Anders gefragt, wie organisierst und verteilst du deine (begrenzten Ressourcen der) Empathie?

7. Die schwarze Pädagogik, insbesondere die des Nationalsozialismus wollte durch Abhärtung bindungsarme, leicht führbare Menschen hervorbringen. Wo siehst du heute noch Spuren dieser Erziehung? Inwiefern ist das intergenerative Muster in deiner Familie davon geprägt?

Im Rahmen der Jahreskonferenz hielten die Minister*innen für Mitgefühl Sprechstunden ab.
Wir veröffentlichen hier den Fragebogen, den die Minister*innen für Mitgefühl dabei einsetzen.

Silke van Dyk

Identitäts- oder Klassenpolitik?

Über eine falsche Alternative in Zeiten des Rechtspopulismus

Unter

der Überschrift „Identitäts- oder Klassenpolitik“ möchte ich über eine falsche Alternative sprechen, die aktuell in den Debatten um die erstarkenden rechten Kräfte die emanzipatorischen Kräfte in der Gesellschaft zu einem Zeitpunkt spaltet, an dem eigentlich eine gemeinsame Allianz gegen autoritäre Kräfte notwendig wäre.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus – von der Wahl Donald Trumps bis zu den verschiedenen Regierungsbeteiligungen in Europa und dem Erstarken der AfD – hat eine kontroverse Debatte darüber ausgelöst, was die Ursachen für diesen Rechtsruck sind. Dabei ist von Bedeutung, dass dazu konkurrierende Deutungen vorliegen. Einerseits heißt es, das habe vor allem ökonomische Gründe, es sei eine Art Notwehr der unteren Schichten. Andere sagen, dass es eher eine kulturelle Abwehr gegen das überschießende Erbe von 1968 wäre, gegen Identitätspolitiken von Antirassistinnen und Feministinnen. Und zum dritten werden eher demokratiepolitische Argumente genannt: Unzufriedenheit mit der Demokratie, das Gefühl, nicht repräsentiert zu sein. Dominant sind die ersten beiden Deutungen, es geht also in der einen Linie sehr stark um die Ökonomie und den Neoliberalismus, und in der anderen eher um kulturelle Fragen und das Versagen der Linken.

Interessant ist aus meiner Sicht, dass beides in der Debatte zu einem Pol verdichtet wird. So entsteht diese Figur der liberalen, privilegierten, weltoffenen, toleranten, postmaterialistischen Kosmopoliten auf der einen Seite, in der die Neoliberalen und die Linken verschmolzen werden, und der Pol der vom Neoliberalismus betroffenen, weniger Privilegierten, den Arbeitern und auf den Nationalstaat Orientierten auf der anderen Seite. Und genau darüber möchte ich heute sprechen.

Das Erstarken der Rechten geschieht vor dem Hintergrund einer Hegemoniekrise des Neoliberalismus. Hegemoniekrise meint (im Anschluss an Gramsci) nicht, dass neoliberale Politiken nicht

mehr dominant sind, sondern dass sie in ihrer Legitimität zunehmend in Zweifel gezogen werden. Eine große Rolle hat dabei gespielt, dass im Nachgang der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008ff. plötzlich Abermilliarden Dollar und Euro zur Verfügung standen, um Banken zu retten, und damit die davor breit akzeptierte Sachzwanglogik, man habe nicht genug Geld für soziale oder kulturelle Infrastruktur, stärker infrage gestellt wurde. Während diese Kritik zunächst, zum Beispiel in den Occupy-Bewegungen, von links kam, beobachten wir in der jüngeren Vergangenheit zunehmend Protest von rechts. Es ist eine Verschiebung eingetreten, eine Konstellation, in der der Neoliberalismus aus unterschiedlichen Perspektiven unter Bedrängnis gerät. In einzelnen der rechten Parteien ist eine Hinwendung zur sozialen Frage zu beobachten, eine Rückkehr der Klassenfrage, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen innerhalb Europas: Das, was Marine Le Pen in Frankreich macht, ist eher die Idee eines nationalen Sozialismus, also eine exklusive Solidarität für Franzosen. Das unterscheidet sich völlig vom wirtschaftspolitischen Programm einer FPÖ, die deutlich wirtschaftsliberaler aufgestellt ist. Und diese Konflikte spielen auch innerhalb der AfD eine Rolle: Der Björn-Höcke-Flügel etwa steht für eine Idee völkisch-exklusiver Solidarität und eine Ablehnung von wirtschaftsliberalen Positionen, die in anderen Teilen der Partei weiterhin zu finden sind.

Insgesamt können wir auf jeden Fall in einer ziemlichlichen Breite die Rückkehr von Fragen sozialer Ungleichheit und von Klassenfragen in den politischen Diskurs beobachten. Ich denke da zum Beispiel auch an die breite Rezeption von Didier Eribons *Rückkehr nach Reims*, von dem auch das Stichwort „die Wende nach rechts als Notwehr der unteren Schichten“ stammt. Ein anderes Beispiel für die Rückkehr der sozialen Frage wäre zum Beispiel Thomas Pikettys Weltbestseller *Das Kapital im 21. Jahrhundert*, der plötzlich Stargast der Regierenden in aller Welt wie von IWF und Weltbank war. Das wäre noch zehn Jahre vorher mit der Position relativ ungewöhnlich gewesen.

Wenn es auch eine große Stärke ist, dass die lange Zeit tabuisierte oder aus dem Fokus der Aufmerksamkeit verschwundene Klassenfrage wieder auf der Tagesordnung steht, so erscheint es mir problematisch, dass genau diese Klassenfrage zunehmend gegen sogenannte identitätspolitische Anliegen, gegen feministische, antirassistische, queere Kämpfe in Stellung gebracht wird. Plötzlich heißt es: Klassenpolitik oder Identitätspolitik? Verbunden mit dem Argument, dass Klassenpolitik marginalisiert worden sei, weil Identitätspolitik so stark wurde. Bei genauerer Betrachtung fällt auf, wie schwammig der Begriff Identitätspolitik ist und dass er für unterschiedliche Sachverhalte verwendet wird. Sehr häufig wird er für Minderheitenpolitik verwendet, aber auch als Chiffre für alle möglichen neuen sozialen Bewegungen nach '68, als Chiffre für '68 selbst, oder für konkrete Praktiken, z.B. die Fragen politisch korrekten Sprechens oder der Unisex-Toiletten, die als Inbegriff der Exaltiertheit von Identitätspolitiken kritisiert werden.

In dieser Debatte finden sich unterschiedliche Akteure zusammen, was die Problematisierung von Identitätspolitik so einflussreich macht: einerseits ein linksliberaler Flügel mit dem Anliegen, zu einer Politik des Allgemeinen zurückzukehren mit Bezugsgrößen wie Citizenship oder Staatsbürgerschaft; Mark Lilla, ein prominenter Kulturwissenschaftler in den USA steht zentral für diese Position. Und andererseits dann eher klassenpolitische Akteure, bei denen es starke Tendenzen zu einer Rückkehr zum Hauptwiderspruch gibt nach dem Motto: „So, Leute, jetzt habt ihr euch 20 Jahre mit den Nebenwidersprüchen beschäftigt, jetzt ist es vorbei mit der Schönwetter-Politik, jetzt machen wir wieder richtige Politik.“

Der Dramaturg Bernd Stegemann ist aus meiner Sicht einer der radikalsten Vertreter dieser Position und durch seine Funktion als Mitvordenker von „Aufstehen“ auch sehr öffentlichkeitswirksam agierend. Er ist zudem einer derjenigen, die am dezidiertesten dafür plädieren, dass es eine Querfront aus Rechten und Linken gegen den Neoliberalismus geben

Es ging im Feminismus um handfeste ökonomische Fragen: „You say it's love, we say it's unpaid work.“

müsse. Darin scheint etwas Neues auf, nämlich den Neoliberalismus als Hauptgegner auszumachen und die vermeintlichen Nebenwidersprüche oder Identitätspolitiken damit zur Seite zu schieben und Fragen von Gleichheit, Antidiskriminierung, Minderheitenschutz, queeren oder feministischen Positionen in den Hintergrund zu rücken. Die darin liegende große Gefahr möchte ich im Folgenden etwas genauer ausleuchten.

Um diese Konstellation zu verstehen, lohnt es sich, einen Blick zurück zu werfen auf die alte und die neuen sozialen Bewegungen. Wir sprechen über die Frauenbewegung, die Friedensbewegung, die Schwulen- und Lesben-Bewegung als neue soziale Bewegungen im Unterschied zur alten sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung.

Zum einen also Bewegungen, die sich um ökonomische und materielle Anliegen gekümmert haben; und andererseits Bewegungen, denen es eher um kulturelle oder Fragen der Gleichstellung oder Diskriminierung ging. Ganz paradigmatisch in zwei Kritikformen gegossen haben das die französischen Soziolog*innen Luc Boltanski und Ève Chiapello in ihrem Buch *Der neue Geist des Kapitalismus*. Sie sagen, es gibt die von der Arbeiterbewegung getragene Sozialkritik am Kapitalismus, das ist quasi die Kritik an sozialer Ungerechtigkeit und sozialer Gleichheit. Und es gibt aber auch eine Künstlerkritik, die etwas anderes problematisiert, nämlich die Entfremdung und die fehlende Autonomie. Sie zeigen, dass es diese Stränge historisch immer gegeben hat. Dass aber die Künstlerkritik sehr lange kleinen Gruppen von Künstlern, Künstlerinnen, Intellektuellen vor-

behalten war und sich eigentlich erst durch '68 und die Folgen verallgemeinert hat und zu einer Kritik wurde, die eben nicht mehr nur von einer kleinen intellektuellen Elite vertreten wurde. Durch diese Verallgemeinerung wurde die Kritik an Normierung, Entfremdung und Standardisierung, die Kritik am engen Normenkorsett der Nachkriegsjahrzehnte im Fordismus gesellschaftlich einflussreicher. Diese Diagnose ist zwar griffig und trifft einen wichtigen Punkt, beinhaltet aber auch immer eine künstliche Trennung, die uns in den aktuellen Debatten auf die Füße fällt. Denn viele Feministinnen der Frauenbewegung der 70er Jahre betonen zu Recht, sie hätten sich nicht nur für kulturelle Anliegen engagiert und dafür, auch als Menschen anerkannt zu sein, es ging auch um handfeste ökonomische Fragen. Silvia Federici schrieb damals – an die Männer gerichtet – sehr pointiert: „You say it's love, we say it's unpaid work.“

Warum lässt sich im Moment so hervorragend behaupten, die Linken und die Neoliberalen bildeten einen Pol, gegen den man sich wehren müsse? Die

klassische soziologische Vereinnahmungsdiagnose, wie sie von Boltanski und Chiapello formuliert wurde, konstatiert, dass die Sozialkritik seit den 80er und in den 90er Jahren zunehmend marginalisiert worden sei und die Künstlerkritik, die Kritik an Normierung, die Kritik an fehlender Autonomie, sei zunehmend im Neoliberalismus kooptiert worden. Die ursprünglich emanzipatorischen Anliegen der Bewegungen – Selbstorganisation, Empowerment, Selbstentfaltung, Entstandardisierung – seien an den flexiblen Kapitalismus anschlussfähig geworden. Letzterer hat nämlich anders als der Fordismus nicht standardisierte Produktionsabläufe und daran angepasste Arbeitnehmer*innen gesucht, sondern zunehmend die Subjektivität, die Individualität, die Kreativität der Arbeitenden in verschiedenen Feldern ausgebeutet. Diese populäre Diagnose in der Soziologie birgt in sich schon einige Probleme, die ich an dieser Stelle nicht vertiefen kann. Was wir im Moment beobachten, ist jedoch die radikale Popularisierung und Verallgemeinerung dieser Diagnose in einer Form, die den ursprünglichen Kern völlig verkennt. Aktuell wird häufig behauptet, es gäbe eine Art aktive Komplizenschaft zwischen Linken und Neoliberalen insofern, als antirassistische, feministische, queere Bewegungen mit den liberalen Eliten verschwistert seien. In den ursprünglichen Diagnosen wurde aber eher geguckt, wo emanzipatorische Anliegen historisch und strukturell anschlussfähig geworden sind, weil Selbstorganisation und Empowerment in flexibilisierte Produktionsprozesse passten. Das ist etwas anderes als zu sagen, dass Unternehmer und Feministinnen plötzlich aktive Komplizen seien.

Die falsche Phalanx

Was hier ebenfalls mitschwingt, ist, dass es sich bei sogenannten identitätspolitischen Anliegen oder der Künstlerkritik um elitäre Anliegen handele. Feministische Kämpfe werden in solchen Argumentationen auf Quoten in DAX-Vorständen reduziert, womit viele andere Bereiche und Anliegen ausgeblendet werden.

Darin zeigt sich vielleicht das Hauptproblem an diesen Diagnosen: sie marginalisieren nämlich genau die Kritiken und Bewegungen weiter, die historisch schon marginalisiert worden sind. Zwar ist die Diagnose der Vereinnahmung von Diversitäts-, Multikulturalismus- und Empowerment-Politiken durchaus richtig, was zum Beispiel in der liberal gewendeten SPD oder auch bei Teilen der Grünen sichtbar wird, aber natürlich ist es nicht zutreffend, dass alle sozialen Bewegungen und Kämpfe, dass feministische, antirassistische Positionen in ihrer Breite anschlussfähig an das neoliberale Projekt geworden sind. Diejenigen, die es nicht geworden sind, sind dadurch unsichtbarer und marginalisierter geworden. Das ist weniger eine Frage der Komplizenschaft mit dem Neoliberalismus als eine Frage neoliberaler Hegemonie.

Bezüglich der Revitalisierung der Klassenfrage und der neuen Aufmerksamkeit für soziale Ungleichheit lohnt ebenfalls ein Blick zurück, um zu verstehen, was die positive Referenzfolie für aktuelle Debatten ist. Es sind in der Regel die Nachkriegsjahrzehnte des fordistischen Klassenkompromisses in einer sehr nostalgisch konturierten Form, die als positive Referenzgröße aufscheinen. Um sich die damalige Zeit vor Augen zu führen: Allein in den 1950er Jahren ist die deutsche Wirtschaft doppelt so schnell

gebunden war: ein geregeltes Arbeitsverhältnis, die männliche „Normalbiografie“, heterosexuelle Kleinfamilie mit der Frau als Hausfrau. Nur innerhalb dieses Normenkorridors gab es eine große soziale Sicherheit. Man muss im Blick haben, dass es ein Klassenkompromiss war, der ganz klare ethnische, geschlechtsspezifische und staatsbürgerliche Ausschlüsse hatte.

Das heißt, wenn es im Moment um die Revitalisierung der Klassenfrage geht, dann ist entscheidend, ob es darum geht, die hier erkämpften Rechte für mehr Menschen zu verallgemeinern oder doch eher darum, das „normale“ Personal des Fordismus, nämlich die weißen Männer, zu re-etablieren. Die kanadische Politikwissenschaftlerin Wendy Brown hat im Nachgang der Trump-Wahlen sehr treffend gesagt: „Wenn es hier um *Make America Great Again* geht, dann geht es um *Make America White Male Again*.“

In der aktuellen Debatte geben die rechten Kräfte eine Art neoliberalismuskritisches Versprechen. Aber eben eines, das nicht emanzipatorisch anschlussfähig ist. Sie versprechen angesichts von immensum Wettbewerbs- und Leistungsdruck, zunehmender Ungleichheit, Unsicherheit und Abstiegsängsten ihrer Klientel Privilegien, die anderen, die von außen kommen oder von der Norm abweichen, verwehrt bleiben sollen: das ist das Versprechen einer ständischen Privilegierung, eines ständischen Schutzes durch exklusive Solidarität, v.a. aufgrund von Hautfarbe und Staatsbürgerschaft. Das ist nicht das Versprechen sozialer Rechte oder von mehr Gleichheit, sondern die Idee, manche vor dem neoliberalen Wettbewerb zu schützen, aber eben in der äußerst regressivsten Weise. Was wir hier sehen, ist das, was der schwarze US-amerikanische Intellektuel-

Die Rechten versprechen angesichts von immensum Wettbewerbs- und Leistungsdruck, Unsicherheit und Abstiegsängsten ihrer Klientel Privilegien, die anderen, die von außen kommen oder von der Norm abweichen, verwehrt bleiben sollen: das wäre eine ständische Privilegierung, v.a. aufgrund von Hautfarbe und Staatsbürgerschaft.

gewachsen wie in den 150 Jahren davor. Ein solches Ausmaß von ökonomischem Boom war nur vor dem Hintergrund eines zerstörten Kontinents, des Zweiten Weltkriegs und des Holocausts überhaupt möglich. Daher ist es irrwitzig zu glauben, man könne dahin zurückkehren. Diese nostalgischen Rückgriffe auf die gute alte Zeit, als Klassenpolitik noch eine Rolle spielte, blenden überdies aus, dass in dieser Zeit die durchaus gegebene Sicherheit nicht für alle galt und an einen sehr engen Normenkorridor

le Du Bois schon Ende des 19. Jahrhunderts für die Arbeiterklasse in den USA pointiert formuliert hat: „Löhne des Weiß-Seins. Es ist der psychologische Lohn des Rassismus, der die Arbeiterklasse spaltet und die weißen Arbeiter an die weißen Unternehmer bindet.“ Und das ist ein Versprechen, das die Rechten dann in liberalismuskritisch gewendeter Weise als quasi feudales Privileg anbieten.

Jetzt ist die spannende Frage für die aktuelle Konstellation: Was folgt aus diesen Rückblicken?



Was bringt es zu schauen, wie es mit den alten und neuen sozialen Bewegungen, mit der Sozial- und Künstlerkritik war, und wie es sich mit den sozialen Sicherheiten verhält, die es im fordistischen Wohlfahrtsstaat gegeben hat? Der Rückblick hilft zu sehen, dass aktuell extrem polarisiert wird, und zwar auch und gerade innerhalb der linken Debatten. Auf der einen Seite werden Kosmopolitismus, Identitätspolitik und Neoliberalismus zu einem Pol verschmolzen, auf der anderen Seite Nationalstaat, soziale Gerechtigkeit und Klassenfrage. Und es gibt diese neoliberalen Kosmopoliten, gar keine Frage. Man fragt sich nur, was genau das jetzt für eine Koalition sein soll? Angela Merkel und Katja Kipping gehören irgendwie beide zu diesem Pol. Und man fragt sich, wie viele derjenigen, die neoliberale Wirtschaftspolitik durchsetzen, eigentlich für offene Grenzen sind, was ja immer behauptet wird, und wie viele der No-Border-Aktivist*innen eigentlich besonders auffällige neoliberale Akteure? Was werden hier eigentlich für Lager zusammengestrickt?

Das Problem, das wir im Moment beobachten – und das erscheint mir gerade vor dem Hintergrund des historischen Internationalismus der Arbeiterbewegung bemerkenswert –, ist, dass in dieser Argumentation die soziale Frage als nationale Frage enggeführt und nahegelegt wird, feministische und antirassistische Anliegen würden mit dem Schutzbedürfnis der vom Neoliberalismus Deklassierten in Konkurrenz geraten. Diejenigen, die gegen Sexismus und gegen Rassismus gekämpft haben, seien irgendwie dafür verantwortlich, dass die sozial Deklassierten im Neoliberalismus keine Stimme mehr hätten. So wird aus der Frage Klassenpolitik versus Identitätspolitik ein Gegenüber von Deklassierten und Privilegierten. Der Journalist Jakob Augstein hat das wie folgt formuliert: „Es geht hier um die verfeinerten Städter und Schwulen, die etablierten Feminist*innen, die wohlhabenden Lesben usw., die sich ihren Spaß am Kapitalismus von den Rechten jetzt nicht kaputt machen lassen wollen.“ Das heißt, Frauen, Schwule und Lesben, Schwarze oder Migrant*innen treten in dieser Form nur als privilegierte Personen auf, und umgekehrt sind im Umkehrschluss implizit weiße Männer die Deklassierten.

Welche Minderheit?

Bemerkenswert wird es, wenn man die adressierte vermeintliche Minderheitenpolitik mal anhand von Zahlen betrachtet: Frauen firmieren als Hälfte der Menschheit interessanterweise zumeist unter Minderheiten, wenn man dazu alle Migrant*innen, alle Menschen, die eine Behinderung haben, alle Schwulen zählt, ergibt sich eine satte Mehrheit der Bevölkerung. Die Forderung nach einer Überwindung der Minderheitenfokussierung und einer Politik für die Mehrheiten ist also keine quantitative Frage, es ist eine Frage der Hegemonie.

Es wird so getan, als ginge es darum, denjenigen wieder eine Stimme zu geben, die die Mehrheit verkörpern, obwohl sie es gar nicht tun. Damit hängt

zusammen, dass ein zentraler Vorwurf an die sogenannte Identitätspolitik ist, dass hier partikulare Anliegen und die Kämpfe von Minderheiten auf Kosten oder zu Lasten der Allgemeinheit geführt würden. Damit gerät vollkommen aus dem Blick, was Identitätspolitik historisch war und was sie in ihren emanzipatorischen Varianten auch heute ist: nämlich ein Kampf gegen die machtvolle Verallgemeinerung der partikularen Position weißer Männer. Das Anliegen war nicht, dass marginalisierte Minoritätengruppen am Rande der Gesellschaft ihr eigenes Süppchen kochen, sondern ein rebellisch-universalistischer Ursprungsimpuls, der das Gleichheitsversprechen ernst nimmt. Das heißt, diejenigen, denen in diesen Kämpfen Partikularismus vorgeworfen wird, sind diejenigen, die das Gleichheitsversprechen ernst nehmen und fragen: „Was bleibt denn eigentlich aus eurem Menschsein ausgeschlossen?“ Der Begriff der Identitätspolitik stammt vom Combahee River Collective Ende der 70er Jahre, einem Kollektiv schwarzer Lesben in den USA. Die wollten nicht als etwas ganz Besonderes anerkannt werden. Die haben nur gesagt: Wir müssen für unsere Rechte kämpfen, denn das tut niemand sonst. Es tut die männlich dominierte Bürgerrechtsbewegung nicht, es tut die weiß dominierte Frauenbewegung nicht und der Rest der Gesellschaft schon gar nicht. Es ging darum zu sagen: Wenn sie uns einschließen als schwarze Lesben, dann schließen sie alle ein. Und das ist eine radikal universalistische Position.

Besonders perfide ist, dass durch den Vorwurf des Partikularismus und des Separatismus so genannter Minderheitengruppen die Differenzkategorien der Unterdrückung und Stigmatisierung (Geschlecht, Hautfarbe, Behinderung etc.) den Opfern selbst angelastet werden. Zudem geschieht eine weitere Umkehrung, indem der Widerstand gegen Rassismus, Sexismus oder Homophobie angeblich zu ihrer Ursache gemacht wird. Was ist damit gemeint? Dieser Widerstand wird in die Identitätspolitik vermeintlich Privilegierten umgedeutet und dann mit dem neoliberalen Pol verschmolzen. Damit ist die Rechtswende der Widerstand gegen den Widerstand gegen Rassismus und Sexismus, der dann im Etikett der Notwehr wieder aufersteht.

Es ist durchaus richtig, dass Teile der Diversitäts- und queeren Bewegung sich in der Vergangenheit relativ wenig für soziale Fragen und für soziale Ungleichheit interessiert haben. Aber Ta-Nehisi Coates, der wichtige Intellektuelle der Black-Lives-Matter-Bewegung und Autor von *Between The World And Me*, hat ganz richtig deutlich gemacht, dass die Entmaterialisierung der Kritik von sogenannten Minderheiten auch ein Herrschaftsmechanismus ist, um sagen zu können: Die wirklichen Probleme, die bearbeiten wir. Coates hat in der Debatte um die Trump-Wahl getwittert: „Merkwürdigerweise haben weiße Männer ökonomische Probleme, und alle anderen haben Identitäten und Gefühle.“

Ich komme langsam zum Ende, möchte aber diesen Reigen noch mal zuspitzen auf die aktuelle politische Konstellation, in der wir uns bewegen. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, inwiefern die

ökonomischen Begründungen der Rechtswende (es sei eine ökonomische Notwehr der Prekarisierten) und die der kulturellen Deklassierung (die Mehrheit wehrt sich gegen die moralisch überschießende Kritik der ´68er und ist nicht mehr bereit, sich von Minderheiten diktieren zu lassen, was sie sagen darf), inwiefern diese beiden Stränge „ökonomische Notwehr“ und „kulturelle Notwehr“ zusammengenommen und dann in eine Oben-Unten-Erzählung übersetzt werden.

Hier lohnt sich jedoch ein kurzer Blick in die Empirie. Mich als Soziologin erstaunen die Debatten über die Wähler*innen-Klientel der Rechten, denn wir wissen empirisch viel mehr, als in diesen Debatten suggeriert wird.

Weder bei der Trump-Wahl noch bei den AfD-Wahlen war das Einkommen ein signifikanter erklärender Faktor, allein das schon lässt die ökonomische Notwehrthese fraglich werden. Bildung ist hingegen ein wichtiger Faktor, das lässt sich für verschiedene Länder deutlich zeigen. Bei genauerer Betrachtung stellt man aber fest, dass Menschen mit wenig Bildungsressourcen, die nicht rassistisch eingestellt sind, auch nicht die AfD wählen. Und das ist ein entscheidender Punkt – die Ursache ist hier ganz eindeutig der Rassismus und nicht der Mangel an (Bildungs-)Ressourcen. In dieser Konstellation wird eines der Hauptprobleme, der Rassismus, sozusagen aus der Diskussion heraus analysiert: Diejenigen, die rassistische Kräfte unterstützen, seien eigentlich nicht rassistisch, sondern wehrten sich gegen ihre ökonomische Deklassierung. Wir verfügen jedoch über Jahrzehnte brillanter Forschung, literarischer und wissenschaftlicher Arbeiten zum Zusammenwirken von Kapitalismus und Rassismus. Rassismus, auch wenn ein Zusammenhang mit ökonomischen Ursachen besteht, ist immer noch Rassismus.

Wenn es derzeit in allen politischen Lagern darum geht, wessen Ängste und Sorgen ernst zu nehmen sind, geht es in der Regel nicht um die Ängste und Sorgen derjenigen, die sich vor ihrer Abschiebung fürchten, nicht um die Ängste und Sorgen derjenigen, die sich durch sexuelle Gewalt bedroht fühlen, sondern um die Ängste und Sorgen der vermeintlich normalen Menschen, die sich aber implizit dann häufig eben als weiß und männlich entpuppen. Für die linke Version des Besorgte-Bürger-Diskurses hat Max Czollek in seinem Buch *Desintegriert euch!* eine treffende Formulierung gefunden: „Rhetorik der Zärtlichkeit“. Gemeint ist, dass wir eine Rhetorik der Zärtlichkeit gegenüber denjenigen beobachten, die sich nach rechts gewendet haben, weil ihnen eben zugestanden wird, dass sie sich zur Wehr setzen gegen die da oben, gegen die Neoliberalen.

Wozu dient diese Notwehr-These? Wohin führt die Behauptung, dass die Menschen die Rechten eigentlich nicht wählen, weil sie eine rassistische Einstellung haben, sondern weil sie sich gegen die Zumutungen des Neoliberalismus wehren? Es ist zunächst eine praktische Entlastung der Mittelschichten, denn es suggeriert, dass nur „die da unten“ zu den Rechten überlaufen. Die Daten zeigen uns dagegen, dass es ein klassenübergreifendes Phänomen

und auch in den Mittelschichten und den oberen Schichten verbreitet ist. Ein weiterer Grund könnte sein, dass darin eine Sehnsucht nach einem neuen revolutionären Subjekt aufscheint: Die Menschen wehren sich wieder gegen soziale Ungerechtigkeit. Sie rennen leider gerade in die falsche Richtung, aber der Grundimpuls ist richtig, wir müssen sie nur noch zurückholen. Ein dritter Faktor ist Paternalismus, wenn man Menschen, die sich für die Wahl einer rassistischen Partei entschieden haben, permanent versichert, dass sie es eigentlich nicht so gemeint haben. Die pauschale Entlastung, dass es etwas Uneigentliches sei, befreit davon, über Rassismus sprechen zu müssen.

Was folgt nun daraus? Wir dürfen uns nicht von den Rechten diktieren lassen, dass die soziale Frage und die Klassenfrage einseitig an die nationale Frage gebunden werden. Im Hinblick auf eine emanzipatorische Perspektive geht es darum, nicht die Identitätspolitik oder den emanzipatorischen Geist des rebellischen Universalismus über den Haufen zu werfen, sondern ihn mit der Klassenfrage zusammen zu denken. 🗨️

Dokumentation der Keynote im Volkshaus Jena am 1.2.2019. Zur vertiefenden Lektüre empfohlen: Silke van Dyk: *Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9-11/2019, S. 25-32.



© Ali Ghandtschi

Silke van Dyk, Professorin für Politische Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, des Arbeitsrechts und der Volkswirtschaftspolitik an den Universitäten Göttingen und Helsinki. Promotion (2005) zu sozial-partnerschaftlichem Krisenmanagement im Ländervergleich an der Universität Göttingen. Habilitation (2014) zur Regierung des Alter(n)s in Zeiten des demografischen Wandels an der Universität Jena. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Politische Soziologie, Soziologie des Wohlfahrtsstaats und der Sozialpolitik, Soziologie sozialer Ungleichheit, Soziologie des Alters und der Demografie, Gesellschafts- und Kapitalismustheorie.



Norbert Lammert Wie stabil ist unsere liberale Grund- ordnung?

Wie stabil sind liberale Grundordnungen? Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Solche Fragen lassen sich mit dem gebotenen zeitlichen Abstand verlässlich eher von Historikern beantworten als von Verfassungsrechtlern, Staatsrechtslehrern oder Politologen, von Politikern gar nicht zu reden. Gibt es überhaupt stabile politische Systeme? Die Frage ist keineswegs banal. Wovon hängt die Stabilität politischer Systeme eigentlich ab? Dass Demokratien jedenfalls keine stabilen, sich selbst erhaltenden Systeme sind, dafür gibt es in der Historie hinreichend viele Beispiele – auch und gerade in der deutschen Geschichte und bedauerlicherweise auch in der Gegenwart.

Wir erinnern in diesem Jahr aus gegebenem Anlass nicht nur an die Weimarer Nationalversammlung und den ersten Versuch, in Deutschland, einem damals noch vergleichsweise jungen Nationalstaat, eine demokratische Verfassung zu etablieren, sondern wir reden auch über den 70. Geburtstag des Grundgesetzes, den zweiten Versuch, in Deutschland Demokratie zu praktizieren, der glücklicherweise deutlich länger hält als der erste. Dass die Weimarer Verfassung mit dem, was sie sich vorgenommen hatte, aus vielerlei Gründen nach weniger als 14 Jahren zu Ende war und spätestens mit dem berüchtigten Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 ausgehebelt und aufgehoben wurde – formaljuristisch auf dem beachtlichen Wege der Selbstabdankung des Parlaments – das gehört zu den bedenklichen und bedenkenswerten Erfahrungen unserer Verfassungsgeschichte.

Über Glanz und Elend der Weimarer Demokratie sind inzwischen ganze Regalmeter an Literatur veröffentlicht. Die Weimarer Demokratie ist schließlich am Zusammenwirken von vielen erschweren-

den Rahmenbedingungen gescheitert, sicher aber nicht am Verfassungstext. Die Beschäftigung mit der damals erarbeiteten Verfassung ist unter manchen Gesichtspunkten aufschlussreich, sie hat auch nachweislich weit über ihre eigene Geltung hinaus eine inspirierende Wirkung nicht nur für spätere deutsche, sondern auch für andere europäische und außereuropäische Verfassungen gehabt. Man wird ihr auch attestieren müssen, dass sie in manchen Aspekten durchaus modern, jedenfalls innovativ war. Zumindest für Deutschland ist es die erste Verfassung, die die Legitimation staatlicher Macht und aller öffentlichen Ämter konsequent auf das Prinzip der Volkssouveränität zurückführt und durch Wahlen vollzieht. Auch das Amt des Staatsoberhauptes wird nicht durch Erbfolge, sondern durch direkte Wahl aller wahlberechtigten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger besetzt. Zu den Innovationen dieser Verfassung gehörte nicht nur für Deutschland, sondern auch im Vergleich zu manchen längst etablierten Demokratien die Einführung des Frauenwahlrechts: da waren wir eine Spur schneller als manch andere europäische Staaten, denen wir im Demokratieprozess eher nachhinkten.

Sicher mindestens so wichtig ist die Verankerung von expliziten Grundrechten, die sich erstmals in der nie in Kraft getretenen Paulskirchenverfassung wiederfinden und die sich im Kontext der Weimarer Verfassung kaum weniger eindrucksvoll lesen als im Grundgesetz – allerdings mit einer nicht nur redaktionell unterschiedlichen Maßgabe: In der Weimarer Verfassung standen die Grundrechte am Ende; etwas despektierlich formuliert waren sie die Zugabe für die Leser, die bis dahin gekommen waren. Im Grundgesetz beginnt die Verfassung mit den Grundrechten. Das könnte man für eine eher ästhetische oder vielleicht auch strategische redaktionelle Präferenz halten – es war aber mehr oder besser gesagt weniger: Im Kontext der Weimarer Verfassung galten die Grundrechte nach Maßgabe der Gesetze. Der Gesetzgeber entschied, ob und in welchem Umfang Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit, Koalitionsfreiheit und andere einschlägige Grundrechte tatsächlich in der Lebenswirklichkeit verfügbar und ggf. einklagbar waren. Im Grundgesetz gelten die Gesetze nach Maßgabe der Grundrechte. Das ist die Umkehrung des Wirkungsverhältnisses. Dazu wäre es ohne die traumatischen Erfahrungen der Zeit des Nationalsozialismus schwerlich gekommen, die nach dem Scheitern der Weimarer Demokratie die eigentliche Relevanz von Grundrechten erst anschaulich gemacht haben.

Zutreffenderweise wird immer wieder darauf hingewiesen, unter welchen schwierigen Bedingungen diese Verfassung entstanden sei: der Sturz einer Monarchie, die zum Zeitpunkt, als sie stürzte, mindestens so viele Anhänger hatte wie die Republik, die es noch nicht gab, am Ende eines Weltkrieges, an dessen Ausbruch das Deutsche Reich ganz sicher auch maßgeblich beteiligt war. Aber weder in Deutschland noch in einer anderen der Krieg führenden europäischen Nationen beschäftigte man sich damals mit der Frage, wer für den Ausbruch dieses

Krieges verantwortlich war, weil es zum damaligen Selbstverständnis der rivalisierenden europäischen Großmächte gehörte, sich nicht für eine mögliche gemeinsame Zukunft zu interessieren, dafür aber umso mehr für die abschließende Klärung der Frage, wer von ihnen die Bedeutendste sei. Zudem fand die Entwicklung der Verfassung zeitlich parallel zu den Verhandlungen über einen Friedensvertrag statt, der wiederum in der sicher gut gemeinten, großspurigen Erwartung des damaligen amerikanischen

Weltkrieg bestehen und damit auch nicht an der Verantwortlichkeit für die unter jedem Gesichtspunkt desaströsen Verhältnisse, in denen sich unser Land damals befand – politisch, ökonomisch und auch moralisch.

Dies erklärt auch einen unauffällig auffälligen Unterschied der beiden Verfassungen, an die wir in diesem Jahr – und hoffentlich nicht nur in diesem Jahr – erinnern. Die Weimarer Republik oder besser gesagt die Weimarer Verfassung beginnt mit

Politische Systeme sind nicht unsterblich. Es gibt keine Überlebensgarantie, weder für autoritäre noch für demokratische Systeme.

Präsidenten nicht nur den Frieden unter den Krieg führenden Nationen herstellen, sondern den Frieden für alle Zeiten sichern sollte, was genauso eindrucksvoll misslungen ist wie die Vorstellung, die demokratischste Verfassung aller Zeiten zu entwickeln.

Das alles gehört ganz sicher zu den erschwerten Bedingungen dieses Staates, einer jungen deutschen Republik und Demokratie, reicht aber allein als Erklärung für sein Scheitern offensichtlich nicht aus. Denn wenn man die Bedingungen betrachtet, unter denen das Grundgesetz zustande gekommen ist, wird man schwerlich sagen können, dass damals alles einfacher war. Im Unterschied zu 1919 war Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht einmal ein souveräner Staat, sondern ein von den alliierten Siegermächten besetztes Land. Auch im Verständnis des deutschen Volkes konnte kein ernsthafter Zweifel an der Ursache für den Zweiten

dem schlichten Satz: „Das Deutsche Reich ist eine Republik.“ Das Grundgesetz beginnt mit dem nicht ganz so schlichten Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Allein der Vergleich der beiden Sätze macht deutlich: Verfassungen lassen sich immer nur im Kontext der geschichtlichen Umstände verstehen, unter denen sie entstanden sind. Aus der Perspektive des Jahres 1919 war die aus vielerlei Gesichtspunkten naheliegende, wichtigste Ansage: Ab sofort ist dieser Staat eine Republik, und dieser Republik wollen wir eine solide demokratische Grundlage verschaffen. Aus der Perspektive nach einem zweiten, von Deutschland verursachten Weltkrieg mit Millionen Toten konnte nicht mehr ernsthaft die Frage der Staatsform wesentlich sein: Sind wir eine Monarchie, eine Republik oder eine Demokratie? Sondern es wurde die Frage und ihre Klärung vordringlich: Welches Selbstverständnis haben wir eigentlich von staatlicher Ordnung und vom Verhältnis des Staates zu seinen Bürgerinnen und Bürgern?

Dass im Übrigen Verfassungen vor allem mit Ansprüchen zu tun haben, mit normativen Vorstellungen über die Gestaltung einer Gesellschaft, das lässt sich auch mit keinem anderen einzelnen Satz des Grundgesetzes besser illustrieren als mit diesem Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Empirisch ist dieser Satz geradezu paradox. Wollte unsere Verfassung erlebte Erfahrungen wiedergeben, müsste der erste Satz lauten: „Die Würde des Menschen ist antastbar.“ Nirgendwo ist der Nachweis gründlicher geführt worden als auf deutschem Boden. Aus der Erfahrung dieses Umstandes ist der Anspruch entstanden – mit der wiederum auch international ebenso beispiellosen wie beispielhaften Konsequenz, an einen solchen gesetzten Anspruch die gesamte folgende Verfassung zu hängen und zu erklären, dass alles, was diesem Anspruch nicht genügt, keinen Bestand hat, jedenfalls keinen legitimen, im Kontext dieser Verfassung hinnehmbaren Bestand. Dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das mit einer Reihe beachtlicher Auflagen der damaligen westlichen Alliierten ausdrücklich als vorläufige Grundordnung eines westdeutschen Teilstaates entstand, inzwischen nicht nur eine längere Haltbarkeit hat als die Verfassung des Deutschen Reiches und der Weimarer Demokratie zusammengekommen, sondern inzwischen zu den großen Verfassungen der Welt gezählt wird, das gehört zu den erstaunlichen Erfahrungen unserer Geschichte. Dies beantwortet allerdings die Frage nicht abschließend, ob damit die Stabilität einer demokratischen Grundordnung ein für alle Mal gewährleistet ist.

Unter den vielen Ereignissen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen und Faktoren, die die kurze Geschichte der Weimarer Republik begleitet und ihr frühes Ende verursacht haben, ist mit Blick auf die Beendigung einer demokratischen Verfassungsordnung der wohl entscheidende Umstand gewesen, dass in freien und fairen Wahlen das Wahlverhalten einer Mehrheit der Wahlberechtigten letztlich Verfassungsfeinden die Dispositionen über die Lebenswirklichkeit dieser Republik in die Hand gegeben hat.

Wenn wir über diesen entscheidenden Umstand nachdenken, reden wir bedauerlicherweise nicht nur über das frühe Ende der ersten deutschen Demokratie, sondern über einen Sachverhalt, der eine erschreckende Aktualität gewonnen hat. Im vergangenen Jahr haben zwei amerikanische Politikwissenschaftler eine interessante Studie vorgelegt mit dem unauffälligen Titel *Wie Demokratien sterben*. Das Buch listet auf, was vor unseren Augen stattgefunden hat, was wir aber in der Relevanz der Ereignisse offenkundig nicht wahrgenommen oder eher verdrängt haben. Die zentrale These ist: Früher sind Demokratien gestürzt worden – vorzugsweise durch Militärputsche, durch Bürgerkriege oder durch militärische Aggressionen. Heute sterben Demokratien in der Regel nicht mehr durch Putsch, auch nicht durch Bürgerkrieg – sie sterben durch Wahlen, durch Wahlergebnisse, mit denen neue oder alte Gruppierungen formal korrekt ermächtigt werden, unter Berufung auf einen vermeintlichen Volkswillen die neuen Dispositionen

vorzunehmen, die dann mal die Pressefreiheit, mal die Unabhängigkeit der Justiz, am besten beides gleichzeitig, erst skandalisieren, dann unterhöhlen – und am Ende ist wieder einmal eine Demokratie erodiert, vorzugsweise ohne den Verfassungstext korrigieren zu müssen.

Politische Systeme sind nicht unsterblich. Es gibt keine Überlebensgarantie, weder für autoritäre noch für demokratische Systeme. Die jüngeren Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, in Ungarn, in Rumänien, in Polen, in Italien und auch in Deutschland sind mindestens Indizien dafür, dass Demokratien keine sich selbst erhaltenden Systeme sind. Wer oder was entscheidet über die Stabilität einer liberalen Grundordnung? Jedenfalls nicht der Verfassungstext, sondern die Entschlossenheit der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die Stabilität einer demokratischen Verfassung und ihre Regeln noch wichtiger zu finden als die jeweils eigenen politischen Präferenzen. Das kann man für eine Zumutung halten – und in bestimmten konkreten Situationen ist es auch eine. Aber es ist die Voraussetzung dafür, einem ganzen Land, einer ganzen Gesellschaft und allen Menschen, die in ihr leben, größere und irreparable Zumutungen zu ersparen. 🇩🇪

Auszüge aus einer Rede, die Norbert Lammert am 2.2.2019 im Rahmen des Symposiums „Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Internationale Perspektiven zur Zukunft demokratischer Verfassungen“ im Deutschen Nationaltheater Weimar (DNT) hielt. Das Symposium war eine Kooperation des Goethe-Instituts, des DNT und der Dramaturgischen Gesellschaft zum Auftakt der „Woche der Demokratie“.



© Deutscher Bundestag/
Achim Meide

Norbert Lammert ist ein deutscher Politiker der CDU. Nach Anfängen in der Kommunalpolitik gehörte er von 1980 bis 2017 dem Deutschen Bundestag an und war von 1989 bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär. Ab 2002 war er Vizepräsident und von 2005 bis 2017 Präsident des Bundestages. Seit 2018 ist Lammert Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Internationale Perspektiven zur Zukunft demokratischer Verfassungen

Podiumsdiskussion mit:
**Prof. Dr. Ece Göztepe
Çelebi, Prof. Dr. Pablo
Holmes, Prof. Dr. Fernando
Vallespín Oña**

Moderation:
Prof. Dr. Martin Sabrow

Martin

Sabrow: Ich begrüße Sie sehr herzlich und bin ganz erfüllt von der Aura eines Raumes, von dem wir wissen, dass seine Authentizität nicht ganz so original ist. Denn dieses Gebäudes ist im Krieg beschädigt und 1974 noch mal ganz neu gebaut worden. Aber es ist trotzdem der Ort, an dem am 6. Februar 1919 die Weimarer Nationalversammlung zusammentrat und in dem sie Ende Juli 1919 die Verfassung verabschiedet hat.

Die Leitfrage ist: Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Das wollen wir vor dem Menetekel der Weimarer Reichsverfassung diskutieren. Und damit ist für mich als Historiker erst mal die Frage aufgerufen: Warum eigentlich diskutieren wir Weimar wieder so stark? Einen Grund habe ich selbst genannte: Wir sitzen hier in diesem Raum, und Fragen der Authentizität, der Originalschauplätze bewegen uns. Und dann ist zeitlich der 100. Jahrestag gegeben.

Die Weimarer Republik war aber über Jahrzehnte ein fast vergessener Ort der deutschen Geschichte. Das kann man seit einigen Jahren so nicht mehr sagen. Deswegen muss es eine weitere Erklärung geben. Eine Erklärung, die ich Ihnen anbieten möchte, ist ganz einfach, und sie findet sich in dem Satz von Harald Wolff: Wir brauchen eine neue Erzählung von Demokratie. Warum geht uns ein solcher Satz heute so glatt über die Lippen? Weil die bisherigen, in den letzten Jahrzehnten so gängigen Erzählungen allesamt brüchig geworden sind. Die Fortschrittser-

zählung, die bis in die 1970er Jahre in Europa eine so zentrale Rolle spielte, ist an ihr Ende gekommen. Die zweite Erzählung ist nicht außer Kraft gesetzt, aber sie ist eigentlich ritualisiert worden. Es ist die Holocaust-Erzählung, die Erzählung vom Zivilisationsbruch, für die Saul Friedländer gerade erst wieder im Bundestag so bewegend gesprochen hat. Aber sie steht eben auch in der Gefahr, dass mit dem Aussterben der Zeitzeugen eine Routinisierung stattfindet, die dieser Erzählung den Glanz raubt: Sie ist selbstverständlich geworden, aber nicht mehr mitreißend. Die dritte große Erzählung ist die Erzählung Europas. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie sehr diese Erzählung zwischen Resignation und Euphorie schwankt. Und es bleibt eine letzte übrig, gerade hier, in diesem Teil Deutschlands, es ist die Erzählung der Freiheit 1989/90. Aber auch diese Erzählung ist spätestens mit der Präsidentschaft von Joachim Gauck in eine Form der Ritualisierung geraten, die ihre Anziehungskraft möglicherweise verloren hat.

Mein Angebot ist also: Weimar interessiert uns deswegen, weil wir gerade in eine neue Erzählung eintreten, in die Erzählung der fragilen Demokratie. Denn wie hatte Herr Wolff gesagt: Behandeln wir die Vertreter der Demokratie pfleglich, sonst sind es am Ende die anderen, die die Macht übernehmen. Das ist die Sorge, die uns umtreibt: die Sorge, in eine unsichere Zukunft hineinzugehen. Sie macht die Fragilität der Erzählung aus. Und sie bringt uns Weimar ins Gedächtnis. Damit beginnt meine Frage: Ist das eigentlich ein legitimer Zugriff? Hält der Vergleich mit Weimar wirklich einer näheren Betrachtung stand?

Andreas Nachama hatte bestritten, dass rechtsradikale Positionen heute wieder salonfähig werden. Aber der Historiker Julius Schoeps hat vor wenigen Tagen in einem Gespräch mit dem Berliner *Tagespiegel* dazu gesagt: „Ich denke, da täuscht er sich. 25 Prozent für eine rechtspopulistische Partei sind eine reale Gefahr. Das war mit der NSDAP seinerzeit ähnlich. Wir leben zwar in einer anderen Zeit, aber bestimmte Verhaltensweisen sind heute nicht viel anders als damals.“ Einwurf des Redakteurs: „Wir haben aber doch eine solide Verfassung.“ Antwort Schoeps: „Aber die kann auch ausgehöhlt werden, wenn man sich beispielsweise nicht an die Normen dieser Verfassung hält. Das war 1933 der Fall. Und viele Deutsche waren davon überzeugt, es sei möglich, den neuen Reichskanzler einzuhegen. Das war eine Selbsttäuschung.“

Das ist die eine Sicht: Der Vergleich mit Weimar lehrt uns, was unsere Zukunft sein kann. Die andere Position vertritt Sebastian Ulrich, Autor eines großen Buches über den Weimar-Komplex. Er sagt: „Oh Gott, nein, dieser Vergleich! Eine reine Hysterisierungsagentur. Daran ist überhaupt nichts. Und dieser Versuch eines Vergleichs bringt uns nur in eine hysterische Grundstimmung, in der wir nur zu falschen Überzeugungen und Einsichten kommen.“ Das, meine Damen und Herren, ist unsere Eingangsfrage, und ich würde Frau Göztepe bitten, dazu einen Kommentar zu geben.

Ece Göztepe Çelebi: Ich möchte mich zuerst ganz herzlich für die Einladung bedanken. Ich fühle mich sehr geehrt. Die Weimarer Verfassung war immer ein Mittelpunkt meines Forschungsinteresses: Ich habe angefangen, Jura zu studieren in den dunklen 90er Jahren der Türkei. Das war zur Zeit des Ausnahmezustands im Südosten Anatoliens. Für mich war die Frage immer virulent: Wie baut man eine Demokratie auf? Wie schützt man sie? Wie wird man nicht rückständig? Für mich war immer überraschend, wie wenig man in Deutschland über die Weimarer Zeit nachgedacht hat.

Aber man muss sich vergewissern, warum man vergleicht. Es wäre ein Irrtum zu denken, die Zustände von 1933 würden sich wiederholen. Nein, nach knapp hundert Jahren wird sich das nicht in dieser Weise wiederholen. Aber es gibt immer noch Menschenrechtsverletzungen auf deutschem Boden.

Und man muss sich auch vergewissern: Spreche ich nur von meiner nationalen Demokratie – oder ist es für mich ein Wert, global zu denken und in diesem Maßstab für Demokratie zu kämpfen? Ich bin eher für eine internationale Perspektive. Denn die Quintessenz der ausgehöhlten Demokratie nimmt heute andere Formen an. Natürlich wird es keine Konzentrationslager mehr auf deutschem Boden geben. Aber es gibt Flüchtlingslager in Nordafrika. Es gibt das Lager Guantanamo auf kubanischem Boden unter amerikanischer Herrschaft. Es ist immer dieses Wir-und-die-Anderen-Denken, das auch die Nazis hatten. Jura ist ja eine Wissenschaft der Definition. Man muss nur definieren, wer das Recht hat, ein Mensch zu sein – oder, wie es Hannah Arendt ausformuliert hat: Wer hat das Recht, Rechte zu haben –, und dann kann man mit denen, die nicht zum „Wir“ gehören, die nicht zu Personen deklariert werden, machen, was man will. Deswegen kann man nicht auf die Wiederholung der Geschichte warten,

**Demokratie ist kein Wert an sich. Man muss
Demokratie immer mit Adjektiven denken.
Erst die Adjektive erfüllen sie mit Grundwerten:
Demokratie ist erst etwas wert, wenn es
eine rechtsstaatliche und soziale Demokratie ist.**

um sich für die Demokratie einzusetzen. Man muss immer für die Einhaltung der verfassungsrechtlich garantierten Grundrechte eintreten.

Für mich ist Demokratie kein Wert an sich. Denn das reine Legitimationsverfahren sagt ja nur etwas Anfängliches über die Legitimation der Macht aus, mehr nicht. Man muss Demokratie immer mit Adjektiven denken. Erst die Adjektive erfüllen sie mit Grundwerten: Demokratie ist erst etwas wert, wenn es eine rechtsstaatliche und soziale Demokratie ist. Die Weimarer Verfassung war auch eine Antwort

auf den und eine Weiterführung des französischen Revolutionsgedanken, und sie war auch eine Antwort auf die sowjetische Revolution. Für mich ist die Weimarer Verfassung eine soziale Demokratie – und so steht es ja auch im Verfassungstext selbst: dass die Weimarer Republik eine soziale Demokratie ist. (*Applaus*)

Martin Sabrow: Der Beifall, der Ihnen gezollt wird, stimuliert mich zu der Frage, ob das eigentlich eine historische Perspektive ist oder eine normative, in der letztlich alle Katzen grau sind? Denn die Herausforderung der Menschenrechte begleitet ihre Geschichte mindestens seit 1948. Und die Perspektive, die Sie darstellen, ist doch die einer permanenten Gefährdung jeder Demokratie. Ist da denn der Vergleich mit Weimar noch hilfreich?

Ece Göztepe Çelebi: Der Vergleich mit Weimar ist immer noch hilfreich, weil wir in unseren modernen Demokratien sehr schnell denken: Wir haben ja das Verfassungsgericht. Wir haben ja eine Institution, die den Text der Verfassung verteidigt.

Aber Demokratie ist immer ein Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure. Auch die Institutionen können als einzelne Akteure die Demokratie nicht verteidigen. In Weimar gab es ja die Staatsrechtsdebatte, ob man einen festen Kern der Verfassung hat oder ob der Verfassungstext zur vollen Disposition des Gesetzgebers steht. Die Positivisten sagten: Der legitime Gesetzgeber kann mit dem Verfassungstext machen, was er will. Aber der berühmte Carl Schmitt – mit dessen Gedanken ich mich nicht immer anfreunden kann – sagte: Nein, es gibt eine Grundentscheidung, und der einfache Gesetzgeber darf die Republik oder die Grundrechte nicht mehr abschaffen.

Aber auch die Verfassungsgerichte sind keine Garantien, denn die Verfassungsgerichte haben keine Exekutivmacht. Sie können noch so gute Entscheidungen treffen, wenn die Exekutive nicht bereit

ist, diese Entscheidungen auszuführen, gibt es auch keine Demokratie mehr. Von daher denke ich, dass die Positivismusdebatte der Weimarer Republik auch für unsere modernen, mit den mächtigsten Verfassungsgerichten ausgestatteten Demokratien immer noch ausschlaggebend sein könnte.

Martin Sabrow: Damit sind wir in unserer Diskussion bei Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der freiheitliche säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die dieser Staat, die diese Demokratie selbst nicht garantieren kann. Meine Frage an Herrn Holmes: Ist

das jetzt nicht ein bisschen resignativ, dass wir sehr schnell auf die Gesinnung der Bürger kommen und die mögliche Schutzfunktion von Verfassungsartikeln etwas unterbewerten? Wie würden Sie das beurteilen?

Pablo Holmes: Vielen Dank für die Einladung. Es ist auch eine Ehre für mich, hier in diesem Theater zu sein. Die Weimarer Verfassung war auch für meine Karriere ausschlaggebend und vielleicht auch ein Grund dafür, warum ich ursprünglich nach Deutschland gekommen bin. Zur Frage: Der Zusammenhang zwischen Text und politischer Wirklichkeit ist sehr dynamisch. Es hängt von der Disposition aller Akteure ab, wie die Verfahren verwirklicht werden und

ich überrascht, dass Sie, die Rechtsexperten und Politologen, wie Norbert Lammert so schnell von der Verfassung auf die Zivilgesellschaft und auf die bürgerliche Gesinnung kommen.

Udo di Fabio hat in seinem Buch über die Weimarer Verfassung darauf hingewiesen, dass es eine Schwäche der Weimarer Verfassung war, den monarchischen Aspekt so stark zu machen. Dadurch sollte im Übergang von der Monarchie zur Republik Legitimität gewonnen werden. Die Nutzung einer in diesem Punkt schwachen Verfassung war dann aber ein ausschlaggebendes Moment für die Aushöhlung der Republik, auf die Hindenburgs engster Berater

Soziale Ungleichheiten stören den Kern des gesellschaftlichen Zusammenhalts, weil sie zwischenmenschliches und institutionelles Vertrauen zerstören und damit Vertrauen in das politische System.

dass die Verfahren tatsächlich für die Herausbildung einer öffentlichen Meinung wirksam werden.

Ich komme aus einer Region, wo wir eine Theorie entwickelt haben, um schwache Texte zu verstehen. Denn unsere Verfassungstexte sind dafür bekannt, dass sie schwach sind. Nach der Klassifikation von Löwenstein haben wir solche Texte immer „symbolische Verfassung“ oder „nominale Verfassung“ genannt. Denn obwohl wir einen sehr schönen Text mit vielen Grundrechten haben – die Grundrechte in der brasilianischen Verfassung sind noch länger als die Grundrechte, die im Grundgesetz stehen – haben wir unterschiedliche Momente in der Erfahrung der Demokratie. Momente, in denen die Verfassung wirklich kaum einen Sinn hatte oder die Grundrechte gar nicht beachtet wurden. Und Momente, in denen die Demokratie sich sehr sinnstiftend ausgewirkt hat.

Als Politikwissenschaftler würde ich fragen: Was führt dazu, dass eine Verfassung sinnstiftend ist, dass die Grundrechte Sinn machen für die Öffentlichkeit und für das Rechtssystem? Da gibt es wie immer viele Variablen: Soziale Ungleichheiten stören den Kern des gesellschaftlichen Zusammenhalts, weil sie zwischenmenschliches und institutionelles Vertrauen zerstören und damit Vertrauen in das politische System. Auch die Beteiligung der Bevölkerung an den Verfahren spielt eine Rolle, also: wie frei und zugänglich sind die demokratischen Verfahren?

Eine starke Zivilgesellschaft, eine organisierte Zivilgesellschaft ist entscheidend für die Auswirkungen und für die Stärke der Grundrechte. Ich stimme Herrn Lammert zu: Es liegt nicht am Text. Und Weimar hat auch nicht beim Text versagt. Keine Verfassung wird beim Text versagen.

Martin Sabrow: Als Historiker, der verfassungshistorische Fragen nur am Rande behandelt, bin

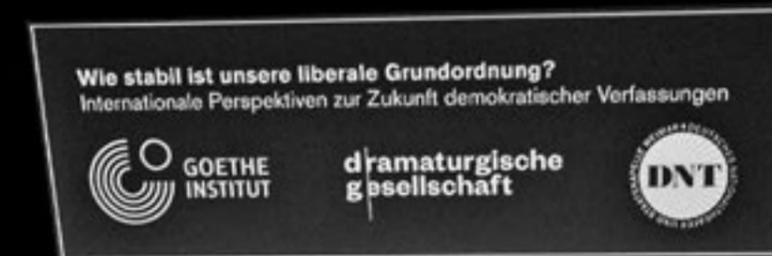
Schleicher seit 1929 hinarbeitete. Das stellen Sie ganz zurück und verweisen viel stärker auf die Zivilgesellschaft.

Pablo Holmes: Ich bin Politikwissenschaftler, aber ich bin immer sehr an Soziologie interessiert. Eine Erklärung, die ich für das Versagen der Weimarer Republik aufschlussreicher finde, liegt darin, sie als eine korporatistische Republik zu denken. Die Weimarer Verfassung hat die Gesellschaft politisch als einen Zusammenschluss von Klassen konstituiert. Das hat die Zivilgesellschaft damals geprägt. Es hat dazu geführt, dass die Entscheidungen im Parlament immer sehr exkludierend waren.

Ich glaube, dass die heutige Betonung der Grundrechte dazu führt, dass jeder als einzelner Bürger persönliche Rechte hat. Solche Verfassungen wirken inkludierender und bieten auch mehr Wege, auf denen die Zivilgesellschaft sich in komplexen Gesellschaften organisieren kann, als ein Verständnis der Zivilgesellschaft, das auf Kooperationen, auf Gruppen, auf Klassen beruht.

Martin Sabrow: Herr Vallespín, wie würden Sie die Frage nach der Rolle der Verfassung beim Schutz der Demokratie oder bei ihrer Gefährdung beurteilen?

Fernando Vallespín Oña: Vielen Dank für die Einladung. Es wirklich beeindruckend, hier zu sein. Ich werde das nie vergessen. Darf ich über etwas anderes, nicht nur über Verfassung sprechen? Denn ich glaube, das Interessanteste an Weimar ist nicht die Verfassung. Es ist die Zeit, oder: der Zeitraumen. Es ist die Weimarer Kultur. Eine Krisenkultur, und zur selben Zeit ein goldenes Zeitalter für die Kunst und für die Literatur. Genau wie in der Spanischen Republik. Da war was los in der europäischen Zivilisation, würde ich sagen.



Und was los war, könnte man von heute aus betrachtet eine Zivilisationsverwirrung nennen. Und ich glaube, die teilen wir alle. Am Tag, nachdem die Briten für den Brexit gestimmt hatten, am Tag, nachdem Trump an die amerikanische Präsidentschaft gekommen ist, haben wir uns alle dieselbe Frage gestellt: Was ist los mit uns? Und mit diesem „uns“ meinen wir den Westen: Wir erkennen uns nicht mehr. Das kann man auch in Weimar beobachten: Die europäische Seele war damals wie heute gespalten.

Worin liegt diese Spaltung? Man sollte weder Politologen lesen noch Rechtsexperten, sondern Literaten. Ich glaube, die Weimarer Seele ist nirgends so gut beschrieben wie in Thomas Manns *Zauberberg*, in den Streitgesprächen zwischen diesen zwei Idealtypen: Auf der einen Seite der Settembrini, ein Ingenieur, der für Humanismus war, für Aufklärung, Freiheit, Vernunft, Geist, Emanzipation durch Bevormundung, Fortschritt durch Wissenschaft, für eine liberale Weltrepublik, die alle Völker und Nationen einschließt. Und auf der anderen Seite sein Antipode Naphta. Das ist eine Mischung aus Religion und revolutionärem Geist, der Mann der mythischen Gemeinschaft, der denkt, dass wir ohne Gewalt und Terror als Gesellschaft nie eine Lösung finden werden.

Die Dialektik, die wir heute sehen können, ist vielleicht genau dieselbe, wenn wir von den *Anywheres* und den *Somewheres* reden: Also den Leuten, die sich überall gut fühlen, den Kosmopoliten, den Anywheres, wie zum Beispiel meine Erasmus-Studenten, die sind alle Anywheres, die sind ganz froh in Madrid, aber die würden auch wunderbar in Istanbul oder Ankara oder in Sao Paulo leben können.

Aber es gibt auch die Somewheres: Leute, die nur in ihrer Identität zufrieden sind, hauptsächlich in ihrer nationalen oder sexuellen Identität oder was weiß ich. Diese Dialektik können wir auch in der öffentlichen Diskussion wiederfinden, wenn wir zum Beispiel über eine sehr technokratisierte Politik auf der einen und über eine sehr emotionale Politik auf der anderen Seite sprechen. Beides ist schlimm für die Demokratie. Der neue Settembrini ist ein Technokrat, deswegen haben wir Probleme.

Aber wenn wir nur auf diese Naphtas, diese emotionalen Führer schauen, dann kriegen wir natürlich noch mehr Probleme. Für die Demokratie brauchen wir mehr Diskurs, mehr Bereitschaft zu diskutieren. So was, wie wir hier jetzt machen. Und vielleicht sollten uns unsere Emotionen ein bisschen verdächtig sein.

(Applaus)

Martin Sabrow: Ich möchte sofort gegen den Vergleich sticheln: Es ist wunderbar, Ingenieur Settembrini mit Claude Juncker und den Instanzen der EU und ihrer Bürokratie zu vergleichen. Es mag sogar auch angehen, dass wir ein geringes Maß an Identitätsbildung haben. Das ist ja für den Europa-Gedanken immer diskutiert worden, z. B. von Wolfgang Schmale mit seinem großen Europa-Buch: Europa ist da, wo einer „Europa“ sagt. Mehr können wir nicht finden.

Aber wo erkennen wir denn Naphta in der neopopulistischen Bewegung? Wo ist diese Idee des Messianismus, diese Begeisterung für die Mystik,

für die großen Gedanken, für die Gemeinschaft, die alles eint? Die Zwischenkriegszeit und ihre rechtspopulistischen Herausforderungen lebten von der messianischen Begeisterung, die einem Ludendorff, einem Hindenburg und nachher einem Herrn H. zukamen. Und nichts davon zeigt unsere heutige Kritik an der Ratio des Politischen auf.

Fernando Vallespín Oña: Was uns eigentlich von Weimar unterscheidet, ist erstens, dass wir viel, viel reicher sind als damals. Es gibt praktisch keine Armut in Europa. Und zweitens: Wir haben eine schwierige Demografie. Aber alte Leute sind weniger gewaltanfällig als junge.

Und dazu vielleicht noch die Technologie. Heute hat man Smartphones. Zu Zeiten der Weimarer Republik oder der Spanischen Republik hatte man Pistolen und hat die Leute erschossen, die nicht dachten „wie wir“. Es war alles viel gewaltanfälliger als jetzt. Jetzt gibt es zwar die Gelbwesten, also Gruppen, die Gewalt anwenden, aber normalerweise findet die ganze Gewalt im Cyberspace statt.

Der größte Wandel der letzten 20 Jahre ist wahrscheinlich, wie Habermas sagen würde, der Strukturwandel der Öffentlichkeit. Durch die sozialen Medien und alles, was dadurch möglich ist, haben wir eine vollkommen andere Öffentlichkeit. Auch in Weimar gab es einen technologischen Umbruch: den in die Industriegesellschaft. Jetzt haben wir die neue digitale Gesellschaft, deshalb fühlen Gesellschaften sich unsicher. Vor allem die starke Polarisierung ist neu, und vielleicht erinnert das uns an Weimar.

Pablo Holmes: Ich würde sagen, diese Ähnlichkeiten gehören zur Moderne. Seit der Französischen Revolution gibt es die Kosmopoliten und die Nationalromantiker, die etwas erhalten. Diese Gegenüberstellung zwischen Progressivisten und Konservativen gab es immer, aber der Inhalt ändert sich mit der Zeit. Im Moment positionieren sich die Konservativen gegen die Gleichstellung der Frauen, gegen die Gleichstellung von Homosexuellen. Aber eigentlich wollen sie ihre Stellung in der Gesellschaft so erhalten, wie sie war.

Ich würde sagen, das gehört zu moderner Politik. Was wir mit Weimar gemeinsam haben, ist, dass wir immer noch irgendwie in der Moderne sind. Aber durch die wirtschaftspolitischen Umwandlungen haben sich die Weltgesellschaften erheblich transnationalisiert. Und das ist keine Rhetorik, das ist eine Tatsache. Die Tatsache zum Beispiel, dass ich aus Brasilien komme und jetzt hier bin, und dass wir heute über Internet mit anderen Leuten kommunizieren.

Vielleicht konnte damals Politik viel mehr liefern, als sie heute kann, weil die Wirtschaft sich ganz anders auf die Politik auswirkt. Die Internationalisierung der Wirtschaft und der Kommunikation schafft eine Komplexität, die die Entscheidungsmöglichkeiten des politischen Systems erheblich einschränkt. Das ist problematisch, denn wie soll man der Öffentlichkeit erklären, dass die Politik im Grunde zu viel verspricht.

Das ist anders als in Weimar. Der Staat hatte damals viel mehr Spielraum: Er konnte zum Beispiel die Währung devaluieren, einfach so. In einer Krise

haben die Staaten politisch durch volkswirtschaftspolitische Maßnahmen reagiert. Das hat sich in den 70er Jahren geändert, als die Staatsanleihen als Waren auf den Markt geworfen wurden. Heute haben zum Beispiel die deutschen und die brasilianischen Staatsanleihen unterschiedliche Werte. Aber die werden eben von einem Weltmarkt gemacht, sie hängen vom Weltmarkt ab. Die Politik kann zwar viel machen, aber wenn sie schlechte Wirtschaftspolitik macht, wird sie bestraft. Wir haben das vor kurzem in Brasilien erlebt: Defizit wird bestraft.

Wir erleben aber auch eine zugespitzte Fragmentierung der Öffentlichkeit. Und wir können noch gar nicht verstehen, was die Konsequenzen sind. Viele dachten zunächst, das Problem seien die Populisten. Aber in den letzten fünf Jahren wird in der Forschung die Bedeutung der sozialen Medien immer mehr hervorgehoben.

Ece Göztepe Çelebi: Wenn man von Politik-Öffentlichkeit spricht, sollte man besonders für Deutschland differenziert diskutieren. Denn ich habe den Eindruck, dass wir nur über die Bundespolitik sprechen. Aber in Deutschland macht man auf drei unterschiedlichen Legitimationsebenen sehr effektiv Politik: auf der kommunalen Ebene, der Landesebene und der Bundesebene. Das macht die Qualität der deutschen Demokratie aus. So können auf der kommunalen Ebene Parteien zusammen regieren, denen das auf bundespolitischer Ebene nicht möglich wäre.

Die Türkei dagegen ist ein zentralistischer Staat, und es geht absolut immer um die große Politik. Auch die kommunale Ebene ist immer sehr stark von der

Wir haben jetzt keine Vision für die Zukunft. Ich glaube, das ist das Problem des Westens im Moment, oder wenigstens des europäischen Westens. Denn ohne Zukunft kann man nicht leben.

nationalen Politik bestimmt. Das ist in Deutschland heute nicht mehr der Fall. Zur Weimarer Zeit dagegen beanspruchten die Monarchisten, die Sozialdemokraten, die Linken, die extrem Linken jeweils für sich das alleinige Repräsentationsrecht und wollten alleine die politische Richtung bestimmen.

Es ist diese Offenheit der deutschen Politik, die gewahrt werden sollte. Und auch die Grundhaltung gegenüber der AfD: Dass sich die anderen Parteien zusammenfinden, um sich gegen den Hass zu stellen, auch das ist ein Wert der deutschen Demokratie. Das ist, glaube ich, der große Unterschied zur Weimarer Zeit.

(Applaus)

Martin Sabrow: Aus zeithistorischer Perspektive treten zwar die Unterschiede deutlicher hervor. Mich beeindruckt aber schon, dass wir Unsicherheit, Polarisierung, Fragmentierung in ähnlicher Weise

erleben: Auch die sozialen Medien wiederholen ja eine Fragmentierung von Öffentlichkeit, wie wir sie in der Weimarer Zeit für selbstverständlich hielten. Denn auch die Zeitungen in der Weimarer Zeit waren Echokammern von Milieus, sie waren eben nicht übergreifende Meinungsbildungsorgane. Die Redakteure in der vielfältigen Zeitungslandschaft zum Beispiel in Berlin kommunizierten vielleicht noch untereinander, nicht aber deren Leserschaften. Insoweit wiederholt sich in den sozialen Medien eine Entwicklung.

Aber es gibt auch zentrale Unterschiede. Es gibt einen Grundkonsens in der vereinigten Bundesrepublik, der von der Fragmentierung der Milieus der Weimarer Zeit und ihrer Absolutheitsansichten dramatisch abweicht: Selbst die AfD ist aufgestanden und hat bei der Rede von Saul Friedländer geklatscht. Das deutet doch auf eine grundsätzlich andere Verfassung des Politischen hin, als wir das in der Weimarer Zeit und der Härte ihrer Auseinandersetzung kannten. Wir hatten in der Weimarer Zeit eine virulente Demokratieverachtung. Schon bei der Gründung der Republik, Herr Lammert hat es gesagt, waren die Demokraten nicht in der Mehrheit gewesen. Ich sehe heute keine einzige politische Gruppierung, die die Demokratie – natürlich jeweils so, wie sie sie versteht – in Frage stellt.

Und was mir ganz wichtig erscheint: In der Weimarer Zeit gab es eine geschlossene Vorstellung, wie die Welt zu sein habe, und die konnte dann immer weiter durchgesetzt werden. Der Rechtspopulismus unserer Zeit ist doch eher eine Reaktion auf eine für zu stabil geglaubte konsenshafte Grundordnung. Daran arbeitet er sich ab, nach der Echterna-

cher Springprozeßion, wie wir sie bei Gauland und anderen erleben: drei Schritte vor, zwei Schritte zurück. Immer bezogen auf diese demokratische, kulturelle Grundordnung, die ständig angekratzt und herausgefordert wird. Mit medienpolitischem Aufwand, aber eigentlich ohne eine Gegenvision zu entwickeln, die ihre eigene Anziehungskraft entfaltet. Insoweit bin ich aus der zeithistorischen Perspektive bei allem, was uns bei den kommenden drei Landtagswahlen erwartet, immer noch einigermaßen zuversichtlich.

Aber ich frage mich natürlich auch, ob das nicht eine etwas eingegrenzte Sicht ist, die allein schon durch die unterschiedlichen Länderbeispiele hier auf diesem Podium sehr infrage gestellt wird. Wie stark ist die Herausforderung der demokratischen Grundordnung durch neue populistische Bewegungen in den Ländern, die Sie repräsentieren?

Fernando Vallespín Oña: Bis vor sechs Monaten waren Spanien und Portugal die zwei einzigen europäischen Länder, in denen es keine rechtspopulistische Partei gab. Aber in den letzten andalusischen Wahlen hat die neue nationalistische Rechtspartei Fox zwölf Prozent der Stimmen bekommen. Sie ist eine merkwürdige Partei: Der Grund ihres Entstehens ist natürlich das Katalonien-Problem. Aber eigentlich wird sie wegen ihrer Pro-Stierkämpfe-Position gewählt, über die man in der Öffentlichkeit sonst kaum mehr reden kann, und von vielen Jägern, die inzwischen ebenfalls sehr unter Druck sind. Dazu muss man verstehen, dass in den kleinen spanischen Dörfern eigentlich alle Männer jagen. Viele Leute haben diese Partei nur deswegen gewählt.

Und natürlich wegen der Migration: Seit in Italien die Häfen geschlossen sind, kommen alle durch Andalusien. Das hat Eindruck gemacht. Und auch wenn die Katalanen sagen, sei seien keine Populisten, kann man feststellen, dass der katalanische Nationalismus alle Merkmale eines nationalen Populismus aufweist. Nur gibt es eben auch andere Elemente: die historische Dimension, die durch Franco zum Scheitern gebrachte Spanische Republik, die in einem Bürgerkrieg endete, das muss man mitdiskutieren. Die Weimarer Republik und die Spanische Republik waren Demokratien ohne Demokraten. Aber heute leben wir in postideologischen Gesellschaften, und das ist der große Unterschied: Wir haben jetzt keine Vision für die Zukunft. Ich glaube, das ist das Problem des Westens im Moment, oder wenigstens des europäischen Westens. Denn ohne Zukunft kann man nicht leben. Wir haben die Fortschrittsidee aus unserem Denken rausgelassen.

Was wir wollen, ist: So bleiben, wie wir sind. Also nicht verlieren, was wir haben. Zum Beispiel Demokratie oder soziale Rechte oder was weiß ich. Aber

keiner denkt mehr über eine neue Gesellschaft nach. Settembrinis Idee sagt ja eigentlich: In der Zukunft wird alles viel besser, da werden wir alle viel freier sein. Jetzt dagegen haben wir Zukunftsangst: Wir wissen nicht mehr, ob wir konkurrenzfähig sein werden gegen Asien. Wir haben Angst vor dem Klimawandel. Wir wissen nicht, ob noch genug Geld da sein wird für unsere Sozialleistungen. Wir denken immer, die neuen Generationen werden nicht mehr so gut leben wie ihre Eltern.

Und dieses Unbehagen nutzen die Populisten in ihrem Diskurs: „Wir müssen zurück zum Staat, denn diese neue Gesellschaft der Globalisierung, der Einwanderung gefährdet unsere Zukunft. Und Staat ist Sicherheit. Und natürlich Kultur, die eigene Kultur ist unsere familiäre Kultur.“

Das Problem der Populisten ist aber, dass wir in einer höchst komplexen Gesellschaft leben, die eigentlich nicht politisch kontrolliert werden kann, wenigstens nicht durch den Nationalstaat. Aber die Diskurse der Populisten simplifizieren alles, und emotionalisieren noch dazu. Und wegen dieser Emotionalisierung und Simplifizierung sprechen wir überhaupt nicht über reale Politik. Stattdessen herrscht ein Diskurs der Vorurteile: „Die Fremden sind böse, sind nicht gut für uns. Wir sind die Guten.“

Das Interessante am Populismus ist aber, dass er ein Alarmruf ist, der uns sagt: Etwas funktioniert nicht in euren demokratischen Systemen. Und dagegen müsst ihr etwas tun. *(Applaus)* Provozierend könnte man sagen: Es gibt auch einen populistischen Antipopulismus. Es hilft einer ganzen Menge etablierter Parteien, dieses Feindbild zu haben, um nicht auf diejenigen Probleme zu schauen, die die Populisten hervorheben.

(Applaus)

Der heutige Populismus entspricht ein bisschen dem, was Derrida mit „Pharmakon“ bezeichnet hat. Dieses altgriechische Wort hat zwei paradoxe Bedeutungen: Es bedeutet Medizin, also das, was heilt. Aber es heißt auch Gift. Wenn es ein bisschen Populismus gibt, ist das möglicherweise gar nicht schlecht, denn dann rücken Probleme ins Blickfeld, die diese

Wir müssen einen Weg finden, um die neuen sozialen Medien zu regulieren. Das ist keine Begrenzung der Meinungsfreiheit.

Parteien hervorheben, und wir können Reformen durchführen. Aber bei zu viel Populismus wird die Demokratie vergiftet. Die Frage ist: Woher wissen wir, wieviel gut ist für die Gesellschaft und für unser politisches System?

Was wir diskutieren sollten, ist: Wie wollen wir die Zukunft besetzen? Wie können wir das angehen, worüber wir überhaupt nicht nachdenken? Das lassen wir außer Acht, weil wir lieber über Islamisten sprechen wollen oder ob die französische Arbeiterklasse keine Arbeitsplätze findet, so wie Marine Le Pen sagt, oder ob die Jäger in Spanien diskriminiert werden.

Martin Sabrow: Ich weiß nicht, ob Sie merken, was für eine steile These in dem Satz steckt: Settembrini hat eigentlich Naphta geboren. Übersetzt heißt das: Das Problem des Populismus sind wir. So wäre Ihr Argument. Einmal durch das, was wir tun, indem wir Politiken verfolgen, die z.B. gegen die Interessen der Stierkampfanhänger und Jäger gerichtet sind, und zum anderen durch das, was wir lassen: Wir haben eine Gesellschaft, in der wir uns eingerichtet haben und deren verlängerte Gegenwart wir als Zukunft ausgeben. Und damit nehmen wir vielen, die sich abgehängt fühlen, die Perspektive auf eine bessere Zukunft, die sie früher in die Reihen der SPD oder der Linken gebracht hätten.

François Hartog, der französische Geschichtsphilosoph, denkt mit seinen Überlegungen über die *régimes d'historicité*, die Ordnungen der Zeiten, in die gleiche Richtung: Dass Vergangenheitsbezug und Zukunftsbezug wie kommunizierende Röhren zueinander stehen. Dass also eine Zeit, die ihre Zukunftsperspektiven als Versprechen verloren hat, sich umso stärker auf die Vergangenheit richtet, um in ihrer erfolgreichen Bewältigung ihre Befriedigung zu suchen.

Pablo Holmes: Aber wieso kann das in Brasilien passieren? Wir haben noch Zukunftsvorstellungen, wir sind keine Europäer. *(Gelächter)* Wir sind kein reiches Land, wo es keine sozialen Probleme gibt. Die Taktiken, die die rechten Populisten benutzen, die Instrumente, die sie haben, sind überall sehr ähnlich. Bolsonaro versteht sich ausdrücklich als Teil einer transnationalen Bewegung, der Achse Polen, Ungarn und Trump.

Ein politisches System kann von innen und von außen versagen. Von innen, wenn es seine Legitimität verliert, und von außen, wenn man nicht mehr regieren kann. Wir haben beide Probleme. Drei Punkte, warum Brasilien in diese Lage gekommen ist. Erstens: Obwohl wir in den letzten 30 Jahren einen Prozess hin zu einer einigermaßen stabilen Demokratie erlebt

haben, war das brasilianische politische System immer sehr oligarchisch organisiert. Das heißt, der Zusammenhang zwischen ökonomischer Macht, Wirtschaftsmacht und Politik ist sehr eng und meistens korrupt. Der Einfluss, den das Geld auf den Wahlkampf hat, ist riesig. Wir haben zwar eine lebendige Demokratie, die Wahlkämpfe in Brasilien sind wie Volksfeste. Das bewegt das Land, das ist sehr intensiv. Aber das Verhältnis zwischen Geld und Politik wurde durch alte Oligarchien beeinflusst, die schon seit der Diktatur und vor der Diktatur die Politik beherrscht haben.

Es ist aber unmöglich, unter oligarchischen Umständen in einem System, das mit krassen sozialen Ungleichheiten lebt, eine stabile Demokratie zu etablieren. Als die Sozialdemokraten, die Gewerkschaftler und eine neue Mittelschicht nach der Demokratisierung als neue Elite an die Macht kamen, standen sie dafür, dass die Politik sich erneuern würde. Alle haben geglaubt: Jetzt wird es besser. Oder zumindest wird es anders sein, weniger korrupt.

Und tatsächlich haben sich die Institutionen verbessert, die Kontrollinstitutionen, die Staatsanwaltschaft, die Gerichte. Mehr und mehr Korruption wurde aufgedeckt. Und wir hatten krasse Korruptionsskandale, in allen Parteien. Aber eben auch bei den Sozialdemokraten, die wegen der sozialen Strukturen, wegen der erheblichen sozialen Ungleichheit, wegen der auf der lokalen Ebene nach wie vor sehr auf die Oligarchien konzentrierten Macht auch Teil des Systems geworden sind.

Und das zweite Element, würde ich sagen: Die Akteure müssen verantwortlich handeln, Regierung wie Opposition. Sie müssen aufpassen, dass die demokratische Debatte erhalten bleibt. Die Sozialdemokraten haben angefangen, „a hard game“ zu spielen, also ein hartes Spiel durchzusetzen, wie Levitsky/Ziblatt es in *How Democracies Die* nennen. Sie haben gleich nach der Wahl 2014 zu Protesten aufgerufen und haben gesagt, dass sie die Wahlergebnisse nicht akzeptieren würden.

Das Justizsystem ist auch sehr wichtig. Das hat in Brasilien extrem verantwortungslos gehandelt. Ebenso wie die Intellektuellen und die Presse. Denn ich würde sagen: Die Verantwortung liegt nicht nur bei den Parteien, sie liegt auch bei uns, der Zivilgesellschaft.



Das dritte Element sind die sozialen Medien. Man kann nicht erklären, wie Bolsonaro die Wahlen gewonnen hat, ohne zu betrachten, wie die neuen Populisten die sozialen Medien ausgenutzt haben. Sie sind nicht der einzige Grund, aber ohne sie hätte er nicht gewonnen. Um ein Beispiel zu nennen: Am letzten Wochenende vor den Wahlen wurde per Micro-Targeting über WhatsApp verbreitet, dass ein Kandidat als Bürgermeister von Sao Paulo ein Penisfoto an die Bevölkerung verteilt hat. Man kann

Demokratie ist eine alltägliche Schlacht um die Werte. Man muss für die kleinsten Probleme in der Gesellschaft mit seinen eigenen Werten kämpfen.

es kaum glauben, aber das wurde wahrscheinlich über 30 Millionen Mal geteilt. Klar, nicht jeder hat daran geglaubt, aber ein paar Millionen eben schon. Wir müssen einen Weg finden, um die neuen sozialen Medien zu regulieren. Das ist keine Begrenzung der Meinungsfreiheit. Das sind die Lehren, die ich aus Brasilien vermitteln kann. Und es gibt Möglichkeiten, das zu regulieren. WhatsApp hat jetzt Maßnahmen eingeführt, die das verhindern hätten.

Martin Sabrow: Ja, die Begrenzung auf 250 Follower. – Jetzt sind wir wieder bei der alten Frage, ob eine freiheitlich organisierte Gesellschaft in der Lage ist, mit freiheitlichen Mitteln ihre Freiheit zu bewahren. Drei Aspekte haben Sie aufgezählt: soziale Ungleichheit, institutionelle Verantwortungslosigkeit und wieder die sozialen Medien und deren Anarchie als Ursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus. Würden Sie, Frau Göztepe, das genauso sehen?

Ece Göztepe Çelebi: Es ist sehr schwierig, die türkische Politik und die türkischen Zustände zu erklären. Formal gesehen gibt es in der Türkei z. B. ja überhaupt keine demokratische Krise, denn bei den letzten Wahlen hat die AKP über 46 % bekommen, sie hat jetzt eine Mehrheit im Parlament. Der Staatspräsident ist mit über 50 % gewählt worden. Die Krise besteht darin, dass Werte degradiert werden, dass der Pluralismus verschwindet, dass Minderheiten in Gefahr sind und natürlich, dass Vertrauen in die Wahlen bei den Oppositionellen verloren gegangen ist. Denn man kann ja alles manipulieren, und wir wissen, dass auch die letzten Wahlen manipuliert worden sind.

Die einfachste Erklärung, zu der auch viele Liberale greifen, ist, den Gründungsprinzipien der türkischen Republik die Schuld zu geben: Atatürk war Absolutist, er war autoritär und er hat alles unterdrückt, was ihm nicht passte, und deswegen haben sich jetzt die religiösen Parteien, sprich auch die Erdoğan-Partei, dagegen aufgelehnt.

Das ist für mich zu platt. Denn die türkische Republik wurde nach dem Ersten Weltkrieg gegründet, nach einem Befreiungskrieg, der dreieinhalb Jahre gedauert hat. Und die Republik war das Ergebnis

des Zusammenkommens von unterschiedlichen politischen Kräften. Der kleinste gemeinsame Nenner war: Wir wollen keine Okkupation des Landes. Von daher denke ich, dass viele der Grundprinzipien der türkischen Republik richtig waren, auch wenn viele Mittel aus heutiger Sicht nicht richtig waren, aber das kann nicht alles erklären.

Demokratie ist eigentlich die Fähigkeit der Geduldsausübung. Denn man braucht Zeit. Sie können mit einem Klick oder mit 140 Zeichen Politik machen,

ohne jemandem ins Gesicht zu sehen. Aber eine funktionierende gute Demokratie ist ein Zusammenspiel aller anständigen Menschen, die auch in anscheinend unwichtigen Berufen ihren Job anständig machen und wie beim Schmetterlingseffekt auf eine bessere Zukunft hoffen. Die türkische Politik aber leidet an Ungeduld.

Ein weiterer Grund ist aus meiner Sicht eine fehlende prinzipiengeleitete Politik. Natürlich ist Politik die Kunst der Kompromisse. Aber wenn man Kompromisse an den falschen Stellen macht, führt das zu einer Erosion der Demokratie. Die Türkei leidet an einem absolutistischen Denken, einem kompromisslosen Entweder-Oder-Denken, aber leider an den falschen Stellen. Ich spreche dabei gar nicht über die Populisten, ich möchte eher über die Opposition in der Türkei sprechen. Denn was Erdoğan macht, was die religiös-populistische AKP macht, ist ja allen klar: Sie setzen auf Religion, sie setzen auf das Wir-Gefühl, sie setzen auf die nationale Ehre.

Aber was macht die Opposition? Vor einer Woche gab es eine Abstimmung in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, in der es um die inhaftierten Abgeordneten in der Türkei ging. Sowohl von der Kurdenpartei als auch von der sozialdemokratischen CHP sitzen zurzeit mehr als 30 Abgeordnete im Gefängnis. Und was hat die CHP, die sozialdemokratische Partei, in dieser parlamentarischen Versammlung gemacht? Alle haben einstimmig gegen das Papier gestimmt, weil auch die kurdische Partei mit drinstand. Sie konnten sich nicht auf das Prinzip einigen.

Demokratie ist eigentlich eine alltägliche Schlacht um die Werte. Und wenn man eine Schlacht als unnötig zur Seite legt, dann hat man schon verloren. Man muss wirklich für die Werte und auch für die kleinsten Probleme in der Gesellschaft jeden Tag mit seinen eigenen Werten kämpfen. (Applaus) Die AKP ist nicht von einem Tag auf den anderen zu der Partei geworden, die sie jetzt ist. Das waren immer kleine Schritte. Als im Mai 2016 wegen des Kurdenkonflikts mit einer Verfassungsänderung pauschal die Immunität aller Abgeordneten aufgehoben wurde, hat damals auch die CHP dafür gestimmt. Sie hat zwar

gesagt: Ja, das ist verfassungswidrig, aber wir wollen die Demokratie nicht vor einem Gericht ausfechten, wir machen das bei den Wahlen. Mit der Konsequenz, dass heute über 30 Abgeordnete von der kurdischen Partei und der CHP im Gefängnis sitzen.

Man kann nicht von einer kleinen Verfassungswidrigkeit und von großen Verfassungswidrigkeiten sprechen. Die Schlacht muss man immer kämpfen, auch wenn man am Ende verliert. Man darf es einfach nicht durchgehen lassen. Denn das kumuliert irgendwann. Wie Herr Lammert gesagt hat: Am Ende höllt sich alles aus. Und man muss seinen Prinzipien treu bleiben, auch wenn es nicht gemütlich ist, dass man alleine dasteht mit seiner Prinzipientreue. Geschichte ist geduldig, und irgendwann wird ein junger Mensch das lesen, was Sie mal gesagt oder geschrieben haben, und das wird der Anfang einer neuen Bewegung sein. (Applaus)

Martin Sabrow: Meine Damen und Herren, Frau Göztepe, Herr Holmes, Herr Vallespín, ich will das paradoxe Ergebnis unserer gedankenreichen, zum Teil etwas normativen Diskussion noch einmal aus meiner Sicht formulieren. Erstens: Wir leben in der Krise, aber jede Krise ist anders. Zweitens: Krise ist nicht nur die Wendung zum Schlechteren, sondern im medizinischen Deutsch eben der Höhepunkt einer sich zuspitzenden Situation, die sich so oder so ergeben kann, die auch zu Neuem führt. Aber wir haben trotzdem das Bewusstsein eines Wandels, des Entstehens neuer Gewalten, die wir nicht beherrschen. Der Blick in die Rezepte von früher wird uns vielleicht nicht weiterhelfen. Und ganz am Ende steht ein paradoxes Ergebnis: Es ist eigentlich nicht so sehr die Einschränkung von politischer und sozialer Partizipation, die uns zu schaffen macht, es ist die Entgrenzung von sozialer Partizipation. Und plötzlich ist die Demokratie, wenn wir sie als Begriff weiten, gar nicht mehr das Telos, sondern gleichzeitig das Problem. Pharmakon im Derridaschen Sinne, im doppelten: Heilmittel und Gift. Eine interessante Diskussion, eine seltsame Schlussüberlegung vielleicht. Ich danke Ihnen für Ihr Zuhören. 🙌

Gekürzte Version des Symposiums des Goethe-Instituts, des Deutschen Nationaltheaters Weimar und der Dramaturgischen Gesellschaft zum Auftakt der „Woche der Demokratie“

Prof. Dr. Ece Göztepe Çelebi lehrt seit 2015 an der Juristischen Fakultät der Bilkent Universität (Ankara) türkisches und vergleichendes Verfassungsrecht und berät zahlreiche Botschaften in Ankara zu verfassungsrechtlichen Entwicklungen in der Türkei. Seit 2015 ist sie zudem an einem vom Europarat und dem Türkischen Verfassungsgericht geförderten Projekt über die Einführung des Verfassungsbeschwerdeverfahrens in der Türkei beteiligt und bildet Richter, Staatsanwälte und Anwälte aus. Als vergleichende

Verfassungsrechtlerin gilt ihr besonderes Augenmerk dem Vergleich zwischen der Türkei und Deutschland mit vielen Parallelen der politischen Entwicklung seit der Gründung der Türkei, der Weimarer Zeit und danach in Deutschland.

Prof. Dr. Pablo Holmes hat Rechtswissenschaft und Soziologie studiert. Er ist Professor für Politische Theorie und Verfassungstheorie an der Universität Brasília. Er war Gastwissenschaftler am Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen und Käte Hamburger Fellow im Centre for Global Cooperation Research an der Universität Duisburg-Essen. Er beschäftigt sich mit Verfassungsfragen auf der transnationalen und nationalen Ebene aus einer soziologischen Perspektive. Sein Werk ist in unterschiedlichen internationalen Zeitschriften für politische Theorie und Rechtstheorie erschienen.

Prof. Dr. Fernando Vallespín Oña ist derzeit ordentlicher Professor der Politikwissenschaft an der Universidad Autónoma Madrid, an der er auch studiert hat. Er war dort Vizerektor für Kultur, Leiter des Fachbereiches Politikwissenschaft und Direktor des Zentrums für Politische Theorie. Prof. Vallespín wirkte als Direktor des Centro de Estudios Sociológicos und als Präsident der Spanischen Vereinigung für politische Wissenschaft. Er war zudem Direktor der Ortega y Gasset Stiftung in Madrid. Vallespín nimmt als Autor von zahlreichen Publikationen zur zeitgenössischen Politiktheorie und Demokratietheorie Stellung. Er veröffentlicht dazu regelmäßig Beiträge in *El País*.

Prof. Dr. Martin Sabrow (Moderation) ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Er ist Autor zahlreicher Publikationen, darunter: *Der Rathenau-Mord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar* (1994); *Das Diktat des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949–1969* (2001); *Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart* (2014). 2017 wurde er mit dem Golo-Mann-Preis für Geschichtsschreibung ausgezeichnet für sein Werk *Erich Honecker. Das Leben davor. 1912–1945* (C.H. Beck, München 2016).



v.l.n.r.: Ece Göztepe Çelebi, Pablo Holmes, Martin Sabrow, Fernando Vallespín Oña

Es ist Zeit, 
den öffentlichen



zurückzuerobern.



Tina Hartmann

Pathos einer gerechten Sprache

Warum wir rechten Sprachräumen mit neuer Literatur begegnen müssen

Vielleicht

ist es ja ein gutes Zeichen: Pünktlich zum Weltfrauentag 2019 setzten zahlreiche Männer und auch einige Frauen ihren mehr oder weniger prominenten Namen unter zwei Aufrufe gegen gendergerechte Sprache. Den Anfang machte am 4.3.2019 eine Online-Petition, zu deren Erstunterzeichnenden der mit der Identitären Bewegung fraternisierende Matthias Matussek, die homophobe „Demo für Alle“-Gründerin Hedwig von Beverfoerde, der AfD- und NPD-nahe Verfassungsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider und der seit 2017 in neurechtem Fahrwasser segelnde Autor Uwe Tellkamp gehören. Der rechtskonservative und AfD-nahe *Verein für deutsche Sprache* legte zwei Tage später nach mit einem Aufruf, der von der neurechten Autorin Monika Maron gemeinsam mit dem Vorsitzenden Walter Krämer, Wolf Schneider und Josef Kraus initiiert wurde. Sofort unterschrieben haben u.a. die Komödianten Didi Hallervorden und Dieter Nuhr sowie die Autorin Sibylle Lewitscharoff, die durch ultrareligiöse und menschenverachtende Positionen gegenüber dank Kinderwunschmedizin zur Welt gekommenen Menschen aufgefallen ist. Sie alle tun so, als gehe es um nichts weniger als den Verlust des deutschen Vaterlandes, das in einem Meer von Gendersternen zu versinken drohe.

Warum gerade jetzt? Vielleicht, weil sich nach Jahrzehnten abzeichnet, dass Feminismus und LGBTI (Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual) nicht mehr ein schrilles, aber legal wirkungsloses Dasein fristen. Nun dämmert offenbar einigen, dass es möglicherweise bald nicht mehr darum gehen kann, aus der sicheren Herrenperspektive gönnerhaft „etwas für Frauen zu tun“,¹ sondern dass Frauen und sexuelle wie geschlechtliche Minder-

heiten das künftig einfach selbst erledigen können – nicht zuletzt, weil das Bundesverfassungsgericht per Gesetz den Auftrag erteilt hat, geschlechtliche Diversität umzusetzen. Es ist kein Wunder, dass vielen älteren Herren und einigen Damen dafür die Worte fehlen – bislang haben wir noch zu wenige. Bürokratisch genaue Sprache hat durchaus ihre Vorzüge. Doch schön wird sie erst durch Dichtung, wie in der Genese einer deutschen Literatursprache aus dem Kanzleideutsch im sprachgeschichtlich atemberaubend kurzen Zeitraum zwischen 1670 und 1770 nachzulesen ist. Damals entstand die Sprache der klassischen Dichtung Wielands, Goethes, Schillers und der Romantik, die wir im Prinzip bis heute schreiben – und zwar als eine der männlich dominierten Stimme. An ihr scheiterten Autorinnen der Weimarer Republik wie Irmgard Keun und nach der NS-Zeit besonders eindrucksvoll Ingeborg Bachmann mit dem Versuch, für die weibliche Wahrnehmung auch eine weibliche Stimme zu finden. Darum müssen Schreibende deutscher Zunge aller Geschlechter jetzt nach ihrer Sprache suchen, denn wir stehen am größten Umbruch der deutschen Sprache seit Luthers Bibelübersetzung! Das wird hoffentlich eine Weile dauern und eine ganze Menge experimenteller, spielerischer, lustvoller, vielleicht anarchischer aber vermutlich vor allem erstaunlich unauffälliger Texte produzieren, die zwischen polemisch und poetisch dem generativen Maskulinum beizukommen streben und vielleicht einmal als zweite Moderne in die Literaturgeschichte eingehen werden.

Eigentlich böte sich an, die Aufrufe leicht zu nehmen als das Problem vornehmlich alter Menschen (Maron, Kraus und Krämer sind vor 1950 geboren, Schneider ist Jahrgang 1925), weil es im Alter immer schwierig ist, Gewohnheiten zu ändern – und was sitzt tiefer als die Sprache? Doch hier geht es wohl um mehr: um die tiefsitzende Angst vor Veränderung, weil unsere Welt durch Sprache gemacht wird und folglich durch sie geändert werden kann. Bislang war die germanistische Zunft meist die letzte, dies zu kapieren – nun tun es immerhin ihre konservativsten Kräfte. Nur wer sprachlich anwesend ist, hat eine Stimme. Wer keine Stimme hat, bleibt von der Teilhabe ausgeschlossen. Aber Teilhabe bisher ausgeschlossener Menschen bedeutet zwangsläufig, dass neu ge- und verteilt werden muss und damit zwingend, dass die bisherige Deutungsmehrheit Privilegien verliert. Und genau darum geht es im Kern: Die männliche Form versinnbildlicht wie kein anderes Prinzip die fortbestehende Vorherrschaft des Patriarchats. *Daher* wird jede Teilhabe an dem Privilegium, sprachlich präsent zu sein, als Zerstörung wahrgenommen, wie Margarete Stokowski in *Die letzten Tage des Patriarchats*² luzide aufzeigt.

Antigenderismus ist nicht von rechtem Gedankengut zu trennen

Antigenderismus kommt selten allein, sondern ist mit den Strängen Nationalismus und Antisemitismus zu einer gemeinsamen Wurzel verwoben. Für dieses

Gedankengut brauchte es den Flüchtlingssommer 2015 nicht. Es war in Deutschland schon lange da: vor und nach dem Fall der Mauer in Gesamtdeutschland, nicht nur während der Nazizeit, sondern auch nach 1945, vor 1933. Nach 1871, vor 1871, nach 1848 und vor 1848; gravierend ab 1819, spätestens ab 1772.

Just die Rechte hat stets ein besonderes Vertrauen in die Wirkungsmacht der Literatur. Als Bezugstexte fallen immer wieder dieselben Namen, so Botho Strauß und Ernst Jünger, ferner Martin Heidegger, Adalbert Stifter, das Arsenal der nationalromantischen Dichter, aus der Moderne der für seine religiöse Geste und Mussolini-Verehrung potenziell völkisch vereinnahmbare Rilke³. Mit großer Sicherheit trifft man auch auf bestimmte Begriffe, die literarische Räume eröffnen: „Romantik“, „Gegenreformation“, „Gegenaufklärung“, „Pathos“, „Held“ oder – als ultimativ verbrämte Misogynie – die „neue Männlichkeit“. So versammelte bereits der 1994 um Strauß' *Anschwellender Bocksgesang* veranstaltete Sammelband *Die selbstbewusste Nation*⁴ das inzwischen sattsam vertraute Diskursfeld und mittlerweile eindeutig nach rechts gekippte Figuren wie den Publizisten Rüdiger Safranski und die misogynen Auslassungen Felix Sterns, denen zufolge der Feminismus als weiblicher Sexismus bereits anno 1994 real „die deutschen Männer“ unterdrückte. Thesen, die bis heute konstant sind. Aber noch etwas zeigt der Titel unmissverständlich: Nationalismus – denn das bedeutet die Kopplung von „selbstbewusst“ und „Nation“ – ist wenigstens in Deutschland ohne eliminatorische Tendenz nicht zu bekommen.

Überfremdung und Verrat des „Deutschen“ sahen bereits die Mitglieder des Göttinger Hain-Bundes in den Schriften Christoph Martin Wielands. Seine Frankophilie, die damit verbundene erotische Freizügigkeit mit sexuell aktiven Frauenfiguren, vor allem aber sein stellvertretend für viele Aufklärer stehender „vaterlandsloser“ Internationalismus

Nationalismus – denn das bedeutet die Kopplung von „selbstbewusst“ und „Nation“ – ist wenigstens in Deutschland ohne eliminatorische Tendenz nicht zu bekommen.

(der Begriff der „Weltliteratur“ stammt tatsächlich von Wieland, von dem Goethe ihn übernahm)⁵ führten 1772 zu einer der ersten politisch motivierten Bücherverbrennungen der deutschen Geschichte.⁶ Naturschwärmerei und ein eher diffus verstandenes Germanentum fanden sie bei Klopstock und dem radikalen Misogyn Jean-Jacques Rousseau. Es ist wohl kein Zufall, dass die Epoche des Sturm und Drang, die von der internationalen Germanistik mit einiger Berechtigung der Frühromantik zugeschlagen wird, auch das Kunststück vollbrachte, aus dem Internationalen Stil der Gotik, im Aufgriff von Vasaris Kritik,

den zentralen deutschen Kunststil zu machen, als sei die Gotik nicht in Frankreich entstanden und habe von dort aus Europa von England bis nach Schottland, den deutschen Sprachraum bis Prag und Norditalien in einer Weise künstlerisch verbunden, die nicht zufällig ab 1922 ihr begriffliches Echo im Internationalen Stil der modernen Architektur (u. a. des Bauhauses) fand.

Hitler sprach 1933 vor Siemens-Arbeitern in Berlin von einer „kleinen wurzellosen internationalen Clique, die die Völker gegeneinander hetzt, [...] die überall und nirgends zuhause sind, sondern die heute in Berlin leben, morgen genauso in Brüssel sein können, übermorgen in Paris und dann wieder in Prag oder Wien oder in London, und die sich überall zu Hause fühlen“⁷. Alexander Gauland hat diese Rede am 6. Oktober 2018 in seinem Artikel in der FAZ plagiiert,⁸ weil namentlich der zweite Teil der Denunziation voll unsere heutige positive Selbstdefinition im Global Village umschreibt.

Voraus in die Vergangenheit

Botho Strauß nennt denn auch „Rechts zu sein [...] von ganzem Wesen [...] einen anderen Akt der Auflehnung: gegen die Totalherrschaft der Gegenwart, die dem Individuum jede Anwesenheit von unaufgeklärter Vergangenheit, von geschichtlichem Gewordensein, von mythischer Zeit rauben und ausmerzen will. Anders als die linke, Heilsgeschichte parodierende Phantasie malt sich die rechte kein künftiges Weltreich aus, bedarf keiner Utopie, sondern sucht den Wiederanschluß an die lange Zeit, die unbewegte, ist ihrem Wesen nach Tiefenerinnerung und insofern eine religiöse oder protopolitische Initiation. Sie ist immer und existentiell eine Phantasie des Verlustes und nicht der (irdischen) Verheißung.“⁹ Das rechte Patriarchat lehnt also jede Utopie ab und sehnt sich

stattdessen nach einem Ort „in einer Vergangenheit, die nie war und welche die einzige Zukunft ist, die ich ersehne.“¹⁰ Strauß zitiert damit einen der schlimmsten Vertreter eines nationalexpansiven Christentums, den Antisemiten und Misogyn Paul de Lagarde – der eigentlich Paul Anton Bötticher hieß – und schließt mit ihm alles zusammen: die Sehnsucht der Neu- oder Neoromantik nach einem fiktiven Mittelalter mit ständischer Ordnung und weiblicher Unterordnung, das Pseudo-Germanentum der Nazis und die „Fliegenschiss“-Argumentation Gaulands. Sie alle kennen keine Zukunft.

Die Zukunft des rechten Raumes als Ort in der Vergangenheit greift zwar auch die Geschichts-Utopie in Novalis' *Heinrich von Ofterdingen* auf, doch was Novalis' stark pietistisch geprägten philosophischen Entwurf von den rechten Räumen bereits der unmittelbaren Novalis-Nachfolge trennt, ist die Frage einer möglichen Konkretisierung. Vorbild für diese Wendung ist zweifellos Eichendorff. „Heimat“ im doppelten Sinne einer topographischen und politisch-gesellschaftlichen Herrschaftsform ist wohl nirgends genauer umrissen, als in dessen bis auf den heutigen Tag in rechtskatholischen Kreisen hochgehaltenem Roman *Aus dem Leben eines Taugenichts*. Mag dieser noch so sehr als Künstlerfigur gehandelt werden, seine Kunst ist das volkstümliche Lied und sein Glück macht die Gnade der Großgrundbesitzer. Kaum ein Dichter hat die Vorstellung einer „guten alten Zeit“ vor der Französischen Revolution, in der Adel und Kirche das Leben der einfachen Menschen zu deren Bestem beherrschen, in griffigere Formeln gegossen als

Wir stehen am größten Umbruch der deutschen Sprache seit Luthers Bibelübersetzung!

Eichendorff. Der übrigens auch eine katholische Deutsche Literaturgeschichte geschrieben hat, die sich daran abarbeitet, dass leider praktisch alle bis dahin relevanten Autoren Protestanten waren: Wieland, Lessing, Goethe, Schiller und natürlich Novalis, von dem Eichendorff postuliert, er sei auf dem Wege zur Konversion vom Tod dahingerafft worden.¹¹

Die nationale Romantik ist eine tief in der Gegenreformation (später aktualisiert als Gegenaufklärung) verhaftete katholische Bewegung, was heute auch anglikal bedeuten kann, weil beide sich über Patriarchat und Christentum verbinden. Darüber hinaus ist sie eine adelige Angelegenheit, wie die unter Rechten signifikant hohe Adelsquote bis heute belegt. Zum Besten, was man unter politischen Gesichtspunkten über Eichendorff sagen kann, gehört, dass er kein Antisemit war. Von den Brentanos (besonders Clemens von) und Achim von Arnim kann man das hingegen nicht behaupten. Ihre Vorstellung einer idealen ständischen Gesellschaft des Mittelalters gründet sich auch auf die Elimination der Juden, die durch ihr bloßes Dasein als Außen die Geschlossenheit dieser Gesellschaftsordnung in Frage stellen.¹² Aufklärungskritik ist daher in erster Linie Kritik an einer Epoche, die erstmals das Ziel – von einer erreichten Lebenswirklichkeit will ich ausdrücklich nicht sprechen – formulierte, dass alle Menschen gleich sind: ob Juden, wie der Philosoph und Freund Lessings Moses Mendelssohn, Frauen wie die Autorin Sophie La Roche und die Intellektuelle Julie Bondeli, oder dunkle Hautfarbe haben wie Anton Wilhelm Amo, der als Sklave an den Barockfürsten und Romanautor Anton Ulrich von Braunschweig und

Wolfenbüttel verschenkte und unter ihm und August Wilhelm ausgebildete erste afrodeutsche Privatdozent in Halle, Wittenberg und Jena¹³ – der 1748 vor dem deutschen Rassismus nach Ghana floh.

Aufklärung, Gegenaufklärung und Nationalismus

Der rechte Raum ist einer der Gegenaufklärung, denn „was einmal die dumpfe Masse war, ist heute die dumpfe aufgeklärte Masse“¹⁴, so Strauß. Leider sind wir so daran gewöhnt, die Aufklärung kritisch von Theodor W. Adorno her zu denken, dass sich auch im linksliberalen Denken ein geradezu reflexartiger Abwehrmechanismus gegen den Begriff der Aufklärung eingenistet hat. Dabei herrscht in der Forschung inzwischen weitgehende Einigkeit darüber, dass der bei Adorno/Horkheimer verwendete Aufklärungsbegriff nicht mit der historischen Aufklärung gleichzusetzen ist. Die beiden Philosophen

verfolgen vielmehr die in der historischen Epoche der Aufklärung erstmals systematisch formulierten Theorien des *Rationalismus* in ihrer Entwicklung bis in die Gegenwart – und zeigen deren zunehmend einseitige Radikalisierung im Verlauf des 19. Jahrhunderts als Nährboden des Faschismus, indem sie konstatieren, dass in ihm die von der „Aufklärung“ verdrängten irrationalen Elemente (Mythos, Religion, Nationalismus) zurückschlügen. Auch der Blick auf die Moderne¹⁵ bleibt dabei ein skeptischer. Unter dem Trauma der Shoah ist „das Unaussprechliche, die Utopie“ nur durch „absolute Negativität“ darstellbar.¹⁶ Gleichwohl ist die *Dialektik der Aufklärung* – und hier schlägt die Aufklärung zurück – natürlich ein genuin aufklärerisches Projekt, das hofft, in der Analyse die fatale Dialektik auflösen zu können. Adorno/Horkheimer formulieren faktisch keine Aufklärungs-, sondern eine Rationalismus-Kritik. Die historische Aufklärung aber ist mitnichten so auf den Rationalismus verhaftet, wie mit Adorno/Horkheimer landläufig unterstellt wird. Das ist im Gegenteil auf der Seite der Literatur lediglich Gottsched, der produktionsästhetisch lange nicht so wichtig war, wie er tat – und wie die Germanistik ihm ab der Mitte des 19. Jahrhunderts glaubte! Die *Kritik* am Rationalismus – denn „Vernunft“ schließt ausdrücklich die emotionale Verfasstheit des Menschen ein – bestimmt die historische Epoche der Aufklärung geradezu ebenbürtig. Die Empfindsamkeit beginnt keineswegs mit Goethes *Werther* von 1774, sondern in der Oper bereits um 1720, in der englischen und deutschen Literatur massiv ab den 1750er Jahren mit Samuel Richardson, Gellert, Wieland, mit Bodmer, Breitinger, La Roche, aber auch mit Lessing. Sie führt

gerade nicht zu einer einheitlichen Position, sondern tendenziell zu so vielen Positionen wie Diskutanten, denn diese Vielstimmigkeit macht die Aufklärung aus: Sie ist das Zeitalter der Kritik und Kants *Kritik der Urteilskraft* nur *eine* Stimme von vielen. Deren Kanonisierung erfolgt erst eine knappe Generation später – u. a. durch Schiller.

Dass sich ein solcher Aufklärungsbegriff schlecht zum rechten Raum wenden lässt, liegt eigentlich auf der Hand. Dennoch wird just der Aufklärungsbegriff aktuell von rechts okkupiert und – wie von Michel Houellebecq in seinem Roman *Unterwerfung* – islamophob und misogyn gewendet. Auch Marc Jongen, Vorsitzender der AfD Baden-Württemberg, aus dessen Feder maßgeblich das selbst für AfD-Verhältnisse markant misogyn Wahlprogramm und Sätze wie „Gleichberechtigung zerstört die Erotik“ stammen, hat sich Anfang des Jahres u. a. mit Rekurs auf den französischen Kolonialismus-Verteidiger Pascal Bruckner¹⁷ als Verteidiger der Aufklärung stilisiert. Dabei trafen in seinen Facebook-Posts vom 24. Januar 2019 zwei interessante Bildzitate aufeinander: ein Porträt von Voltaire und ein Bild der Paulskirchen-Versammlung unter schwarz-rot-goldener Flagge. Das ist so unlogisch wie kein Zufall. Sicherlich kann man diskutieren, inwiefern die 1848er Bewegung auch Ideale der Aufklärung aufnahm, doch die Idee des Nationalstaates und des ihm inhärenten Nationalismus gehört im „Gespräch der Aufklärung“ (Jan Philipp Reemtsma) eindeutig zu den Randerscheinungen. Sie entstand vielmehr im Kontext der Befreiungskriege gegen Napoleon. Zum Nationalstaat gehört vor allem die Wiederkehr der Judenpogrome. Die sogenannten Hep-Hep-Krawalle begannen 1819 in Würzburg und breiteten sich wie ein Lauffeuer über zahlreiche Städte des Deutschen Bundes aus. Sie richteten sich gegen die jüdische Bevölkerung, die im Zuge der Aufklärung und unter der napoleonischen Besatzung gleiche Bürgerrechte erhalten hatte. Genau deshalb brannte 1817 beim Wartburgfest auch ein symbolischer Code civile! Heinrich Heine beschreibt diese kurze Phase des

Glücks, während der sein Vater stolz die Uniform der Bürgerwehr getragen hatte. Hartwig Hundt, der sich selbst Hundt von Radowsky nannte – ein bürgerlicher Gutsbesitzer, der seinen Besitz verspielt hatte – verkörpert exemplarisch die Gemengelage: Er war Verfasser antinapoleonischer Kriegsgedichte, gehörte zum Umkreis der Demagogen und Achim von Arnims, vergötterte den Polnischen Aufstand und ist der Begründer des eliminatorischen Antisemitismus. Von ihm stammt der Begriff des „Ungeziefers“ für Juden, und seine antisemitischen Schriften sind von derart menschenverachtendem Zynismus, dass nicht einmal die Nazis sich zu ihnen als Blaupause des Holocaust bekennen wollten. Hundt ist kein neurotischer Einzel- oder Sonderfall, er nimmt nur vorweg, wohin das Denksystem des Nationalen und Christlichen wie des von Strauß hochgehaltenen Lagarde führen musste. Hundt propagierte die „Reinheit“ je eigener „Volkstumsrechte“, folglich die Auflösung des Vielvölkerstaates Österreich und ein Großdeutschland, das nur christliche Volksdeutsche umfassen sollte. Heute heißt das „Ethnopluralismus“.

Heinrich Mann hat 1914 in seinem erst 1918 erschienenen, hellsichtig die Wurzeln und die Seele des Faschismus aus dem Geist des 19. Jahrhunderts beschreibenden Roman *Der Untertan* sehr genau dargestellt, dass sich Kaiserstreue, Alt-48er und Religiöse in zwei Punkten immer einig waren: dem Antisemitismus und der Misogynie. Aus dieser Erkenntnis wird auch klar, dass es eben nicht den frühen „guten“ Richard Wagner, den Revolutionär und Demokraten und den späten „bösen“ Antisemiten gab, sondern dass beide integral zusammengehören. Die zweite Verlierergruppe sind folglich



die Frauen. Während die Aufklärung die gebildete, kluge und sogar sexuell selbstbestimmte Frau wenigstens denken und literarisch durchspielen konnte,¹⁸ zieht der Sturm und Drang auch hier andere Saiten auf: beispielsweise Rousseaus naives, einfaches Mädchen, das (s. *Émile*) nur auf den Mann hin erzogen wird und dessen einzige Bestimmung entweder der Liebestod oder die Rolle als Hausfrau

Die Sprache neigt sich allen Geschlechtern gleichsam zu, sie ist omnigender und omnisexuell.

und Mutter ist.¹⁹ Das 19. Jahrhundert erlebt daraus die paradoxe Situation, dass sich zwar die soziale Position der Frauen leicht verbessert (nicht zuletzt durch die Säkularisierung des Rechts) und gebildete Frauen wie Rahel Varnhagen – überdies eine Jüdin – auch kulturpolitischen Einfluss gewinnen, aber im Literatursystem nicht nur weibliche Autorschaft weiterhin aktiv bekämpft wird, sondern auch innerliterarisch beispielsweise durch Hebbel mit *Judith* geradezu neurotisch am Bild des fundamentalen Kampfes zwischen den Geschlechtern gezimmert wird, der nur durch die Reduktion der Frau auf die Rolle der Köchin zu befrieden ist – wie in Raabes *Stopfkuchen*.²⁰ Marie von Ebner-Eschenbach wird in den letzten Dekaden des 19. Jahrhunderts nicht zufällig mit dem Bild der kinderlosen berufstätigen Frau gegen diese Bastion anschreiben. Wenn also zwei Ideen unvereinbar sind, so sind es der Internationalismus und die Toleranzidee²¹ der historischen Aufklärung auf der einen und Nationalismus, jede Form von (christlichem) Konservatismus auf der anderen Seite. Letztere sind immer Signaturen der Anti-Aufklärung, der Begriff der „Konservativen Revolution“ ist eine *contradictio in adiecto*, genau das zu verschleiern.

Wir brauchen eine Sprache der Utopie

Die Bezüge zur reaktionären Romantik sind so ursächlich wie zu deren Antisemitismus. Der Marxismus spricht zu Sachen, der Faschismus zu Menschen. Die Linke appelliert an den Verstand, die Rechte an den Bauch und das, was unmittelbar darunter liegt. Daher die durchgängige Klage, gendergerechte Sprache sei hässlich, bürokratisch und kastrierte den Poeten. Auch daher ist faschistische Ästhetik patriarchale Ästhetik, mit einem Heldenbild, dessen Verbindung zur Antike Christa Wolf in *Kassandra* als Gründungsmythos des Patriarchats durch den Krieg in den Homerischen Epen ausmacht, deren Poetik²² die Literatur bis heute bestimmt.²³ Gegenpol ist eine untergehende trojanische Gesellschaft, die neben zahlreichen Makeln²⁴ den Vorzug einer Gleichberechtigung der Geschlechter aufweist. Anders als bei Autoren des rechten Raumes ist der Mythos²⁵ hier aber kein glaubwürdiger Fixpunkt der Vergangenheit

mit Vorbildcharakter für die Gegenwart, sondern einer, der hinter die Verschriftlichung durch die patriarchale kanonische Literatur zurückgreift. Er ist damit das Projekt, das „nie Geschriebene“ zu formulieren: die Utopie einer geschlechtlich egalitären Gesellschaft. Vorbild für *Kassandra* waren Ingeborg Bachmanns Frankfurter Poetik-Vorlesungen mit dem bezeichnenden Titel *Literatur als Utopie* und einer

vornehmlich von Musil her entwickelten Apotheose der Liebe, aus der neue Formen der Geschlechterordnung hervorgehen könnten, als die auch ihr Roman *Malina* lesbar ist. Als „einzige[n] Hoffnung“, dass die Literatur eine ganzheitliche Individualität evozieren könne, in der „höchste Emotion“ und „höchste Vernunft“ endlich zueinander finden.²⁶ Zu einem aufklärerischen Pathos als „Nachahmung“ einer „erahnten Sprache“, „die noch nie regiert hat“.²⁷

Denn was könnte wirksamer das hohle rechte Pathos als selbstverliebt Gejammer entlarven, als die formvollendete Stimme einer Utopie der Gleichberechtigung?

„Omni“ – ein Wort für alle

Die Sprache hat kein Geschlecht. Es sei denn, ein sprachliches. Sie neigt sich allen Geschlechtern gleichsam zu, sie ist omnigender und omnisexuell. Der Begriff stammt von Hans Henny Jahnn, der für sich eine allen Geschlechtern von Menschen und Tieren zuneigende „Omnisexualität“ beanspruchte, die jede Definition von Perversion unmöglich macht, wie weite Teile der CDU/CSU sie krampfhaft wieder einführen möchten.

So könnte ein Begriff lauten, der LGBTI mit einer Heterosexualität verbindet, die Heteronormativität ausdrücklich ablehnt. Ein Begriff, der alle biologisch beschreibbaren und individuell empfundenen Geschlechter zusammenfasst. „Omni“ ist synonym zu einem „Wir“, aus dem niemand mehr ausgeschlossen werden kann. Omni widerlegt damit durch seine bloße Existenz den Vorwurf, gendergerechte Sprache sei umständlich und bürokratischer als die patriarchale, weil sie deren Privilegien aufspaltet. Omni ist einfach, kurz und schön. Sein Anfangsbuchstabe, das allumschließende Kreissymbol der Vollkommenheit, verweist als Griechisches Omega auf das Ziel der Aufklärung: eine aus der Gottgleichheit des Menschen abgeleitete, als göttlich begriffene Humanität.

Omni muss nicht omni heißen, aber omni sein. Drum lasset die Sprachspiele beginnen und den besten Vorschlag gewinnen, mit dem in vielleicht einer Generation feststeht, wie omni die unendlich vielen Möglichkeiten geschlechtlicher, sexueller und religiöser Lebensformen sprachlich formulieren wird. 📖

Es handelt sich um die überarbeitete und aktualisierte Version des Vortrags, den Tina Hartmann am 2.2.2019 im Volkshaus Jena im Rahmen der Jahreskonferenz gehalten hat.

- 1 Vgl. Heinz Strunk, der bereits am 23.11.2018 im *Spiegel* gegen gendergerechte Sprache wettete. www.spiegel.de/plus/gendersternenchen-wie-sinnvoll-ist-gendergerechte-sprache-a-00000000-0002-0001-0000-000160960521.
- 2 Reinbek bei Hamburg 2018.
- 3 Der Mussolini als „Architekten des italienischen Willens“ bezeichnete, so im Brief an Comtesse Lella 1926. Vgl. www.zeit.de/1956/47/rilke-auf-politischem-glatteis.
- 4 *Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte*. Heimo Schwilk, Ulrich Schacht (Hgg.). Frankfurt a. M. u. a. 1994.
- 5 C.M. Wieland: *Das Geheimnis des Kosmopolitenordens*. Der Vorwurf traf sowohl die Freimaurerei, also auch die Juden, später zusammengeschlossen als Verschwörung von (Juden) „Jacobinern, Aufklärungsphilosophen und Freimaurern“ (so der Jesuit Augustin Barruel).
- 6 1772 zunächst *Idris* und ein Bildnis Wielands, an Klopstocks Geburtstag abermals Werke von Wieland.
- 7 Transkription der relevanten Teile der Rede unter: www.tagespiegel.de/wissen/populismus-beitrag-in-der-faz-twitter-user-entdeckt-parallelen-zwischen-gauland-text-und-hitler-rede/23165376.html.
- 8 www.faz.net/aktuell/politik/inland/alexander-gauland-warum-muss-es-populismus-sein-15823206/alexander-gauland-spricht-im-15823479.html.
- 9 *Bocksgesang/Selbstbewusste Nation* (1994), S. 24–25.
- 10 *Bocksgesang/Selbstbewusste Nation* (1994), S. 39.
- 11 Joseph von Eichendorff: *Schriften zur Literatur*. In: *Werke*, mit Anmerkungen von Klaus-Dieter Krabel. Bd. 3, München 1976.
- 12 Achim von Arnim gründete 1811 in Berlin die „Christlich-teutsche Tischgesellschaft“, die Juden explizit ausschloss.
- 13 Es gibt hier eine entsprechende Gedenktafel. Leider scheitert die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin in seinen Namen noch immer u.a. am Widerstand einiger Anwohner.
- 14 *Bocksgesang/Selbstbewusste Nation* (1994), S. 31.
- 15 Gegenüber Marx wird dabei die ökonomische Kritik in eine Kulturkritik an der Fortschrittsgläubigkeit gewendet, die sich ja vor allem im 19. Jahrhundert von einer ethischen zur technischen wandelte.
- 16 Theodor W. Adorno: *Ästhetische Theorie*, Frankfurt a. M. 1995, S. 55.
- 17 *Der Schuldkomplex. Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für Europa. (La Tyrannie de la pénitence. Essai sur le masochisme en Occident)*, 2006 München 2008.
- 18 Wenngleich u. a. Lessing, Wieland und La Roche dabei zu dem Schluss kamen, dass dieses bis auf Weiteres nicht in der Partnerschaft mit einem Mann münden kann; dass die Ehe vielmehr das Ende der ebenbürtigen Partnerschaft bedeutet.

- 19 Hegels Kritik an der bürgerlichen Epopöe „Die Liebe gibt Hauskreuz...“, Fausts Gretchen, Luise in *Kabale und Liebe*, selbst in *Lucinde* ist mit der Schwangerschaft das Ende der Gleichberechtigung erreicht.
- 20 Hebbel mit *Judith*, Raabe mit *Stopfkuchen*.
- 21 Gegen die man aus heutiger Sicht viel einwenden kann, die aber auch um 1760 nur als Anfang gedacht wurde.
- 22 Wolfs Zugriff auf den Mythos grenzt sich aber auch von den gängigen Matriarchatstheorien als Ausdruck eines radikalen Feminismus ab, weil sie ebenfalls eine geschichtliche Wahrheit ‚ante‘ postulieren und überdies die männliche Dominanz nur durch eine weibliche ersetzen.
- 23 „Wenn man es recht betrachtete – nur traute niemand sich, es so zu sehn –, schienen die Männer beider Seiten verbündet gegen unsere Frauen.“ *Kassandra* (1983). S. 119.
- 24 Wie Sklavenhaltung und gesellschaftliche Ungleichheit.
- 25 Der Mythos mutiert damit vom ewigen Bezugspunkt zur Parabel, die viel mit Brechts V-Effekt teilt.
- 26 Zit. n. und Vgl. Marion Schmaus: *Die poetische Konstruktion des Selbst. Grenzgänge zwischen Frühromantik und Moderne: Novalis, Bachmann, Christa Wolf, Foucault*. Tübingen 2000, S. 201.
- 27 Auch wenn die Bachmannsche Utopie in der Nähe der Adornoschen Utopie durch „absolute Negativität“ bleibt. Vgl. *Bachmann Handbuch*. Monika Albrecht/Dirk Götsche (Hgg.), Stuttgart 2013, S. 222.



© Matthias Baus

Tina Hartmann ist Literaturwissenschaftlerin, Librettistin und Operndramaturgin. Sie promovierte 2003 zu Goethes Musiktheater (Niemeyer 2004). 2017 erschien ihre Habilitationsschrift *Grundlegung einer Librettologie* (De Gruyter). 2007-2016 war sie Operndramaturgin am Theater Heidelberg, am Badischen Staatstheater Karlsruhe sowie für die Schwetzingen Festspiele. Seit 2012 leitet sie das Fach „Literaturwissenschaft berufsbezogen“ an der Universität Bayreuth. Sie forscht u. a. zu Librettologie, Transkultureller Literatur, Gender und Diversity, Antiheroismus.



Stephan Trüby

Rechte Räume

Über die architektonische „Metapolitik“ von Rechtspopulisten und -extremisten in Deutschland

Mit dem Aufschwung rechtspopulistischer, antiliberaler und autoritärer Politikoptionen ist auch die Architektur ins Visier der Abendlandschützer, Männlichkeitstrainer und Geburatsratensteigerer, der patriotisch Gekränkten und traurigen Ritter der Souveränität, der rechtskatholischen Papst-Franziskus-ist-Attac-Mitglied-Rufer und sonstiger Wutisten geraten. In Opposition zu weiten Teilen der deutschen Architektenschaft und Bauwirtschaft, für die die Willkommenskultur nicht zuletzt eine Art ethisch wertvolle Abwrackprämie darstellt, betreiben auf breiter Front Apokalyptiker und Integrierte eine Verfertigung rechter Räume nach zunehmend gefestigten ideologischen Mustern. Zur Schlüsselvokabel ist dabei die eher harmlos klingende „Metapolitik“ geworden. Darunter versteht etwa der deutsche Rechtsausleger Götz Kubitschek das weite Feld „des Worts, des Gedankens, des Stils, der Bücher, Zeitschriften, Veranstaltungen, des Habituellen, der Aura“,¹ welches aus seiner Sicht fundamental zur verändern ist, und zwar im Sinne einer Kulturrevolution von rechts. Doch Kubitschek und seine Konsorten sollten sich nicht wundern, wenn ihnen ihr philosophisch recht schwachbrüstiges Verständnis von „Metapolitik“ auf die Füße fällt, nämlich dorthin, wo es am meisten weht tut: in die Privatsphäre. Darauf wird zurückkommen sein.

„Architekturmetapolitisch“ kann es kaum überraschen, dass die AfD und die NPD in Deutschland, aber auch die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich und die SVP in der Schweiz eine Koalition der Unwilligen der besonderen Art bilden, nämlich eine der unwilligen Moscheebauer. Mit forciertem Ignoranz gegenüber jeder komplexeren Religions- und Geistesgeschichte Deutschlands und Europas wird von rechtspopulistischer Seite das Leitbild eines „christlich-jüdischen Europas“, von rechtsextremer Seite gerne auch das eines lediglich „christlichen Europas“ befördert. Wenn eine eidgenössische Volksinitiative unter Führung von SVP-Politikern seit 2006 gegen den Bau von Minaretten agitiert und mithilfe eines (vom deutschen, in der Schweiz lebenden Grafiker Alexander Segert gestalteten) Plakates, das Minarette als Raketen darstellt, den Islam als inkompatibel mit der Schweiz erklärt; wenn der Front National diese Schweizer

Kampagne kopiert und damit suggeriert, dass der Islam mit Frankreich unvereinbar sei; wenn FPÖ-Politiker wiederholt den Bau von Moscheen zu verhindern versuchen (und in ihren Kampagnen ebenfalls mit Segert zusammenarbeiten) und wenn die AfD, wie beim Bundesparteitag 2016 in Stuttgart geschehen, den Satz „Der Islam gehört nicht zu Deutschland“ ins Grundsatzprogramm aufnimmt; wenn also, ginge es nach diesen Parteien, Europa de facto der Islam angetrieben werden soll, dann wird in stolzer Tumbheit nicht nur der Beitrag islamisch geprägter Kulturen zur Einspeisung antiker Schriften in das neuzeitliche Europa oder das Maurentum in Andalusien unterschlagen, wird nicht nur die zentrale Rolle des Islam bei der Konzeption aufklärerischer Toleranz negiert (wovon beispielsweise die Ende des 18. Jahrhunderts errichtete Schwetzingener Moschee, der älteste Moscheebau Deutschlands, noch heute wunderbare Kunde trägt), sondern auch eine angebliche „Unreformierbarkeit des Islam“ halluziniert, die man nicht anders als rassistisch bezeichnen muss.

Doch die architektonische „Metapolitik“ europäischer Rechtspopulisten erschöpft sich nicht im Moschee- bzw. Minarett-Ikonoklasmus; sie verfährt nicht nur im Ausschlussverfahren und im Geiste gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sondern muss auch „positiv“ beschrieben werden, positiv wohl gemerkt in dem Sinne, dass sie nicht nur benennt, wogegen sie ist, sondern eben explizit auch, wofür sie steht. Die andere Seite der Medaille, deren eine Seite die Anti-Moschee-Bewegung darstellt, bilden *bestimmte* solitäre, in die Landschaft eingebettete Wohnhäuser, sodann *bestimmte* Siedlungen, ebenso *bestimmte* Burgen bzw. Rittergute, darüberhinaus *bestimmte* innerstädtische Rekonstruktionsvorhaben und schließlich neue Denkmäler, die keine Mahnmale mehr sein sollen.

Wohnhäuser für letzte und nicht ganz so letzte Deutsche

Es gibt Wohnhäuser, die kaum mehr als eine komfortable Staffage des Alltags sein wollen – und andere, die einem politischen Programm gleichkommen. Zu Letzteren darf man sicherlich jenes von Botho Strauß in der Uckermark zählen. An Strauß' rechtlastiger Taktung dürfte spätestens seit Oktober 2015 kein Zweifel mehr bestehen, denn damals durfte er im *Spiegel* seine Glosse *Der letzte Deutsche* veröffentlichen. Darin konstatiert Botho Strauß, ganz einsamer Dichter gewordenes Tourette-Syndrom des kulturbürgerlichen Ressentiments, Sätze wie: „Ich möchte lieber in einem aussterbenden Volk leben als in einem, das aus vorwiegend ökonomisch-demografischen Spekulationen mit fremden Völkern aufgemischt, verjüngt wird, einem vitalen.“² Dazu passend fabuliert er von der „Flutung des Landes“, um dann in zähneknirschendem Fatalismus zu resümieren: „Dank der Einwanderung der Entwurzelten wird endlich Schluss sein mit der Nation und einschließlich einer Nationalliteratur. Der sie liebt und ohne sie nicht leben kann, wird folglich seine

Hoffnung allein auf ein wiedererstartetes, neu entstehendes ‚Geheimes Deutschland‘ richten.“³ Derlei fiel bei Strauß nicht gänzlich unerwartet vom Himmel, denn 1993 hatte er in seinem Essay *Anschwellender Bocksgesang* schon beklagt, dass wir „in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit“ nicht mehr verstehen würden, „dass ein Volk sein Sittengesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen“. Entsprechend geriet der Text denn auch zum Impulsmoment des 1994 erschienenen Sammelbandes *Die selbstbewusste Nation*, unter reger Beteiligung einschlägig bekannter rechter Schwerdenker.

Mitten in den Empörungswellen um seinen „Anschwellenden Bocksgesang“ bezog Botho Strauß ein ca. 80 Kilometer nordöstlich von Berlin gelegenes Landhausrefugium in der Uckermark. Das Anwesen im Dörfchen Grünheide besteht aus zwei Häusern: einem Gäste- und einem großen Haupthaus, beide strahlend weiß gestrichen und bedeckt von Satteldächern aus roten Ziegeln. Es ist ebenso real existierendes Bauwerk wie imaginärer Ort; mehr noch: ein rurales Grand Guignol der gebildeten Stände. Seit Ernst Jüngers Residenz im Stauffenberg'schen Forsthaus zu Wilflingen hat kein zweites Dichterhaus in Deutschland derart viel journalistisches Futter für den kleinen Grusel zwischendurch geboten. So blickten 2003 Ingo Niermann und Joachim Bessing mit ihrer dichten Beschreibung *Hier wohnt Botho Strauß* das Alltägliche vor Ort so lange an, bis es monströs zurückblickte. 2007 folgte Volker Weidermanns Visite des Hauses mit seinem FAZ-Stück *Der große Laubangriff*, die vor den Toren des Anwesens endet: „Ein Ort, an dem sich zum Beispiel ein Glück finden ließe, eine Zufriedenheit im bloßen schönen Schauen. Oder aber eine Weltverachtung, eine Menschen-, Zivilisations- und Gesellschaftsverachtung, Endzeitprophetien, Freude auf den Weltsturz.“ Und 2013 gab Hubert Spiegel den *embedded journalist*, als er in seinem ebenfalls in der FAZ unter dem Titel *Der alte Junge* erschienenen Bericht von einer Wanderung mit dem Dichter vermerkt: „Der Leviathan ist sein Nachbar.“ Die Basis für derartige Engführungen von Wohnort und Weltbild-Exegese hatte 1997 der Dichter selbst geliefert, und zwar mit seinem Buch *Die Fehler des Kopisten*, das über weite Strecken aus schwer erträglichem Rasonieren besteht, das ums eigene Haus in der Landschaft kreist, durch die Strauß mit Sohnmann stiefelt. Im Tonfall eines NPDlers steht dort tatsächlich: „Die Deutschen waren fünf oder sechs Jahre von ihrer Gemeinschaft berauscht. Zur Strafe mussten sie tausend Jahre lang untersuchen, wie es dazu kommen konnte.“⁴ Zu Recht warf ihm Thomas Assheuer in der *ZEIT* ein „Raunen (...) in Runenschrift“ vor.⁵

Die Strauß'sche Engführung von Landhaus-Elegie und deutschnationalem Gedankengut findet ihr Echo in der „metapolitischen“ Fusion von Landhaus und völkischem Gedankengut, die der AfD-Politiker Björn Höcke betreibt – mit dem Unterschied allerdings, dass der Fatalismus des traurigen Dichters durch kämpferische Aggression ersetzt wird. Im typisch alarmistischen Jargon seines Milieus fürchtet Hö-

cke (nicht erst) seit der Flüchtlingskrise 2015 ein „Aussterben des deutschen Volkes“, in seiner Partei sieht er auch die „letzt(e) evolutionär(e) Chance für unser Land“.⁶ Seit 2008 lebt Höcke im Dreihundert-Seelen-Dorf Bornhagen im Landkreis Eichsfeld an der Grenze zwischen Thüringen und Hessen. Folgt man den detektivischen Recherchen des Publizisten und Soziologen Andreas Kemper, dann spielt dieser Ort eine zentrale Rolle im schriftstellerischen Frühwerk des Politikers, das er unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ im NPD-Magazin *Eichsfeld-Stimme* publizierte. 2012 erschien dort ein Ladig-Text mit dem Titel „Ein Dorf in Thüringen“, in dem zu lesen steht: „Kennen Sie Bornhagen? (...) Auf dem Berg über dem Dorf thront die weitbekannte Burg Hanstein. Sie gilt als eine der romantischsten Burgruinen Mitteldeutschlands. Nach der Besteigung des Burgbergs lockt die historische Herberge „Klausenhof“, 2007 & 2008 zum besten Gasthaus Thüringens gekürt, zur Einkehr. (...) Der dem Gasthaus gegenüber gelegene Hang ist mit einer kleinen protestantischen Kirche, einem alten Pfarrhaus und einer alten Schule bebaut.“⁷ Dieses Pfarrhaus befindet sich seit 2008 im Besitz von Björn Höcke; er bewohnt es gemeinsam mit seiner Frau Monika und vier Kindern. Das schindelbewehrte Haus lässt sich mit Ladig/Höcke als Ankerpunkt von radikalen nationalistischen Ambitionen lesen, von heimatlicher Scholle aus den Deutschen in höchster Dringlichkeit das Kinderkriegen mittels finaler Rettungsejakulate einzubleuen – und die so entstandene Volksgemeinschaft durch eine nationalsozialistisch inspirierte „organische Marktwirtschaft“ zu versorgen.

Siedlungen gegen den „Volkstod“

Was unter „organischer Marktwirtschaft“ zu verstehen ist, mag am Beispiel einiger jüngerer so genannter „völkischer Siedlungen“ deutlich werden, die in den letzten Jahren vornehmlich im ostdeutschen ländlichen Raum und in geringerer Dichte auch in Bayern, Hessen, Niedersachsen sowie Schleswig-Holstein entstanden sind. Von Abscheu gegenüber jeglicher großstädtischer Multikulti-Lebensweise erfüllt, suchen viele NPD-Kader, aber auch AfD-Affine ihr Heil auf dem Land. Fernab von Menschen mit imaginierten oder realen Migrationshintergründen siedeln sie sich vor allem in Mecklenburg-Vorpommern an. Dort proben rechte Siedler besonders gerne den „Erhalt des deutschen Volkes“ – in extrem billig zu erwerbenden Immobilien. Zunächst als freundliche Nachbarn getarnt, unterwandern sie Vereine, Kindergärten und Schulen – und lassen bisweilen ganze Landstriche ins latent Rechtsextreme kippen. Ihr Programm lautet vertraut und schien überwunden: Unter dem Motto „Blut und Boden“ wollen sie als irgendwie blutsmäßig verbundene „Volksgemeinschaft“ entschlossen gegen einen befürchteten „Volkstod“ anleben. Viele der neurechten Siedler – darunter finden sich einige ganz harmlos scheinende Biobauern – greifen damit auf Denkfiguren zurück, die, bevor sie im Nationalsozialismus und seiner Tötungsmaschine scharf

gemacht wurden, in die ausgehende Kaiserzeit und die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zurückdatieren. So erfreut sich gerade bei rechtsradikalen Biobauern das so genannte „Artamanentum“ einer gewissen Beliebtheit. Darunter wird eine völkisch-agrarromantische Jugendbewegung verstanden, die, 1925 in München im Bund Artam e.V. begründet, eine bäuerliche Besiedelung des „Lebensraums im Osten“ im Schilde führte. 1934 ging sie in der Hitlerjugend auf.

Als größte Artamanen-Siedlung wurde in den 1930er Jahren bei Güstrow das Dörfchen Koppelow gebaut und eben dort siedelten sich kurz nach der Wiedervereinigung auch einige Neo-Artamanen an. Wie Anna Schmidt von der Amadeu-Antonio-Stiftung in ihrer überaus lesenswerten Forschungsarbeit über *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum*⁸ darlegt, proklamierten Neo-Artamanen bereits 1992 in ihrer eigenen Hauspostille, den Artam-Blättern, die Absicht, ein „artgemäßes Leben nicht nur als Freizeitbeschäftigung zu pflegen. Wir wollen die politische Lage in unserem Land (der Welt!), sowie die Umweltsituation als Herausforderung betrachten.“⁹ Ein paar Dörfer weiter Richtung Osten, in Klaber in der Mecklenburgischen Schweiz, werden die Raumgreifungsversuche der Neuen Rechten besonders deutlich. In einer konzertierten Aktion zogen ein Steinmetz, eine Buchbinderin, eine Hebamme, ein Kunstschmied und weitere Personen – darunter viele Rechtsradikale – in einige leerstehende Häuser und übernahmen nach und nach fast das gesamte Dorfleben. Geübteren Beobachtern dürfte die Entzifferung der politischen Einstellung dieser Gruppe leicht fallen, wenn der Blick auf eine Stele im Vorgarten des Steinmetzes fällt, die einen „Irmisul“ genannten Weltenbaum darstellt. Derlei Symbolik diente auch den Artamanen der 1920er und 30er Jahre als Ausweis ihrer gegen das Christentum gerichteten nordisch-heidnischen Gesinnung. Auch beim Schmied finden sich Bezüge zu derlei Mythologien, etwa wenn auf einem Messergriff der nordische Gott Odin mit seinen Raben Hugin und Munin zu finden ist.¹⁰ Schmidt ist zuzustimmen, wenn sie schreibt, dass die Siedlungsprojekte in Koppelow, Klaber und anderswo keineswegs als Kurzzeitphänomene zu unterschätzen, sondern als Versuche zu werten sind,

„eine langfristige Beeinflussung der Alltagskultur“ zu bewirken.¹¹ Ebenso zuzustimmen ist der Politologin und Rechtsextremismus-Forscherin Andrea Röpke, wenn sie in der bäuerlich-handwerklichen Orientierung der Gruppe sattsam bekannte antisemitische Statements von sich selbst als „schaffend“ wahrnehmenden Tatmenschen wiedererkennt, die sich gegen das Bild vom „raffenden, internationalen jüdischen Finanzkapital“ abzugrenzen versuchen.¹²

Nicht nur verstrahlte Rechtsesoteriker und rechtsextreme Handwerker mit Hang zum Hinterwäldlerischen arbeiten an einer neu-völkischen Siedlungspolitik, sondern auch eloquente Großstadt-Erfahrene, wie das Beispiel Udo Pastörs zu zeigen vermag. Pastörs, ein zu Wohlstand gekommener ehemaliger Kaufmann, Uhrmacher und Zeitsoldat – und von Januar bis November 2014 Bundesvorsitzender der NPD –, lebt seit 1999 gemeinsam mit seiner Frau Marianne Pastörs im mecklenburgischen Lübtheen. Dort besitzt die Familie einige Immobilien, so auch Häuser am zentralen Thälmannplatz. Zunächst wohnte die Familie im Ortsteil Benz-Briest in einem Haus an der Hauptstraße, das Teil eines NS-„Reichsmusterdorfes“ war; an einem der Dorfhäuser war sogar bis 2007 ein Hakenkreuz im Giebel zu finden, dann wurde es überfließt. Fast zeitgleich zogen die Pastörs ein paar Kilometer nach Süden, in eine Villa im Naturpark Mecklenburgisches Elbetal, die nur unter der Auflage hätte errichtet werden dürfen, dass dort eine Baumschule entsteht. Doch zu der ist es nie gekommen. Errichtet wurde auf einem 25 Hektar großen Grundstück ein herrschaftliches Haus, auf dessen Eingangstür eine schnurgerade, 65 Meter lange, von deutschen Eichen flankierte Zufahrtsstraße führt. Doch das Anwesen an einer Landstraße mit dem sprechenden Namen „Zum Reizen“, das vom mehrfach wegen neonazistischer Umtriebe vorbestraften

Lüneburger Bauunternehmer Manfred Börm nach dem Vorbild eines Wehrhofes aus dem Memelland geplant und gebaut wurde, soll nur ein Anfang sein. Denn Pastörs plant sein persönliches deutsches Musterdorf. Von rechten Jugendlichen ließ er bereits neben dem Haupthaus ein Zweifamilienhaus aus rotem Backstein errichten; weitere sollen folgen. Innerhalb eines Jahrzehnts ist es also den Pastörs und weiteren NPD-Gleichgesinnten gelungen, in der Region Wurzeln zu schlagen. Bei der Kommunalwahl 2014 kam die NPD auf fast 11 Prozent.

Völkische Gemeinschaftserfahrungen auf Schlössern, Burgen und Rittergütern

Ladigs (und damit wahrscheinlich: Höckes) Ode an die über dem Pfarrhaus thronende Burg Hanstein ließ es bereits anklingen: Die Wohnorte der Letztdeutschen benötigen, um politische Brisanz zu entfalten, Orte der Sammlung und der Einübung von völkischen Gemeinschaftserfahrungen – für die sich neben so genannten „Thing-Häusern“ (in Grevesmühlen in Nordwestmecklenburg zum Beispiel steht eines), die oftmals kaum mehr als ungenutzte Schuppen darstellen, vor allem Rittergüter und eben Burgen anbieten. Diese warten mit dem unschätzbaren Vorteil auf, sich nicht nur als monumentale Wegmarken über Jahrhunderte hinweg ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben zu haben, sondern auch anschlussfähig an nationalromantische Traditionen und Vorstellungen ständisch-autoritärer Gesellschaftsordnungen zu sein. Entsprechend tummelt sich auch der eine oder andere Burgenfreak im rechtspopulistischen bis rechtsextremen Milieu, Peter Feist etwa.¹³ Der 1960 in Ost-Berlin als Sohn von Manfred Feist, dem Bruder Margot Honeckers, geborene Autor hat zahlreiche Bücher und Broschüren zu Burgen verfasst. Im Oktober 2014, so berichtete die *taz*, war Feist damit aufgefallen, bei einer der montäglichen Berliner „Mahnwachen für den Frieden“ umstandslos „Nationalen Sozialismus“ und „Knast für Journalisten“ gefordert zu haben.¹⁴ Im Juni 2016 trat er gemeinsam mit Höcke und dem Wiener Identitären-Führer Martin Sellner auf dem rechten „Alternativen Kulturkongress“ in Bielefeld auf – und sprach zum Thema „Außenpolitische Souveränität am Beispiel deutsch-russischer Beziehungen“.

Als letztdeutsches Mekka dieser neurechten Burgenromantik kann das Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt betrachtet werden, das sich seit 2002 im Besitz des bereits erwähnten Publizisten Götz Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka befindet. Das Anwesen, 1208 erstmalig urkundlich erwähnt, dient nicht nur als Lebensmittelpunkt des Paares, seiner diversen Tiere und seiner sieben Kinder, ist nicht nur Sitz des Kubitschek'schen Rechtsaußen-Verlages Antaios und seiner Zeitschrift *Sezession*, sondern fungiert auch als Zentrale des ebenso staatsfeindlich wie staatstragend sich gebenden Instituts für Staatspolitik (IfS), bei dem Elsässer, Feist, Höcke, Sellner und viele weitere Protagonisten der neuvölkischen Bewegung des Öfteren zu Gast

sind. Innen dominiert das Mobiliar von Andreas Paul Weber (1893–1980), einem völkisch-antisemitischen Illustrator, Mitsstreiter von Ernst Niekisch und Teilzeit-Möbeldesigner. Außen gemahnt die heilige Heruntergekommenheit des Anwesens an ranzige Vereinsgaststätten mit Draußen-nur-Kännchen-Tristesse – was der Chuzpe von Kubitschek und seiner Mitsstreiter, sich als Ordnungsverteidiger zu gerieren, eine unfreiwillige Komik verleiht. Dennoch stellen sich immer wieder Nachahmungseffekte ein, so bei dem Kubitschek-Freund André Poggenburg, dem sachsen-anhaltinischen AfD-Chef (Anfang 2019 aus der AfD ausgetreten und Neugründer einer Partei) der sich seit 2007 ebenfalls als Rittergut-Besitzer wähen darf, und zwar des Rittergutes Nöbeditz, welches seit 1266 urkundlich verbürgt ist. Nachdem sich Poggenburg, Besitzer einer kleinen Firma, die sich auf die Reparatur von Autokühlern spezialisiert hat, mit dem Kauf des Gutes heillos übernommen hatte, drohte der Bankrott des Politikers. Erst sein Einzug als Abgeordneter in den Magdeburger Landtag dürfte ihn bis auf Weiteres finanziell saniert haben.

Eine Blaupause dieser Vorlieben findet sich beim Neonazi Karl-Heinz Hoffmann. Dieser bewohnte mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, seiner Privatarmee, die zeitweise mehr als 400 Mann umfasste, ab 1974 zunächst das Nürnberger Schloss Almoshof und ab 1978 das Schloss Ermreuth östlich von Erlangen, welches im „Dritten Reich“ als NSDAP-Gauleiterschule gedient hatte. Nach dem Fall der Mauer zog es auch ihn in die ostdeutsche Provinz; 2004 kaufte er mit seiner Lebensgefährtin Franziska Birkmann das 1551 erstmalig urkundlich erwähnte Schloss Kohren-Sahlis in Sachsen, zu dessen ehemaligen Bewohnern auch der antisemitische Dichter Börries Baron von Münchhausen gehört hatte, der 1944 von Adolf Hitler in die „Gottbegnadeten-Liste der wichtigsten Schriftsteller“ aufgenommen wurde. Für den Unterhalt des stark sanierungsbedürftigen Anwesens, dessen Bausubstanz zum Großteil aus dem 18. Jahrhundert stammt und zu dem neben einem Haupthaus auch ein Torgebäude, Ställe, Lagerhäuser, eine Kegelbahn, eine Brennerei und ein Rokkopark gehören, gründete Hoffmann die „Fiduziarische Kulturstiftung Schloss Sahlis“, als deren „Kurator“ er fungierte. In dieser Funktion etablierte er, der gelernte Porzellan- und Schildermaler, eine Biozucht von Wollschweinen mit über 100 Tieren. Stefan Schirmer zitierte den Rechtsextremisten in der *ZEIT* mit der Beteuerung, keinesfalls ein Nazi zu sein, sondern „ein sozialistischer Öko-Faschist“.¹⁵ Für seine als „gemeinnützig“ deklarierte, nicht nur von Schweinen, sondern auch von rechten Kameradschaften bevölkerte „Kulturstiftung“ erhielt er vom Freistaat Sachsen sogar 130.000 Euro Fördergeld. Doch es half alles nichts: Im Jahre 2012 fand Hoffmanns Wille zum Leben auf großem Fuß ein vorläufiges Ende; das Schloss wurde zwangsversteigert. Es wird heute im Internet unter dem Motto „Leben wie die Könige“ zum Kauf inseriert. Die 66 Zimmer, die sich auf einem 66.666 Quadratmeter großen Grundstück verteilen, werden zu einem Preis von 666.666 Euro angeboten.



Foto rechts: Michael Mauritsens

Innenstädte und Denkmäler für eine andere deutsche Geschichte

Wenngleich die architektonische „Metapolitik“ der Letztdeutschen sich primär im Ruralen abspielt – in einsamen Domizilen, auf Dörfern, in entlegenen Rittergütern, Burgen und Schlössern –, so gilt es festzuhalten, dass rechte Räume sich keineswegs nur auf Landpartien beschränken. Im Gegenteil: Die völkischen Interventionen in der Pampa sollten als Komplement von Architekturanstrengungen betrachtet werden, die in deutlich urbaneren Gefilden verortet sind. Diese vielgestaltigen Anstrengungen sind allesamt in der Schnittmenge von Architektur und Erinnerungskultur zu verorten. Sie sollen einem neuen Deutschland zuarbeiten, über das der Architekturtheoretiker Philipp Oswald einmal ebenso kritisch wie mit guten Gründen geschrieben hat, dass es „nicht von einer anderen Zukunft, sondern von einer anderen Geschichte“¹⁶ träumen würde.

Dieser „anderen Geschichte“ ist man auf innerstädtischem Terrain vor allem mithilfe von Rekonstruktionen auf der Spur. Wenngleich die allermeisten Rekonstruktionsvorhaben in Deutschland von einer recht breiten Parteienlandschaft mitgetragen werden – nicht nur rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien wollen rekonstruieren –, so fällt doch auf, dass in der Architekturberichterstattung deutscher neurechter Zeitschriften fast ausschließlich Rekonstruktionsthemen zu Wort kommen. Im Chemnitzer Magazin *Blaue Narzisse* etwa, dem ausländerfeindlichen Leib- und Magenblatt rechter Jugendmilieus, plädiert Maximilian Zech für mehr „Schönheit und Traditionsbewusstsein in der Baukunst“,¹⁷ glaubt diese im wiederaufgebauten Berliner Adlonhotel erkennen zu können – und führt die Kritik an derlei Bauvorhaben auf die angeblich nach wie vor „unantastbaren Autoritäten“ Walter Gropius und Ludwig Mies van der Rohe zurück; offenkundig scheint der Autor bis dato weder von der Selbstkritik der Architekturmoderne, die sich spätestens seit den 1950er Jahren Bahn gebrochen hat, noch von der Postmoderne vernommen zu haben. Auch der Architekturgeschichtsprofessor Peter Stephan von der FH Potsdam versucht Rekonstruktionsthemen mit rechten Gesellschaftskreisen zu vermählen. Er gehört zu den wichtigsten Fürsprechern eines Wiederaufbaus etwa der Potsdamer Garnisonkirche. Mit öffentlichen Veranstaltungen und einem Forschungsprojekt an seiner Hochschule versucht er die Geschichte dieses 1968 gesprengten Bauwerks vom „Tag von Potsdam“ zu entkoppeln, also dem 21. März 1933, als Hitler und Reichspräsident Paul von Hindenburg sich vor der Garnisonkirche die Hand gaben – und damit die verheerende Allianz nationalsozialistischer und deutschnationaler Kräfte besiegelten. Wer die Facebook-Seite von Stephan besucht, weiß, woher der mitunter ultrakonservative bis rechtspopulistische Wind weht, der den Wiederaufbau der Garnisonkirche als Symbolbau eines zu allem bereiten deutschen „Christentums“ zu beflügeln versucht. Dort stößt man auf Wutspuren gegen eine „linke Gesinnungsdiktatur“, gegen die „Scheiße“

einer frauen- und migrantenfreundlichen Sprache, auf Pegida-Verstehertum, Kreuzzüge-Verharmlosung und Islamhass.

Die Rekonstruktion einer „anderen“ Geschichte korrespondiert bei vielen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten mit der Marginalisierung der „einen“ Geschichte. Entsprechend äußerte sich Björn Höcke in einem Interview mit dem amerikanischen Sender CBN am 10. März 2016: „Die Deutschen sind einseitig fixiert auf ihre dunklen Seiten. Wir haben einen Schuldskult entsprechend ausgeprägt, der es uns unmöglich macht, ein gesundes Nationalbewusstsein, einen lebendigen Patriotismus zu entwickeln.“¹⁸ Beim so genannten „Kyffhäuser-Treffen“ am 4. Juni 2016, zu dem der völkisch-nationalistische „Flügel“ der AfD eingeladen hatte, deklamierte Höcke: „Ein Volk, das keine Denkmäler mehr errichtet, sondern nur noch Mahnmale, hat keine Zukunft.“¹⁹ Was dies architektonisch und erinnerungspolitisch konkret bedeutet, macht Höcke-Freund André Poggenburg deutlich, wenn er sich in monumentaler Verkommenheit über die „unschöne Ästhetik“ des Berliner Holocaust-Mahnmals ereifert: „Das finde ich ästhetisch völlig daneben und der Sache auch nicht zuträglich.“²⁰ Hemmungslos empfiehlt er den Abriss des Eisenman-Werkes: „Man könnte etwas anderes hinstellen, auf weniger Platz, mit viel mehr Atmosphäre.“²¹

„Metapolitik“: ein Bumerang

Rechte Räume in Gestalt neuer Denkmäler, die keine Mahnmale mehr sein sollen, in Gestalt von Rekonstruktionen einer „anderen“ Geschichte, von neu belebten Burgen, von „völkisch reinen“ Siedlungen und einsamen Landhäusern für den „letzten“ bzw. nicht ganz so letzten Deutschen – sie machen eines deutlich: Gut gemeinte Gegenüberstellungen von „politikferner Privatsphäre“ und „öffentlichem Raum der Politik“ erscheinen im Kontext der Architektur- und Raumpolitik deutscher Rechtspopulisten und Rechtsextremisten als zutiefst fragwürdig. Diese wollen ihr Publikum glauben machen: Metapolitik sei eine „Besetzung von Feldern im vorpolitischen Raum“. Derlei schrieb beispielsweise der mittlerweile von Schnellroda vertriebene Kubitschek-Einflüsterer Karlheinz Weißmann in der zwischenzeitlich eingestellten neurechten Zeitschrift *Criticón*. Doch „meta“ heißt nicht nur „jenseits“, sondern auch „inmitten“. Und was Weißmann und Kubitschek als „vopolitisch“ verharmlosen, ist bereits Politik. Während Politik neben den üblichen Verdächtigen von Parlamentarismus und Etatismus eben auch die Handlungen des aktivistischen Subjekts umfasst, meint „Metapolitik“, folgt man etwa Alain Badiou,²² nur das Denken, das eine handelnde Politik anleitet. Auf die beschriebenen rechten Räume übertragen heißt das: Wer eine völkische Ideologie im Wohnen, Leben und Arbeiten in die Tat umsetzt, hält sich nicht mehr im vorpolitischen Raum einer „Metapolitik“ auf, sondern pflegt eindeutig eine politische Praxis.

Nicht nur unter Rechtspopulisten war die Empörung mit guten Gründen groß, als das antifaschis-

tische Webportal Indymedia am 1. Mai 2016 die Namen, Privatadressen und Handynummern von rund 2000 Teilnehmern des Stuttgarter AfD-Parteitagess veröffentlicht hat. Die Einschüchterungsfreunde von Indymedia können sich dabei ironischerweise direkt auf Kubitschek, Weißmann und andere Rechte berufen, sind sie es doch, die mit ihrem reduktionistischen Verständnis von „Metapolitik“ zwar eine ästhetisch-stilistisch-kulturelle Welt des Alltäglich-Privaten zum Noch-nicht-Politischen zu erklären versuchen, de facto jedoch eine politische Praxis unter Einsatz eben dieser ästhetisch-stilistisch-kulturellen Mittel führen. So könnte sich die rechte Rede von der „Metapolitik“ als Bumerang erweisen: Sie riskiert eine zivilgesellschaftliche Gegenwehr gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus genau an den Orten, die als ideologische Zentren dieser Politik gelten dürfen, also den nur mit viel good will noch als rein privat einzustufenden Wohnhäusern zündelnder Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Was mit den Demos vor Höckes Haus in Bornhagen vom Mai 2016 (gerichtlich verboten) oder in Schnellroda (durchgeführt) vom September desselben Jahres begann, dürfte Schule machen: Das einer völkischen Wohnideologie gehorchende Private könnte zum Objekt eines breiteren politischen Protestes werden. ☹️

Der Text ist die erweiterte Fassung eines Artikels, der am 1.9. 2016 in der *ZEIT* erschien.

- 1 Götz Kubitschek, zit. nach Liane Bednarz und Christoph Giesa: *Gefährliche Bürger. Die Neue Rechte greift nach der Mitte*, München: Hanser, 2015, S. 69.
- 2 Botho Strauss: *Der letzte Deutsche*, in: *Der Spiegel* 41/2015 (2. Oktober 2015).
- 3 Ebd.
- 4 Botho Strauß: *Die Fehler des Kopisten*, München: Hanser, 1997, S. 107.
- 5 Thomas Assheuer: *Botho Strauß verläßt die Stadt, geht aufs Land und bestellt das Feld der Wahrheit: Die Fehler des Kopisten*, in: *DIE ZEIT*, 25. April 1997 (www.zeit.de/1997/18/strauss.txt.19970425.xml).
- 6 Liane Bednarz: *Wenn Lucke geht, bleibt Höcke. Björn Höcke lehnt einen gemäßigten AfD-Kurs ab, er ist Teil der ‚Neuen Rechten‘. Eine Replik und Warnung*, in: *The European*, 26.05.2015 (www.theeuropean.de/liane-bednarz/10174-eine-warnung-vor-bjoern-hoecke).
- 7 Andreas Kemper: *Landolf Ladig, NS-Verherrlicher*, 9. Januar 2016 (andreaskemper.org/2016/01/09/landolf-ladig-ns-verherrlicher).
- 8 Anna Schmidt/Amadeu-Antonio-Stiftung: *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien*, Berlin: Amadeu-Antonio-Stiftung, 2014.
- 9 Zit. nach Anna Schmidt/Amadeu-Antonio-Stiftung: *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum*, a.a.O., S. 9.
- 10 Vgl. Anna Schmidt/Amadeu-Antonio-Stiftung: *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum*, a.a.O., S. 22.
- 11 Anna Schmidt/Amadeu-Antonio-Stiftung: *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum*, a.a.O., S. 8.

- 12 Andrea Röpke, zit. nach Anna Schmidt/Amadeu-Antonio-Stiftung: *Völkische SiedlerInnen im ländlichen Raum*, a.a.O., S. 9.
- 13 Nicht zu verwechseln mit dem renommierten Kunsthistoriker Peter H. Feist.
- 14 Christian Jakob: *Tausend Mal berührt. Seit vier Monaten läuft der Friedenswinter, Schulter an Schulter mit der Querfront*, in: *taz*, 13. März 2015 (taz.de/Neurechte-Friedensbewegung/15016893/).
- 15 Stefan Schirmer: *Nicht totzukriegen. Karl-Heinz Hoffmann kämpfte einst als Neonazi-Anführer gegen den Staat. Nun kämpft er als Schlossherr in Sachsen gegen einen Abwasserzweckverband*, in: *Die Zeit*, 28. Januar 2016 (www.zeit.de/2016/05/karl-heinz-hoffmann-sachsen-neonazi-abwasser-verband-gericht).
- 16 Philipp Oswald: *Stadt ohne Form, Strategien einer anderen Architektur*, München/London/New York: Prestel, 2000, S. 56.
- 17 Maximilian Zech: *Architektur der Tradition*, in: *Blaue Narzisse*, 24. Februar 2014 (www.blaue-narzisse.de/index.php/gesichtet/item/4458-architektur-der-tradition).
- 18 www.youtube.com/watch?v=DGZLUcRHXbk
- 19 www.derfluegel.de/2016/05/24/kyffhaeuser-treffen-2016-ausgebucht.
- 20 Hagen Eichler: *Der doppelte Poggenburg*, in: *Volksstimme*, 9. Januar 2016 (www.volksstimme.de/sachsen-anhalt/20160109/wahl-2016-der-doppelte-poggenburg).
- 22 Ebd.
- 21 Alain Badiou: *Über Metapolitik*, Zürich/Berlin: diaphanes, 2003.



© Andreas Heddergott

Stephan Trüb ist Professor für Architektur und Kulturtheorie sowie Direktor des Instituts für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGMA) der Universität Stuttgart. Zuvor war er Professor für Temporäre Architektur an der HfG Karlsruhe (2007-2009), leitete das Postgraduiertenprogramm MAS Scenography/Spatial Design an der Zürcher Hochschule der Künste (2009-2014), lehrte Architekturtheorie an der Harvard University (2012-2014) und war Professor für Architektur und Kulturtheorie an der TU München (2014-2018). Zu seinen wichtigsten Büchern gehören *Exit-Architektur. Design zwischen Krieg und Frieden* (2008), *The World of Madelon Vriesendorp* (2008, mit Shumon Basar), *Die deutschen Beiträge zur Architekturbieniale Venedig seit 1991 – Eine Oral History* (2016, mit Verena Hartbaum), *Absolute Architekturbeginner: Schriften 2004* (2017), und *Die Geschichte des Korridors* (2018). Derzeit schreibt er an einem Buch zum Thema Rechte Räume.



But you cannot ignore history! And history has shown that it has been the men who have done raping and the robbing and the killing and the warmongering for the last 2000 years. It has been the men who have done the pillaging and the beheading and subjugating of whole races into slavery. It has been the men who have done the lawmaking and the moneymaking and most of the mischief making. And yet I love men. Do I contradict myself? Very well, then I contradict myself. I am large. I contain multitudes. I have the right to contradict myself, to switch opinions, to be bigoted and fanatic one moment, moderate and considerate the next. These are my views and I like speaking them into a microphone.

Now the fact that I am speaking them into a microphone raises two fundamental questions.

The first classic question, which you are all familiar with: the lawyers question: how free should speech be?

But equally important is the second question which is:

how should free speech be?

Mahatma Gandhi said: "We must speak in a way in which we will open ears and not close them."

I like the fact that gangster rappers used to have the phrase "come correct". And that's exactly what it meant, to come correct was to be mindful, to be respectful, to be aware of who you are talking to and that was the initial positive thrust of political correctness, which was to be mindful of who you are talking to. And - women will often talk about men in an extraordinarily hateful way, that is conceived quite normal. But in fact if men talk about women in that extraordinarily hateful way we often get up in arms. Why do we expect that we get together and talk about race and racism, sex and sexism and not

have anger, conflict. Have you ever had a love relationship with someone? There is going to be conflict. Part of the danger for free speech in our society is the deep longing people have, both in our personal and public lives, to avoid conflict, to avoid hurting someone's feelings, to not be polite...

And you see, today I think the left today is creating its own decline. I think the left doesn't know how to be a tribe, in the way the right knows. The left is cannibalistic. It eats its own. I know this doesn't sound very nice but it's really very easy to fall afoul of the ridiculously high standards set there. And there is often also a kind of arrogance and self righteousness. I mean you follow the rules and if you don't you are cut down very quickly. And I have had this happen to me. My comments on transgender women. I said in an interview that transgender women are transgender women and that I think there is a difference between transgender women and women who are born female. And apparently in liberal orthodoxy you are not supposed to say that - in the quest for inclusiveness the left, it seems, is willing to discard a certain kind of complex truth.

I received tons of emails from friends saying - hope you are doing well... And don't worry we have your back... you take some time off and take a message. Literally, it was though someone had died.

And initially I didn't take it serious because I thought surely no one thinks that I... You know I like think of my place in this world as one that is of course inclusive - but I think it was simply that I didn't use the language I was supposed to use. And there was a woman who was lecturing me about how I was killing trans women, and how I had no compassion and how I needed to shut up. The response is not to have a debate, the response is silence and I find that very troubling. I guess I am just a person who thinks that the answer to bad speech is more speech in general. I spoke to a young woman who obviously didn't agree with me. She was white, but she said to me, I have black friends in my college and we want to protect them. And I said, that's very strange because this is a country that is steeped in racism, so how are you protecting your friends in your college. When they step out into the world, they are stepping out into racism...

Hate speech, fascist, prejudiced, Nazis. Why do I hate you? Because you are a rapist, racist, you are a drug dealer, you blumistiy, you blumisty! I can see what you are doing, you are myospieeing n everybody elses backyard! Hdddllddl. I am paying for your welfare. You fixeldi up in my country and fickin nazi, hatemonger And I will leap across this brrrm y and punch you right in your fuckin mouth. We don't need you here. You figgin nagifin! Instagram addict, victim, echovrumlip

What is the point - When we try to talk about the words we are talking about, what is the point of using a word that means something to me and means something entirely different to you? What is the point of using words to explain what I mean when every word that

I use is being received in a meaning which might be the exact opposite of what I intend? This argument, which I think I have articulated with a lot of clarity in those two sentences, is of course one for shutting up and being silent. But what is the point of being silent as a means of communication when even the silence itself is misconstrued? To speak or look in

- I am either making a joke - a sexist joke, yes, but a joke - or I am using those words to make a point or I am a sexist twat and I do believe those things - but I would strongly defend my rights to be able to say those things - that's freedom of speech.

And in defending that right I am not defending the statement, I am not defending the person who said

The right apologises for nothing, the left apologises for everything. Can't we find a balance?!

the face of this interminable misunderstanding is impossible. Because I cannot explain what I mean when every word that I use has double and treble meanings and other people take the meaning or significance of my words to be very different from my intended meaning. Enough. I have enough.

The right apologises for nothing, the left apologises for everything. Can't we find a balance?!

The right have gone (grabs), we'll have that (freedom of speech) and the left are running scared. The left are scared to say that they are pro freedom of speech, because they don't want to be branded right wing, it's a very very bizarre state of affairs, that freedom of speech is a controversial topic, very bizarre to me. We can't just let them have it!

When I say that men are moneymakers, rapists and warmongerers one of three things is happening

it, I am only defending the right to say it. If you make it illegal to say it, the implication is that it's illegal to think it, and that's thought crime, that's 1984. Unsavory, disgusting people should be allowed to say unsavory, disgusting things. If you make it illegal to say racist things, that doesn't stop racism. It just hides it. And I don't want my racists to be hidden, I want them out in the open. Where I can hear them and where I can see them

I recently read an article about a murderer. His phantasies of murder and violence had started between the age of 9 and 12. In his mid-twenties, two months before his wife was going to give birth to his first child, he was walking around the neighbourhood with a knife in his pocket. He saw a woman standing in a kitchen window, rang the doorbell and when she opened, he knocked her down and stabbed her 74 times. He had known of his phantasies. 25 years



after the murder he was still asking himself why he had never considered seeing a psychotherapist about his phantasies. His answer was that he had felt ashamed, he had wanted to bury these thoughts and phantasies inside himself.

Okay so, some people like to believe if bad ideas are let, are allowed to flourish in the air, then rational debate will expose their deficiencies and their arguments will wither and die. The argument that I find against that is - all of recorded history. It never happens that way. In fact, if you allow for example holocaust denial to flourish, the result will not be that people will see the absurdity and evil of the idea. People who had never thought of it will say - alternative facts, alternative facts - oh yes, that sounds right! And that's repeated and repeated and repeated and not challenged in your own echo echo chamber. And we know since Goebbels that constant repetition is the key to making a lie deadly and effective.

But truth needs to be said. These days, you right, that's a conservative position! I want people to be, do and say anything. And I hurt people for a reason. I like to think of myself as a virtuoso troll. Requiring this absolute consistency and forgetting that people are messy and complicated and forgetting also some obvious other human truths is a characteristic of the modern left. Some realities of human psychology, like, for instance, the reason they want to police humor, is that they can't control it.

You can't control what people find funny. And also nothing amuses people like the truth, when people laugh, it's because they know it's true...

Policing humor for racism and sexism is utterly wrong-headed, because that's how we build bridges, not how we break them. When you make a joke that's how you connect with somebody. You make jokes at the bar, you connect. And these basic fundamental psychological insights the progressive left has just forgotten.

Look, we can disagree on a lot of things but the one thing I think we can agree on is that - Look, if you don't show up to debate, you loose.

So it's not about fighting, we don't think of it in terms of war, of winning or losing, attacking or defending, gaining or losing ground - but instead arguing is viewed as dancing. So the goal is to perform the argument in a rhythmically and aesthetically pleasing way. I mean at the moment we have a discourse that is structured in terms of battle and war, right? But imagine having a discourse that is structured in terms of dance.

There are agreements - made in backrooms - that the public very rarely hears about. Governments contact companies via unofficial channels, pushing them, for example, to prohibit or promote certain opinions on their platforms. - Now to get out, these companies decide to make such choices in the future by themselves. And so then - they become the

ones to decide. That's how in the end companies end up deciding what is a legitimate opinion, where to draw the red line, what can be shown, what can be said, what can be expressed publicly - what to ignore and what to delete. Some companies like to call this content moderation. But to outsource such decisions to privately-owned, simply profit-oriented companies should certainly alarm people in democratic societies.

How free should speech be?

Well, in Iran the importance of free speech is like the importance of oxygene for staying alive. Without free speech, even though I may not be in prison, it feels like we are in prison. Just as oxygene is important for staying alive, free speech is important for human dignity. Free speech must not be restricted under any circumstances - the only exception to restricting free speech is that it may not be used for encouraging war, violence, anger, hate, hate speech against any kind of race, gender, faith, tribe, national origin, disability, language, belief, veganism, smoking, the elderly, sexual orientation or political orientation.

Let me close with a question:

Do you know what to call a black guy riding a plane?
A pilot - you racist! 🤔

With quotations from: Bell Hooks, Chimamanda Ngozie Adichie, R.D. Laing, Timothy Garton Ash, Shirin Ebadi, Jonathan Pie, Bill Maher, Milo Iannoupolus, David Kaye, David Bohm, Anna Mendelssohn



© Tim Tom

Anna Mendelssohn studierte Schauspiel in Großbritannien. Seit 2004 ist sie Ensemblemitglied von **toxic dreams** und spielte in über 30 Produktionen der Kompanie. Sie arbeitete außerdem mit zahlreichen anderen Regisseur*innen, Choreograf*innen und spielte in mehreren Autorenfilmen mit. In ihren eigenen Arbeiten (u. a. *Cry Me A River*, *What?*, *Amazon - River Deep*, *Feminism and the Bauchgefühl*), welche mit Preisen ausgezeichnet und international gezeigt werden, beschäftigt sie sich mit den Mechanismen von Sprache und Rhetorik im privaten sowie politischen Geschehen.



Schaffen wir das? Miteinander reden?

Podiumsdiskussion mit:
Björn Bicker, Amelie Deuflhard, Boris Palmer
Moderation:
Christian Römer

Christian

Römer: Schaffen wir das, miteinander reden? Oder wie Anna Mendelssohn eben gesagt hat: „You don't show up for debate you loose“. Wir wollen konkret sprechen. Das heißt, konkret von den Projekten, aus der künstlerischen Arbeit heraus und auch aus der konkreten Politikerfahrung eines Oberbürgermeisters. Die grundsätzlichen Fragen sind: Wer spricht? Wer soll und kann mit wem sprechen? Wer hat Handlungsmacht? Über was sprechen wir und was soll davon öffentlich verhandelt werden? Wie tun wir das? Und wo tun wir das? Ist das Theater ein geeigneter Ort für Gespräche auch zwischen Andersdenkenden?

Zu Beginn sehen wir einen Videoausschnitt der aktuellen Produktion: *Der Widerspruch. Ein Lehrstück* des Kollektivs NEUE DRINGLICHKEIT, aufgeführt am Tübinger Zimmertheater.

Film:

(vor einem roten Theatervorhang stehen drei Darsteller*innen dem Publikum zugewandt, es spricht Lisa, Nele und Christopher stehen daneben)

Zu Anfang von unserem Probenprozess gab's einen Konflikt zwischen Nele und Christopher, also zwischen meinen Kolleginnen und Kollegen, und die haben sich über was Inhaltliches gestritten, also haben sich nicht über mich gestritten oder wegen mir, aber ich war trotzdem dabei, also ich war im selben Raum, als sie sich gestritten haben. Und die haben sich über so was Inhaltliches gestritten, aber das ist dann eben doch ein bisschen persönlicher geworden. Und zum Glück war aber eine Konfliktpsychologin

dabei, die hat das Gespräch zwischen den beiden moderiert. Und ich glaube, das war auch irgendwie ganz gut so, weil die zwei von diesen anfänglichen inhaltlichen Themen irgendwann abrutschten in was total Persönliches und waren einfach richtig beleidigt miteinander und verletzt. Und ich war auch daneben und wollte so mitreden, aber das durfte ich dann irgendwie nicht, weil die Konfliktpsychologin das dann irgendwie so moderiert hat. Und ich fand es aber megaanstrengend, weil ich dachte, die haben halt einfach so kleine Verletzlichkeiten, die die jetzt irgendwie klären müssen, aber das Gespräch dauerte ultralange und die beiden mussten sich dann immer wieder versichern: Ja, hast du jetzt verstanden, warum ich verletzt bin? Ja, tut es dir jetzt auch wirklich leid? Ja, kannst du dich jetzt auch wirklich entschuldigen? Nein, kann ich noch nicht. Und dann ging es halt immer wieder von vorne los und immer wieder von vorne los. Das hat wirklich megalange gedauert und es war meganervig, also dabei zu sein. So. Und ich habe mir oder wir alle haben uns ja vorgenommen, dass wir für dieses Projekt hier mit ziemlich vielen Leuten reden und mit wirklich vielen Leuten, mit denen wir eine Meinungsverschiedenheit haben. So. Und ich habe das auch gemacht. Und mir ist dann irgendwann aufgefallen nach diesem Gespräch, dass es mir beim Zuhören von den beiden eigentlich so ging wie im Gespräch mit jemandem sein, nämlich dass ich oft megagenervt war. So. Ich habe schon grundsätzlich gelernt, dass man, wenn man ein gutes konstruktives Gespräch führen will, dann muss man einander zuhören, dann muss man ausreden lassen. Und dann reflektiert man das auch mal und dann bleibt man ganz ruhig dabei und ist auch freundlich. Und wenn ich das gemacht habe, aber die Person, mit der ich gesprochen habe, das nicht gemacht hat, sondern die mir dann so ihre politische Wut und ihren Ärger und den ganzen Kram entgegengehauen hat und ich dann immer ganz ruhig geblieben bin, dann hat sich das manchmal für mich so angefühlt, als wäre die Position von der Person, die andauernd rumschreit, viel relevanter und viel stärker als meine. Und ich fand es irgendwie megadoof. Und ich habe aber auch genug Gespräche geführt, in denen ich ehrlicherweise diese Gesprächsregel nicht beachtet habe, weil ich dachte, nee, das lasse

ich überhaupt nicht mir machen, meine Position ist viel besser und viel wichtiger und ich muss dich davon überzeugen, dass ich Recht habe. Und dann habe ich die ganze Zeit geredet und die andere Person wurde immer ruhiger. Und schlussendlich war es immer ein Szenario: Ich hatte keinen Bock mehr, die Person hatte keinen Bock mehr oder wir hatten gar keine Zeit mehr, weil solche Gespräche dauern megalange und die sind megalanstrengend. Und ich kann schon inzwischen verstehen, warum Leute keinen Bock haben, mit Leuten zu reden, die eine andere Meinung haben. Weil das ist einfach megalanstrengend und das ist meganervig. Und dann muss man sich immer fragen, wann habt ihr das letzte Mal in einem Gespräch einfach so eure Meinung geändert? Also ich habe voll oft meine Meinung überhaupt nicht geändert, sondern war frustriert, dass ich die andere Person nicht überzeugt habe. Und die andere Person hat versucht, mich zu überzeugen, aber ich habe doch auch keinen Bock, mich überzeugen zu lassen und mir anzuhören: Du bist doof, du bist nicht informiert. Oder. Da hättest du mal drüber nachdenken sollen. Wer hat Bock drauf, sich das irgendwie so anzuhören? Ich hatte voll oft keinen Bock drauf. Und grundsätzlich ist es halt so, wenn diese Bereitschaft, einander zuzuhören und zu reflektieren und freundlich zu sein, wenn die irgendwie nicht gegeben ist, dann kann man sich mal fragen, wozu ein Gespräch eigentlich ist. Warum denken wir eigentlich, dass ein Gespräch immer gleich eine Lösung für irgendwas ist? Weil wenn irgendwer mich einfach provozieren will, dann hat es doch gar keinen Sinn, dass ich mich von jemandem ärgern lasse.

Christian Römer: Der Widerspruch läuft in Tübingen mit Erfolg, scheint dort einen Nerv zu treffen. Amelie Deuflhard - ist der Konflikt, den die junge Performerin beschreibt, einer, den Sie kennen und teilen? Oder ist das eine Einzelmeinung, dass wir Schwierigkeiten hätten, unsere Meinung in Gesprächen zu ändern?

Amelie Deuflhard: Ich glaube, dass sich ganz viele Menschen immer in den gleichen Gruppen unterhalten und dadurch sowieso oft einer Meinung sind. Und im Gespräch die Meinung zu ändern, ist

auch nicht so einfach, weil die meisten von uns eine einigermaßen gefestigte Haltung haben. Aber ich teile nicht die Meinung, dass das schrecklich ist. Ich persönlich mag Streitgespräche. In denen ändert man vielleicht nicht die eigene Meinung - die ändert man durch andere Dinge. Zum Beispiel durch gemeinsame Erfahrungen mit Menschen, die anders sind: mit behinderten Menschen, mit Menschen, die krank sind, mit psychisch Erkrankten, mit alten Menschen, mit Geflüchteten. Ich glaube, wenn man sich neue Erfahrungsräume schafft, ermöglicht man sich und anderen, das eigene Weltbild zu überdenken, zu erweitern, Zwischenräume zu finden zwischen dem, was man vorher gedacht hat und den neuen Erfahrungen.

Christian Römer: Wie steht es mit dem Phänomen, das die Performerin beschreibt: Dass es so schwer sei, sich von seiner eigenen Meinung zu trennen?

Amelie Deuflhard: Was sie beschreibt, ist eigentlich noch ein bisschen extremer: nicht nur, dass sie sich nicht von ihrer Meinung trennen kann, sie empfindet ja auch die andere Meinung als Angriff und auch die Kritik an ihrer Meinung. Das ist natürlich schade, denn Kritik, Streit, unterschiedliche Meinungen sind ja Zeichen eines Austausches, der total interessant sein kann. Mich stellt eine Kritik an meiner Person nicht als Ganzes infrage. Und ich fühle mich in einem Streitgespräch - innerhalb bestimmter Grenzen - sehr wohl.

Christian Römer: Björn Bicker, dieselbe Frage: Ist, was der Ausschnitt zeigt, ein Phänomen unserer Zeit? Oder einfach eine persönliche Situation?

Björn Bicker: Nein, wahrscheinlich schon ein Phänomen unserer Zeit. Ich fand sehr interessant, dass sie immer wieder gesagt hat, dass das so megalanstrengend ist. Das ist etwas, was ich immer wieder beobachte, was Amelie auch schon sagte, also dass Leute tatsächlich Streit als anstrengend empfinden.

89



Warum empfinden sie das denn als so anstrengend? Also einmal, weil sie vielleicht nicht gelernt haben, zu streiten. Ich bin in einer Familie mit fünf Kindern aufgewachsen, fünf älteren Geschwistern, und da wurde permanent gestritten. Und es gab so ein paar Regeln. Irgendwie war klar, vor dem Essen besser nicht streiten, weil dann haben alle Hunger, und dann gibt es sowieso nur Mord und Totschlag. Nach dem Essen geht es einfacher.

Christian Römer: Also funktioniert Streit besser mit bestimmten Regeln?

Björn Bicker: Ja, oder in bestimmten Situationen. Für jeden Streit und für jedes Thema gibt es andere Orte, eine andere Situation: ich kann jemanden zum Essen einladen, ich kann jemanden in der Fußgängerzone ansprechen, ich kann mit jemandem Fußball spielen. Und damit werde ich zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Also muss ich darüber nachdenken, was das bedeutet. Und dann ist es vielleicht auch weniger anstrengend. Was an dem Ausschnitt auch sehr gut zu sehen ist, ist der Narzissmus, der dahintersteckt. Dieses Nicht-ertragen-Können, dass jemand eine andere Meinung hat, es auch nicht ertragen können, dass andere Menschen sich gerade streiten. Das beobachte ich heute sehr viel: dass Menschen es anstrengend finden, infrage gestellt zu sein und auch mal keine Lösung zu haben.

Christian Römer: Ist das auch etwas, was Sie in der Institution Theater beobachten?

Björn Bicker: Nein, in den Theatern erlebe ich meistens das, was Amelie schon beschrieben hat, dass Leute sowieso einer Meinung sind, unter sich sind und die Bandbreite der unterschiedlichen Meinungen nicht so besonders groß ist. Da weiß man, was einen erwartet und was man erleben wird. Es gibt Theaterleute, die dann sehr erschrocken sind

In Theatern erlebe ich, dass die Leute sowieso einer Meinung sind.

über ihnen unbekannte Wirklichkeiten, die sie in bestimmten Projekten plötzlich erleben. Für mich ist das immer wieder schockierend zu sehen, in welche Zustände Leute kommen, die vorher so wenig Kontakt zu ganz anderen Problemlagen, Lebenswelten, Erfahrungen hatten als ihren eigenen. Für mich ist das auch eine Frage der Neugierde. Also: will ich Erfahrungen machen in meinem Leben? Will ich andere Menschen tatsächlich kennenlernen? Und mich denen ausliefern? Und wie sehe ich nach so einer Erfahrung aus? Und wie sieht dann der Konflikt aus?

Christian Römer: Boris Palmer, Sie haben einen Wissensvorsprung, weil Sie die ganze Aufführung gesehen haben, Sie waren bei der Premiere. Wie schätzen Sie das ein?

Boris Palmer: Es ist tatsächlich so, dass ich den Ausschnitt nur im Kontext der ganzen Aufführung wahrnehmen kann. Deswegen möchte ich eine Szene hinzufügen und dann meine Interpretation. Nachdem

die Aufführung vorbei war, gab es eine Viertelstunde Pause, und dann wurde das Publikum gebeten, einen Stuhlkreis zu bilden, um zu reflektieren, was man in der Aufführung erlebt hatte. Neben mir saß Professor Dr. Bernhard Pörksen, ein Kommunikations- und Medienforscher, der mich fragte: „Meinen die das ernst?“ Er konnte sich das gar nicht vorstellen. Aber ja, die meinten es ernst. Aber es gibt natürlich Zuschauer*innen, die erst mal diese Form hinterfragen, glauben, das sei Ironie oder gar nicht ernst gemeint. Aber es war wirklich ernst gemeint. Und in dem Stuhlkreis war die Eröffnungsfrage: Wie schafft ihr es, euch täglich zu motivieren, damit ihr nicht depressiv werdet oder resigniert? Ich habe die Frage gar nicht verstanden, weil ich gar nicht wüsste, warum es jetzt Anlass gäbe, zu resignieren oder depressiv zu sein. Wir leben in der besten Zeit, seit die Menschheit Geschichte schreibt, eine bessere hat es objektiv nicht gegeben. Ich verstehe nicht, wie man da resignieren kann, also habe ich die Gruppe hinterher gefragt, woher das kommt. Und mein Eindruck ist: Für diese Generation – oder auch diese Szene oder Subkultur – ist der Konflikt mit Rechtspopulismus, mit der AfD, Rechtsaußen, dem Rassismus und auch die Flüchtlingsdebatte so konstitutiv wie vielleicht für die 68er die Auseinandersetzung mit dem Muff unter den Talaren. Ich dagegen komme aus einer Generation, die mit Tschernobyl, Ozonloch, Waldsterben aufgewachsen ist, also war das für mich der konstitutive Konflikt. Deswegen bin ich auch Ökologe. Und für mich ist der Konflikt mit rechts nur einer unter vielen, der gar nicht diese große Bedeutung hat. Deswegen nehme ich wahr: die Aufführung läuft gut, weil sie eine bestimmte Gruppe oder Generation anspricht, die diesen Konflikt auch als konstitutiv wahrnehmen.

Und da findet ein Gespräch „unter sich“ statt, über die Frage: Wie leben wir jetzt mit diesem konstitutiven Konflikt unserer Generation und was machen wir daraus? Ich finde das hochspannend.

Christian Römer: Sie haben einen Facebook-Post zu der Aufführung verfasst, der von der Theaterleitung als empathisch empfunden wurde. Jetzt beschreiben Sie eher: das ist vor allem für eine linke Subkultur ein schönes Erlebnis, also auch aus Publikumssicht. Ist das Theater ein öffentlicher Ort demokratischer Ausverhandlung, als den es sich begreift? Gehen Sie damit konform? Oder ist es aus Ihrer Sicht hermetisch, ein Ort einer bestimmten Subkultur oder Szene, die sich dort mit sich selbst verständigt?

Boris Palmer: Ich bin mit der schon geäußerten Analyse einverstanden, dass es in den Theatern eine relativ homogene Haltung gibt, die sehr sicher nicht repräsentativ für die Gesellschaft ist. Ich würde mal behaupten, hier und heute gibt es null Prozent

AfD-Anteile in unserer Runde, aber wenn Sie nach draußen gehen, in diese Stadt, sind Sie plötzlich bei 20. Das ist ein ziemlich großer Unterschied. So wie auch die Medienschaffenden eine eigene Kultur haben, mit einer Haltung, die sich stark vom Durchschnitt der Bevölkerung unterscheidet – was auch Probleme macht, in der Art, wie Botschaften transportiert werden –, das gilt auch für das Theater. Die Frage ist also, wie kann ich aus einem linksalternativen, bestenfalls bürgerlich-mittigen Spektrum von Meinungen heraus einen Dialog führen mit ganz anderen Bevölkerungsgruppen? Das gelingt wahrscheinlich selten. Ich finde aber nicht, dass es ein Problem darstellt, wenn wie am Zimmertheater eine Subkultur mit sich selbst in einen Dialog geht und versucht, zu analysieren, reflektieren und zu sehen, wo stehen wir denn eigentlich. Das ist ja völlig legitim. Schwieriger ist natürlich schon das Experiment, mit den anderen ins Gespräch zu kommen, die der eigenen Meinung wenig nahestehen. Ich fand es spannend, da zuzusehen, von außen, obwohl ich mich schwertue, mich einzufühlen, in diese mir schon sehr fremde Welt.

Amelie Deuffhard: Ich würde gerne mal einen kleinen Widerspruch anmelden – es kommt mir vor, als würden Sie Rassismus, Migration, Flucht als „Underground“-Themen einsortieren, nur relevant für eine Subkultur. Migration und Flucht sind eines der wichtigsten globalen Themen. Wir haben es weltweit mit 60 Millionen Migranten und Migrantinnen zu tun, mit großen Wanderungsbewegungen und Einwanderungswellen, mit Klimaflüchtlingen. Und das wird auch in der Zukunft, in den nächsten Jahrzehnten, so bleiben. Ein Off-Off-Thema ist das meiner Ansicht nach nicht.

Boris Palmer: Ich weiß nicht, was ein Off-Off-Thema ist, aber was ich sicher weiß, ist, nur für die AfD ist das das einzig wichtige Thema auf dieser Welt. Für mich gibt es viele, viele andere Themen, die genauso wichtig sind. Und dass wir nur darüber reden, finde ich eine Fehlleitung von öffentlichem Interesse und von Energie.

Christian Römer: Kommen wir auf dieses Thema zu sprechen: „Mit Rechten reden“. Eine Ihrer Erfahrungen, Amelie Deuffhard, war 2014 das Projekt *EcoFavela*, das Sie aufgrund einer Anzeige auch in einen unfreiwilligen Kontakt mit Reaktionen der AfD gebracht hat. Im Zuge dessen nahmen Sie an einem Gespräch im Thalia-Theater teil, bei dem auch Dirk Nockemann, AfD, eingeladen war. Was haben Sie aus dieser Erfahrung mitgenommen?

Amelie Deuffhard: Kampnagel ist ja ein internationales, spartenübergreifendes Haus für Performing Arts, d. h. wir machen Theater, wir machen Tanz, wir machen Musiktheater und auch Projekte im Stadtraum. Das ist unser Alltag. Und wir machen auch Projekte mit unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft, bewegen uns forschend in die Stadt und beziehen uns auf die lokalen Themen. Die *EcoFavela*, dieses performative Winterquartier für Geflüchtete, haben wir vor Pegida und vor dem Erstarren der AfD aufgebaut. Es war eine Reaktion auf die relativ kleine Gruppe der Lampedusa-Flüchtlinge, die

sich in Berlin und Hamburg politisch engagierte und Rechte eingefordert hat. Wir haben dann ein Haus gebaut, die *EcoFavela*, um für einige aus dieser Gruppe eine Winterunterkunft zur Verfügung zu stellen. Es war ein Kunstprojekt und zugleich eine Unterkunft für sechs Geflüchtete. Und wir haben damit eine Debatte über die Unterbringung von Geflüchteten aufgeworfen. Das war mal ein Projekt, das eigentlich ein bisschen zu früh kam, aber dadurch auch zum richtigen Zeitpunkt. Es kam zusammen mit den Pegida-Demonstrationen, mit der großen Flüchtlingswelle, mit dem Erstarren der AfD. Kaum war das Projekt eröffnet, stellte die AfD Strafanzeige gegen mich wegen angeblicher „Veruntreuung öffentlicher Gelder“, das ist oft der Vorwand von rechts für solche Anzeigen. Und der zweite Vorwurf war „Schlepperei“. Dieser Vorwurf suggerierte, ich hätte die Geflüchteten übers Mittelmeer geholt. Trotz dieser haltlosen Vorwürfe hat die Hamburger Staatsanwaltschaft fast zwei Jahre gebraucht, um über die Anzeige zu entscheiden. Auch durch die Anzeige hat das Projekt ein riesiges Medienecho bekommen. Alle Parteien haben sich hinter mich gestellt. Und es gab sehr viele öffentliche Diskussionen meist auch mit AfD-Mitgliedern, also Talkshows, Podiumsdiskussionen, Fernsehdiskussionen usw.

Christian Römer: Und was waren die Erfahrungen aus diesen Gesprächen?

Amelie Deuffhard: Da kommen wir zurück auf den Anfang: Können wir miteinander sprechen? Ich fand diese Gespräche sehr anstrengend, denn die, mit denen ich diskutiert habe, waren ja keine AfD-Wähler*innen, sondern typischerweise Fraktionsvorsitzende, Parteivorsitzende, also AfD-Politiker in hohen Positionen. Frauen waren übrigens nie dabei. Ich verstehe, wenn Boris Palmer sagt: nicht immer nur über Geflüchtete reden, das ist das Lieblingsthema der AfD. Aber die Problematik bei den AfD-Funktionären ist, dass sie mit einem komplett geschlossenen Weltbild antreten, in das man diskursiv nicht reinkommt. Da ist dann keine echte Diskussion möglich, weshalb die Diskussionen sehr schnell polemisch werden. Die AfD-Mitglieder, mit denen ich diskutiert habe, tarnen sich am Anfang als Wolf im Schafspelz und spätestens nach einer halben Stunde oder einer Stunde gehen diese Gespräche in polemische Beschimpfungen oder Diskreditierung über. Also ein Gespräch oder ein Austausch ist real nicht möglich mit den Funktionären, das ist meine Erfahrung.

Christian Römer: Haben Sie für sich nach diesen Erfahrungen eine eigene Regel aufgestellt, wie Sie in Ihrer Funktion mit Diskussionen mit AfD-Funktionären umgehen wollen?

Amelie Deuffhard: Also, ich gehe immer zu Diskussionen, wenn ich Zeit habe, begeben mich gerne in Streitgespräche – auch mit AfD-Funktionären. Aber Kampnagel selbst ist ein Schutzraum: für Geflüchtete, für Menschen mit Behinderung, für Menschen anderer Herkunft. Deswegen stelle ich unser Gelände, unsere Plattformen für AfD-Funktionäre nicht zur Verfügung.

Christian Römer: Björn Bicker, Sie haben kürzlich ein Stück geschrieben im Auftrag des Staatstheaters

Mainz, *Das letzte Parlament*, dem eine Recherche im rheinland-pfälzischen Landtag vorausging, dafür haben Sie Gespräche mit Mitgliedern aller Parteien geführt. Was waren Ihre Erfahrungen in diesen Gesprächen? Und würden Sie etwas zum Hintergrund des Projekts sagen?

Björn Bicker: Das war, für meine Arbeit eher ungewöhnlich, ein klassischer Stückauftrag. Und ich habe mich in Mainz umgesehen und eine ganz fantastische Konstellation entdeckt, die kann man nicht besser erfinden. Da wird das alte Parlamentsgebäude, also das „Deutsche Haus“, so heißt das, gerade renoviert, und für die Renovierungszeit von mehreren Jahren haben die das alte Gestühl des Parlaments ins Museum umgezogen. Also tagt der Landtag jetzt im Museum, was natürlich sofort eine Art von Verfremdung schafft, man schaut anders drauf und denkt sehr viel über demokratiepolitische Fragen nach. Zum Beispiel darüber, inwieweit so ein Parlament eigentlich noch ein geeignetes Instrument ist, um Menschen zu vertreten, was wird da verhandelt, wie wird das verhandelt. Dazu kommt, dass in Rheinland-Pfalz die AfD schon ein paar Jahre stark im Landtag vertreten ist. Deswegen wollte ich mit den Leuten reden, die da arbeiten, die diesen Umbruch erleben. Meine Vermutung ist auch, dass mit der AfD Leute in das Parlament einziehen, die ja eine Ablehnung dem System an sich gegenüber mitbringen. Die kommen also in dieses Parlament – und was passiert dann? Was passiert mit einem System, wenn Leute reinkommen, die das von innen heraus eigentlich ablehnen? Ich habe Interviews mit allen Fraktionen von FDP über SPD, Grüne und AfD, geführt. Und bei der AfD ist die Erfahrung ganz ähnlich zu dem, was Amelie schon beschrieben hat: Einmal war es wirklich schwer, Termine zu bekommen, weil die Leute oft wie in einer Art Trutzburg leben. Die wollen sich auch nicht gern verunsichern lassen. Das

ist der eine Fall – der andere, das genaue Gegenteil, auch sehr interessant: da kann man sich gar nicht retten vor Angeboten und Terminanfragen, was toll ist, weil sie Offenheit signalisieren wollen und zeigen: Das finden wir auch interessant. Und dann habe ich mich informell mit den Abgeordneten getroffen, zum Beispiel mit dem Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge, und sehr lange mit dem geredet. Ich gehe in solche Gespräche mit einer maximalen Offenheit, weil ich was erfahren will, weil ich wirklich wissen will, wer dieser Mensch ist und warum er macht, was er macht.

Christian Römer: Das sind nicht-öffentliche Gespräche?

Björn Bicker: Eher semi-öffentlich insofern, dass zum Beispiel jemand wie Herr Junge sich niemals allein mit mir treffen würde. Da sitzt immer jemand aus seiner Presseabteilung dabei und der führt auch Protokoll. Und eine Bedingung an mich war auch, dass ich das Gespräch nicht aufzeichne. Der hat schon zu oft die Erfahrung gemacht, dass seine Aussagen falsch zitiert oder aus dem Zusammenhang gerissen wurden. Das erleben diese Leute permanent. Und ich würde jetzt dazu raten, nicht gleich wissend zu nicken und zu sagen: Das erleben andere auch. Denn das ist speziell eine Erfahrung, die die Rechten machen, die sie auch immer weiter in ihre defensive Opferhaltung treibt, die sie eh haben. Dieser Opfermythos wird sehr gepflegt – den entdecke ich aber auch in anderen politischen Lagern, auch im Theater. Wenn Theaterleute angegriffen werden, dann sind die genauso schnell in diesem Opfermythos: wir werden jetzt angegriffen von den Reaktionären. In München erlebt man das zum Beispiel: Die böse CSU, die ist jetzt gegen das, was wir da machen. Ja, na und? Können sie doch sein, das ist ihr gutes Recht, gegen das zu sein, was ihr da macht. Dann verteidigt doch das, was ihr tut, redet mit den Leuten, geht raus. Also – ich sitze dann da mit Uwe Junge und der hat zwei Porträts in seinem Büro hängen, eines von Helmut Schmidt und eines von Erwin Rommel, dem Generalfeldmarschall, der den Afrikafeldzug der Nazis angeführt hat. Und diese beiden Porträts hängen links und rechts von seinem Sitzungstisch, und in diesem Spannungsfeld bewegt man sich da. Das drückt auch seine Strategie aus,

die sagt: Mit dem Schmidt-Bild beweise ich doch, dass ich ein Demokrat bin. Und mit dem Rommel, na ja, der Herr Junge, der war bei den KFOR-Truppen, das ist ein pensionierter Offizier. Mein Vater war auch Soldat, Offizier – und als ich das im Gespräch offenbart habe, aber auch, dass mein Vater politisch ganz anders drauf war – da hat er sich plötzlich geöffnet. Also in dem Moment, in dem ich erzählt habe, was meine eigene Geschichte ist und auch, warum ich das so irritierend finde, warum er so redet, wie er redet, und warum da überall Deutschlandfähn-

cher, die Sie empfangen, als auch solcher, die Sie senden. Ist der Opfermythos meist inszeniert – oder wirklich erlebt?

Boris Palmer: Wahrscheinlich beides. Kalkuliert, weil der rechte Opfermythos natürlich die ganzen Leute einsammelt, die sich ähnlich ausgegrenzt fühlen. Meine Erfahrung mit den AfD-Funktionären ist übrigens dieselbe wie Ihre. Das hat aber auch einen Grund, denn die wissen auch, wie politische Kommunikation funktioniert und was Leute hinter sie bringt. Aber ich erlebe ganz anderes mit der

Wie kann ich aus einem linksalternativen, bestenfalls bürgerlich-mittigen Spektrum von Meinungen heraus einen Dialog mit ganz anderen Bevölkerungsgruppen führen?

chen stehen: gerade weil mein Vater Soldat war. Am Ende dauerte das Gespräch über drei Stunden. Also das zu der Situation, dazu, wie kompliziert das ist, eine Gesprächsebene zu schaffen, ein Vertrauen aufzubauen. Ein Mitarbeiter von Herrn Junge sagte bei der Gelegenheit zu mir: „Wissen Sie, das ist immer so schlimm, wenn ich nach Hause komme oder bei Familienfeiern, ich traue mich gar nicht zu sagen, wo ich arbeite.“ Und dann lachte er und sagte: „Ach, dann sage ich meistens, ich arbeite im Widerstand.“ Ein Mitarbeiter der Fraktion der AfD im rheinland-pfälzischen Landtag, ein studierter Mann. Aber das bringt die Gefahr auf den Punkt bzw. wieder einmal den Opfermythos. Die empfinden sich tatsächlich als Widerstandskämpfer gegen ein verrottetes System. Wie soll man da ein Gespräch aufbauen? Keine Ahnung.

Christian Römer: Zum Opfermythos und wie der sich kalkuliert benutzen lässt, würde ich gern das Wort weitergeben an Sie, Boris Palmer. Sie sind mit politischer Kommunikation erfahren, sowohl sol-

Wählerschaft der AfD, soweit ich Zugang zu der habe. Und ich versuche tatsächlich, Zugang zu dieser zu finden, meistens über Facebook. Und da stelle ich fest, dass das ganz andere Gespräche sind als mit den Funktionären. Und ich glaube, diese Trennung müssen wir immer machen. Wir können meinetwegen gerne AfD-Funktionäre bekämpfen, warum nicht? Die bekämpfen ja auch grüne Funktionäre. Das ist normal im politischen Geschäft. Aber Wählerschaften zu bekämpfen, zu beschimpfen, auszugrenzen, zu stigmatisieren, abzuwerten, herabzusetzen, das hat immer nur einen sicheren Effekt: dass die nicht zurückkommen. Und das kann man nicht ewig machen, weil irgendwann hat man so viele ausgegrenzt, dass die in der Mehrheit sind. Und diesen Mechanismus, glaube ich, sollte man bedenken. Deswegen gibt es für mich drei Gruppen. AfD-Funktionäre, deren Wählerschaft. Und die letzte Gruppe: die linke Seite



des Spektrums. Was Sie mit der hermetischen Abgeschlossenheit des Weltbilds beschreiben, in das man mit Diskussionen nicht hineinkommt, das gibt es auf der anderen Seite auch. Ich erlebe das deswegen so heftig, weil ich in dieser Migrationsfrage quasi der Verräter, der Häretiker oder was auch immer bin, indem ich sehr offensiv und kritisch und deutlich Probleme mit Flüchtlingen, wie sie auftreten, anspreche. Und das allein reicht, dass ich von der linken Seite des Spektrums in einer Weise ausgegrenzt, attackiert, stigmatisiert, beschimpft werde – ob „grün-welk“, „braun“, „Nazi“, „Rassist“, das habe ich ungefähr dreißigmal jeden Tag auf meiner Facebook-Seite stehen. Diese Leute reflektieren nicht, dass sie, wenn sie schon anfangen, grüne Oberbürgermeister zu den Nazis zu schicken, irgendwann eine ziemlich kleine Minderheit im eigenen Land sein werden und dass man solche Verbündete wie mich wahrscheinlich noch halten sollte. Ich glaube, man darf als Demokrat keine Selbstermächtigung für sich in Anspruch nehmen für die Regeln im Umgang mit anderen Mitgliedern in der gleichen Demokratie. Und das ist ein Grundfehler, der in dieser Debatte immer gemacht wird, den Björn Bicker auch beschrieben hat. Sobald es gegen die AfD geht, sind plötzlich ganz andere Regeln akzeptiert. Warum? Weil man ja weiß, man ist auf der Seite der Guten, die andern sind die Bösen. Deswegen kann man zum Beispiel sagen: die nehmen nicht teil an Debatten, die kommen nicht auf Podien, die dürfen nicht ins Fernsehen, die kriegen keinen Platz im Präsidium usw. Das heißt, akzeptierte Regeln werden außer Kraft gesetzt, weil man glaubt, man habe eine moralische Rechtfertigung gegenüber dieser schlechten Haltung und Meinung, die das irgendwie begründen könnte.

Christian Römer: Na, im Fernsehen sieht man sie ja oft genug.

Björn Bicker: Also die Analyse würde ich auch nicht teilen.

Boris Palmer: Die Phase ist jetzt vorbei, weil sie jetzt in allen 16 Landtagen sind. Aber den Versuch, die Regeln zu ändern und zu bestimmen: die kommen gar nicht vor, den gab es. Und diese Versuche sind das stärkste Selbstbestätigungselement für deren eigene Identität als angebliche Opfer. Deswegen ist die oberste Prämisse für mich immer Dialog auf Augenhöhe. Ich darf die Regeln nicht außer Kraft setzen wegen scheinbarer eigener moralischer Überlegenheit.

Björn Bicker: Ich würde Ihnen grundsätzlich Recht geben, da ist man bei dem kleinen Ausschnitt aus dem Zimmertheater, bei „megaanstrengend, das ist halt megaanstrengend“. Ich glaube aber, dass Sie der Erzählung der Rechten damit auch auf den Leim gehen, weil natürlich diese Floskel „Man wird ja noch sagen dürfen“ oder „Jetzt darf man ja nicht mal mehr das und das sagen“, die ist ja meistens falsch. Die AfD-Funktionäre wurden mittlerweile ja überdurchschnittlich viel in Talkshows eingeladen. In Kultureinrichtungen, da haben Sie vollkommen Recht, da ist es anders, da wurden sie bislang eher rausgehalten. Aber nochmal anders angefangen: Es gibt dieses Auseinanderdriften der Gesellschaft, und im rechten Spektrum gibt es Leute, die das,

was wir so schätzen, nämlich unser demokratisches Zusammensein, ablehnen und bekämpfen wollen. Das ist ganz klar, liegt ganz offen. Und die Frage ist: Wie weit gehen wir darauf ein? Also mit wem reden wir noch? Und bei wem sagen wir: bis hierhin und nicht weiter. Das ist eine offene Gesellschaft, in der wir leben, und die war noch nie so offen wie im Moment und auch zivilgesellschaftlich noch nie so stark aufgestellt. Das haben wir ja 2015 gesehen, als unglaublich viele Menschen und Initiativen sich um Geflüchtete gekümmert haben, alles dann doch recht gut funktioniert hat, dank Leuten wie Boris Palmer zum Beispiel, die auf lokaler Ebene Lösungen gefunden haben. Aber die Menschen, die sich aus dieser Demokratie, aus dieser Offenheit rausbewegen und die sogar massiv ablehnen, abschaffen wollen – wie gehen wir denen um?

Christian Römer: Also: Wo ist Ihre rote Linie? Amelie Deuflhard sagt: Keine Plattform bei mir im Haus.

Björn Bicker: Ich habe für meine Arbeit überhaupt keine roten Linien. Ich rede mit jedem. Ich habe lange in dem Feld der Religionen recherchiert die letzten Jahre und mit Religionsvertreterinnen und -vertretern aller Religionen, aller Ausrichtungen gesprochen. Da begegnet man evangelikalen Christen beispielsweise, die haben Vorstellungen von Demokratie, da würden Sie sofort vom Stuhl fallen. Die bezweifeln die Evolution, die wollen keine Sexualerziehung für ihre Kinder, die stellen unsere Demokratie infrage usw. Aber ich finde es wichtig, auch mit diesen Leuten zu reden und zu versuchen, irgendwie ins Gespräch zu kommen. Dann entsteht eine Art von Vertrauen. Deswegen habe ich in meiner Arbeit überhaupt keine Linien. Das hat aber, und darauf will ich eigentlich hinaus, damit zu tun, dass ich mir meiner Sache ziemlich sicher bin. Und: Ich habe festgestellt, dass egal, ob ich mit Muslimen, mit Christen, mit Hindus oder sonst wem rede, wenn ich mit Leuten spreche, die in ihrem eigenen Glauben relativ gefestigt sind, die damit aufgewachsen sind, die sich auch auskennen mit ihrer eigenen Religion, die haben in der Regel überhaupt kein Problem mit Andersgläubigen. Die, die sozusagen aus einer unsicheren Position kommen, die selbst verunsichert sind, die haben permanent das Bedürfnis, die anderen auszugrenzen. Dasselbe gilt für Demokratie, glaube ich. Wenn ich mir selbst darüber klar bin, woran ich glaube, was für mich Demokratie bedeutet und was ich dafür tun würde, dann halte ich ziemlich viel aus. Aber nochmal, weil mich Ihre Antworten auf die Frage interessieren: Wie gehen wir mit den Leuten um, die die „demokratische Scholle“ verlassen haben? Was machen wir?

Boris Palmer: Für mich ist der Maßstab die Frage: auf wen können wir wirklich verzichten in unserer Gesellschaft. Auf Leute, die unsere Gesellschaft umstürzen wollen, in eine neue nationalsozialistische Diktatur umwandeln wollen, können wir gut verzichten. Die zu verlieren macht nichts, die sind nämlich nicht rückholbar. Aber ich möchte auf keinen verzichten, den wir für unsere demokratischen Staatsform noch gewinnen können und der nicht verloren und noch ansprechbar ist. Aus dieser Überlegung heraus halte ich den Kreis der Tabus eng. Das heißt, ich

mache wirklich erst dann absolut dicht und zu, wo ganz erkennbar dieser Zustand eingetreten ist: nicht zu retten. Und wir hatten immer drei Prozent Nazis oder fünf, ich weiß es nicht. Die interessieren mich aber nicht. Anders gesagt, zu einem echten Nazi zu sagen: Mit dir Nazi rede ich nicht, ist richtig. Aber bei allen anderen bleibe ich im Dialog und versuche herauszufinden, wo ist der Ansatzpunkt, was betrifft den. Also ganz grob: 3 Prozent sind echte Nazis und 20 Prozent sind irgendwie AfD-affin – mehr oder weniger unterschiedlich je nach Bundesland, aber das ist nicht so falsch, diese Beschreibung. Und unter den AfD-affinen sind z. B. Migrant*innen, die fragen: wieso habe ich mich 30 Jahre anstrengen müssen, um Teilhabe zu bekommen und anzukommen – und

Ich darf die Regeln nicht außer Kraft setzen wegen scheinbarer eigener moralischer Überlegenheit.

die Geflüchteten kriegen jetzt alles frei Haus geliefert? Und die ehrenamtliche Unterstützung hatte ich nie. Oder: wieso kriegen die jetzt eine neu gebaute Wohnung? Das mussten wir in Tübingen für 1000 Leute machen, weil nichts da war, und für die, die schon Jahrzehnte hier leben, gibt es dann auf der Warteliste für Sozialwohnungen Platz 700? Das sind alles sehr konkrete Erfahrungen, die, wenn sie offen und direkt geäußert werden, sofort zu dieser Reaktion führen: Das zu sagen, ist ja rassistisch und fremdenfeindlich. Aber wenn man versucht zu verstehen, was das Problem der Leute ist, entsteht ein Dialog, bei dem man feststellt, die sind rückholbar, die sind erreichbar. Deswegen sage ich, wir sollten sehr zurückhaltend mit der Tabuisierung und der Ausgrenzung sein, um nicht Leute wegzuschieben, die man behalten könnte. Das ist meine rote Linie.

Christian Römer: Und was sind die Tabus? Wo genau ist Schluss?

Boris Palmer: Ich habe es an dem Beispiel offensive Feindlichkeit gegenüber Demokratie und Pluralismus benannt. Wenn einer wie der Gauland sagt: „Wir holen uns unser Land zurück“, dann ist für mich Schluss. Ich kann mit dem Mann reden, weil er Vorsitzender der AfD ist, muss ich wohl, aber ich diskutiere nicht über die Frage, ob diejenigen, die bisher das Land regiert haben, nicht zum Volk gehören. Das ist einfach ein Tabu, da geht nichts mehr. Das ist die Form der Ausgrenzung, die keinen weiteren Diskurs zulässt.

Amelie Deuflhard: Ich glaube, wir müssen auch die Menschen miteinander ins Gespräch bringen, die sonst nicht miteinander sprechen. Das ist auch eine moderierende, eine politische Aufgabe für die Theater und Kunstorte allgemein. Was den Dialog verhindert, ist ja, dass man die Gruppen trennt: Hier sind die Geflüchteten, hier sind die Sozialhilfeempfänger oder Arbeitslosen oder Menschen mit niedrigem Einkommen. Und wie bringen wir die auch untereinander ins Gespräch? Denn wenn man

dieses Gespräch schafft, entsteht plötzlich was ganz anderes. Wenn Leute z. B. die Patenschaft für einen Geflüchteten übernehmen, dann entsteht plötzlich ein Dialog und auch eine Integration in ein anderes Milieu, eine neue Offenheit.

Boris Palmer: Da war mir jetzt zu viel Hoffnung drin. Ein Widerspruch: Es gibt neuere Studien, die zeigen, dass in relevanter Anzahl der Fälle der engere Kontakt mit Geflüchteten zu großer Entfremdung, Frustration und Resignation führt. Ein großer Anteil der Ehrenamtlichen hat aufgehört, weil sie Leute kennengelernt haben, bei denen nur Frustration oder Resignation übrigbleibt. Nicht immer ist das Kennenlernen des Fremden ein so hoffnungsvoller Vorgang, wie gerade von Ihnen beschrieben.

Björn Bicker: Das ist eine sehr komplizierte Gemengelage – es gibt auch Frustrationen von Helferinnen und Helfern, die von den Behörden ausgelöst werden, also bei denen, die sich um Leute kümmern, die abgeschoben werden sollen.

Ich glaube auch, wie Amelie sagt: wenn Menschen zusammenkommen und sich kennenlernen, dann entstehen entspanntere Situationen und man kann Probleme besser lösen. Ich glaube, worüber wir sprechen müssen, ist, dass wir in einer Gesellschaft leben, die in gewisser Weise kein Zentrum mehr behaupten kann, sondern die sich zusammensetzt aus vielen verschiedenen Gruppen, Milieus, die alle in den letzten Jahren angefangen haben, ihre Interessen einzuklagen, die auch ein Stück vom Kuchen haben wollen. Das funktioniert, so ist zumindest meine Erfahrung, im Alltag auch meistens ganz gut. Zum Beispiel im Fußballverein meiner Tochter: da ist es sehr divers. Alle Eltern wollen, dass die am Wochenende ihr Spiel gewinnen. Dieses Organisieren von Vielfalt, dieses Organisieren von unterschiedlichen Leuten, die jetzt an diesem Tisch sitzen und mitreden wollen, dieses Aushandeln, das ist die Aufgabe von Politik, dafür eine Form und die richtige Sprache zu finden.

Christian Römer: Sprache ist ein gutes Stichwort. Boris Palmer: Sie sprechen mit allen auf Ihrem Facebook-Kanal und nennen es einen Dialog. Der Eindruck, den ich hatte, ist eher der einer unglaublichen Masse von Monologen, die parallel stattfinden. Weil Dialog ja erfordern würde, dass ich auf den anderen/die andere wirklich antworte und umgekehrt. Was ich auf Ihrem Kanal sehe, ist natürlich liken, sharen, posten, aber kein echtes Gespräch. Glauben Sie, dass Facebook weiterhin für Sie als Kanal wirklich nützlich ist, um sich mitzuteilen, um Politik mitzuteilen?

Boris Palmer: Ich bin einverstanden, Dialog ist ein Euphemismus für das, was dieses Textkonvolut darstellt. Ich habe noch kein passendes Wort gefunden. Es ist ein neues Phänomen, nebeneinander gestellte Monologe. Dann sind es aber in einem Thread 700



Monologe nebeneinander, also nicht nur drei wie auf dem Theater. Und dadurch wird es wieder vielfältig und irgendwie auch diskursiv, wenn man sich Zeit nimmt, das durchzugehen. Es ist ambivalent im Ergebnis, aber als Oberbürgermeister bin ich halt von extremem Pragmatismus geprägt: ich muss jeden Tag Entscheidungen treffen, die müssen funktionieren. Das ist der Maßstab. Das ist in der Exekutive so. Dass es im Parteiprogramm gut aussieht, reicht nicht. Wenn es nicht funktioniert, kommt es am nächsten

Die sozialen Medien prägen die politische Meinung von Menschen nicht, sie verstärken sie.

Tag wieder zurück auf meinen Tisch. Und in meiner schönen Stadt mit fünf Prozent AfD-Wähleranteil bei den letzten beiden Parlamentswahlen, jeweils die geringsten Ergebnisse in ganz Baden-Württemberg, habe ich gar keine Chance, mit den Leuten, die das wählen, in Kontakt zu treten, weil ich die nicht finde. Beim Durch-die-Stadt-Gehen, da outet sich ja keiner. Ich habe noch keinen einzigen getroffen, der mir offen sagt, „Ich wähle die AfD.“ Wenn ich überhaupt Kontakt zu dieser Denkweise finden will, geht es nur über die Distanz und Anonymität des Internets. Und ich finde es gut, diesen Zugang zu haben, bzw. ihn nicht zu haben, halte ich für ein Problem. Und ich habe auf meiner Facebook-Seite etwas, was sonst relativ wenig stattfindet, nämlich tatsächlich die ganze Bandbreite von links bis rechts mit viel Mitte da drin, die vielleicht mehr liest statt schreibt. Wenn jemand sehen will, wie extrem unterschiedlich die Auffassungen zu einer bestimmten Thematik sind, kann er das auf meiner Seite ziemlich gut nachlesen. Er findet sozusagen die Kernaussagen der jeweiligen Milieus und Gruppen unverbunden nebeneinander. Ich finde, das ist eine Qualität, wenn auch ambivalent.

Christian Römer: Sie meinen, es gibt noch ein zweites Publikum, das beobachtet?

Boris Palmer: Das Leser-Publikum, ja, das ist immer viel größer als die Akteure. Das ist nicht anders als im Theater. Für mich das ist eine Qualität. Aber ich stelle fest, dass es von vielen als geradezu schmutzig empfunden wird. Also die Tatsache, dass ich diesen vielen Rechten das Forum gebe, von meinen 45.000 Lesern, dass die da was sagen dürfen, ohne sofort rauszufliegen, gelöscht zu werden, blockiert zu werden, ist einer der Hauptvorwürfe, der mir gemacht wird. Für manche bin ich damit Teil der dunklen Seite der Macht. Wenn das aber so ist, dass du nur dadurch, dass du zulässt, dass die mitreden, auf die andere Seite geschoben wirst, dann hast du echt ein Problem für die öffentliche Debatte. Denn letztendlich heißt das ja, die Leute wieder sich selbst zu überlassen.

Christian Römer: Ich hatte den Eindruck, dass es auch Lockangebote von potenziellen AfD-Wählerinnen und -Sympathisanten gibt, die permanent versuchen, Sie in Affirmation mit ihren Ansichten zu bringen.

Boris Palmer: Natürlich gibt es das. Es gibt immer Versuche, einen zu instrumentalisieren und einzusetzen. Das kann ich nicht immer hinreichend identifizieren, dazu müsste ich das Profil untersuchen, gucken, was hat der für einen Hintergrund. Dafür habe ich schlicht nicht die Zeit. Da würde mir eigentlich eine professionelle Moderation guttun, das sind Defizite, das Problem erkenne ich. Aber ich halte es für untergeordnet. Wenn jemand mich unterstützen will, kann er ja da eingreifen und zusätzlich recher-

chieren und ergänzende Informationen hinstellen. Das würde die Sache verbessern. Stattdessen werde ich meistens verantwortlich gemacht für das, was die da hingeschrieben haben. Und das bin ich nun mal einfach nicht.

Amelie Deuflhard: Da habe ich eine kleine Nachfrage. Ich habe jetzt nicht alle Ihre Facebook-Posts gelesen. Aber ich habe schon das Gefühl bei denen, die ich gelesen habe, dass ja auch Sie der AfD Zuckerstücke hinwerfen und dass Sie dafür kritisiert werden, dass die AfD Ihren Posts gelegentlich zustimmt. Es gibt ja einige Themen, z.B. Grenzpolitik, die Sie recht offensiv und auch populistisch verarbeiten. Und deswegen die konkrete Frage: Ist der Vorwurf, dass die AfD Ihren Posts zustimmt oder, dass sie diese ablehnt?

Boris Palmer: Also der Vorwurf ist, dass da Sachen von rechts geschrieben werden, die man nicht lesen will. Und dass die mir zustimmen. Und das bedeutet für viele: Palmer ist einer von den Rechten. Wenn das freundlich formuliert wird, wie Sie das jetzt gerade machen, ist das ja auch in Ordnung, aber was mich sehr stört, sind die Formulierungen, wie jetzt gerade, „Zuckerstücke“, dahinter steckt die Annahme, dass

das nicht meine echte Meinung sei, dass es versteckte Motive gäbe, etwa sich bei der AfD anzubiedern oder bei deren Wählerschaft. Aber ich bin wirklich für eine ganz klare Grenzsicherung im Mittelmeer. Auch wenn manche sich das nicht vorstellen können. Ich könnte jetzt ausführlich begründen, warum, das würde aber vom Thema wegführen. Und es geht mir um diese Reaktion darauf, die unterstellt: Das sagt der nur, weil er Beifall von der AfD will. Aber es ist umgekehrt: Ich will mein Reden, mein Handeln, meine Haltung nicht davon abhängig machen, ob da jetzt die AfD Beifall klatscht oder meine Parteifreunde. Das kann doch nicht der Maßstab sein. Der Maßstab muss doch sein, was für mich richtig und was falsch ist. Und das steht tatsächlich in Teilen im Widerspruch zu meiner Partei. Aber ich mache das nicht, weil ich irgendjemandem hinterherlaufe, sondern eher, weil ich sage, wo ich hin will.

Björn Bicker: Es könnte sein, dass Sie die Macht des Mediums Facebook oder allgemein Social Media etwas unterschätzen. Denn das ist natürlich so, dass Sie zum Gewährsmann für bestimmte Positionen werden, auch wenn Sie nichts dafür können. Also nach dem Motto: „Der Palmer sagt das doch auch, und der ist doch ein Grüner, kann so falsch also nicht sein.“ Roberto Blanco hat auch kein Problem, wenn man „Neger“ sagt. Und der ist doch auch ein Schwarzer. Dann darf ich das doch auch ... Das ist eine rhetorische Figur, und die multipliziert sich dann unendlich im Netz. Der von Ihnen schon erwähnte Bernhard Pörksen beschreibt das auch: Die sozialen Medien prägen nicht die politische Meinung von Menschen, sie verstärken sie. Wir alle bestärken auf Facebook unsere eigene Meinung. Insofern ist es vielleicht ein bisschen naiv zu glauben, man könne mit solchen Aussagen tatsächlich einen Diskurs oder Dialog anregen. Ihr Parteigenosse Robert Habeck

hat ja genau aus dem Grund von „intellektueller Verwarlosung“ gesprochen, und davon, dass er selbst auch zu anfällig sei für diese Dynamiken von Narzissmus, von Suchtverhalten. Übrigens auch ein Thema, worüber Politikerinnen und Politiker viel zu wenig sprechen: sich verletzlich machen und zugeben, dass sie nicht unfehlbar sind. So wie Habeck das mit Facebook gemacht hat. Und da müssen wir uns auch gegenseitig unterrichten. Ich habe Lebensphasen, in denen ich das kann und das aushalte, und Lebensphasen, in denen es überhaupt nicht funktioniert. Ich habe zum Beispiel mal auf Facebook einen Text geschrieben über diese Talkshows über „den Islam“, die schon im Titel islamophob sind, und immer nur dazu führen, dass die immer gleichen Vorurteile durchgekauert werden. Es werden auch immer dieselben langweiligen Experten eingeladen. Und durch irgendeinen Zufall ist mein Text viral gegangen, auf Facebook. Ein *Spiegel*-Journalist hat meinen Text auf *Spiegel Online* gepostet, und los gings. Zum Glück gab es auch noch ein paar andere Menschen, die sich auch in diese Richtung geäußert haben. Und dann gab es, vielleicht erinnert sich der eine oder andere, eine ziemlich große Debatte darüber, dass diese Talkshows endlich damit aufhören sollten, in dieser Weise über den Islam und über Muslime zu sprechen. Und auf meiner Facebook-Seite kam plötzlich von zwei Seiten totaler Beschuss. Ich habe mir mal die Mühe gemacht, das nachzuerfolgen, wie die Rechten eigentlich auf meine Seite kommen. Und die kamen zum Teil über die Seite von Seyran Ateş in Berlin, die nichts Besseres zu tun hatte, als auf ihrer Homepage und auf ihrem Facebook-Profil zu posten: Ach, dieser Theaterfuzzi hat jetzt geschrieben, wir dürfen nicht mehr über den Islam sprechen. Und irgendwelche Nazis lesen offenbar die Seite einer liberalen Muslima und nehmen die



als Gewährsfrau, um ihre beknackten Thesen gegen den Islam zu legitimieren. Mein Beitrag hat am Ende überhaupt keinen Sinn mehr gemacht: jeder war am Ende wieder in seiner eigenen Position bestärkt. Das ist doch traurig.

Christian Römer: Ein Oberbürgermeister hat auf Facebook einen anderen Adressatenkreis als ein Theater, als eine Kulturinstitution. Werden Sie auf Facebook bleiben, Boris Palmer?

Boris Palmer: Ja, ich denke, dass ich als Oberbürgermeister für alle erreichbar sein soll und alle adressieren muss. Ich kann es mir nicht leisten, zum Beispiel nur Theaterpublikum anzusprechen und den Rest der Bevölkerung, also den größeren Teil, nicht. Und bei allem, was Sie sagen, bei aller berechtigten Kritik, kann man trotzdem nicht in Abrede stellen, dass die Reichweite sehr groß ist. Man kommt mit sehr vielen Leuten in Kontakt – ich sage nicht: ins Gespräch, aber in Kontakt kommt man, auf die eine oder andere Art und Weise.

Die anderen Kanäle haben auch ihre jeweils eigenen Schwächen. Ich könnte Ihnen jetzt ausführlicher erläutern, was für Probleme ich mit meiner Tageszeitung erlebe, was da falsch ist, nicht rüberkommt, ausgeklammert wird. Ich könnte Ihnen auch erklären, warum Bürgerversammlungen in Wahrheit aristokratisch-elitäre Zusammenkünfte sind, zu denen ein Großteil der Bevölkerung gar nicht auftaucht und auf denen die, die sich gut ausdrücken können und einen hohen Sozialstatus und Einfluss haben, im Wesentlichen bestimmen, wo die Diskussion hinläuft. Das hat überhaupt gar nichts mit Basisdemokratie zu tun, wenn Sie alle einladen und nur 200 von 90.000 Bürger*innen im Saal sind. Trotzdem muss man das machen. Bei Facebook sehe ich auf der Habenseite diese große Reichweite zahlenmäßig und richtungsmäßig, die ich anders nicht erreiche. Und solange das der Be-

nefit ist, glaube ich nicht, dass man verantwortlich darauf verzichten kann. Wenn das alles abgeschaltet wird, ist es mir egal. Aber solange es da ist, kann man sich nicht davon verabschieden.

Björn Bicker: Das glaube ich auch, aber man könnte trotzdem daran arbeiten, wie diese sozialen Medien gestaltet sind, auch rein technisch, algorithmisch. Die Beschreibung der Bürgerversammlung finde ich interessant fürs Theater, 200 Leute von 90.000, das kennen Theaterleute ja ganz gut. Trotzdem glauben Theaterleute immer, sie reden für alle und über die großen Themen. Dabei ist das nur eine ganz kleine Minderheit von Leuten, die sich überhaupt diese Stücke anschauen. Ich finde das extrem unbefriedigend und ärgerlich geradezu, auch, weil diese Ressource so enorm ist, damit könnte man viel mehr machen, für viel mehr Menschen.

Christian Römer: Wie würde das gehen, wie skaliert man Theater?

Björn Bicker: Zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Communities, deren Mitglieder sich jetzt kein Abo fürs Thalia-Theater kaufen würden. Man muss Angebote schaffen, man muss Formen schaffen, mit denen man eine andere Öffentlichkeit herstellt, eine Öffentlichkeit der Diversität. Das hört sich gut an, ist aber ganz schön schwer.

Christian Römer: Können Sie das anhand Ihres Projektes *New Hamburg* noch mal beschreiben?

Björn Bicker: *New Hamburg* war ein Stadtprojekt zu Beginn der Intendanz von Karin Beier, für das das Hamburger Schauspielhaus auch ziemlich viel Geld zur Verfügung gestellt hat. Zu Anfang war völlig offen, wo es hingehen soll. Und dann bin ich aus verschiedenen Gründen in Hamburg in einem Stadtteil gelandet, der heißt die Veddel, ein kleiner Stadtteil zwei S-Bahn-Stationen vom Hauptbahnhof entfernt, ein sehr armer Stadtteil, sehr viele benachteiligte

Menschen, Menschen, die Hartz-IV bekommen oder sogenannte „Transferempfänger“ sind. Außerdem ein sehr migrantischer Stadtteil. Dort gibt es auch eine Kirche, aber die hat eigentlich keine Gemeinde mehr oder hatte damals keine mehr. Und der evangelische Pfarrer hat dann gesagt: Was machen wir mit diesen tollen Räumen? Und wir haben gesagt, wir könnten ja mithelfen, die Kirche für den Stadtteil zu öffnen. Und der Pfarrer war begeistert davon, alle einzuladen, egal welcher Religion oder Herkunft. Und

und schaffen es, nicht mehr nur für die Eliten Kunst zu machen? Dafür muss man aus meiner Sicht eben auch die Stoffe ändern.

Björn Bicker: Ja, das ist der Punkt.

Amelie Deuffhard: Man muss andere Stoffe bringen, andere Darsteller bringen, Stoffe auch aus anderen Kontinenten und Ländern. Und dann muss man auch noch den Transfer schaffen, die Diaspora ansprechen. Das ist sehr kompliziert. Aber so ein Projekt wie *New Hamburg* war ein Anfang vom

Das Einzige, was uns in dieser extrem pluralistischen Gesellschaft zusammenhalten kann, ist konstruktiver Streit.

so haben wir angefangen, gemeinsam Projekte zu entwickeln für diesen Ort, künstlerische Projekte, soziale Projekte, Vernetzungsprojekte mit Flüchtlingsunterkünften, es wurde ein Café gegründet, es wurde Theater gemacht und all diese Dinge.

Christian Römer: Das ist auch langlebiger als eine Aufführungsserie.

Björn Bicker: Wir haben ungefähr zwei Jahre gearbeitet, dann gab es ein großes Festival, bei dem wir die Projekte gezeigt haben. Schließlich wurde das übergeben an ein Komitee aus dem Stadtteil. Und das gibt es jetzt seit fünf Jahren, dieses Projekt. Der Raum ist als ein Community-Art-Center in diesem Stadtteil etabliert, in dem sich verschiedene Communities treffen, gemeinsam Dinge tun, mal besser, mal schlechter. Institutionen wie die Kirche haben ja das gleiche Problem wie das Theater, dass sie aus ihrer eigenen Homogenität nicht rauskommen, obwohl die Gesellschaft sich extrem verändert hat. Das Projekt auf der Veddel steht auch permanent auf der Kippe, die Beteiligten sagen eigentlich alle: Wir können das nicht mehr weitermachen, weil das Theater nicht mehr so richtig Lust hat und sich auf das angebliche Kerngeschäft beruft: „Hamlet“ auf der großen Bühne. Und die Kirche sagt: Das ist nur so ein C-Standort, so richtig Geld können wir da auch nicht reingeben. Also – die Lust darauf, Räume für Begegnungen zu schaffen, ist komischerweise nicht so groß.

Amelie Deuffhard: Bei dem Projekt ist es ja symptomatisch: am Anfang kam ordentlich Geld rein, dann wurde es rausgenommen. Dabei wäre eigentlich nach zwei oder drei Jahren die Frage gewesen: Wie schaffen wir jetzt auch einen Transfer zurück ins Theater? Wie schaffen wir auch eine Synergie zwischen dem Theaterraum und dem, was da draußen passiert ist? Das ist aus meiner Sicht eine der ganz großen Aufgaben für die Zukunft auch dieser Theaterräume. Es gab ja in den 1970er-Jahren schon mal diese Bewegung „Kultur für alle“. Es ist an der Zeit, diese wieder neu zu denken. Wie schaffen wir eine Anwendung auf eine Einwanderungsgesellschaft, in der wir längst leben? Wie schaffen wir das Neu-Denken einer Klassengesellschaft, in der wir auch leben,

Schauspielhaus. Aber dann wurde es leider nicht nachhaltig gefördert.

Björn Bicker: Ich glaube, es gibt einen Paradigmenwechsel. Dieser Hilmar-Hoffmann-Slogan „Kultur für alle“, den müsste man wiederbeleben mit einer kleinen Änderung.

Christian Römer: Und zwar?

Björn Bicker: Nicht mehr „Kultur für alle“, sondern „Kultur mit allen“. Das ist ein großer Unterschied, ob ich – überspitzt gesagt – mit so einer kolonialistischen Haltung sage: Meine Kultur hier, die ich als weißer Mittelstandsmensch entwickelt habe, die soll alle beglücken, und alle müssen nur genug davon kriegen, dann werden das schon alles gute Menschen. Oder ob ich den Kulturbegriff in Frage stelle: Was ist Theater? Was ist gute Musik? Was ist Kunst? Und das hat auch was mit den Menschen zu tun, die im Theater und in der Kunst bisher nicht vorkommen. Man muss die Ressourcen auch anders verteilen und neu über die Struktur von Theatern, von Kulturförderung nachdenken. Ich habe den Eindruck, das haben weder die Theater noch die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker wirklich auf dem Schirm, dass das eine dringende Aufgabe ist. Es gibt dieses tolle Buch von Aladin El-Mafaalani, *Das Integrationsparadox*. Das ist wirklich eines der besten Bücher der letzten 20 Jahre zum Thema Migration, Integration, denn der Autor dreht die Narration einfach um. Der sagt: Wir leben in einem Land, in dem Integration, in dem die Veränderung der Kultur eigentlich wahnsinnig gut funktioniert. Die Tatsache, dass wir zum Beispiel darüber sprechen, ob Lehrerinnen, Juristinnen, Richterinnen ein Kopftuch tragen sollten oder nicht, ist ein gutes Zeichen. Vor 20 Jahren waren die nämlich alle noch Putzfrauen und da hat die Frage keinen interessiert. Jetzt hat sich die Situation aber verändert, und sehr viel mehr Menschen sitzen jetzt mit am Tisch, und die haben ein gutes Recht zu sagen: Ich würde gerne was anderes im Theater sehen. Ich würde das gerne mit anderen Künstlern sehen. Da müssen wir hinkommen. Und das ist Aufgabe von Politik, aber auch Aufgabe von den Theatern.



Christian Römer: Wir haben noch eine Viertelstunde Zeit, deshalb werden wir jetzt für das Publikum öffnen.

Arne Vogelgesang: Erst mal vielen Dank, auch für das Video am Anfang, was, finde ich, ein Super-Spiegel war, diese Schilderung der Frustration, die sich einstellt, wenn man anderen Leuten beim Diskutieren zugucken muss. So habe ich dieses Podium jetzt auch erlebt. Ich finde es ein Problem, dass auf der Bühne Menschen sitzen, die darüber reden, wie man andere Menschen in irgendwas inkludiert, die wieder mal nicht selbst da sind oder auf dem Podium sitzen, das ist augenfällig. Und was mich verwundert hat in der Diskussion, ist dieser tiefe Glaube daran, dass gesellschaftliches Gespräch so eine Art therapeutische Funktion hat und dass alle miteinander

Nicht mehr „Kultur für alle“, sondern „Kultur mit allen“.

reden müssten, unbedingt. Ich sehe die Position einerseits aus den sozialen Medien kommend, wo plötzlich alle was sagen können, andererseits kenne ich das als Herrschaftstechnik von Firmen, die halt alle in irgendein Gespräch miteinander bringen, um ihr Ding gut machen zu können. Aber das ist keine Idee der parlamentarischen Demokratie, sondern letztlich eine populistische. Und das wurde in dieser Runde nicht reflektiert, die die ganze Zeit ein „Wir“ der Mitte aufruft, das sich als das demokratische „Wir“ setzt, das ich aber beim Zuhören als eine tatsächlich immer kleiner werdende Gruppe empfinde, die sich miteinander über die Herrschaftstechniken verständigt, um ihre Privilegien zu behalten, die es ihnen erlauben, genau solche Diskussionen zu führen. Danke.

Boris Palmer: Wir haben da eine Meinungsverschiedenheit, eine ziemlich scharfe. Ich will Ihnen sagen, warum ich glaube, dass wir hier über das richtige Thema gesprochen haben, und warum Ihre Vorstellung von Demokratie und Populismus mit meiner nichts zu tun hat. Ralf Dahrendorf, der auch in Tübingen gelehrt hat, hat den schönen Satz von der Integration durch Streit geprägt. Mir geht es nicht um therapeutische Wirkung. Ich will niemanden in politischen Diskussionen therapieren. Also allein diese Unterstellung, dass man andere als erst mal irgendwie heilungsbedürftig ansieht, weil sie eine andere Meinung haben, ist mir vollkommen fremd. Ich will niemanden therapieren, wirklich nicht. Was ich aber glaube, ist, dass eine pluralistische Demokratie mit einer so ungläublichen ja immer weiter wachsenden Vielfalt an Haltungen und Herkunft, Ethnizitäten, irgendwie zusammengehalten werden muss. Und das tut nicht der Landtag von Baden-Württemberg. Das kann ich deswegen sagen, weil ich dem sechs Jahre angehört habe. Das kann der auch nicht, das überfordert den. Der ist fürs Gesetzmachen da, aber nicht für den Zusammenhalt der

Gesellschaft. Den müssen wir schon selbst organisieren. Und wenn Sie mich fragen, was in dieser extrem pluralistischen Gesellschaft das Einzige ist, was uns zusammenhalten kann, dann ist das konstruktiver Streit. Und deswegen ist es so wichtig, die Regeln für den Streit und das Zusammenleben gemeinsam zu bestimmen durch Aushandlungsprozesse. Ansonsten fällt die Gesellschaft komplett auseinander und das endet meistens in Mord und Totschlag. Was mir am meisten Sorge macht, ist diese immer tiefer werdende Kluft, die von manchen absichtlich vertieft wird, zwischen zwei politischen Lagern. Und da ist Migration dann doch ein wichtiges Thema, entlang der migrationspolitischen Streitpunkte. Wenn der Graben immer tiefer wird und irgendwann kein Gespräch mehr möglich ist, dann wird die Demokratie

dysfunktional. Und deswegen ist es wichtig, was wir hier machen. Es tut mir leid, wenn wir Sie jetzt anderthalb Stunden genervt haben, aber ich glaube, es war notwendig, Sie zu nerven.

Björn Bicker: Unser Podium und auch die gesamte Tagung sind beide Ausdruck genau dieser gesellschaftlichen Situation. Natürlich haben Sie Recht. Hier ist eine homogene Gruppe von Leuten, die sich darüber Gedanken macht, wie das mit dieser Gesellschaft, mit dieser Kunst, irgendwie weitergehen könnte. Und ich glaube auch, genau das muss sich ändern, absolut. Und es ist eine Frage, die mich tatsächlich sehr beschäftigt, weil ich sehr viel mit migrantischen Künstlerinnen und Künstlern, mit Leuten anderer Herkunft, anderer Religionen, anderer Ansprüche zusammenarbeite. Ich habe aber bisher nicht so wirklich eine Lösung dafür, wie wir trotzdem – auch bevor wir weiter sind als heute – weiterreden können, in dem Wissen, dass wir permanent ungerecht reden, also dass immer – oder meistens – die falschen Leute auf dem Podium sitzen, dass die falschen Leute zuhören, dass die falschen Themen aufgerufen werden. Ja, das ist alles richtig – aber es ist gleichzeitig auch nicht richtig, weil es wenig Sinn ergibt, dass wir uns da gegenseitig Vorwürfe machen, weil wir auch alle zusammen in diesem Dilemma stecken. Und: Die Arbeit, die Amelie auf Kampnagel macht, ist wahrscheinlich zu 90 Prozent genau das, nämlich Leute zusammenzubringen und diese Themen aufzurufen. Deswegen ist es auch ein bisschen absurd, das hier gegen dieses Podium anzubringen. Was das Strukturelle angeht, gebe ich Ihnen vollkommen Recht.

Amelie Deuffhard: Ja, ich glaube nicht, dass hier jemand auf dem Podium bestreitet, dass wir privilegierte weiße Menschen sind, aber die Frage ist ja, wie geht man damit um. Wir brauchen ein Bewusstsein über unsere Privilegien und müssen lernen sie zu verlernen. Und das ist nicht so einfach, weil wir am Schluss doch immer wieder oben sitzen. Aber

uns dafür verantwortlich zu machen, dass wir eingeladen sind, finde ich schwierig. Das Einzige, was wir machen können, ist, unsere Positionen so zu benutzen, dass was passiert, und Projekte zu entwickeln, Menschen sprechen zu lassen, Konferenzen zum Beispiel nicht immer selbst zu organisieren, sondern auch von anderen Akteuren organisieren zu lassen, so dass auch ganz andere Menschen auf Podien sitzen.

Björn Bicker: Wir müssen über Privilegien sprechen. Neulich war ich in Toronto, und da sagte mir eine Frau: Es ist so nervig hier bei uns, jede Diskussion, die wir führen, fängt damit an, dass drei weiße Männer aufstehen und sich dafür entschuldigen, dass sie weiße Männer sind. Ich habe gesagt: Ist doch toll, ich wäre froh, wenn wir in Deutschland auch so diskutieren würden. Das setzt nämlich voraus, dass diese drei weißen Männer sich darüber Gedanken gemacht haben, was das bedeutet, dass sie diese Männer sind und dass sie oft diejenigen sind, die auch in Diskussionen, in Dialogen, ich nehme mich da ja überhaupt nicht aus, Gewalt ausüben, Herrschaftsgesten demonstrieren usw. Wir in Deutschland fangen gerade an, darüber nachzudenken und darüber zu sprechen. Ich finde, wir sollten Lust entwickeln, auf genau diese Debatten. Denn gerade diese Debatte ist ja unter Beschuss von den Rechten, die sagen: Wir wollen keine Political Correctness, wollen nicht über unsere Privilegien nachdenken, was soll der Mist? Nein, wir müssen mit Lust genau für diese Debatten streiten und irgendwie versuchen, möglichst wenig beleidigt zu sein. 🙌

Ausschnitt des Abschlusspodiums am 3.2.2019 im Volksbad Jena



©Stephanie Füsserich

Björn Bicker studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Rhetorik in Tübingen und Wien. Danach arbeitete er am Wiener Burgtheater und an den Münchner Kammerspielen. Seit 2009 freier Autor,

Künstler und Kurator. Er entwickelte Stadtprojekte wie: URBAN PRAYERS (Münchner Kammerspiele, Ruhrtriennale), NEW HAMBURG (Schauspielhaus Hamburg), MUNICH WELCOME THEATRE (Münchner Kammerspiele), THE VEDDEL EMBASSY: Representing Germany. (2016), TRUTH AND RECONCILIATION CONCERT. HEARING 1: ISLAMOPHOBIA (2016, 2018 Architektur Biennale Venedig). 2009 erschien sein Buch *ILLEGAL. Wir sind viele, wir sind da* und 2013 sein Roman *WAS WIR ERBEN*; 2016 *WAS GLAUBT IHR DENN. Urban Prayers*. Er schreibt Prosa, Theaterstücke, Hörspiele und Essays.



©privat

Amelie Deuffhard war von 2000 bis 2007 Künstlerische Leiterin der Sophiensæle (Berlin). 2004/05 war sie Teil der Künstlerischen Leitung von *Volkspalast*, einer festivalartigen Bespielung des dekonstruierten Palastes der Republik. Seit 2007 ist sie Intendantin von *Kampnagel* (Hamburg), Europas größtem Produktionszentrum für die Freien Darstellenden Künste. Mit *EcoFavela Lampedusa Nord* initiierte sie 2014 einen Lebens- und Aktionsraum für Geflüchtete. Amelie Deuffhard war Teil des Viererkuratoriums von *Theater der Welt 2017*. Sie ist Autorin zahlreicher Publikationen und hat regelmäßige Lehraufträge an Hochschulen inne. 2018 erhielt sie die Auszeichnung „Europäische Kulturmanagerin des Jahres“.



©Manfred Grohe

Boris Palmer studierte Mathematik und Geschichte in Tübingen und Sydney. Von 2001 bis 2007 war er Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg, zuletzt in der Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Seit Januar 2007 Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen. Im Oktober 2014 wurde er mit 61,7 Prozent der Stimmen als Oberbürgermeister wiedergewählt. In dieser Funktion entscheidet er mit, wer am Theater Tübingen und am Landestheater Tübingen Intendant*in wird.

Performing Arts Festival Berlin



THEATER | MUSIK
TANZ | PERFORMANCE
FIGUREN | OBJEKTE
NEUER ZIRKUS | SITE-SPECIFIC

28 Mai – 2 Juni 2019

Programm & Tickets
www.performingarts-festival.de

Das Performing Arts Festival Berlin wird veranstaltet vom LAFT – Landesverband freie darstellende Künste Berlin e. V. in Kooperation mit den Spielstätten Ballhaus Ost, HAU Hebbel am Ufer, Sophiensæle und Theaterdiscounter und wird gefördert durch das Land Berlin – Senatsverwaltung für Kultur und Europa.



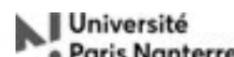
MASTER DRAMATURGIE

Der im Rahmen der Hessischen Theaterakademie angebotene wissenschaftlich-künstlerische und theaterpraktische Studiengang

INTERNATIONAL MASTER COMPARATIVE DRAMATURGY AND PERFORMANCE RESEARCH

vergibt zum Wintersemester 2019/20 neue Studienplätze. Näheres zu Bewerbungsvoraussetzungen, Profil, Kooperationspartnern und Dozenten unter: www.dramaturginfrankfurt.de
Bewerbungsschluss: 31. Mai

This new study program is being offered together with four European Partner Universities and Theatre Academies. Students absolute an internship at a theatre institution and two semesters of their studies abroad and are awarded a double degree. More information: www.dramaturginfrankfurt.de
Application deadline: May 31



Tagungsnotizen der dg starter

Denn die vermeintliche Einigkeit einer Gruppe kann ebenso ausschließend sein.
Entschuldigen.

„Fortschritt, Holocaust, Europa und die Freiheit“, komm erzähl mir nichts.

klatschen stellt konsens her, klingt wie ein nullsatz, will allerdings sowohl bemerkt wie betont werden.

Unter welchen Bedingungen WIRD „fremder Wille“ durchgesetzt? (fragt einer wie Lammert, für den „nüchtern und realistisch“ diese durchsetzung notwendig ist)

die frage nach den ressourcen, die politik überhaupt erst ermöglichen, muss selbstverständlich eine frau stellen. danke Ece Göztepe! nur konsequent, dass sich zwei männer vor der diskussion für die unterrepräsentation – fast – entschuldigen.

Philipp Moritz, geboren 1990, lebt in Wien.

Ein Schluck Wahrheit.

Eine Metapher keimt auf in der Republik der Liebe, der zufolge es sich mit einem „racist“ verhält wie mit einem „alcoholic“: Am Schluss bleibe immer nur ein „sober racist“ (Priya Basil). Die Analogie liegt nicht auf der Hand. Ist das rassistische Ressentiment ein Schluck einfache Wahrheit, dem es zu widerstehen gilt? Einmal daran genippt folgt der unkontrollierte Rausch? Vielleicht. Sicher ist, der Faktor Abhängigkeit macht eine Unterscheidung: Die einen sind's und die andren nicht. Die einen Rassist*innen, die andren nicht. No chance for change? Oder schaufeln wir einen tiefen moralischen Graben, eine Deckung für die eigenen Ressentiments – die sind zwar klein, aber auch nicht fein. Aber nicht so schlimm, wie bei denen, die AfD wählen!?

Marleen Ilg, geboren 1988, lebt in Berlin.

Grundlegende Werteveränderung.

Mit Rassismus verhält es sich wie mit Alkoholismus. Auch ein trockenere/r Rassist*in, bleibt ein Rassist – in ihrer Keynote „Between us: The World“ stellte Priya Basil diese anregende und inspirierende These auf. Schützt die Behauptung, nicht rassistisch zu denken, davor, rassistische Gedanken zu haben? Kann eine vorgeblich liberale Theatermaschinerie den Anti-Rassismus für sich beanspruchen oder tappt sie in ihre eigene Falle, wenn die Vergleichsfolie immer „der böse Rassismus da draußen“ ist? Kultureller Teilhabe als demokratischem Prozess muss eine grundlegende Werteveränderung vorausgehen, die sich wegbewegt von einer singulären Selbstver-

gewisserung hin zu einem neuen Selbstverständnis aller Beteiligten. Denn die vermeintliche Einigkeit einer Gruppe kann ebenso ausschließend sein.
Jan Pfannenstiel, geboren 1991, lebt in Ludwigsburg.

Arguing is like dancing. Who provides the playlist?

Was ist die Republik der Liebe? Wer sind ihre Akteur*innen? Ist sie die Antwort auf Populismus und Extremismus, der an manchen Tagen in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist? Ist sie eine bessere Form der bestehenden Demokratie? Kennt sie eine Grenze? Was steht in ihrer Verfassung? Gehört zur Demokratie an sich nicht der Dialog, die Auseinandersetzung mit verschiedenen Standpunkten? – Liebe und Hass?! Und ist Liebe überhaupt das Gegenteil von Hass? Was kann sich ändern, damit das Emotionale endlich in allen Facetten politisch wird? „Wir sind viele“, aber wie viele sind genug für diese Liebe?
Susanne Bettels, geboren 1994, lebt in Würzburg.

Liebe ist ein Kampfbegriff.

Eindringlich die Konferenz geprägt, den Blick auf Diskussionen/Vorträge verschoben und in Erinnerung geblieben: Sookees vehementes Misstrauen gegenüber einer „Republik der Liebe“ und dem Thema der Eröffnungsgesprächs, „Liebe ist ein Kampfbegriff“. Liebe dann tatsächlich als Kampfbegriff, nur anders: Ein Begriff, der erst erkämpft werden müsste; befreit von den Macht- und Ausbeutungsstrukturen, die er verschleiert, der Gewalt, die er legitimiert, den Geschlechterrollen, die darin festgeschrieben sind. Leise die Frage im Hinterkopf: Macht „Kunst“ das nicht auch? Was bleibt: Die Skepsis, wann immer etwas „für die Liebe“ oder „für die Kunst“ gefordert oder in Kauf genommen wird. Danke dafür!
Anna Staab, geboren 1990, lebt in Chemnitz.

Kritischer Diskurs

Wie stabil ist unsere liberale Grundordnung? Welche Auswirkungen haben rechtspopulistische Narrative und wie wirken sie auf die Etablierung neuer Wahrheitsregime? Fragen, denen wir uns gestellt haben, um wichtige Erkenntnisse daraus zu ziehen. Einig waren wir uns, dass es mehr Räume für Diskurse und die Auseinandersetzung mit der Komplexität aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen braucht. Theater und Kunst hinterfragen, legen den Finger auf wunde Punkte, zeigen auf, regen an und stellen dadurch einen essenziellen Gegenpol zu populistischen Strömungen dar. Damit einhergehend ist eine selbstkritische, reflexive Praxis. Machtstrukturen, Chancengleichheit, Produktions- und Arbeitsbedingungen an Theaterhäusern waren jedoch kaum Thema. Damit Theater auch in Zukunft dieser Ort des kritischen Diskurses sein kann und das für eine Vielzahl von Menschen, sollten wir in Zukunft auch vermehrt eine Auseinandersetzung mit den eigenen Strukturen anstreben.

Kerstin Pell, geboren 1989, lebt in Wien.

Tagungsnotizen der dg-Stipendiat*innen, zusammengestellt und gekürzt von Christoph Macha

Die AGs der dg

AG Internationale Zusammenarbeit

Die AG Internationale Zusammenarbeit beschäftigt sich mit den vielfältigen Fragen, die im Zusammenhang mit internationalen Kooperationen auftauchen. Die Teilnehmer*innen stammen aus verschiedenen Sparten sowohl der Freien Szene wie auch aus Stadt- und Staatstheatern. Die AG widmet sich im Jahr jeweils einem thematischen Schwerpunkt mit dem Ziel, neben dem Erfahrungsaustausch auch ein Gesprächsformat für die folgende Jahreskonferenz vorzubereiten.

2020 geht es um folgende Themen:

Inwiefern bereichern internationale Kooperationen die künstlerische Arbeit in Bezug auf Inhalt, Arbeitsweisen und Resultat?

Mit welchen Haltungen und Erwartungen wird eine internationale Kooperation begonnen und wie werden diese im Laufe des Prozesses sinnvollerweise verworfen und/oder verändert?

Was bedeuten Qualität oder Erfolg im Zusammenhang mit internationalen Kooperationen?

Wir planen drei Treffen im Jahr an verschiedenen Orten. Wer in den AG-Verteiler aufgenommen werden möchte, schreibt bitte an: a.zagorski@iti-germany.de

Ansprechpartnerinnen sind Andrea Zagorski (ITI) und Karin Kirchhoff (Tanzkuratorin, Vorstandsmitglied dg)

dg Plattform Österreich

Der Wunsch nach ortsnahem Austausch und Vernetzung bestand schon lange und wurde auf den Konferenzen der Dramaturgischen Gesellschaft immer wieder artikuliert, wir haben 2018 den Startschuss gesetzt. Angesichts vielfältiger Herausforderungen, die auf die Theaterhäuser und -gruppen und die Tanz- und Performanceszene zukommen, und angesichts rasanter Wandlungen der Gesellschaft, in der wir agieren und deren Teil wir sind, haben wir eine Plattform gegründet, von der aus alle in Österreich dramaturgisch Tätigen oder dem Theater in Österreich Verbundenen eine gemeinsame Stimme finden können, wenn sie wollen. Wir treffen uns zwei- bis dreimal im Jahr an einladenden Theatern sowohl in Wien als auch in den Bundesländern, haben außerdem einen „Dramaturgischer Spritzer“ genannten Stammtisch in Wien initiiert und bauen gerade einen digitalen Denkraum auf. Schickt uns eine Mail, wenn ihr in den Verteiler aufgenommen werden wollt.

Infos und Kontakt: austria@dramaturgische-gesellschaft.de

AG Stadttheater der Zukunft

Die dg sollte und will sich nicht nur punktuell, sondern dauerhaft und regelmäßig mit der immer präzisieren und dringlicheren Theaterreform-Debatte und -Bewegung befassen. Wer wenn nicht die

Dramaturg*innen (und ihre in der dg versammelten Freund*innen) können und sollten ein Stadttheater der Zukunft auf der gesamt-deutsch(sprachigen) Ebene erdenken und soweit möglich in ihren lokalen Institutionen und Tätigkeitsfeldern erproben? Sie brauchen eine eigene Stimme im Austausch mit den anderen relevanten Akteuren dieser Debatte, vom ensemble-netzwerk über Bühnenverein & GDBA, Nachtkritik & Feuilletons bis zur Kulturpolitik. Die AG versteht sich in diesem Kontext als Think-Tank innerhalb der dg und Schnittstelle zu anderen Playern. Seit der Gründung Anfang 2017 treffen sich die Teilnehmer aus unterschiedlichen Kontexten des institutionellen und freien Theaters sowie der Wissenschaft regelmäßig und erarbeiten intensiv eigene Schwerpunkte, den Profilen und Leidenschaften der Mitglieder entsprechend. Alle dg-Mitglieder und weitere Interessierte sind weiterhin herzlich eingeladen. Als Ansprechpartner fungieren Anna Gerhards und Simon Meienreis.

AG Musiktheater

Die AG Musiktheater ist ein lebendiges und aktives Netzwerk von Dramaturg*innen, Regisseur*innen, Komponist*innen, Wissenschaftler*innen und Verleger*innen, die in erster Linie im Bereich Musiktheater arbeiten, sowohl institutionell als auch in der freien Szene. Das Netzwerk besteht derzeit aus einem E-Mail-Verteiler von ca. 80 Kontakten. Die AG Musiktheater versteht sich als interdisziplinär ausgerichtete Gruppe. Kolleg*innen aller Sparten sind ausdrücklich eingeladen zu den Treffen und immer höchst willkommen. Die Treffen der AG Musiktheater finden etwa halbjährlich statt, plus Jahrestagung der dg im Winter. Für jedes Treffen wird ein Thema mit Musiktheaterbezug formuliert, zu dem Gespräche und Diskussionen stattfinden, sowie Gäste eingeladen werden. Über die Adresse musiktheater@dramaturgische-gesellschaft.de ist ein Organisationsteam der AG Musiktheater erreichbar.

AG Junges Theater

„Ach, ihr kümmert euch um die Abonent*innen von morgen?!“ - „Äh, nein ... ich kümmere mich um das Publikum von heute!“ Immer wieder kommt man in Rechtfertigungsdruck, an den Hochschulen kommt die dramaturgische Arbeit für ein junges Publikum (noch) nicht bzw. kaum vor, Schauspielabsolvent*innen wird von einem Engagement an einem Kinder- und Jugendtheater abgeraten. Was ist denn da los? Die AG Junges Theater möchte Plattform sein für einen inhaltlichen Austausch über die Themen, die Kinder und Jugendliche interessieren und über neue Formen und Formate, z.B. der Partizipation. Die AG möchte den lebhaften, genreübergreifenden Diskurs und Dialog innerhalb der dg suchen - mit allen, die bereits für ein junges Publikum arbeiten und allen, die sich dafür interessieren! 2019 ist die AG Junges Theater zum zweiten Mal verantwortlich für einen Workshop auf der Jahrestagung, to be continued! Die AG möchte wachsen und den Austausch intensivieren! Mach mit! Die Initiatoren - Christoph Macha (tjg.theater-junge-generation-dresden.de), Kathrin Sims-

häuser (Junges Staatstheater Braunschweig) und Eva Stöhr (Theater an der Parkaue - Junges Staatstheater Berlin) freuen sich über Interessierte!

AG Partizipation

Partizipation und partizipative Ansätze gehören zum Theateralltag: Projekte mit der Beteiligung der Stadtgesellschaft, Projektarbeit mit dem Ensemble, Dokumentarisches Theater, auf Recherche basierte Inszenierungen sind längst Teil vieler unserer Spielpläne. Wir befinden uns mitten in einem Entwicklungs- und Ausdifferenzierungsprozess der partizipativen Kunstform. Damit verbunden sind auch neue Konzepte und Herausforderungen in der Dramaturgie, Regie, Vermittlung und Organisation. Die AG richtet sich an Kolleg*innen aus den Stadt- und Staatstheatern und der freien Szene, unabhängig von den ausgeübten Genres. Willkommen sind alle, die sich für das Thema interessieren, mit oder ohne Erfahrungswerte. Im Zentrum steht vor allem inhaltlicher Austausch. Perspektivisch sollen die Themen fokussiert und mit dem Programm der zukünftigen dg-Konferenzen verknüpft werden.

Kontakt: Beata Anna Schmutz, partizipation@dramaturgische-gesellschaft.de

dg Starter

Aller Anfang ist schwer - und sich als junge*r, angehende*r Dramaturg*in zu vernetzen eine besondere Herausforderung. Die dg:starter wollen dabei helfen. Als AG setzen wir uns speziell für die Interessen und

die Einbindung von jungen Dramaturg*innen und Theaterschaffenden in die dg ein. Unser Hauptanliegen ist es, jedes Jahr Stipendien finanzieren zu können, die jungen Dramaturg*innen die kostenlose Teilnahme an der Jahreskonferenz ermöglichen.

Der Reisekostenzuschuss finanziert sich aus Spenden, die von der dg verdoppelt werden. Um auch im nächsten Jahr wieder Stipendiatinnen auf der Tagung dabei zu haben, freuen wir uns daher über Spenden an: Dramaturgische Gesellschaft / IBAN: DE35 4306 0967 1161 5748 00 / BIC: GENODEM1GLS / GLS-Bank / Verwendungszweck: dg:starter. Selbstverständlich stellt die DG hierfür Spendenquittungen aus.

Darüber hinaus verstehen wir uns als Plattform für junge Dramaturg*innen und Theaterschaffende. Seit November 2011 gibt es das Veranstaltungsformat DENKRAUM, in dem Raum zum Austausch junger Theatermacher*innen geschaffen wird. Auch die nachhaltige Arbeit am Alumni-Netzwerk der Stipendiat*innen, sowie eine umfassendere digitale Vernetzung junger Theaterschaffender soll es zukünftig geben. Startplattform hierfür ist facebook.com/starterdg

Die dg:starter sind: Friederike Engel (Staatstheater Nürnberg), Sina Katharina Flubacher (Staatstheater Stuttgart), Christoph Macha (tjg theater junge generation Dresden) und Kathrin Simshäuser (Staatstheater Braunschweig).

Performing Arts Programm Berlin

17. Mai 2019
Fachtag „Freies Arbeiten“ & Book Release, Lettrétage Berlin

5. bis 7. September 2019
7. Branchentreff der freien darstellenden Künste, Sophiensæle Berlin

17. September 2019
Fachtag „Sustainability of Independent Culture Development“ in Prag

www.pap-berlin.de

Die Dramaturgische Gesellschaft

Die Dramaturgische Gesellschaft (dg), 1956 in Berlin gegründet, vereint Theatermacher*innen aus dem deutschsprachigen Raum und darüber hinaus. Sie versteht sich als offene Plattform für den Austausch über die künstlerische Arbeit, die Weiterentwicklung von Ästhetiken, Produktionsweisen und nicht zuletzt über die gesellschaftliche Funktion des Theaters. Zu den Mitgliedern der dg zählen Theatermacher*innen aus allen Genres und allen Organisationsformen des Theaters, sowie Verleger*innen, Journalist*innen und Studierende.

Zwei zentrale Aktivitäten der dg sind die Organisation der Jahreskonferenz und die Herausgabe des Magazins *dramaturgie*. Einmal im Jahr veranstaltet die Dramaturgische Gesellschaft eine an wechselnden Orten stattfindende öffentliche Konferenz, zu der Referent*innen aus dem In- und Ausland eingeladen werden, sich in verschiedenen Formaten mit den Konferenzteilnehmer*innen zu einem virulenten Thema der zeitgenössischen dramaturgischen Berufspraxis auszutauschen. Das Magazin *dramaturgie* dokumentiert die Auseinandersetzung mit den Themen der Jahreskonferenz.

Die Konferenzthemen der letzten Jahre

Jena und Weimar 2019 – Republik der Liebe. Doing Democracy

Greifswald 2018 – Dramaturgien des Widerstands

Hannover 2017 – Körper. Repräsentation. Interaktion. Differenz.

Berlin 2016 – Was tun. Politisches Handeln jetzt

Linz 2015 – Was alle angeht. Oder: Was ist (heute) populär?

Mannheim 2014 – Leben, Kunst und Produktion – Wie wollen wir arbeiten?

München 2013 – Es gilt das gesprochene Wort. Sprechen auf der Bühne – und über das Theater

Oldenburg 2012 – Hirn. Geld. Klima. Theater und Forschung

Freiburg 2011 – Wer ist WIR? Theater in der interkulturellen Gesellschaft

Zürich 2010 – Vorstellungsräume. Dramaturgien des Raums

Erlangen 2009 – europa erlangen. Wie kommt Europa auf die Bühne?

Hamburg 2008 – Geteilte Zeit. Theater zwischen Entschleunigungs- und Produktionsmaschine

Heidelberg 2007 – Dem »Wahren, Guten, Schönen.« Bildung auf der Bühne

Mit ihren Tagungen und Aktivitäten rund ums Jahr leistet die dg einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen Positionsbestimmung des Theaters. Indem zu den Konferenzen stets auch zahlreiche theaterferne Referent*innen eingeladen werden, befördert die dg den Wissenstransfer zwischen verschiedenen Disziplinen und setzt so neue Impulse für die künstlerische Arbeit.

Zeitgenössische Dramatik

Die dg verleiht gemeinsam mit der Stadt Frankfurt (Oder), dem dort ansässigen Kleist-Forum und den Ruhrfestspielen Recklinghausen jährlich den Kleist-Förderpreis für junge Dramatik und bietet für die Mitglieder regelmäßig Diskussionen bei den Autorentheatertagen des Deutschen Theaters Berlin an.

Die AGs

Innerhalb der dg widmen sich die Arbeitsgruppen *Stadttheater der Zukunft*, *Internationale Theaterzusammenarbeit*, *dg:starter*, *Musiktheater*, *Junges Theater*, *Partizipation* sowie *Plattform Österreich* verschiedenen künstlerischen, gesellschaftlichen und berufspraktischen Themen.

Die 800 Mitglieder der dg nutzen diese als Netzwerk, zum Beispiel für die Bewerbung fachspezifischer Aktivitäten, sie haben freien Eintritt zur Jahreskonferenz, erhalten das Magazin *dramaturgie* kostenlos, bekommen regelmäßig den E-Mail-Newsletter und können sich in Arbeitsgruppen innerhalb des Vereins engagieren. Neue Mitglieder erhalten zudem ein kostenloses Halbjahresabo der *Deutschen Bühne*.

So werden Sie Mitglied der dg

Den Antrag auf Mitgliedschaft erhalten Sie als Download auf unserer Website oder per Email von unserer Geschäftsstelle: post@dramaturgische-gesellschaft.de. Der Jahresbeitrag beträgt aktuell 80 Euro, ermäßigt 35 Euro und 240 Euro als Förderbeitrag für Institutionen.

dramaturgische-gesellschaft.de
konferenz-2019.dramaturgische-gesellschaft.de



Save the date:

**Jahreskonferenz
A Future Lab of European
Theatre
6.–9.2.2020
in Gent/Belgien**

dramaturgische
gesellschaft

dg Vorstand

Der im Februar 2019 gewählte Vorstand der Dramaturgischen Gesellschaft



Kathrin Bielgk

ist Dramaturgin für Schauspiel und Performance und lebt in Wien. Sie war am Landestheater Linz, Schauspiel Wuppertal, Schauspiel Bonn, Burgtheater Wien und am leider nicht mehr existenten Theater am Turm Frankfurt engagiert. Vor ihrer Theaterzeit arbeitete sie als Ausstellungskuratorin. Diverse Jury- und Kuratoriumstätigkeiten, derzeit für die Kunstförderstipendien der Stadt Linz, die Dramatikstipendien der Stadt Wien und das Tanzquartier Wien.

Uwe Gössel

freischaffender Theatermacher, Dramaturg und Autor am Nationaltheater Reykjavik, Deutschen Theater Berlin, JTC Tunis, DACH Kiew und CLB Berlin. 2006–2014 Leiter des Internationalen Forums beim Theatertreffen. 2002–2004 Dramaturg am Maxim Gorki Theater Berlin, 1999–2002 Schauspiel-dramaturg am Volkstheater Rostock. Jurytätigkeiten u. a. für den Landesverband freier Theaterschaffender Baden-Württemberg und den Kleist-Förderpreis. Lehrtätigkeit in Deutschland, Japan, Togo und der Ukraine. Publikationen u. a. für *Die Deutsche Bühne*.

Kerstin Grübmeier

studierte Theaterwissenschaft und NDL in Berlin. Nach freier Theaterarbeit, Regie- und Dramaturgiehospitanzen und Assistenzen u. a. an den Münchner Kammerspielen arbeitete sie 2009–2011 als Dramaturgin am Theater Heidelberg, 2011–2014 am Staatstheater Karlsruhe und 2014–2018 am Landestheater Württemberg Hohenzollern Tübingen Reutlingen. Dort leitete sie 2016–2018 die THEATERWERKSTATT SCHWÄBISCHE ALB. Seit der Spielzeit 18/19 ist sie Chef-dramaturgin des Schauspiels am Nationaltheater Mannheim.

Dorothea Hartmann

Seit 2012 Stellvertretende Chef-dramaturgin der Deutschen Oper Berlin sowie Künstlerische Leiterin der Tischlerei, der experimentellen Spielstätte des Hauses. Zuvor Engagements als Dramaturgin in Mannheim, Linz und Hannover, Dozentin an der Hochschule für Musik Hanns Eisler Berlin sowie Arbeiten als Librettistin.

Karin Kirchhoff

begann am Theater im Pumpenhaus in Münster für freie Theaterprojekte zu arbeiten. Seit 1996 in Berlin als freie Produktionsleiterin und Dramaturgin für zahlreiche Institutionen und Künstler*innen tätig, u. a. Berliner Festspiele, Sophiensaele, Tanzfabrik Berlin, Sasha Waltz & Guests, Jo Fabian, Tanzcompany Rubato, Anna Huber und unitedOFFproductions. 2005–2008 arbeitete sie für das Tanzbüro Berlin an der Infrastrukturverbesserung für Tanz. Seit 2008/09 kuratiert sie das internationale Festival Tanz! Heilbronn am Theater Heilbronn.

Beata Anna Schmutz

Germanistikstudium an der Universität Gdańsk, Studium der Kunstgeschichte, Erziehungswissenschaft und Literaturwissenschaft in Heidelberg. Von 2005 bis 2016 kulturpädagogische Mitarbeiterin der Stadt Heidelberg am Haus der Jugend, Leitung der Bereiche Kunst und Theater. Seit 2006 freie Regisseurin und Dramaturgin, Hochschul-Lehraufträge in den Bereichen Ästhetische Bildung, Postdramatisches Theater und Performance. Von 2016 bis 2018 Leitung der Sparte Volkstheater am Badischen Staatstheater Karlsruhe. Seit 2018 Leitung des Mannheimer Stadtensembles am Nationaltheater Mannheim. Sprecherin der AG Bürgerbühnen des Deutschen Bühnenvereins.

Harald Wolff

Vorsitzender der dg

Chef-dramaturg für alle Sparten am Theater Gießen seit der Spielzeit 2018/19, zuvor in Aachen, Tübingen, Braunschweig und Neuss. Davor Freier Theatermacher und Studium der Germanistik und Philosophie. Seit 2017 Vorsitzender der dg. Lehrtätigkeit u. a. an der ZHDK. Aufruf zur Verteidigung der Zivilgesellschaft auf nachtkritik.de im Artikel „Goldene Zeiten“, Mitinitiator von „40.000 Theatermitarbeiter treffen ihre Abgeordneten“ (ausgezeichnet mit dem Perspektivpreis des Theaterpreises DER FAUST).

Undine Klose

Geschäftsstelle

Studium der Theater- und Medienwissenschaft sowie Soziologie an der Uni Erlangen. Arbeitete bei den Berliner Festspielen/Foreign Affairs, Immersion und dem Jazzfest sowie in der Bühnentechnik an der Schaubühne. Betreuung der Künstler*innen beim Theatertreffen. Seit 2018 besetzt sie die Geschäftsstelle der Dramaturgischen Gesellschaft.

Jana Thiele

Geschäftsführung

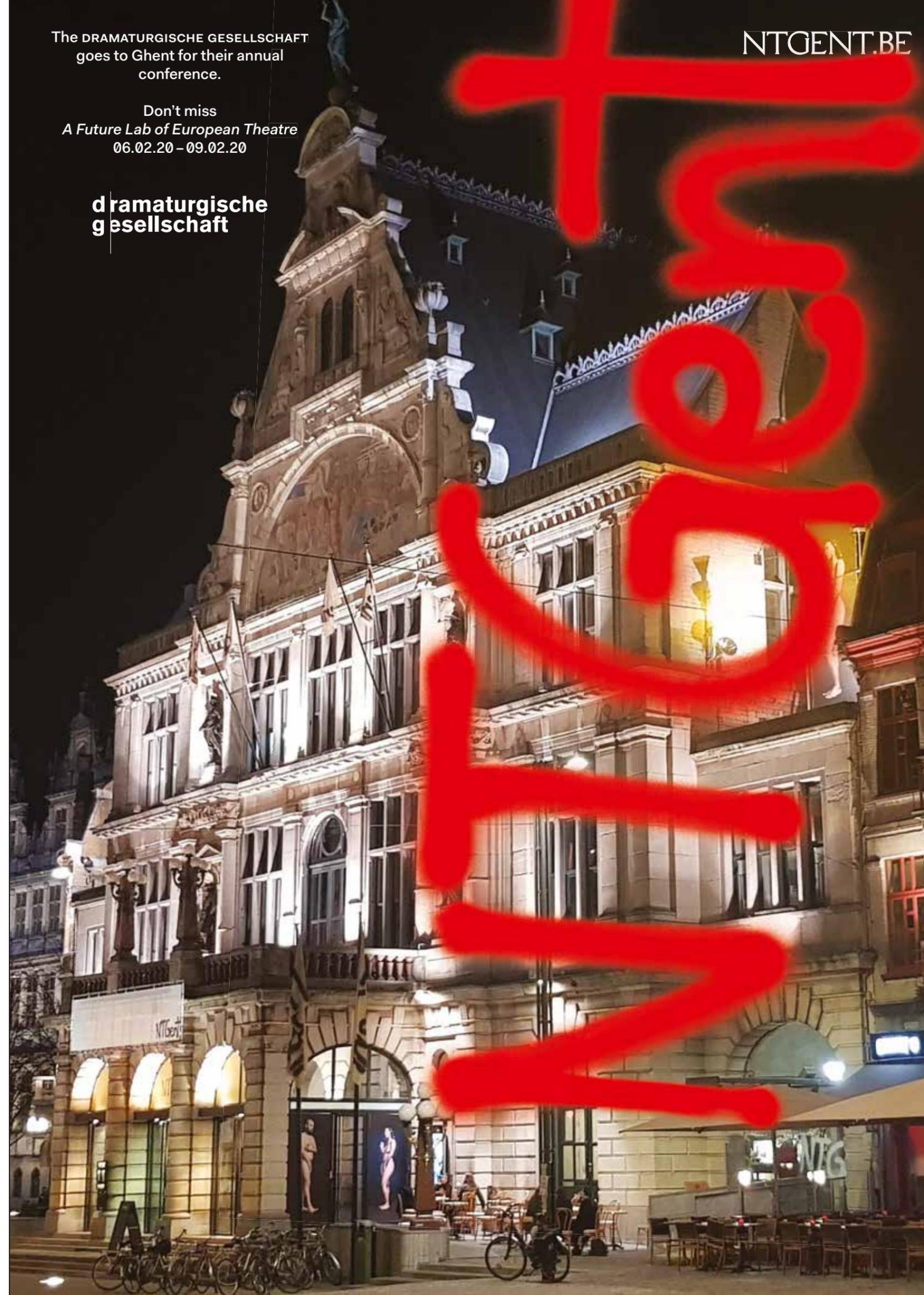
Autorin und Kulturmanagerin. Studierte an der FU Berlin Literaturwissenschaft, Linguistik und Geschichte. Arbeitete als Redakteurin bei *Lette International* und 2001–2007 für das internationale literaturfestival berlin, anschließend für die Literatur- und Medienagentur Graf & Graf. Seit 2013 betreut sie selbständig Publikations- und Kulturprojekte.

The DRAMATURGISCHE GESELLSCHAFT
goes to Ghent for their annual
conference.

Don't miss
A Future Lab of European Theatre
06.02.20 – 09.02.20

dramaturgische
gesellschaft

NTGENT.BE



DER SCHMIED VON GENT

Provocative, political, plastic:
Ersan Mondtag's opera debut

OPERA BALLET
VLAANDEREN



FRANZ SCHRECKER



Photo: Eddie Wrey/Trunk Archive

OPERA ANTWERPEN
from 02.02.2020

OPERA GENT
from 07.02.20



RASA [AFTER LA BAYADÈRE]

Wunderkind Daniel Proietto's new
take on an age-old ballet classic

DANIEL PROIETTO



OPERABALLET.BE

Photo: Filip Van Roe

JETZT DIE DEUTSCHE BÜHNE ENTDECKEN!

Das älteste Theatermagazin für alle Sparten berichtet seit
über 100 Jahren über das spannende Leben vor und hinter den Kulissen.



**1 HEFT
GRATIS**

SICHERN SIE SICH IHR GRATIS-HEFT

IM INTERNET: www.die-deutsche-buehne.de/dg

PER TELEFON: 040 55 55 3810 (Bitte geben Sie Ihre Bestellnummer an **1831766**)

Dies ist ein Angebot der Inspiring Network GmbH & Co. KG, Geschäftsleitung: Dr. Katarzyna Mel-Wolf, Hohenluftchaussee 95, 20233 Hamburg, HRB 110793; Belieferung, Betreuung und Inasso erfolgen durch die DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH, vertreten durch Oliver Radtke (Sprecher der Geschäftsführung), Christina Dohmann, Marco Graffitti, Dr. Michael Rathje, Am Sandtorkai 74, 20457 Hamburg, USt-ID: DEB14293779, als leistender Unternehmer.



Sie schlafen.
Wir schreiben.

Auf nachtkritik.de finden Sie die Kritiken zu Theaterpremierern schon am Morgen danach. Und wenn Sie nicht schlafen wollen, können Sie selbst einen Kommentar schreiben.

Demnächst auch als App für iOS und Android!

**nacht
kritik.de**